

in Judenburg eine Aufregung und nachher in Mürzzuschlag eine Aufregung. (Abg. Preamsberger: „War ich auch dagegen!“) Ich behaupte nicht, daß der Herr Pertsch deshalb nicht in die Steiermark gekommen ist, aber, sicher hat es ihm nicht die Steiermark als ein besonders attraktives Land erscheinen lassen. In Wien ist überall zu lesen, in Zeiten wie diesen soll man keine unnötigen Fragen stellen, die Bevölkerung nicht beunruhigen, kurz und gut, man soll die „Papp'n“ halten. (Abg. Ileschitz: „Das ist ein Plakat, das dann erst berichtigt wurde!“)

Ich möchte einen Löffel von dieser Medizin den Damen und Herren empfehlen, die glauben, daß es immer wieder besonders wirkungsvoll ist, wenn man sich großartig aufspielt. Außer der Tatsache, daß man vielleicht selber auch – ich sage es jetzt bewußt als Belegschaftsvertreter – wiedergewählt wird, kann man damit auch sehr viel Schaden anrichten. Es entsteht dann eine Situation, wo sich die Leute einfach fürchten, in eine Gegend zu kommen, wo sie das Gefühl haben, daß sie schon von Haus aus von einer Organisation empfangen werden, mit der nicht leicht umzugehen ist. Man soll das, bitte, nicht unterschätzen (Abg. Preamsberger: „Diese Förderung wäre nicht in Ordnung gewesen!“), und man soll es sich auch nicht so leicht machen, wie es sich einige Herren Abgeordnete hier gemacht haben und ganz konkret der Herr Kollege Trampusch, der Herr Kollege Rainer und der Herr Kollege Halper (Abg. Dr. Horvatek: „Das sind doch Zensuren!“), nein, nein, nicht Zensuren, aus meiner Sicht (Abg. Dr. Dorfer: „Sie werden doch nicht dem Landesrat vorschreiben, was er sagen darf!“ – Abg. Zdarsky: „Aber dem Abgeordneten auch nicht!“), die hierher gekommen sind und gesagt haben: „Ihr Gewerke Assmann!“, bitte sehr.

Ich mache höflichst darauf aufmerksam, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Gewerke Assmann ist nicht Ihr Gewerke Assmann, sondern das ist unser Gewerke Assmann. (Abg. Dr. Horvatek: „Das hat man deutlich gemerkt!“)

Das ist ein Unternehmer, der seit mehreren Generationen in der Steiermark tätig ist und der ein wesentlicher Arbeitgeber ist, und nicht so wenige Bürger der Gemeinde, wo der Herr Kollege Bürgermeister ist, arbeiten beim Gewerke Assmann. Wenn man glaubt, daß man so einen Mann, der immerhin neulich von der Steiermärkischen Landesregierung mit Zustimmung aller Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung eine hohe Auszeichnung bekommen hat, heute so hinstellen kann, daß man sagt: „Ihr Gewerke Assmann!“, und wie einer noch dazu gesagt hat – das war der Herr Kollege Rainer –, ich bitte sehr: „– und selbst kein bescheidener Subventionsnehmer.“ Ja, also bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn einer sich heute genieren muß, daß er eine Wirtschaftsförderung dazu benützt, um Arbeitsplätze zu schaffen, dann hört es sich überhaupt auf. (Abg. Preamsberger: „Es war nicht so gemeint!“) So hat er es aber gesagt. Ich kann nur sagen – und damit wende ich mich an den Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Gross –, ich werde ab jetzt in der Landesregierung bei jedem Fall von öffentlicher Auszeichnung eine namentliche Abstimmung verlangen, weil es wirklich nicht angeht, daß in der Landesregierung die Herren hohe Landesauszeichnungen beschließen, und hier wird dann der-

selbe hingestellt, als ob er ich weiß nicht was angestellt hätte und sozusagen ein Aussätziger in der Steiermark sei. (Abg. Dr. Horvatek: „Das hat damit nichts zu tun!“ – Beifall bei der ÖVP. – Abg. Hammer: „Aber heilig ist er wegen der Auszeichnung nicht!“) Der Herr Gewerke Assmann hat Betriebe in Leibnitz und in anderen Orten der Steiermark. (Abg. Zinkanell: „Er ist nicht der liebe Gott geworden, daß man nicht über ihn reden darf!“ – Abg. Brandl: „Man darf ja noch kritisieren. Wenn er gegen die Interessen der Arbeitnehmer stimmt, darf man doch kritisieren. Oder darf man das nicht mehr, Herr Landesrat?“) Er hat nicht gegen die Interessen der Arbeitnehmer votiert. (Abg. Zinkanell: „Gut, aber deshalb darf man ihn doch kritisieren!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie jemanden angreifen dürfen, dann darf ich ihn auch verteidigen. (Abg. Dr. Horvatek: „Er ist doch nicht sakrosankt!“) Denn ich sage Ihnen, daß der Gewerke Assmann sich große Verdienste um die Steiermark erworben hat, ein bedeutender Unternehmer ist in der Steiermark, und wenn er aus Eisenerz Leute nach Leibnitz pendeln läßt, so zeigt das auch – wenn Sie wollen – sein Verantwortungsbewußtsein, weil er nämlich geglaubt hat, er kann sie dort beschäftigen. (Abg. Trampusch: „Wir brauchen selbst Arbeitsplätze in Leibnitz!“) Ich weiß, die VEW läßt auch die Leute von Mürzzuschlag nach Kapfenberg pendeln, und das ist eine ganz ähnliche Situation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was unternimmt die Steiermärkische Landesregierung, um die Situation in der Steiermark, in dem Sinn wie ich Ihnen gesagt habe, zu verbessern? Zunächst einmal darf ich Ihnen mitteilen, daß die vier Gesellschaften, die ich im vorigen Jahr angekündigt habe, für Grundbeschaffung, Finanzierung, Betriebsansiedlung und -erweiterung – Innovation – gegründet wurden und diese ihre Arbeit aufgenommen haben. Die Steiermark ist ein Land, das regional sehr große Unterschiede aufweist. Wir haben eine Situation im oberen Ennstal und im Ausseer Land, von der man sagen kann, um die braucht man sich nicht besonders kümmern, dort ist ein starker Fremdenverkehr, eine gesunde Landwirtschaft, dort sind die Probleme nicht gegeben. Sehr gegeben sind sie in der Mur-Mürz-Furche, und zur Mur-Mürz-Furche nehme ich das ganze Palten-Liesing-Tal und das Gebiet von Eisenerz dazu. Dort ist es in erster Linie die verstaatlichte Industrie, die mit Strukturproblemen zu kämpfen hat. Es ist auch die private Industrie, nur ist diese dort ein vergleichsweise kleinerer Arbeitgeber. Daher ist in erster Linie die Verstaatlichte betroffen. Hier haben gewaltige Reduktionen stattgefunden, und bis die Situation in Donawitz „bereinigt“ ist, werden wir in diesem Raum an Arbeitsplätzen der verstaatlichten Industrie 5200 verloren haben. Das ist eine Ziffer, die erschreckend ist, wenn man bedenkt, daß wir in den nächsten Jahren dort 12.000 zusätzliche Arbeitnehmer unterbringen müßten, um der Jugend in diesem Gebiet auch eine Chance zu geben. Wir können nicht erwarten, daß das die verstaatlichte Industrie allein bewältigen wird, und sie hat sich außerstande dazu erklärt. (Landesrat Gruber: „Ich würde sagen die Eisen- und Stahlindustrie, nicht die verstaatlichte Industrie!“) Die Situation ist nun einmal so, weil, und das ist ja die Hauptproblematik dabei, verschiedene regionale Nachteile einfach gegen dieses Gebiet sprechen. Lei-

der. Die VOEST-Alpine hätte mit Vergnügen das Elektronikprojekt in die Obersteiermark gebracht. Das hätte immerhin für einige tausend Leute Arbeitsplätze geschaffen. Es ist nicht möglich. Das Lohnniveau ist zu hoch, die Luft ist zu schlecht (Abg. Sponer: „Die Straßen sind zu schlecht!“), die Flächen, die angeboten werden, sind nicht ausreichend, und die Qualifikation der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte ist eine andere, als sie für dieses Werk gebraucht würde. Es ist daher der Standort Graz oder in der Nähe von Graz wahrscheinlich der geeignetste. Wir sollen froh sein, daß es zustande gekommen ist. Nur diese Ersatzarbeitsplätze werden kaum eine Erleichterung in der Obersteiermark schaffen. Das ist ein Problem, vor dem wir stehen. Es gibt Ansätze, hier Lösungen zu finden. Es ist schon erwähnt das Kunststeinprojekt in Eisenerz. Es wurde schon erwähnt die Flachglasherstellung in Eisenerz. Alles Dinge, die vom Bund und Land, was ich da hier heute gehört habe, ist das Land etwas zu kurz gekommen, gefördert werden. Das sind Ansätze, es wird ein guter Wille demonstriert, und es wird in bescheidenem Ausmaß Hilfe gegeben, aber Lösung für das Problem kann es nicht sein. Es wäre, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu viel verlangt, wenn man eine Lösung dieses Problems in den nächsten fünf oder wahrscheinlich zehn Jahren erwarten würde. Das ist schmerzlich, aber das ist eine Tatsache.

Soweit es die Steiermärkische Landesregierung anlangt, unterscheiden wir in der Förderung nicht zwischen Privaten und Verstaatlichten. Es hat in den letzten acht Jahren die verstaatlichte Industrie etwa im Verhältnis ihrer Beschäftigten Wirtschaftsförderung bekommen. Wenn sie das letzte halbe Jahr nehmen, dann hat sie fast 80 Prozent der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen bekommen, weil einige große Projekte, unter anderem auch natürlich die 100 Millionen Schilling für VEW, einfach die Statistik sehr verschieben. Ich glaube, daß es schon richtig ist, das festzustellen und wenn Sie wollen, auch anzuerkennen. Besonders stolz müssen wir nicht darauf sein, daß wir auch Betrieben, die dem Bund gehören, so viel Geld geben müssen, denn weder im Finanzausgleich, noch in der Kompetenzverteilung ist auf diesem Gebiet für das Land eine Kompetenz vorgesehen, aber nachdem Hilfe von anderer Seite nicht kommt, sind wir eben verhalten, solche Dinge zu tun, im Interesse der Arbeitnehmer dieser Betriebe, aber auch im Interesse der Bevölkerung dieser Gebiete, die einfach abhängig sind von der Wirtschaftskraft dieser Unternehmungen und von den Arbeitsplätzen, die sozusagen davon abhängig sind. (Abg. Sponer: „Wo sind die Milliarden, die der Bund gegeben hat?“) Das ist ein gemeinsames Interesse, und es wäre falsch, hier etwas herausarbeiten zu wollen, indem man sagt, was der Bund Großartiges tut oder das Land. Wir tun es gemeinsam. Es wäre Aufgabe des Bundes. Unsere Aufgabe ist es nicht. Wir müssen wissen, daß die Wirtschaftsförderung in dem Maße, wie sie in der Steiermark betrieben wird, eine freiwillige Aufgabe ist, die das Land übernommen hat. Ich glaube, wir können sagen, daß das Land Steiermark mehr tut, als die meisten anderen Bundesländer auf diesem Gebiet. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun in aller Kürze: Was wird also geschehen? Es gibt für das nächste Jahr ein Wirtschaftsförderungsbudget, das aus dem ordentlichen und aus dem außerordentli-

chen und dem außerordentlichsten Haushalt besteht, und zwar als außerordentlichsten Haushalt bezeichne ich die Wirtschaftsförderung, die aus dem Punkt 9 herauskommt, das sind die Überschreitungen, die möglich sind, im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung, die im vergangenen Jahr ein ziemlich großes Ausmaß gehabt hat. Ich glaube, daß wir etwa per 1981, aber bitte das ist eine Ziffer, die nicht verbürgt ist, sondern das ist meine derzeitige Schätzziffer, ungefähr 360 Millionen Schilling für Wirtschaftsförderungsfragen ausgegeben haben. Das ist eine ganz ordentliche Zahl. Für das nächste Jahr haben wir und das auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wir einfach sparsamer wirtschaften müssen, ein Budget plus den Überschreitungen, die vereinbarungsgemäß stattfinden können, das etwa 325 Millionen Schilling – wieder meine Rechnung – ausmachen wird. Der Herr Finanzreferent wird mir zeitgerecht sagen, wie groß die Ziffer wirklich ist. Sie wird um zehn Prozent geringer sein.

Nun, wie stellen wir uns die Aufteilung dieser Beträge vor? Im Jahre 1982 sind 195 Millionen Schilling bereits durch Bindungen vergeben. Da ist die VEW 100 Millionen Schilling und verschiedene andere Dinge. Die vier Gesellschaften werden ein Budget haben nach meinen Vorstellungen von ungefähr 36,4 Millionen Schilling, das ist im wesentlichen neben dem Eigenaufwand der Gesellschaften, der nicht bedeutend ist, für den Handwerkhof in Bad Radkersburg, für den Gewerbepark in Bad Radkersburg, für die Lehrwerkstätte in Bad Radkersburg und für den Industriepark mit Lehrwerkstätte in Mureck. Alle diese vier Vorhaben, die ich Ihnen gesagt habe, haben zusammen einen Aufwand von zirka 55 Millionen Schilling, wovon im Jahre 1982 34 und im Jahre 1983 20 Millionen Schilling, nach heutigen Berechnungen, ausgabenwirksam werden. Wir haben dann weiters für die Modell-Steiermark-Aktion gemeinsam mit dem Investkredit, wo wir rechnen, daß wir etwa 500 Millionen Schilling an vergleichsweise billigen Kreditmitteln in die Steiermark bringen werden, einen Aufwand zu erwarten an Zinsstützungen von 15 Millionen Schilling. Ich beabsichtige, und ich glaube, daß das im nächsten Jahr gelingen wird, jedenfalls lese ich unsere Budgetvereinbarung in diesem Sinn, dem Fonds für gewerbliche Darlehen zusätzliche 20 Millionen Schilling zuzuführen. (Abg. Hammer: „Was sind das für Aktionen, die kennen wir nicht!“) Für die Aktion für Handels- und Kleinstgewerbeförderung, die wir in einer der letzten Sitzungen vor den Landtagswahlen beschlossen haben, rechne ich, daß sie uns 5 Millionen Schilling kosten wird, so daß für diese Vorhaben gewissermaßen bereits 272 Millionen Schilling vergeben sind oder nach meiner Rechnung ein noch freier Betrag von 53 Millionen Schilling vorhanden ist, der der allgemeinen Wirtschaftsförderung, so wie bisher, für diesen oder jenen Fall zur Verfügung stehen kann. (Abg. Hammer: „Was ist das Modell Steiermark?“) Was ist das Modell Steiermark? Das Modell Steiermark ist eine gemeinsame Aktion mit der Investitions-Kredit-AG. (Abg. Zinkanell: „Ich habe gedacht, das ist eine politische Grundlage der ÖVP!“) Das ist ein Wiener Institut, das dieses Aktion so genannt hat, weil sie gedacht haben, sie machen der Steiermark eine Freude. Es ist vor einigen Monaten im Landtag sogar eine Anfrage in der Richtung gewesen, die ich Ihnen

beantwortet habe. Ich kann mich nicht mehr erinnern, wer von den Herren Abgeordneten diese Anfrage gestellt hat. Es geht darum, daß uns die Investitions-Kredit-AG. 300 bis 500 Millionen Schilling zu einem Zinssatz von 11,75 Prozent zur Verfügung stellt, der aus Mitteln der Wirtschaftsförderung um drei bis vier Prozent gestützt, dann einen Zinssatz zwischen acht und neun Prozent ergibt, der für solche Fälle relativ günstig ist.

Ich darf, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun auf einige der Fragen eingehen, die in der Diskussion eine Rolle gespielt haben. Der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser und der Herr Abgeordnete Loidl haben sich zu den Problemen der Wirtschaftsförderung geäußert, wobei die Frage der Finanznot der öffentlichen Körperschaften auch zur Diskussion stand. Der Herr Abgeordnete Loidl hat gesagt, daß es nicht böser Wille ist, daß Bund, Gemeinden und Länder in gewissen Nöten drinnen stecken und daher manche Baumaßnahmen nicht durchführen können. Ich stimme mit Ihnen da an sich völlig überein. Böser Wille war es sicher nicht, in einzelnen Fällen kann man natürlich auch von einer gewissen Leichtfertigkeit sprechen, weil sich manche Gebietskörperschaften mit Vorhaben meiner Meinung nach finanziell übernommen haben und dadurch Mittel, die durchaus dem Wohnbau hätten zugeführt werden können, unnötigerweise in andere Bauvorhaben hineingegangen sind, deren Arbeitsplatzwirksamkeit nicht annähernd so gut ist, wie etwa der Wohnbau. Ich möchte jetzt nicht vom AKH reden, weil das ist auch ein Hochbau – von mir aus –, aber zum Beispiel die Donauesinglerinsel ist etwas, wo sehr viele Maschinen und sehr wenig Leute beschäftigt waren. Mit dem Geld hätten wir sicher etwas Besseres anfangen können. (Präsident: „Bitte, die Konferenz, wenn möglich, abzusetzen!“)

Es hat der Herr Abgeordnete Schützenhöfer darauf hingewiesen, daß Klein- und Mittelbetriebe ein Informationsservice brauchen. In dem Zusammenhang kann ich nur darauf verweisen, daß unsere Innova, die Innovationsförderungs-Gesellschaft, genau diese Aufgabe wahrzunehmen hat, nämlich die Brücke zwischen den Unternehmern auf der einen Seite, zwischen den Praktikern und zwischen den Forschungsinstituten, sei es auf den Hochschulen, sei es auch in unseren kooperativen Forschungsanstalten, zu schlagen, um den Praktikern in den Betrieben den Zugang zu den neuesten technischen Informationen zu ermöglichen. Es ist eine Tatsache – und ich habe eingangs darauf hingewiesen –, daß eine Randlage nicht nur erhöhte Transportkosten mit sich bringt, sondern daß eine Randlage vor allem auch einen Informationsmangel mit sich bringt. Es hat die Bundeshandelskammer in Wien mit der Technova ein Computerservice eingeführt, welches jedem Unternehmer ermöglicht, alle Informationen über Patente, Lizenzen, Literaturstellen oder was er sonst wissen will, zu erfragen. In den ersten zwei Jahren des Bestehens dieses Institutes sind nur 17 Prozent der Anfragen aus Steiermark und Kärnten gewesen und 83 Prozent aus Niederösterreich und Wien. Die Nähe zu der Informationsquelle spielt einfach eine Rolle. Es gibt auch eine internationale Untersuchung, die zum Beispiel den Unterschied zwischen Schottland und Wales zeigt. Nach dieser Studie machen die Transportkosten aus Schottland 5,9 Pro-

zent der Erzeugungskosten aus, die Transportkosten in England machen 5,5 Prozent aus, also ein vergleichsweise geringer Unterschied. Trotzdem hat England auf Grund der größeren Dichte, auf Grund der engeren Beziehung zwischen den Firmen eine Produktivität, die erheblich höher liegt als die in Schottland, weil dort einfach in diesen Agglomerationen – wie man das nennt – die Informationen schneller gehen, weil der Kontakt besser ist und das, was ich eingangs als bessere Befruchtung bezeichnet habe, eher stattfindet. Und diesen Mangel, der in der Steiermark ganz besonders gegeben ist, müssen wir eben mittels dieser Gesellschaft und durch eine ständige Beratung und vor allem durch eine Beratung am Ort, sei es durch den Verein für praktische Betriebsberatung, durch die Technova, den Exportring versuchen wettzumachen.

Es hat dann in der Diskussion zwischen den Herren Abgeordneten Schützenhöfer, und es haben sich da sehr viele Damen und Herren daran beteiligt, die Frage eine große Rolle gespielt, wie weit in den Betrieben Gesinnungs- und anderer Terror ausgeübt wird. Nachdem ich der Landesrat für die Wirtschaftsförderung bin, will ich mich in diese Diskussion überhaupt nicht einlassen und werde dazu auch nicht Stellung nehmen. Ich glaube nur, daß man diesem Streitpunkt sehr rasch auf den Grund kommen könnte, wenn man etwa beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung eine Kommission einrichten würde, die solche Fälle untersucht. Ich würde also gerne vorschlagen, daß man zum Beispiel bei der VEW und in irgendeinem anderen Unternehmen (Abg. Brandl: „Das Land selbst!“) oder auch im Landesdienst einen Vergleich macht, um festzustellen, wie weit hat eine Behinderung bei den Betriebsratswahlen gegenüber den Personalvertretungswahlen stattgefunden, wie weit war es dort und da möglich, andere Listen aufzustellen, wie weit hat man dort und da versucht, auf das Wahlverhalten der einzelnen Mitglieder Einfluß zu nehmen. Das wäre eine hochinteressante Untersuchung. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich könnte mir leicht vorstellen, daß sich die Herren Landesrat Gruber, der doch immerhin als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der VEW ein bißchen was zu reden hat (Landesrat Gruber: „Nichts in Personalangelegenheiten!“), und Landeshauptmannstellvertreter Wegart auf eine solche wechselseitige Untersuchung einigen könnten. Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß so ein Ausschuß paritätisch besetzt wird. Ich glaube, es braucht niemand, wie das im Bund draußen üblich ist, eine Mehrheit in diesem Untersuchungsausschuß zu haben, und man könnte einmal den einzelnen Vorwürfen auf den Grund gehen und müßte sich nicht hier darüber streiten. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Frage, die der Herr Abgeordnete Trampusch angeschnitten hat, und zwar Assmann, Radmer, Leibnitz, haben wir schon besprochen. Es ist die Frage der Müllverwertung angeschnitten worden, und ich würde sehr empfehlen – ich glaube, der Herr Abgeordnete Prensberger hat gesagt, man müßte hier in Graz etwas machen –, die Erfahrungen der Stadt Wien mit der Recyclinganlage eingehend zu studieren, und zwar nicht nur die offiziellen Aussendungen des Bürgermeisters, sondern die tatsächlichen der Magistratsbediensteten, um festzustellen, wie weit es schon tatsächlich erfolgreiche Modelle so eines Recycling aus dem

Müll gibt. In Österreich ist es halt leider bisher noch nicht gelungen (Abg. Preamberger: „In der Schweiz!“), oder zu Kosten wie in Wien, die den Wert dessen bei weitem übersteigen, was gewonnen wird. Vom Prinzip her kann man das Recycling nur bejahen, das ist überhaupt keine Frage. Nur, bitte schön, keine Versuche mit irgendwelchen Verfahren, die nicht schon tatsächlich irgendwo erprobt sind. Und das ist halt auch wieder so etwas – je weniger man davon weiß, um so leichter kann man darüber reden. Im Prinzip ist alles „klaß“. Nur die Erfahrungen sind dann eben teilweise andere. Eine Frage des Abgeordneten Trampusch war die Energiekommission unter Einbindung von Mitgliedern der verschiedenen Klubs zusammen mit dem Landesenergiebeauftragten. Ich glaube, das wäre nicht der richtige Weg, ehrlich gesagt. Meiner Meinung nach ist es Aufgabe des Energiebeauftragten, ein Konzept für einen Energieplan vorzulegen, der dann in einem Ausschuß von den Klubs und vom Landtag beraten wird. Der Landtag ist keine verwaltende Körperschaft, sondern eine gesetzgebende Körperschaft, und es wäre daher meiner Meinung nach vom Wesen her falsch, wenn etwa Abgeordnete gemeinsam an der Erstellung so eines Planes mitarbeiten würden. Wenn die Damen und Herren Abgeordneten selbst das Budget erstellen würden, was eigentlich Aufgabe wäre, dann wäre das eine viel dankenswertere Aufgabe, als sich mit Energiefragen zu befassen, wo nämlich das Wesentlichste Informationen sind, die man haben muß, und – verzeihen Sie mir bitte – die Arbeit des Energiebeauftragten durch die Anwesenheit von Abgeordneten der Klubs nicht unbedingt gefördert werden würde. Er soll den Bericht vorlegen, und den schauen wir uns dann an.

Es hat der Herr Abgeordnete Pfohl auf verschiedene Fragen der Industrie und Industriepolitik hingewiesen. Dann war der große Auftritt des Herrn Abgeordneten Rainer. Ich muß sagen, wirklich, vor allem für einen ersten Auftritt jederlei Kompliment, keine Qualifikation, sondern wirklich Kompliment, aber in der Sache tue ich mir schwer, weil doch einiges gesagt wurde, was zwar demagogisch wirkungsvoll ist, was aber der Sache keinen guten Dienst erweist. Herr Abgeordneter, man kann alles machen, aber wenn alle in den Fehler verfallen und sagen: der ÖVP-Fegerl und der SPÖ-Generaldirektor der Länderbank, die fast zugrunde gegangen wäre, dann bringen wir nichts weiter. Ich glaube auch, daß es nicht wirklich sinnvoll ist, Abstimmungsergebnisse in einem Aufsichtsrat, so angenehm sie für Sie sein mögen, die theoretisch sogar der Vertraulichkeit unterliegen, in aller Öffentlichkeit auszubreiten. Sie sind so für die Einhaltung von Gesetz und Recht und Ordnung, daß ich mich immer wundere, daß Sie dann mit solchen Dingen so vergnügt umgehen. Ich frage mich nur, wem soll das etwas bringen, und um rein parteipolitischen Vorteilen willen, das kann ich gar nicht annehmen, daß Sie sich so angestrengt hätten, deshalb diese Äußerung zu tun. Felten & Guilleaume ist ein Privatunternehmen, das in der Steiermark lang tätig war. Die Alpine ist so ein Unternehmen, Böhler war so ein Unternehmen oder ist noch so ein Unternehmen. Wenn wir da sagen, die haben schlecht gewirtschaftet, ich glaube nicht, daß wir dadurch irgendjemandem einen Dienst erweisen, und ich glaube nicht, daß wir dadurch vor allem an der

Situation irgendetwas ändern. Die Ursachen von Insolvenzen, natürlich haben sie in fast allen Fällen mit der Unfähigkeit der dort beschäftigten Manager oder Unternehmer oder beider zu tun. Nur die VEW war auch theoretisch an der Grenze der Insolvenz, und wer würde jetzt sagen, daß dort vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates angefangen, unfähige Leute am Werk waren? Es ist nicht nur der Generaldirektor, sondern das sind alle Direktoren, und das ist natürlich auch der gesamte Aufsichtsrat, und nachdem wir eine Mitbestimmung haben, sind das natürlich auch die Arbeitnehmervertreter, die ihre Schuld haben, und die zumindest die Situation nicht aufgehalten haben. (Abg. Preamberger: „Wir drücken uns nicht davor!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren! So einfach kann man es sich nicht machen, aber wenn wir schon so reden, dann bitte schön auch so: Die Vollbeschäftigung war ein Ergebnis der jeweiligen Bundesregierung und des Spitzenmannes in der Bundesregierung. Das ist doch selbstverständlich. Er hat die Verantwortung dafür gehabt. Dann aber auch bitte für die Arbeitslosigkeit. Denn man kann nicht sagen, die Vollbeschäftigung haben wir gebracht, und die Arbeitslosigkeit ist auf Grund einer internationalen konjunkturellen Situation entstanden. Entweder habe ich die Verantwortung für beides, oder ich muß in beiden Fällen anerkennen, daß es natürlich Kräfte gibt, die viel stärker sind als alles, was in Österreich auf dem Gebiet entwickelt werden kann, und die eben unsere Situation mit beeinflussen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Rainer: „Sagen Sie das auch im Wirtschaftsband. Sagen Sie das der Industriellenvereinigung!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Das braucht er nicht sagen, das wissen die viel besser als Sie!“) Herr Kollege, ich sage das nicht nur im Wirtschaftsband und in der Industriellenvereinigung, ich habe das öffentlich in der Handelskammer gesagt. Ich tue mir da wirklich leicht, weil ich dererlei Dinge nicht hier so, drüben so sage, sondern ich habe hier meine Meinung sowieso. Es gibt von einem Wissenschaftler einen sehr gescheiterten Vergleich, der sagt: Die Wirtschaftspolitik und der Markt, das ist so wie das Grinzing Problem. Wir könnten auch sagen das Leutschacher Problem oder das Gamlitzer Problem. Das ist nämlich das, wenn zwei nicht ganz Standfeste versuchen, sich gegenseitig zu stützen. Genauso muß man das akzeptieren. Das sind eben Kräfte, die viel stärker sind als wir, und wenn wir eine Vollbeschäftigung haben, dann freuen wir uns darüber, und wenn wir das Gegenteil haben, dann müssen wir anerkennen, daß es genauso ein Produkt unserer Politik ist oder nicht, wie im Falle der Vollbeschäftigung. Die derzeitige Situation ist natürlich eine weltweite und ist natürlich auch eine Strukturkrise, aber einen gewissen österreichischen Beitrag gibt es natürlich auch dazu, und den muß man sehen, und den kann man auf diese Art nicht wegdiskutieren. Sie haben zum Beispiel behauptet, daß eine Zeitung einen tränenreichen Artikel geschrieben hätte über den armen Herrn Voggenhuber. Ich bitte, mir diese Zeitung zu zeigen. (Abg. Preamberger: „Ein 450-Mercedes ist ihm zugestanden worden!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Bitte von wem?“) Die gibt es nicht. Ich bin bereit, mit Ihnen eine Wette abzuschließen, daß Sie das nicht zustande bringen, denn niemand von uns hat Mitleid mit dem Herrn Voggenhuber. Was ist mit dem Vorstand der Elin und dem Vorstand der Länderbank, die waren alle Heilige

in dem Zusammenhang? Die haben nichts falsch gemacht? (Abg. Preamberger: „Zu Ihrer Beruhigung habe ich dem Generaldirektor Erndl oft meine Meinung gesagt – was Wirtschaftsfragen anbelangt!“)

Ich kann jetzt das meiste überspringen, ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete Halper unbedingt recht hat mit seiner Feststellung, daß die meisten Investitionen in diesem Land Steuerinvestitionen sind. Ich glaube, das ist ihm in der Rage herausgerutscht. Das steht so im Protokoll, außer es wird durch Korrektur herausgenommen. Ich glaube natürlich auch nicht, daß die Tatsache, daß für die Lkw-Abschreibung eine gewisse Erleichterung gegeben wurde, das nur annähernd kompensieren kann, was an vorzeitiger Abschreibung weggefallen ist. Sehr allerdings möchte ich die Ausführungen begrüßen, die Sie, Herr Kollege, im Zusammenhang mit der Bedeutung der Kohle für die steirische und für die österreichische Wirtschaft gebracht haben. Und überhaupt die ganze Frage der Energiepreise und der Energiesituation, die für uns doch ganz entscheidend ist.

Der Abgeordnete Kollmann hat auf die Schwierigkeiten mit dem Nachtschicht- und Schwerarbeitergesetz hingewiesen, das natürlich einen Erleichterungseffekt für manche Betriebe hat, die in der Lage sind, ältere Arbeitnehmer auf Grund dieses Gesetzes in Pension zu schicken, was Donawitz durchaus zugute kommt. Das Gesetz hat aber, wie alles, auch eine zweite Seite und bringt beträchtliche Kosten mit sich, wie alle Betriebsräte und alle Unternehmensführer wissen.

Eines muß man sagen, und da ist die Aufregung wirklich nicht angebracht gewesen. Natürlich ist für sehr viele Betriebe des Gewerbes die Frage der Arbeiterabfertigung eine Existenzfrage. Das richtet sich nicht gegen die Arbeiter, die selbstverständlich denselben Anspruch darauf haben wie in der Industrie, denn in der Industrie gibt es das schon viel länger. Aber es ist halt einfach eine Tatsache, daß eine so abrupte Änderung manche Betriebe in Schwierigkeiten bringt. Man kann sagen, das ist gut, denn damit tritt ein Ausleseeffekt ein, und es werden die, die nicht stark sind, wegfallen. Nur, bitte, sagen darf man es, daß einige Arbeitsplätze auch auf Grund dieser Abfertigungsbestimmungen, so begrüßenswert sie in der Theorie sind, verloren gehen werden. Und das muß man einfach zur Kenntnis nehmen. Wenn man aber sagt, der Effekt ist uns mehr wert, dann kann man das Gesetz durchaus begrüßen.

Der Herr Abgeordnete Hammer hat wieder eine Privatbetriebsgeschichte gefunden – das will ich übergehen. Die Herren Abgeordneten Dr. Eichinger, Dr. Wabl und Preamberger haben sehr für die Demokratie gesprochen. Wir sind da eines Sinnes, wir werden ja beide im Lauf der Jahre älter, jedes Jahr ein Stück (Abg. Preamberger: „Unter anderem!“), und dadurch etwas milder, Herr Kollege. Ich glaube nur, daß man das, was Sie über Jugoslawien gesagt haben, nicht so ohne weiters hinnehmen kann, und ich glaube auch nicht, daß Ihre Kritik am Außenhandelssystem, soweit es etwa das System unserer Handelsdelegierten betrifft, gerechtfertigt war. (Abg. Preamberger: „Ein Überdenken – habe ich gesagt – wird notwendig sein!“) Wir haben mit dem System der Handelsdelegierten auf der ganzen Welt ein System, um das wir wirklich beneidet werden. Es geht auf Raab zurück,

dessen Raab-Kamitz-Kurs heute so schmachlich abgetan wurde. (Abg. Hammerl: „Nicht schmachlich, sondern überbewertet haben wir ihn!“) Das System hat sich wirklich bewährt, es hat weder die Bundesrepublik noch die Schweiz, noch irgendein anderes Exportland ein nur annähernd so gutes System. In Europa jedenfalls sind wir einmalig. Ich glaube, überdenken kann man alles, nur sehr viel ändern wird man in dem Zusammenhang nicht können.

Ganz kann ich Ihnen nicht zustimmen, Herr Kollege, wenn Sie sagen, daß Preisunterschiede bis zu 30 Prozent bei Vergabe von Aufträgen akzeptiert werden müssen. Wenn wir das durchführen, dann haben wir den Protektionismus in einem Maß, das ungesund wäre. Denn unsere Unternehmungen, die im Ausland Aufträge bekommen, rechnen natürlich auch damit, daß sie dort im Wettbewerb den ausländischen Anbietern gegenüber annähernd gleichgestellt sind. Daß der heimische Lieferant zwei, drei, vier, von mir aus fünf Prozent Vorteil haben soll, das wird jeder akzeptieren. (Abg. Preamberger: „Zehn Prozent!“) Wir ziehen aber den kürzeren, weil wir mehr auf den Export angewiesen sind als andere Länder. Wenn wir ein System einführen, das bis zu 30 Prozent Preisunterschied zuläßt, würde das zwangsläufig Gegenmaßnahmen im Ausland nach sich ziehen, und damit den österreichischen Export auf das entscheidende treffen.

Der Herr Abgeordnete Karrer hat auf die Probleme im Zusammenhang mit dem Schrotlenkungsgesetz hingewiesen. Da gibt es wie überall, bitte, zwei Seiten. Da gibt es die Situation der VOEST-Alpine, die hat diese Anschauung, und wenn Sie die Firmen Großschädl, Pengg und Felten & Guillaume – also jetzt nicht mehr – fragen, haben Sie eine andere Anschauung. Ich getraue mir nicht zu, zwischen den beiden abzuwägen und zu sagen, wer mehr und wer weniger recht hat. Sicher ist das ein ganz großes Problem, und man kann natürlich gewachsene Strukturen nicht über Nacht ändern. Die Firma Großschädl zum Beispiel hat sich auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung entwickelt. Wenn Sie diese über Nacht ändern, dann müssen Sie zumindest damit rechnen, daß auch bei denen, die ihre Rechnungen darauf aufgestellt haben, entscheidende Änderungen eintreten.

Der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer hat noch einmal auf die Arbeiterabfertigungen hingewiesen und sehr unterstrichen, daß die Basis für Investitionen natürlich Gewinne sind.

Der Herr Abgeordnete Brandl hat uns einen Reife-prozeß empfohlen (Abg. Brandl: „War nur ein Zwischenruf!“) – nein, Sie haben gemeint, wir hätten einen durchgehen. Man kann das nur anderen auch empfehlen, gewisse Reifeprozesse zu durchgehen.

Beim Herrn Abgeordneten Ileschitz war von Halbwahrheiten und von Dreiviertelwahrheiten die Rede. Wenn ich mir die Resolutionen, ich glaube, der 8. Vollversammlung der Arbeiterkammer, zur Hand nehme, dann muß ich sagen, Halbwahrheiten ist ein großzügiger Ausdruck dafür. Das waren Viertel- bis Achtelwahrheiten, die dort verbreitet wurden. Wenn Sie, Herr Kollege Ileschitz, zum Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer gesagt haben, er soll in seiner Stellung als Kammeramtsdirektor ein bißchen mehr, sozusagen sozialpartnerhaft denken, dann muß ich nur sagen, dasselbe

kann man dem Herrn Präsidenten der Arbeiterkammer empfehlen, der solche Resolutionen entstehen läßt und dann auch tatsächlich beschließen läßt und sich noch freut, wenn dadurch der Eindruck erweckt wird, daß das wirklich die Meinung der Arbeitnehmer in der Steiermark gewesen wäre.

Der Herr Abgeordnete Schrammel hat noch auf die besonderen Probleme des Bezirkes Fürstenfeld hingewiesen. Das ist natürlich ein Bezirk, der wie einige andere Grenzbezirke ganz besonders betroffen ist und der da wirklich die steirische Situation in dem Zusammenhang aufzeigt. Denn nach dem Wegfall von Eumig, Weichel und einigen anderen kleinen Unternehmungen sowie zum Schluß auch noch der Styria, kann man fragen, was in Fürstenfeld wirklich noch übriggeblieben ist. Es ist sehr schwierig, denn das waren alles Gründungen, von denen man sich viel erwartet hat und die halt gezeigt haben, wie wandelbar das Glück in der Wirtschaft ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe gesagt, daß das Land Steiermark die Wirtschaftsförderung als eine freiwillige Aufgabe übernommen hat, und es wird auch eine freiwillige Aufgabe bleiben. Wir erfüllen damit eine Verpflichtung unseren Landsleuten gegenüber in dem Sinn, daß wir uns mit ihnen solidarisch erklären und daß wir bestrebt sind, soweit wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehen, Hilfe, und wenn es nur eine Andeutung einer Hilfe ist, zu geben. Ich glaube nicht, daß viele Investitionen unterblieben wären, wenn wir keine Wirtschaftsförderung gegeben hätten. Ich muß das ganz offen sagen. Sicher aber haben wir dadurch manche Investitionsentscheidungen leichter gemacht, daß ein Zinsenzuschuß von zwei, drei oder vier Prozent, maximal auf die Dauer von fünf Jahren, gegeben wurde. Bei allen diesen Maßnahmen ist es so, daß man die Ursache und die Wirkung nie ganz in Einklang bringen kann. Sie haben sich dazu entschieden, und die zuständige Abteilung bemüht sich nach Kräften, Ihren Willen zu erfüllen und das, was sie als förderungswürdig erkennt, zur Förderung vorzuschlagen.

Wir haben die Beiräte nach den Wirtschaftsförderungsgesetzen, in denen entgegen manchen Äußerungen, die in der Presse zu lesen waren, ein sehr gutes und konstruktives Zusammen Arbeitsklima herrscht. Es werden alle Fragen beraten. Man kann jetzt darüber streiten, ob die Informationen zu früh oder zu spät kommen, jedenfalls hat sich noch niemand außerstande gesehen, einer Maßnahme zuzustimmen, weil etwa die Unterlagen nicht ausführlich genug gewesen wären oder er nicht genug Zeit gehabt hätte, sie zu studieren. Es liegt in den Beiräten eine wie im Gesetz vorgesehene Geschäftsordnung zur Beratung, es sind darüber Parteienverhandlungen aufgenommen worden, und ich hoffe, daß wir diese Geschäftsordnung im nächsten Jahr auch beschließen können. Der gesetzliche Auftrag besteht seit mehreren Jahren; interessanterweise ist es auch ohne dieselbe gegangen. Ich halte nur nichts davon, daß man sich einerseits einen Auftrag gibt und ihn dann nicht erfüllt. Weiters liegt im Hohen Haus eine Novellierung der Wirtschaftsförderungsgesetze, die im wesentlichen Änderungen hinsichtlich der Zinssätze beinhaltet und auch hinsichtlich des Förderungsrahmens.

Wir haben bisher die Energieerzeugung ausgenommen, und wir haben Zinssätze im Gesetz drinnen stehen, die in der heutigen Zeit einfach nicht mehr vertretbar sind. Das muß geändert werden, und ich bitte Sie, daß wir möglichst bald im entsprechenden Ausschuß die Frage beschließen, denn in Wirklichkeit agieren wir in einer Weise, die im Gesetz ausdrücklich nicht vorgesehen ist. Das ist eine Verpflichtung, und ich habe schon vor mehreren Monaten darauf hingewiesen und darf in diesem Zusammenhang meine Bitte wiederholen.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an den Fragen. Ich hoffe, daß wir in dem Ausschuß weiterhin so gut zusammenarbeiten werden und daß wir doch langsam die Fortschritte machen, die wir machen müssen, wengleich – und damit komme ich zum Eingang meiner Ausführungen wieder zurück – man sich nicht vom nächsten Jahr und schon gar nicht von der Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark besondere Wunder erwarten darf. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Kollmann: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte namens des Finanzausschusses um Annahme der Ansätze.

Präsident: Ich lade die Damen und Herren Abgeordneten, die an der Abstimmung teilnehmen wollen, ein, auf Ihren Sitzen Platz zu nehmen, denn im Haus gilt Sitz und Stimme. Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Die Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen nun zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Leopold Johann Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau sowie Verkehr, hat Einnahmen in einer Gesamtsumme von 23.918.000 Schilling und Ausgaben von 1.240.114.000 Schilling. Die Ansätze der Gruppe 6 sind im Finanz-Ausschuß eingehend durchdiskutiert worden, und stelle ich daher namens des Finanz-Ausschusses den Antrag auf Genehmigung der Ansätze der Gruppe 6.

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lind. Ich erteile es ihm.

Abg. Lind: Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich mich als Abgeordneter des Raumes Hartberg alljährlich mit dem Ausbau der Südautobahn auseinandersetze, so tue ich das deshalb, weil der Bau dieser Autobahn für unsere Wirtschaft, für die Verkehrssicherheit, für den Umweltschutz und für die Energieersparnis einfach lebenswichtig und notwendig ist. Ich glaube, über jedes dieser Gebiete könnte man im Zusammenhang mit dem Ausbau der Autobahn eine eigene Rede halten.

1970 betrug der durchschnittliche Verkehr zwischen Gleisdorf und Hartberg 4200 Kraftfahrzeuge in 24 Stunden, 1980 waren es bereits 8700. Es gab Spitzen mit über 20.000 Einheiten im Verkehr. Das heißt, daß zwischen Hartberg und Gleisdorf auf der Wechselbundesstraße ein Verkehrsaufkommen herrscht, welches nicht mehr zu bewältigen ist. Es ist die Wechselbundesstraße bereits eine unzulängliche Bundesstraßenanlage mit engen, unübersichtlichen Kurven, die überdies in den Steigungsbereichen keine Kriechspuren aufweist. Eine Trendumkehr bei der Aufteilung des Verkehrs zwischen Schiene und Straße ist bisher selbst unter Berücksichtigung der steuerlichen Maßnahmen und der durch die Energiesituation veränderten Verhältnisse nicht ersichtlich. Was die Unfälle betrifft, so gab es auf der Strecke Hartberg–Gleisdorf in der ersten Hälfte des heurigen Jahres 1981 61 Verkehrsunfälle mit Personenschäden, darunter sechs Verkehrstote. Man muß dazu erwähnen, daß Unfälle mit reinen Sachschäden meist nicht registriert werden. Diese Entwicklung zeigt wohl am deutlichsten, wie notwendig der rasche Ausbau der Südautobahn zwischen Hartberg und Gleisdorf ist. Es ist sehr erfreulich, daß es mit dem Bau der Autobahn zügig vorangeht und daß wir mit der Verkehrswirksamkeit bis Ende des Jahres 1983 hoffen können. Aber auch nur deshalb hoffen können, weil das Land Steiermark als einziges Bundesland bereit war, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Die anteiligen Kosten des Landes betragen rund 370 Millionen Schilling, das sind 13,2 Millionen Schilling pro finanziertem Ausbaukilometer. (Präsident Zdarsky: „Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit!“) Wo übernimmt der Bund Landesausgaben in dieser Höhe, fragen wir uns. Heute wird der beschleunigte Ausbau der Südautobahn zum Aufhänger des Bundes gemacht. Bautenminister Sekanina hat in zahlreichen Pressekonferenzen angekündigt, daß die Südautobahn bis 1986 fertig sein soll. Ein Ziel, das wir Steirer schon vor Jahren angestrebt haben, und ich erinnere daran, daß die Steiermark bereits 1975 den raschen Ausbau gefordert hat. Man vergißt nur sehr schnell. Landeshauptmann Krainer – damals Landesrat – ließ Finanzierungs-Novellen erarbeiten, die als Südautobahn 1986 im Sommer 1976 der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Ich habe auch bei der Budgetdebatte im Landtag dazu gesprochen. Die Gesamtkosten der Südautobahn in der Steiermark betragen unter Berücksichtigung des teilweisen Halbausbaues rund 8 Milliarden Schilling. Sie wird eine Gesamtlänge von 135 Kilometern in der Steiermark aufweisen. Bis Ende des heurigen Jahres werden rund 5 Milliarden Schilling verbaut sein. Das heißt, wenn Bautenminister Sekanina seine in Aussicht gestellten Termine in der Steiermark einhalten will, müssen bis 1986 3 Milliarden Schilling an bauwirksamen Finanzmitteln zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommen noch die in Niederösterreich und im Burgenland liegenden Abschnitte. Bisher wurde nur viel über den Wechselübergang gesprochen, und es werden Sparvarianten angekündigt, die offensichtlich im burgenländischen Bereich bisher noch kein Echo gefunden haben, außer, daß man dort zu Alternativtrassen neigt. Uns geht es vor allen Dingen um den Abschnitt Friedberg–Allhau, der rund eine halbe Milliarde Schilling kosten wird. Hier ist eine Entscheidung wegen des Hartbergzubringers unbedingt notwendig. Die Stadt Hartberg kann und wird

niemals bereit sein, den gesamten Zubringerverkehr zur Autobahnanschlußstelle mitten durch die Stadt zu tragen. Es würde ein Abbiegen an einer Kreuzung erfordern, dies würde einen Rückstau bedeuten. Außerdem würde die Autobahn höchstwahrscheinlich, wenn kein separater Autobahnzubringer besteht, der eben nicht durch die Stadt führt, kaum angenommen werden, und der Gesamtverkehr würde sich nach wie vor über die Wechselstraße bis Gleisdorf ergießen. Wir werden uns daher, was die Frage des Zubringers betrifft, nicht mit den bisherigen Aussagen zufrieden geben. Wir verlangen daher den Bau des Zubringeranschlusses Hartberg–Gleisdorf Ende 1982 und den raschen Ausbau des über das Burgenland verlaufenden Autobahnabschnittes Friedberg–Allhau. Wir hoffen aber auch, daß der Bund von seiner bisherigen Haltung abgeht und an der bestehenden Wechseltrasse nichts mehr tut, weil ohnedies die Autobahn in Hinkunft den Verkehr aufnehmen wird. Die Bundesstraße wird weiterhin den gesamten Lokalverkehr zu tragen haben, und es wird notwendig sein, daß auch dort weitere Verbesserungsmaßnahmen durchgeführt werden, wie dies in dankenswerter Weise in den Ortsbereichen von Kaindorf und Hirnsdorf schon geschehen ist.

Es gibt sicher kein Ende im Straßenbau. Österreich ist ein bedeutendes Verkehrstransitland. Daher auch die zusätzliche große Verkehrs- und Straßenbelastung. Wir spüren dies deutlich auf der Wechselstraße. Der Autobahn- und Straßenbau verbessert nicht nur die Infrastruktur, bedeutet nicht nur die Verbesserung der Verkehrssicherheit, er sichert auch viele Arbeitsplätze. Gerade im oststeirischen Raum, und das wird von niemandem bestritten, fehlt eine Reihe von Arbeitsplätzen. Die Oststeirer wollen nicht weiterhin die Gastarbeiter der Wiener sein. Die vielen Pendler wollen wir wieder im oststeirischen Raum beschäftigen. Und ich glaube, daher ist es nicht richtig und notwendig, daß man dem Unternehmer die Steuerschillinge im allzu großen Umfang aus der Tasche zieht, denn der einzelne Unternehmer gibt eher Gewähr dafür, daß Arbeitsplätze geschaffen werden, als dies hier von der Bundesseite der Fall ist. Wenn wir an das Großmotorenwerk, das General-Motors-Werk, denken, so fragen wir uns, wie lange das von Bestand ist. Die Verträge lauten ja nur auf fünf Jahre. Wenn unsere Unternehmer diese Mittel hätten einsetzen können, dann würde eine wesentlich größere Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden, und wir könnten unsere Pendler in der Oststeiermark beschäftigen. Man will sie wahrscheinlich umfunktionieren. Deshalb zieht man sie nach Wien. Dagegen wehren wir uns. Die Familientragödien, die mit diesem Pendlertum verbunden sind, stehen noch auf einer anderen Ebene. Darum bitte ich, daß von allen verantwortlichen Stellen alles darangesetzt wird, daß es auch möglich sein wird – von seiten des Bundes betone ich hier – diese Förderungs-mittel in die Oststeiermark fließen zu lassen, die wir brauchen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Ich glaube, und das geht hier besonders an die Adresse der Sozialisten, man soll künftighin nicht den Radikalismus in den Vordergrund stellen. Ich merke dies auch ganz besonders in Hartberg. Das ist scheinbar überall in allen Landesteilen der Fall. Ich glaube, die Bevölkerung und die Wähler wünschen, daß nicht gestritten, sondern daß gearbeitet

wird. Nach diesem Motto wollen wir auch in Zukunft unsere Arbeit und unsere Aufgaben erfüllen.

Nun noch zu einem anderen Kapitel in dieser Gruppe. Und zwar möchte ich noch zum Schutzwasserbau einige Worte verlieren, und zwar zum Schutz der Siedlungsgebiete im oststeirischen Raum unter Bedachtnahme auf Naturschutz und Fremdenverkehr. Die technischen Errungenschaften unseres Jahrhunderts mögen vielleicht täuschen und uns ein Gefühl der Sicherheit geben, weil wir glauben, die Natur damit zu beherrschen. Zu allen Zeiten aber war es die Natur, die den Menschen zum Äußersten herausgefordert, ja ihn in seiner Existenz bedroht hat. Kein Wunder, daß schon frühzeitig Dämme, Schutzmauern und Abflußgerinne gebaut wurden, um drohende Überschwemmungen bannen zu können. Betrachten wir die letzten zwei Jahrzehnte, so fällt eine erschreckend große Dichte an Hochwasserereignissen auf. Über die Häufigkeit solcher Katastrophen wurde schon viel diskutiert. Ist es die Versiegelung der Landschaft, die intensive Nutzung des Bodens, die Ausschaltung natürlicher Retentionen, das Zurückdrängen des Waldes, oder sind es gar atmosphärische Veränderungen, und damit andere Wetterlagen? Wo liegt eigentlich die Ursache? Wahrscheinlich im Zusammenspiel all dieser Komponenten. Die Gemeinden haben in Tallandschaften schon Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre Wasserverbände gegründet. Heute betreiben bereits 40 oststeirische Gemeinden aktiv Hochwasserschutz in Wasserverbänden. Ich darf bei dieser Gelegenheit allerdings auf die Schwierigkeiten bei der Aufbringung von Interessentemitteln hinweisen. Die Finanzschwäche der gesamten oststeirischen Region ist hinlänglich bekannt. Trotz der derzeit angespannten allgemeinen Wirtschaftslage, vielleicht sogar deswegen, entdecken immer mehr Österreicher, aber auch Deutsche und Holländer, die Oststeiermark als Erholungsland. Billige Angebote ohne Qualitätseinbußen, wie „Urlaub am Bauernhof“, ziehen ebenso zahlreiche Gäste an, wie der Reiz der Landschaft, die Wälder, die Menschen, die Auen, das milde Klima mit den vielen Sonnentagen, und natürlich auch der alte Kulturboden mit Relikten aus der Kelten- und Römerzeit, der Zeit der Türken- und Kuruzzeneinbrüche bis herauf in das 18. Jahrhundert als Bollwerk gegen den Osten. Steigende Nächtigungsziffern bestätigen die Oststeiermark als Hoffungsgebiet im Fremdenverkehr. Wurden im Jahre 1970 innerhalb des Fremdenverkehrsverbandes Oststeiermark noch 1,633.000 Gästeübernachtungen gezählt, so stieg diese Zahl bis zum Jahre 1980 um 17 Prozent auf zwei Millionen an. Diese Entwicklung müssen wir alle, die wir an verantwortlicher Stelle sitzen, weiterhin fördern und ihr die nötige Aufmerksamkeit angedeihen lassen. Einen wesentlichen Beitrag hierzu kann unter anderem der Schutzwasserbau leisten. Wie sollten landschaftlich hervorragend geeignete Gebiete für den Fremdenverkehr gewonnen werden, wenn die Angst vor dem Hochwasser vorherrscht. Ich meine damit nicht das Zurückdrängen der Natur, sondern nur die Sicherung von vorhandenem Lebensraum in Abstimmung auf den Landschaftsschutz. Denn das Kapital unserer Fremdenverkehrswirtschaft ist nun einmal die Landschaft mit ihrem weitverzweigten Gewässernetz, das wie Blutadern das geographische Relief durchzieht. Nur unter dieser Voraussetzung hat

der Schutzwasserbau vorzugehen, soll sein Verhältnis zum Naturschutz und in weiterer Folge zum Fremdenverkehr gesund bleiben beziehungsweise mancherorts gesund werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir nun, einige Beispiele anzuführen, wie oststeirische Gemeinden der Hochwassergefahr begegneten und ihre Probleme lösten. Ich erinnere an den 3. August 1979, als die Raab, das größte Gewässer der Oststeiermark, den Hauptplatz von Passail in einen tobenden Wildbach verwandelte, Wehrstufen wegriß, Wohn- und Betriebsgebäude beschädigte sowie Sportanlagen, das Freibad und wichtige Verkehrsträger erfaßte und zerstörte. Gerade das Gebiet um Passail und Fladnitz an der Teichalpe lebt zu einem wesentlichen Teil vom Fremdenverkehr. Deshalb weiß man dort auch den Ausbau der Raab entsprechend zu schätzen. Im Mittellauf der Raab, zwischen der Clement-Mühle in Feldbach und der Lugitsch-Mühle in Gniebing, wurden in den Jahren 1980/1981 Vorkehrungen in Form von Begleit- und Taldämmen zum Schutz des Freizeitzentrums und einiger Siedlungsgebiete der Stadt Feldbach geschaffen. Im parallel verlaufenden Feistritztal liegt Stubenberg mit seinem zirka 40 Hektar großen Badesee. Jene Au, die heute diese Fremdenverkehrsattraktion beheimatet, war im Jahre 1968 noch Überschwemmungsgebiet. Mit der Regulierung der Feistritz und Verlegung ihres Flußbettes an den westlichen Talrand konnte auch der im Jahre 1963 geborene Gedanke der Errichtung eines künstlichen Sees verwirklicht werden. Zehn Jahre nach dessen Fertigstellung und Inbetriebnahme ist Stubenberg mit 141.000 Nächtigungen Spitzenreiter im Bezirk Hartberg und an zweiter Stelle hinter Bad Gleichenberg im Fremdenverkehrsverband Oststeiermark.

Ein Katastrophenereignis mit Schäden in der Höhe von mehreren Millionen Schilling verursachte der steirisch-burgenländische Grenzfluß Lafnitz im Juni 1975 bei einem holzverarbeitenden Betrieb in Rohrbach an der Lafnitz. Ein von der Baubezirksleitung Hartberg in kürzester Zeit ausgearbeitetes Projekt und die sofortige Bereitstellung von Bundes- und Landesmitteln ermöglichten den definitiven Ausbau der Lafnitz im Bereich des Betriebsgeländes noch im Jahre 1976. Mittlerweile hat die Maßnahme dreifach die Feuerprobe, oder sagen wir Wasserprobe, bestanden, denn in den Jahren 1979, 1980 und 1981 ergossen sich jeweils gewaltige Wassermassen ins Bett der Lafnitz. Einen weiteren Schwerpunkt im Lafnitztal bildet der Tätigkeitsbereich des Wasserverbandes Mittlere Lafnitz. Schon Hochwasser unter der fünfjährigen Wahrscheinlichkeit treten zwischen Wörth und Neudau großflächig aus den Ufern, überströmten bis vor wenigen Wochen noch die Landesstraße und drangen vom Westen her in Neudau ein. Seit der Hebung der Landesstraße Wörth-Neudau und der Errichtung eines 700 Meter langen Leitdammes im Norden von Neudau braucht sich die Bevölkerung nun nicht mehr vor den Fluten der Lafnitz zu fürchten. Neben einigen südlich von Wörth erforderlichen Korrekturen bestehen die Vorkehrungen aus einer als Feuchtbiotop geplanten rund 1400 Meter langen Hochwassermulde, die eben nur dann in Funktion tritt, wenn die Kapazität des natürlichen Lafnitzprofiles nicht mehr ausreicht. Sie hat die Aufgabe, unter Erhaltung der eigenartigen Aulandschaft die

Hochwasserschutzmaßnahmen Wörth/Neudau zu schließen. Eine Hochwasserkatastrophe besonderen Ausmaßes versetzte die Bevölkerung von Vorau am 28. Juni 1975 in Angst und Schrecken. Wohlüberlegte Untersuchungen haben schließlich zur Herstellung eines Hochwasserüberleitungsstollens vom Katzen zum Sauhaltbach geführt, der am 19. September 1980 durchgeschlagen wurde. Wer heute Vorau mit seinem weit über die Grenzen des Landes bekannten wunderschönen Chorherrenstift besucht, wird feststellen, welch intensives Aufrüsten dort stattfindet. Fremdenverkehrs- und Gewerbebetriebe, aber auch Private, sind wieder bereit, Investitionen zu tätigen. Abwanderungsabsichten, die zweifellos schon vorhanden waren, wurden wieder beiseite gelegt.

Ähnlich war die Situation im Jahre 1966 im Pöllauer Kessel, dem Einzugsgebiet des Saifenbaches. Ein Jahrhundertereignis schnitt Pöllau faktisch von der Außenwelt ab, nur über einen Amateurfunker konnten damals die Hilferufe hinausdringen. Die zwischen den Jahren 1967 und 1974 hergestellte 4,5 Kilometer lange Saifenbachregulierung mußte seit dieser Zeit bereits einige Male ihre Tauglichkeit unter Beweis stellen. Die wiedergewonnene Sicherheit vor Hochwässern, und die Erklärung des Pöllauer Tales zum Naturpark sind heute die Hauptfaktoren im Aufwärtstrend des Fremdenverkehrs in dieser Region.

Ich erwähne im Zusammenhang mit der Saifenbachregulierung in Waltersdorf sehr gerne eine Aussage des Baudirektors der Österreichischen Donaukraftwerke AG., Herrn Dipl.-Ing. Dr. Franz Neiger, der ausführte, daß er anlässlich seines Urlaubes rein zufällig die Regulierungsstrecke in Waltersdorf sah. Er bezeichnete die dort gesehenen Baumaßnahmen sowohl in ihrer hydraulischen Gestaltung als auch insbesondere hinsichtlich der vorgenommenen Bepflanzungsmaßnahmen als beispielgebend für den Ausbau der großen Tulln im Zuge der Errichtung des Donaukraftwerkes Greifenstein. In sehr konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Institut für Umweltschutz, den Fachstellen für Naturschutz, dem Verein für Heimatpflege, der steirischen Berg- und Naturwacht sowie der Gemeinde Waltersdorf gelang es, ein wirksames und gefälliges Profil zu schaffen und zu gestalten. Gehwege am Fuß der Ufermauern, unmittelbar am Wasser, werden von Wanderern und Fischern gerne angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen nun eine Reihe von schutzwasserbaulichen Maßnahmen, die dem einen besser, dem anderen weniger gut zusagen werden, aufgezählt. Eines haben alle gemeinsam: Dort, wo sie zur Ausführung gelangten, wendeten sie sehr, sehr vielen materiellen Schaden ab. Zugegeben, bei älteren Bauvorhaben kam der Naturschutzgedanke sicherlich zu kurz. Mittlerweile kam ja der „revolutionäre Naturschutzlerlaß“ des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, der sowohl dem Natur- und Landschaftsschutz als auch der Fischerei die Chance der Mitsprache und damit auch der Mitverantwortung einräumt. Ich bekenne mich voll und ganz dazu, daß man langzeitwirksame Eingriffe in die Ökologie auf eine möglichst breite Basis zur Beurteilung stellt und damit möglichst viele brauchbare Ideen einholt. Schutzwasserbau und Naturschutz können nebeneinander existieren, wenn man sie aufeinander

abstimmt. Ich denke dabei vor allem an den Hochwasserrückhalt, also an jene Maßnahmen, die der Abmilderung der Hochwasserspitzen dienen und weniger an solche, die beschleunigende Wirkung zeigen. Diese Vorgangsweise bedarf – davon bin ich fest überzeugt – eines weit größeren Verständnisses aller Verantwortlichen und Betroffenen, besonders von jenen, die Grund und Boden bei Rückhalteanlagen verlieren.

Es ist gerade noch Zeit, um über alle zur Verfügung stehenden Institutionen, beginnend in der Schule über alle Kammern bis zu den Medien, Aufklärung zu betreiben und um Verständnis zu werben. Für unsere Region darf ich jedenfalls berichten, daß zwischen den Verbänden, den Gemeinden und der Wasserbauverwaltung einerseits und den Fachstellen für Naturschutz und Fischerei andererseits schon seit Jahren ein sehr konstruktives, auf gegenseitiges Verständnis aufgebautes Verhältnis besteht. Die Berücksichtigung ökologischer Interessen, die Anwendung fischereifreundlicher Bauformen sind längst keine Phrasen mehr, sondern Gestaltungsgrundsätze geworden.

Sehr verehrte Damen und Herren, wenn ich nun zum Schluß meiner Ausführungen den Schutz des Lebensraumes, also alles von Gott Geschaffene, in den Mittelpunkt unserer Aufgaben und Ziele stelle, so gilt dies wertfrei. Es ist jener des Menschen genauso gemeint, wie jener der Tier- und Pflanzenwelt, denn das eine kann das andere nicht ausschließen. Der Raumanspruch des Menschen ist, wie wir alle wissen, unerlässlich – er reicht ja bereits über unseren Planeten hinaus. Ich glaube, wie sollten zumindest auf unserer Erde die Grenzen erkennen und auch der Natur ihren Spielraum belassen, sofern er nicht lebensbedrohend und existenzgefährdend bis in die Intensivzonen menschlichen Wirkens reicht. Hier haben wir sogar die Pflicht, einzugreifen und Schutz anzubieten. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Loidl das Wort.

Abg. Loidl: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In letzter Zeit ist wieder einmal ziemlich heftig die Diskussion darüber ausgebrochen, ob denn der Straßenbau in der derzeitigen oder geplanten Form und im Umfang überhaupt weiterbetrieben werden soll oder nicht. Der Höhepunkt war bekanntlich eine Fernsehsendung in dieser Frage. Die schreckliche Vision, daß unsere schöne Landschaft zubetoniert werden soll, wurde wieder einmal an die Wand gemalt. Meine Damen und Herren, wir könnten darüber hinweggehen, weil glücklicherweise die Weichen für den Ausbau des dringend notwendigen, hochrangigen Straßennetzes in unserem Land längst gestellt sind und gegenwärtig mit einem finanziellen Aufwand, wie wir ihn früher überhaupt nicht für möglich gehalten hätten, gebaut wird. Die Bundesregierung hat ihr Versprechen, daß die Steiermark absoluten Vorrang hat, voll eingelöst. Aber auch das Land trägt durch Sonderfinanzierungen dazu bei. Wir müssen aber die Herrschaften, welche uns so sehr vor dem Zubetonieren warnen, schon fragen, ob sie denn den Eindruck haben, daß die Landschaft in unseren westlichen Bundesländern, in denen der Fremdenverkehr prächtig gedeiht,

die Wirtschaft geringere Schwierigkeiten hat, zubetoniert ist. Dort ist nämlich dieses Straßennetz schon mehr als zu 80 Prozent ausgebaut. Wir lagen vor kurzem erst bei 35 Prozent und holen jetzt erst rasch auf. Vielleicht interessiert auch die Tatsache, daß allein das Transitaufkommen auf den Straßen im ersten Halbjahr 1981 um weitere 6,8 Prozent auf 13,2 Millionen Tonnen gestiegen ist. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß wir den Umweltschutz beim Straßenbau sehr beachten und berücksichtigen. Es werden viele, viele 100 Millionen Schilling zusätzlich, wenn auch notwendig – möchte ich betonen – ausgegeben. Niemand denkt daran, daß der Großteil unserer Tunnels in Wirklichkeit Umweltschutz-tunnels sind. Der vielgeschmähte und beschimpfte Plabutschunnel, der sicher sehr teuer im Bau und dann erst in der Erhaltung ist, ist in Wirklichkeit ein Umweltschutz-tunnel, weil es nirgends anders gegangen ist, die notwendige Straße zu bauen. Meine Damen und Herren, die Frage, daß wir das geplante Straßennetz brauchen, ist längst beantwortet. Wir hätten dieses nämlich schon längst gebraucht, um die wirtschaftlichen Nachteile unserer geographischen Randlage zu mildern. Es ist gestern und heute von der Industrie bis zum Fremdenverkehr so viel darüber gesprochen worden. Jetzt stellt sich vor allem die entscheidende Frage, wie schnell können wir diese Lebensadern für unsere Wirtschaft fertigstellen und wirksam machen. Ich habe schon gesagt, es ist das erklärte Ziel des Bundesministers und der Bundesregierung, das angefangene Grundnetz auszubauen, um die Verkehrserschließung der wichtigsten Industrieorte zu beschleunigen. Das ist für uns vor allem der Ausbau der S 6 und S 36, um es noch einmal aufzuzählen, die Fertigstellung der im Bau befindlichen Teilabschnitte der Südautobahn. Dazu gehört die baldige Realisierung des Wechselüberganges. Es wird ja an den Plänen für den notwendigen Tunnel schon gearbeitet, Kollege Lind, und es sollte, wenn alles gut geht, 1988 begonnen werden. Dies alles erfordert aber einen ungeheuren Kostenaufwand. Allein was derzeit in der Steiermark im Bau ist, bedarf eines Kostenaufwandes von 10 Milliarden Schilling. Dazu kommt noch der Wechselübergang, der nach heutigen Preisen 2,4 Milliarden Schilling kosten würde. Das ist die Sparvariante. Es ist keine Frage, daß alles in den vorgegebenen Zeiträumen gebaut werden könnte. Das Problem ist die Finanzierung dieser gewaltigen Leistungen. Das muß doch jedem einleuchten, daß dies aus dem normalen Bundesbudget schlicht und einfach unmöglich ist. Wenn wir bedenken, daß die Einnahmen aus der Bundesmineralölsteuer rückläufig sind. Sie werden für 1982 nur mehr mit 13,6 Milliarden Schilling veranschlagt. Das freut uns auf der einen Seite, daß weniger Benzin verbraucht wird, und auf der anderen Seite haben wir natürlich diesen Mangel an Geldern für den Straßenbau. Die Ausgaben für die Erhaltung des bestehenden Straßennetzes steigen ja auch ununterbrochen an. Jeder neu gebaute Kilometer muß ja letzten Endes gepflegt und erhalten werden. Die Westautobahn ist, wie jeder weiß, der sie befahren hat, kaputt. Sie müßte dringendst saniert werden. Diese Sanierung, und darauf drängen die Salzburger, drängen die Oberösterreicher, drängen die Niederösterreicher, würde 4,2 Milliarden Schilling kosten. Im Bundesbudget 1982 ist der erste Teilbetrag ja schon enthalten. Es müssen also, wenn wir das gesteckte Ziel überhaupt erreichen wol-

len, beträchtliche Mittel, man kann vielleicht sogar sagen, der Großteil der benötigten Gelder anderweitig aufgebracht werden. Und dazu gäbe es zwei Möglichkeiten: Die eine wäre die Einhebung einer zusätzlichen Verkehrsabgabe von den Benützern dieser Straßen, in welcher Form immer. Aber dazu konnte und kann man sich, wie ich persönlich meine, und zwar als Gewerkschafter, bedauerlicherweise nicht entschließen. Wir sind hier in guter Gesellschaft auch mit anderen Kreisen der Wirtschaft. Wir sind hier nicht allein. So bleibt halt nur der Weg, den Kapitalmarkt mit allen seinen Belastungen in Anspruch zu nehmen. Für diesen Weg hat man die sogenannten Sondergesellschaften gegründet. Solche Gesellschaften sind ohne Zweifel in der Lage, rasch und auch kostengünstig zu bauen, wenn sie von hochqualifizierten Persönlichkeiten geführt werden. Die Pyhrnautobahn AG. hat dies im übrigen im hohen Maß bewiesen, und daran vermag auch eine ziemlich aufgebauchte Kritik an Nebenfaktoren nichts zu ändern. Ich glaube, der Weg, der beschritten wurde, ist zielführend und muß, ich sage ausdrücklich muß, begangen werden. Aber ebenso müssen wir uns darüber im klaren sein, daß dieser Weg schwere Konsequenzen für die Zukunft hat. Ich habe schon voriges Jahr darauf hingewiesen, daß die Verpflichtungen, welche aus der Tauernautobahn, aus dem Arlberg, aus der Pyhrnautobahn in Kürze jährlich erwachsen, bereits 3 Milliarden Schilling betragen werden, was an Annuitäten zu zahlen ist, was bereits verbaut ist, im Vorgriff, anders ausgedrückt. Dazu kommt früher oder später noch die Last aus der ASSAG, dieser neuen Gesellschaft, die die S 6, die S 36 und den Wechselübergang bauen soll. Dann muß ich halt als Baugewerkschafter zeitgerecht die Frage stellen, zeitgerecht sage ich ausdrücklich, wie es dann weitergehen soll oder wie es weitergehen kann. Und genau das ist der Grund, meine Damen und Herren, daß wir meinen, wenn schon der stark forcierte Ausbau unseres Straßennetzes eine geradezu nationale Notwendigkeit ist, die Einführung des sogenannten Pikklerls eine Möglichkeit gewesen wäre, um die Hypothek, welche wir nunmehr unseren Nachfolgern auflasten, in erträglicheren Grenzen halten zu können. (Abg. Dr. Heidinger: „Der Sekanina hat sich nicht getraut!“) Man soll halt in solchen Fragen nicht die Organisationen der Autofahrer fragen, sondern man soll die Baugewerkschafter fragen, die haben eine andere Meinung in dieser Sache.

Meine Damen und Herren! Was die Pyhrnautobahn betrifft, so ist in letzter Zeit sehr viel darüber gesprochen und geschrieben worden. Ich möchte mich nicht wiederholen. Die Hauptnutznießer dieser bedeutenden Transitstrecke sind die Länder der EG: Wir sind uns alle einig, daß eine Finanzierungshilfe für den Ausbau in der Höhe von 9 Milliarden Schilling angemessen und gerechtfertigt wäre. Die Verhandlungen sind im Gange. Da gab es halt immer in den letzten Jahren Wechselbäder der Hoffnungslosigkeit, dann wieder solche eines nahenden Erfolges. Gegenwärtig schaut es wieder so aus, als ob eine Teillösung in Sicht wäre. Aber wir wollen die Gelegenheit wieder benützen, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß wir gegenwärtig auf eigene Kosten ganz beträchtliche Ausbaumaßnahmen finanzieren. Die werden ebenfalls Milliardenbeträge benötigen. Ich nenne nur die Aktivitäten der

Pyhrnautobahn im Norden von Graz, die Tunnel Gratkorn, ich nenne die Umfahrung von Trieben, das riesige Bauvorhaben des Bosrucktunnels, der in Kürze durchgeschlagen wird, vom Bund der Bau des Knoten Selzthals, der Plabutschunnel und die Fertigstellung in Richtung Süden Staatsgrenze und den Packaufstieg.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, daß es darüber hinaus, und das ist das Schmerzliche bei der ganzen Sache, noch Legionen von berechtigten Wünschen und Anliegen zum Ausbau von Bundesstraßen überall im Land gäbe und daß dieser Ausbau der Bundesstraßen auch für uns, für die Beschäftigung, da sie regionaler erfolgt, von größter Wichtigkeit wäre. Aber vieles muß und mußte leider zurückgestellt werden, nicht zuletzt deswegen, weil wir uns im grundsätzlichen darauf geeinigt haben, daß wir uns zuerst mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf konzentrieren, jenes Straßennetz vordringlich auszubauen und fertigzustellen, welches aus den in den letzten Tagen sooft genannten Gründen eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung in unserem Land darstellt, von der Industrie bis zum Fremdenverkehr und damit zur Arbeitsplatzsicherung.

Meine Damen und Herren, wenn dieser Aufschwung, wie wir hoffen, wieder erreicht ist, und das soll ein Trost sein, dann werden wir die noch vielen offenen Probleme um so leichter bewältigen können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrte gnädige Frau, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Freiheitlichen werden der Gruppe 6 auch ihre Zustimmung geben, obwohl das Budget Einbußen und Abstriche zu verzeichnen hat. Wir hoffen, daß das mit ein Beitrag zur Konsolidierung des Budgets ist. Zur Baubranche kann man sagen, daß sie im Jahr 1982 vom Budget 1982 nur geringe Impulse erwarten kann, daß eine Verbesserung der Lage auf Grund eben dieses Baubudgets nicht zu erwarten ist. Zu hoffen ist, daß jene Rechnungen, die für geleistete Arbeiten gelegt wurden, doch umgehend bezahlt werden, so daß die Baufirmen nicht das, was sie durch harte Arbeit verdient haben, an Kreditspesen wieder verlieren.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich schon mehrmals in diesem Haus mit dem Hochwasserschutz beschäftigt. Und der Hochwasserschutz ist sicherlich ein Anliegen, das uns alle beschäftigt. Das zeigt nicht allein der Umstand, daß meine Vorredner sich auch mit diesem Problem beschäftigt haben. Im besonderen liegt mir natürlich als Weststeirer der Hochwasserschutz von Stainz und Laßnitz am Herzen. Anlässlich der Jahreshauptversammlung der Regulierungsverbände wurde eine enorme Hochwassersteigerung im Unterlauf der Laßnitz wie auch der Stainz festgestellt. Das fachliche Ziel der Regulierung, nämlich der Schutz auf das HAKU 25, kann aber nicht mehr erreicht werden. Vielmehr kommt es im Bereich Schönberg–Preding zu schweren Überflutungen, und gerade in Preding beim Zusammenfluß der Laßnitz mit der Stainz ist dies besonders arg bemerkbar. Noch schmerzlicher ist, daß jene Überflutungen die Unter-

brechung der Landesstraße 303 im Bereich Preding zur Folge haben, die als kürzeste und beste Verbindung des Grenzlandes Arnfels–Gleinstätten–Eibiswald nach Graz wirkt. Für die vom Obmann Lienhart des Regulierungsverbandes Laßnitz, Regulierung von Schönberg bis Preding, geforderte Regulierung beziehungsweise Abflußertüchtigung, weil eben dieses viel zu klein geworden ist, belaufen sich die Kosten auf rund 25 Millionen Schilling. Auf die Frage, was dieses Profil in Hinkunft abführen wird können, wurde seitens der Fachabteilung III a 150 m³ pro Sekunde genannt. Das entspricht derzeit einem HAKU 3 bis HAKU 5. Ein besserer Schutz kann nur durch einen Rückhalt oder einem noch größeren Ausbau des Profils erreicht werden. Nun haben natürlich die Bauern unter dem Blickwinkel, daß ihre Grundstücke hochwasserfrei werden, den Grund damals kostenlos abgetreten und würden zur Zeit oder auch in Hinkunft nicht einsehen, warum sie noch mehr Grund abgeben sollten. Zumal auch in der Broschüre „20 Jahre Laßnitzregulierung“ aufgezeigt wird, daß bereits Hofrat Dr. Krebs eine Steigerung der Hochwasserspitze des 25jährigen Hochwassers bei weiterem Ausbau im Oberlauf von 114 auf 200 vorgegeben hat. Tatsächlich hat sich gezeigt, daß das 25jährige Hochwasser zur Zeit 230 m³ pro Sekunde beträgt. Ein Rückhalt wurde auch ursprünglich von Dr. Zottl mit in eine Studie eingebracht, wurde aber fallengelassen und bis heute noch nicht ausgeführt. Tatsache ist, daß an der Laßnitz und der Stainz noch keine Rückhalteanlagen funktionieren oder in Betrieb stehen. An der Stainz, vielmehr an der Zirknitz, ist wohl eines gedacht, in erster Linie auf Grund des vermehrten Wasseranfalles durch die Autobahn, daß hier ein Rückhaltebecken gebaut wird. Nun, die weiteren Rückhaltebecken sind deswegen illusorisch oder fast nicht erreichbar, weil natürlich so uns so viele Bauern, die ihren Grund zur Verfügung stellen sollten, viel Geld in jenen Grund investiert haben, um ihn zu entwässern, und aus diesem Grund oder Existenzgründen sagen: „Ich kann meinen Grund für ein Hochwasser- beziehungsweise ein Retentionsbecken nicht zur Verfügung stellen.“ Nun haben wir uns Gedanken gemacht, und in der Nähe der Böllmühle bei Preding ist die Möglichkeit eines Rückhaltebeckens gegeben. Wir haben gemeinsam mit der Fachabteilung III a bereits dieses Areal angesehen. Dies sind zirka 2000 m², von denen einer – nämlich Kügerl – eine Fläche von zirka 18 Hektar für eine Retentionsanlage zur Verfügung stellen würde. Schon im Jahre 1980 wurde vom Hochschulprofessor Simmler eine Studie erarbeitet, die zwar auf alten Daten basiert, weil schließlich und endlich die neuen Abschlußwerte noch nicht vorhanden waren, und eine Kappung der Hochwasserwelle und das Rückhaltevermögen zu einer Anlage untersucht. Nun, bei dieser Regulierungsjahreshauptversammlung wurden die Möglichkeiten besprochen, was alles in dieser Hinsicht getan werden kann. Hier wurde seitens der Fachabteilung III a aufgezeigt, daß eine 50prozentige Förderung seitens des Bundes möglich ist. Ich möchte mich beim Herrn Landeshauptmann recht herzlich bedanken, daß er ein großes Verständnis dieser Planung und diesen Vorstellungen entgegenbringt und daß hier eine Zusage für die Förderung der Planung gegeben ist. Die Vorteile, die ich darin sehe, sind die Kappungen der Hochwasserspitzen unterhalb der Vereinigung der

Laßnitz und der Stainz ab der Förderfähigkeit des Unterlaufes, die ja extreme Hochwasser entstehen lassen, und damit eine Verbesserung des Hochwasserschutzes gegeben ist. Wenn ich das alles noch bedenke, dann ist als Zweites eine Möglichkeit der Energiegewinnung in einem Kleinkraftwerk zu sehen, die hier die Böllmühle Preding verwerten kann, dann ist es eine Schaffung neuer Arbeitskräfte im Raum Preding, weiters ein Beitrag zur Krisenfestigkeit und die Errichtung eines Grundsees, der als Naherholungsmöglichkeit des Grazer Raumes wirken kann, und eben eine Hochwasserfreihaltung der Landesstraße 303, die die kürzeste und wichtigste Verbindung des steirischen Grenzlandes mit Graz ist, besonders dann, wenn Unfälle den Wettlauf um Leben und Tod geben. Ein herzliches Dankeschön möchte ich der Fachabteilung III a noch sagen, die in vorbildlicher Weise die Österreichische Flußbautagung in Graz durchgeführt hat. Ich glaube, daß diese Flußbautagung eine ausgesprochen gute Sache war, ein Erfolg für die Steiermark. In diesem Sinn schließe ich meine Ausführungen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 18.30 Uhr. (Zeit der Unterbrechung: 16.40 Uhr bis 18.30 Uhr)

Präsident Feldgrill: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Prutsch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir kommen soeben von einer gemeinsamen sehr besinnlichen und ernsten Kundgebung zurück. Ich hoffe, daß der Rest der Budgetdebatte in diesem Sinn weitergeführt wird und nicht so wie heute am Vormittag mit einer Wadelbeißerei, wie sie von einem Abgeordneten heute ausgelöst wurde. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die in den vergangenen drei Jahrzehnten geführte Verkehrspolitik ist zum Teil durch die Abhängigkeit vom arabischen Öl und dessen Verteuerung überholt. Wurde in dieser Zeit nur vom Ausbau der Straßen und des Luftverkehrs gesprochen, muß der Verkehr in Zukunft auf zwei gleichwertige Füße gestellt werden. Ein Fuß ist die Bahn, die mit elektrischem Strom angetrieben wird, der zweite Fuß ist die Straße mit dem Auto und dem Öl als Energiequelle.

Hohes Haus! Ich spreche heute schon die Befürchtung aus, daß wir eines Tages aus wirtschaftlichen oder aus außenpolitischen Gründen nicht genug Öl für die Straßenfahrzeuge haben, dann müssen vorübergehend wichtige Transporte, die zur Zeit auf der Straße befördert werden, auf die Bahn gelegt werden. Gelingt das nicht, weil die Anlagen der Bahn nicht dem zeitgemäßen technologischen Standard entsprechen und daher nicht genug leistungsfähig sind, bricht die Wirtschaft zusammen. Anlässlich einer Tagung der Europäischen Föderalistischen Bewegung hier in diesem Haus im Oktober dieses Jahres, hat der steirische Straßenbaukoordinator Hofrat Dipl.-Ing. Christian Theußl die Meinung vertreten, daß es auch in Zukunft keine Alternative geben wird, den Schwerverkehr, insbesondere den Transitverkehr, außer auf der Straße abzuwickeln.

Diese einseitige Auffassung ist auf Grund der immer stärker werdenden Umweltbelastung und dem Mangel auf dem Energiesektor bereits überholt. Volkmar Gabert, Mitglied im Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments, war da ganz anderer Meinung und verlangt den Ausbau der Infrastruktur der Eisenbahnen, die eine Alternative für den Schwerverkehr darstellen.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich noch genau, als im Jahre 1956 das zweite Gleis zwischen Puntigam und Leibnitz und in der weiteren Folge bis Spielfeld-Straß abmontiert wurde. Die Österreichischen Bundesbahnen bekamen damals vom Finanzminister nicht einmal die nötigen Gelder für die Erhaltungsarbeiten zugeteilt und wurden infolge einer verfehlten Budgetpolitik jahrzehntelang unterdotiert. Die Folge war, daß die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges nicht beseitigt und die Mittel für ihre Behebung nicht aufgebracht werden konnten. Dadurch kam es zu einer zunehmenden Veralterung der Bahn und einer gravierenden Wettbewerbsverzerrung gegenüber der Straße. Erst 1970 hat sich hier ein Gesinnungswandel eingestellt. Durch besondere Überlegungen, insbesondere durch die Energiekrise, wurde durch die Regierung Kreisky der Bahn mehr Bedeutung als bisher beigemessen. 1976 wurde die Nahverkehrsmilliarde eingeführt. Es wurden zum Beispiel für das Jahr 1981 13 Elektrolokomotiven, 17 Triebwagengarnituren für den Nahverkehr, 52 Reisezugwagen für den internationalen Verkehr, 94 Inlandsreisewagen, 30 Liegewagen, Speisewagen und 975 neue Güterwagen in Auftrag gegeben. Wenn hier gestern anlässlich der Budgetdebatte der Gruppe 8 bereits die sogenannte Nahverkehrsmilliarde aufgezeigt und von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs gesagt wurde, daß er bereits seit seinem Amtsantritt mit der Bundesregierung und den Österreichischen Bundesbahnen bezüglich der Nahverkehrsmilliarde in ständiger Verbindung steht, habe ich als Abgeordneter andere Informationen. Ich habe mich mit den Österreichischen Bundesbahnen ins Einvernehmen gesetzt und habe einen Brief vom 19. November 1980, den ich hier zitieren möchte: „Zu Ihrem oben angeführten Schreiben im Gegenstand müssen wir einleitend bemerken, daß gegenwärtig keine Initiativen des Landes Steiermark zum Ausbau irgendeines Nahverkehrs herangetragen wurden beziehungsweise in Behandlung stehen. Es ist hieramts auch nichts über eine diesbezüglich laufende Willensbildung des Landes bekannt.“ Und wenn viel über die Österreichischen Bundesbahnen gesprochen wurde, daß sie hier in der Steiermark nichts investiert hätten, muß ich einige Dinge widerlegen. Es wurde vom Herrn Landesrat gestern behauptet, daß die Streckenhöchstgeschwindigkeit zwischen Graz und Bruck 100 Kilometer beträgt. Ich habe mir heute bei den Österreichischen Bundesbahnen Unterlagen geholt. (Abg. Dr. Horvatek: „Das ist schön!“) Sie haben 100 gesagt und auf der Selzthaler Strecke 60 bis 70 Kilometer, so betragen sowohl die Streckenhöchstgeschwindigkeit wie auch die Fahrplanhöchstgeschwindigkeit von Spielfeld-Straß bis Graz 120 Kilometer, von Graz bis Bruck ebenfalls 120 Kilometer. Es gibt zwar einige Streckenabschnitte und Gleisbögen, die auf Grund ihres Radius nicht mit 120 Kilometern befahren werden können. Wir haben einen Streckenabschnitt zwischen

Bruck und Leoben, der mit 130 Kilometern befahren werden kann, in der weiteren Folge von St. Michael bis Seiz mit 120 Kilometern und über den Schoberpaß aus topographischen Gründen mit 85 und 70 Kilometern. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Die Verkehrsentwicklung zeigt, daß der Schienenverkehr nach wie vor das Rückgrat der Verkehrsversorgung darstellt und daß die Nutzung der Möglichkeiten des Schienenverkehrs geeignet ist, negativen Entwicklungstendenzen des Verkehrs, wie Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt, entgegenzuwirken und die Auslandsabhängigkeit auf dem Energiesektor zu vermindern, denn die Österreichischen Bundesbahnen versorgen sich mit Strom aus den bahneigenen Wasserkraftwerken in Vorarlberg, Tirol und Salzburg.

Meine Damen und Herren! Geographische und topographische Bedingungen in unserem Bundesland Steiermark werden es auch in Zukunft nicht ermöglichen, den Nahverkehr in Ballungsräumen des Mur- und Mürztales und im Raum von Graz nur durch den Ausbau der Straßen in den Griff zu bekommen. Es soll mittel- und langfristig gesehen der Verkehr möglichst rasch, gesamtwirtschaftlich billig, energiesparend und umweltfreundlich abgewickelt werden. Durch die rapide Steigerung der Treibstoffpreise wird der Ruf nach Ausbau des öffentlichen Verkehrs immer lauter. Vorrang für den öffentlichen Verkehr bedeuten Entwicklung strukturschwacher Regionen, Abbau von Standortnachteilen, größere Chancen in Bildung, Beruf und Freizeit für immer mehr Menschen und Verringerung der Umweltbelastung und des Energieverbrauches. Ein Drittel der steirischen Bevölkerung – rund 350.000 Menschen – lebt in und um Graz. Durch die topographischen Bedingungen können sich die Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur sowie die Industrie- und Siedlungsstruktur nur nach dem Süden ausdehnen. In den ländlichen Regionen der West-, Süd- und Oststeiermark werden durch die Modernisierung und Rationalisierung in der Landwirtschaft noch immer Arbeitskräfte freigesetzt, die täglich als Pendler in den Ballungsraum Graz und Umgebung zu ihren Arbeitsstätten fahren müssen, daher ist dem Ausbau des Nahverkehrs Priorität einzuräumen. Betrachtet man das Verkehrsnetz, so muß man feststellen, daß die Landeshauptstadt Graz durch den internationalen Verkehrstrom Nord-Süd-Nord zusätzlich das ganze Jahr über sehr stark belastet wird. Im privaten Personenverkehr nähern wir uns mit großen Schritten der Vollmotorisierung. Das eigene Kraftfahrzeug, einst Luxus Begüterter, ist ein Bestandteil des allgemeinen Lebensstandards geworden. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich der Pkw-Bestand mehr als verdoppelt, während die Verkehrsflächen im selben Zeitraum nur um etwa 15 Prozent vergrößert werden konnten. Besonders in den Ballungsräumen führt die hohe Verkehrsdichte zur Verstopfung des Straßennetzes, dessen Ausweitung ohne Zerstörung des städtischen Lebensraumes nicht möglich ist.

Nur jeder fünfte Steirer fährt derzeit mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zum Arbeitsplatz. Daraus ergibt sich die Aufgabe, für eine große Anzahl von Pendlern das Umsteigen auf das öffentliche Verkehrsmittel zu gewinnen. Besonders im Raum Graz und den dichtbesiedelten Gebieten der Mur-Mürz-Furche ent-

stehen durch die weitere Bestandzunahme an Personenkraftwagen und dem Mangel an Verkehrsflächen, die nur mehr in engen Grenzen ausgeweitet werden können, präkäre Situationen. Verwöhnt durch den eigenen Pkw, legt man bei öffentlichen Verkehrsmitteln Wert auf kurze Reisezeiten, niedrige Fahrpreise und hohen Fahrkomfort. Andererseits wird aber durch den privaten Pkw der öffentliche Verkehr zunehmend behindert und damit unattraktiv.

Die öffentlichen Verkehrsbetriebe wurden in den vergangenen Jahren mehr auf den Transport von Schülern, Pensionisten und Berufsfahrern zurückgedrängt. Durch die Schaffung der Nahverkehrsmilliarde im Jahre 1976 wurde von der Bundesregierung eine Finanzierungsquelle erschlossen, die bereits von den Bundesländern Wien, Niederösterreich, Burgenland, Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg in Anspruch genommen wird. Rund ein Dutzend Nahverkehrsprojekte in den genannten Bundesländern sind gegenwärtig im Entstehen, wobei sich die Bundesländer an den Investitionen mit 20 Prozent beteiligen. Um diese Zielvorstellungen auch in der Steiermark realisieren zu können, müssen die Verhandlungen zwischen Land und Bund bzw. ÖBB ehestens in Angriff genommen und zu einem positiven Abschluß gebracht werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Ileschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Ileschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Graz-Umgebung ist ein Bezirk, der in der steirischen Landstube kaum einmal für Sensationen sorgt, ein ruhiger Bezirk, der vieles über sich ergehen läßt, in seinen Forderungen sehr zurückhaltend ist und hat auch dann und wann einmal Wünsche. Ich möchte heute einen dieser Wünsche, der allerdings schon seit Jahren besteht, neuerlich wiederholen, und ich hoffe, daß er auch erfüllt werden kann. Wir haben eine Landesstraße, die Gratwein mit Gratkorn verbindet, ein großes Hinterland, eine Straße, die seit Jahren schon im Gespräch steht und die es verdient, einmal die entsprechende Würdigung zu finden. Eine Bahnübersetzung sperrt diese Ortschaften im Tag 15 Stunden ab. Neun Stunden hat man die Möglichkeit, über diese Bahnübersetzung zu fahren. Es hat ein Hinterland mit zwei Krankenhäusern, ein weiteres Hinterland, das bis in den Bereich Voitsberg-Köflach reicht, eine sehr stark befahrene Straße. Und nun bemühen wir uns gemeinsam seit vielen Jahren, eine Bahnunter- oder -überführung zu bekommen. Das ist bis heute nicht möglich gewesen. Das Land hat seine Bereitschaft gezeigt. Die Österreichischen Bundesbahnen zeigen die Bereitschaft, in Wirklichkeit aber wird das hin- und hergeschoben, einmal in die Kompetenz des anderen, einmal in die Kompetenz des einen gelegt. Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier richte ich meine Bitte ausschließlich und allein an den Herrn Landeshauptmann als den Straßenreferenten, sind die Menschen ungeduldig geworden, mit Recht ungeduldig geworden, weil man das Gefühl hat, man denkt nicht daran, hier etwas weiterzutreiben und etwas weiterzubringen. Es ist sicher nicht notwendig, daß sich nunmehr eine Bürgerinitiative größeren Ausmaßes in

Bewegung setzt, um dann mit Druck oder sonstigen Mitteln zu erreichen, daß dieses wichtige Straßenstück, eines der wichtigsten Landesstraßenstücke, endlich einmal dem Ausbau zugeführt wird. Ich wiederhole also meinen Wunsch, meine Bitte. Herr Landeshauptmann, wir sind auch im Schriftverkehr gewesen. Die Dinge sind wieder eingeschlafen. Es hängt vom Grundstück ab, es hängt von sonstigen Dingen ab, daß man sich ernsthaft die Mühe gibt, bevor die Leute dort verzweifeln und zu Aktionen schreiten, sich diesem Bauwerk doch endlich einmal zuzuwenden bzw. es durchzuführen. Ein Wunsch, eine Bitte, mehr habe ich nicht zu sagen. Ich hoffe auf eine entsprechende Antwort, Herr Landeshauptmann! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Heidinger.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Es haben etliche Vorredner sehr deutlich die Zusammenhänge der Verkehrspolitik herausgestellt. Ich möchte mich dort, wo ich mit den Kollegen einer Meinung bin, nicht wiederholen, ich möchte aber dort, wo gewisse Dinge doch vielleicht etwas anders zu sehen sind, Ihre Aufmerksamkeit auf diese Sicht lenken. Insbesondere was die Bundesbahn betrifft, Kollege Prutsch! Es ist vollkommen verständlich, daß Sie als „Insider“ Ihren Betrieb und Ihr Unternehmen besonders herausstellen. Aber es unterliegt ebenso keinem Zweifel, und Sie haben das mit dem zweiten Teil Ihrer Rede ja selbst sehr deutlich gesagt, daß eben die Eisenbahn das Verkehrsmittel des vorigen Jahrhunderts und der Pkw das Verkehrsmittel dieses Jahrhunderts ist! Und es liegt sicherlich nicht nur an zu wenig Geld, denn das haben wir überall, um alle Wünsche zu erfüllen, sondern es liegt auch, das muß gesagt werden, nicht bei den Bediensteten der Bundesbahn, die ihren Dienst tun, sondern bei der Führung der Bundesbahn, die offensichtlich nicht in der Lage ist, ihre Unternehmenskonzepte, so etwas gibt es nämlich für den Unternehmenskörper Bundesbahn, auch nur annähernd zu realisieren. Wir wären sehr glücklich, wenn das Zehnjahresprogramm der Bundesregierung, das jetzt im Nationalrat aufliegt und das mit 88,4 Milliarden Schilling wesentlich mehr für die Bundesbahn als für die Bundesstraßen vorsieht, mit steigenden Jahresquoten von 6 Milliarden auf rund 8,5 Milliarden Schilling, wenn von diesen Milliarden möglichst viele in die Steiermark kämen, denn daß die Eisenbahnverhältnisse in der Steiermark bei weitem nicht den selbstverständlichen Standart der westösterreichischen Strecken haben, insbesondere der Tauernstrecke, die gegenüber der Semmeringstrecke, der alten Südbahnstrecke, weit vorgeprescht ist, ist unbestritten. Ich habe vor kurzem mit einem Eisenbahningenieur gesprochen und habe darauf hingewiesen, daß wir jetzt „auf unserer gemeinsamen Strecke“ hinunter nach Spielfeld-Straß – wir kennen sie beide sehr genau – wieder halbwegs vernünftige Fahrzeiten und Fahrgeschwindigkeiten haben, worauf er mir gesagt hat: „Wissen Sie, daß im Jahre 1905 die Fahrgeschwindigkeit die zugelassen war, auf der Südbahnstrecke 150 Kilometer betragen hat. Sie feiern jetzt die 130!“ Also, Sie sehen,

wir sind da 80 Jahre zumindest stehengeblieben. Die Wirtschaft würde gerne den Huckepackverkehr und den Sattelauflegerverkehr forcieren, wenn die Bundesbahn ein bißchen mehr täte. Sie wissen ganz genau, daß auf der Haupttransitstrecke von Spielfeld nach Salzburg so und soviel Fahrzeuge gar nicht befördert werden können, weil die Tunnelprofile nicht stimmen usw. usw. Ich möchte nicht in Details gehen, ich möchte nur feststellen, daß selbstverständlich, und das können Sie in unserem „Modell Steiermark“ auch nachlesen, wir den Modernisierungsbestrebungen der Bundesbahn genauso offen gegenüberstehen wie Sie. Daß Sie bei der Bahn mit Ihrem Herzen dabei sind, ist ganz klar, aber ich bin lang genug gefahren und würde mir wünschen, daß die Nahverkehrsmöglichkeiten forciert ausgebaut werden, nur kostet das halt viel, viel mehr als eine Milliarde Schilling, und es gibt viele, viele Projekte, und wir hoffen, daß jetzt mit der Übernahme des Areals der Glasfabrik, und das hat der Herr Landesrat Fuchs gemeint – und vielleicht ist das eine andere Stelle bei der Bundesbahn, denn da ist nämlich ein bißchen die Bürokratie zu groß –, ein Anfang gesetzt wird. Herr Präsident Ileschitz, nach meinem Informationsstand hängt diese Unterführung nicht nur an der Geldfrage, sondern sie hängt auch daran, daß eisenbahnrechtlich noch immer alles mögliche unklar ist. Vielleicht können Sie sich auch da mit dem Kollegen Prutsch zusammenschließen und sehen, wie das halt schwierig ist, mit der Bundesbahn etwas abzukorrespondieren. (Abg. Ileschitz: „Ist schon alles geklärt, sagt die Bundesbahn!“)

Ich möchte aber ein Zweites sagen, bevor ich auf die Straßen kurz zu sprechen komme. Wir sind durchaus der Meinung, daß im Nahverkehr nicht nur die Eisenbahn und der öffentliche Verkehr, sondern auch das gute alte Fahrrad eine Rolle spielen kann und soll. Und wenn gerade die Stadt Graz sich bemüht hat, wieder ein Fahrradwegenetz aufzubauen, das auch viel Kritik und relativ wenig Lob erfahren hat, so glaube ich, sollte man gerecht sein und sagen, daß das durchaus auch ein Alternativschritt ist, dem man entsprechende Bedeutung beimessen soll. Nun zu den Straßen. Über die Südautobahn hat der Kollege Lind gesprochen. Ich möchte dem nichts hinzufügen. Zu dem, was Kollege Loidl gesprochen hat, und vor allem dazu, was der Kollege Chibidziura meinte, daß zu wenig Gelder für die Bauten zur Verfügung stehen, darf ich Ihnen folgende Zahlen sagen; und ich möchte damit auch zeigen, daß wir die Leistungen des Bundes sehr anerkennen und das außer Streit stellen. Im Jahre 1974 haben wir für Bundesstraßen und Autobahnen 1,1 Milliarden Schilling bekommen, wir haben im Jahre 1978 1,5 Milliarden Schilling erhalten, und der Kostenindex ist in dieser Zeit bereits auf 150 gestiegen; der Volumenindex aber, wenn Sie nachrechnen, nur auf 137. Wir haben also vom Volumen her in dieser Zeit gar nicht mehr, sondern von Jahr zu Jahr weniger bekommen. Das hat sich 1979 Gott sei Dank geändert! Wir haben 1981 2,6 Milliarden Schilling mit einem Volumenindex von 236 und einem Kostenindex von 221, also etwa real zehn Prozent mehr als im Jahr 1974 zur Verfügung gehabt. Dazu kommt aber, daß die Pyhrnautobahngesellschaft, die du, Kollege Loidl, mit Recht erwähnt hast, als sehr positiv für den steirischen hochrangigen Straßenbau, fast 1,2 Milliarden Schilling verbaut hat,

und daß die neu geschaffene ASSAG, also die Autobahn-Schnellstraßen-AG, immerhin schon 110 Millionen Schilling ausgegeben hat.

Wir werden also heuer auf rund 3,7 Milliarden Schilling kommen, und wir werden im nächsten Jahr nach den bisher vorliegenden Zahlen, vielleicht sind es noch etwas mehr, auf fast 4,5 Milliarden Schilling kommen! Warum ich das darstelle? Um der Kritik willen, die nicht nur von der Baugewerkschaft, sondern natürlich auch von der Bauwirtschaft kommt, es sei immer zu wenig Geld da, daß wir im Straßenbau jedenfalls keineswegs einen Rückgang haben, sondern im Gegenteil, mehr. Wir haben nur ein anderes Problem, daß wir diese Gelder für angefangene Projekte brauchen, das hast du auch erwähnt, und daß wenig Neuausschreibungen kommen. Ich glaube aber, man muß gerade, wenn man das Mehr an Geld lobend erwähnt, auch darauf hinweisen, daß das Land einen bedeutenden Beitrag leistet!

Ich werde Ihnen auch gleich sagen, warum ich Wert auf diese Feststellung lege, weil nämlich trotzdem die Kritik kommt, die konkreten Wünsche sind überall berechtigt, Herr Präsident Ileschitz. Jeder von uns weiß eine ganze Reihe. Aber wir sind im Landesstraßenbudget, auch das sei offen gesagt, mit der Entwicklung der Preise volumenmäßig nicht mitgekommen, weil wir rund eine Milliarde Schilling für die Autobahn zur Verfügung gestellt haben. Jetzt darf ich Ihnen hier kurz eine Relation zeigen: Die Kosten der Pyhrnautobahn, verbaut und noch zu verbauen in der Steiermark, werden über 14 Milliarden Schilling sein, immer die jeweilige Preisbasis, das Land stellt über eine Milliarde Schilling zur Verfügung, das sind also 7,6 Prozent dieses Betrages! Die Relation Landesbudget: Bundesbudget ist 368 Milliarden Schilling zu netto 13,7 Milliarden Schilling, das sind 3,73 Prozent. Also wir leisten in der Budgetrelation das Doppelte. Ich möchte dann auf die Ausbauchancen und Möglichkeiten nicht weiter eingehen, weil das auch meine Vorredner schon dargestellt haben. Ich möchte nur vielleicht den seinerzeit vielumstrittenen Plabutschunnel erwähnen. Er ist im Bau. Bis jetzt sind all die bösen Voraussagen nicht eingetroffen. Der Sondierungsstollen ist zu zwei Drittel fertig, und wenn die Mittel bereitgestellt werden können, und wenn der Vollausruch im nächsten Jahr ausschreibefähig ist, dann werden wir im Jahr 1986 diese Autobahnücke in Graz geschlossen haben. Dann zu einer Feststellung, die der Generalredner der SPÖ getroffen hat. Ein paar ergänzende Klarstellungen. Er hat nämlich gesagt, lieber Freund Preamsberger, ich weiß nicht, wer dir das in dein Manuskript hineingeschwindelt hat, daß quasi erst ab dem Jahr 1971 etwas für die Schnellstraßen im obersteirischen Raum geschehen sei. (Abg. Preamsberger: „Nein, im Gesetz der Bundesregierung, habe ich gesagt!“) Ja, genau das hast du gesagt, und ich darf dazu folgendes sagen: Wir haben natürlich schon wesentlich früher erkannt, daß diese Straßen höchste Priorität verdienen, und es hat Minister Kotzina bereits im Jahr 1968 die Untersuchung über die Neubewertung des Bundesstraßennetzes eingeleitet. Wir freuen uns, obwohl es uns parteipolitisch nicht freut, aber als Steirer freut es uns (Landesrat Gruber: „Das war jetzt ehrlich!“), daß der Minister Moser die Früchte geerntet hat und im Jahre 1971 das Bundesstraßengesetz neu verlaublich konnte. (Abg. Preamsberger: „Herr Dr. Heidinger, ich wollte ja aufzeigen, daß man das vorher versäumt hat, 20 Jahre früher

wäre gut gewesen!“) Also gut, wir sind uns einig! Und jetzt, 20 Jahre früher, da muß ich auch etwas sagen, lieber Freund Preamsberger. Wir haben ja bis 1966 eine Koalitionsregierung gehabt. Und man hat zuerst die Straßen im Westen ausgebaut. Warum? Weil man gesagt hat, dort ist Fremdenverkehr, und das sind Transitstraßen. Das hat ja auch gestimmt. (Abg. Preamsberger: „Die sind durchgefahren!“) Bei uns sind sie damals nicht einmal durchgefahren, weil die Grenze nach Jugoslawien zu war, das hat sich erst Ende der fünfziger Jahre gelockert, Gott sei Dank, und mit Anfang der sechziger Jahre ist es losgegangen. Und dann sind wir natürlich vom Transitverkehr buchstäblich überrollt worden. Jeder von uns weiß – und der Freund Loidl weiß es am allerbesten – wie lange es dauert, bis man plant, bis man ablöst, bis man alle Einsprüche und rechtlichen Dinge erledigt hat. Herr Kollege Preamsberger, darf ich im Zuge der S 6 und 36 kurz aufzeigen, weil man nämlich da sehen wird, wenn wir nicht seit 1971 einen Landesstraßenreferenten gehabt hätten, es ist unser jetziger Landeshauptmann, der sich entsprechend dahintergeklemmt hätte, ständig, und in guter Zusammenarbeit mit Minister Moser und jetzt mit Minister Sekanina die Sache weitergetrieben hätte (Abg. Preamsberger: „Freilich hat er sich eingesetzt, aber wir haben die Entwicklung falsch eingeschätzt!“), und wenn nicht unsere Beamten so hervorragende Planungen hingelegt hätten, daß ein Berg von Planungen nur der Finanzierung harret, dann wären wir heute nicht so weit! Und ich darf Ihnen dazu noch einige Zahlen nennen. Aber kurz, 1973 hat es erst begonnen mit der Planung Umfahrung Judenburg und Aichdorf. Und bis 1978 waren bereits baureife Projekte von 4 Milliarden Schilling vorhanden. Aber in der Zeit sind lediglich 300 Millionen Schilling zur Verfügung gestanden für den S-Strassenbau und die Firmenfinanzierung der Umfahrung Mürzzuschlag, wo wir durch zehn Jahre hindurch 90 Millionen Schilling bezahlen müssen. Und erst 1979 hat die Bundesregierung das 2-Milliarden-Schilling-Sonderprogramm beschlossen, wovon bisher drei Viertel an Raten zu uns hereingekommen sind. Das hat gerade gereicht, um von 122 Kilometern Gesamtlänge 28 Kilometer verkehrswirksam zu machen. Und erst 1983 werden wieder 14 Kilometer dazukommen. Und es wird der Vollausbau, den der Herr Minister Sekanina forciert, entgegen unserem Vorschlag, nur einmal mit einem Halbausbau zu machen, 9 Milliarden Schilling noch kosten. Der Halbausbau würde 6 Milliarden Schilling kosten. Herr Kollege Loidl, ich teile Ihre Sorgen, daß die ASSAG in der Form sicher die Bauleistungen nicht erbringen kann, denn sie sollen ausschließlich aus Mineralölsteuereingängen finanziert werden. Theoretisch wäre das nur möglich, wenn man die Mineralölsteuer verdoppelt. Das ist ja das weitere Tragische, daß immer weniger Geld für den Ausbau zur Verfügung steht. Es sind von 13,5 Milliarden Schilling im nächsten Budget nur mehr etwa 60 Prozent, alles andere muß für die Erhaltung und Rückzahlung der Vorfinanzierungen zurückfließen. Daher bin ich persönlich sehr, sehr glücklich – ich hoffe, wir alle –, daß durch die Haltung des Landes die Vorfinanzierung für die Südausbahn und die Pyhrnautobahn als Sondergesellschaft, und Vorfinanzierungen es ermöglichen, daß wir jetzt praktisch das hochrangige Straßennetz im Ausbau haben, und ich hoffe doch, daß nichts mehr abgestoppt werden kann.

Ich möchte Sie mit Zahlen nicht sehr belästigen, aber doch darauf hinweisen, daß das jetzt vorliegende Zehn-Jahres-Investitionsprogramm der Bundesregierung für den Straßenbau eine gelinde Katastrophe ist, denn die erste und zweite Priorität des Dringlichkeitsentwurfes von 1980 sieht vor, daß 134 Milliarden Schilling gebraucht werden - Preisbasis jetzt -, und lediglich 58 Milliarden Schilling, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind ausgewiesen. Es fehlen also 72 Milliarden Schilling! Und wo die herkommen, das weiß im Moment sicher auch Herr Minister Sekanina nicht, und ich habe den Zwischenruf gemacht bei deiner Bemerkung, daß er sofort mit dem Pickerl abgefahren ist, wie der Broda die Stirn gerunzelt hat, und der ARBÖ im natürlich trauten Verein - wie kann es bei einer Interessensvertretung anders sein -, auch der ÖAMTC gesagt hat, es kommt doch überhaupt nicht in Frage. Es wäre gerade aus steirischer Sicht, wir haben oft debattiert darüber, ein durchaus zu überlegender Vorschlag.

Und jetzt noch zu den Landesstraßen. Wir haben natürlich - und das wissen wir - beschränkte Mittel. Unser heuriges Budget macht ja den Versuch, dort zu sparen, wo sparen sinnvoll ist, um dort noch Geld zu haben, wo man investiert und damit Arbeitsplätze sichert usw. Bitte, das Landesstraßennetz ist im Jahre 1974 um 450 Kilometer auf 3300 vermehrt worden. Wir haben ein Zehn-Jahres-Programm. Leider ist die Finanzierung dafür nicht möglich gewesen, denn realiter sind wir heute auf der Hälfte des damals notwendig erachteten Betrages. Man muß allerdings die Beträge, die wir für die Pyhrn- und Südautobahn vorlegen, selbstverständlich im Geist dem Straßenbudget des Landes dazurechnen. Und es ist so, daß wir mit offenen Rechnungen und mit den Anschlußbauleistungen verbogener Bauweise im Jahre 1982 das Budget bereits restlos ausgegeben haben. Daher glauben wir, daß vorgezogene Ausschreibungen überlegt werden können, weil ja die Autobahnzuschüsse ab 1984/85 stark sinken, von 170 Millionen Schilling im heurigen Budget auf 65 Millionen Schilling, und immerhin die Beschäftigungswirkung von zusätzlichen 100 Millionen Schilling nach einer Untersuchung der deutschen Straßenliga etwa 300 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Wenn diese Frage konkret wird, hoffe ich sehr, daß wir auch die Unterstützung der Fraktion der linken Seite dieses Hauses bekommen.

Nur etwas gestatten Sie mir abschließend auch in aller Offenheit zu sagen. Wir haben auch mit den Schnellstraßen die Voraussetzung bzw. die Verpflichtung übernommen, nur wird sich niemand mehr an die Beschlüsse erinnern, daß die Begleitstraßen zu S-Straßen - oder fast niemand mehr erinnern, weil du so nickst und zustimmend nickst -, das heißt, daß wir das Landesstraßennetz noch weiter automatisch mit dem Ausbau des Schnellstraßennetzes vermehren! Und jetzt hat jeder von uns wieder regionale Wünsche noch und noch. Der Herr Bundesminister möchte wieder etliche Bundesstraßen rückstufen, die Sulmtalstraße, die Kirchbacher Straße, die Rechberger Straße. Daß wir uns als Land dagegen wehren, ist klar. Aber ich glaube, in Kenntnis dieser Situation, und in Kenntnis der Leistungen halte ich es, gelinde gesagt, für eine Zwiespältigkeit, wenn nicht mehr, wenn dann immer wieder Anträge kommen, die Straße, jene Straße, zu übernehmen. Ich glaube, wir sollten uns bewußt sein, daß das

Land gerade für den Straßenbau sehr viel getan hat, und durch seine Initiative in Zusammenarbeit mit dem Bund jetzt auch das hochrangige Straßennetz wirklich in Schwung kommt bei uns in der Durchführung, daß es noch Jahre dauern wird, aber daß wir doch die wesentlichsten Strecken ab Mitte dieses Jahrzehnts verkehrswirksam in Betrieb haben werden. Wir hoffen auch, daß die Bundesbahn in unserem Land wesentlich mehr investiert als bisher. Wir werden sicher nach Maßgabe der Möglichkeiten auch vom Land hier etwas tun, weil ja diese Nahverkehrsmilliarde auch wieder die Beitragsleistung der Länder involviert, und ich glaube, wir können mit den Leistungen der Verkehrspolitik in der Steiermark zufrieden sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile das Wort dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs.

Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Prutsch hat mich natürlich völlig blamiert. Ich gestehe gerne zu, daß die Züge wahrscheinlich mit 70 Kilometern fahren können statt mit 60, abgesehen von einigen Schwachstellen auf der Strecke Graz-Bruck, wo eben nicht einmal 100 möglich sind, geht es vielleicht tatsächlich mit 120, im Durchschnitt sicher nicht einmal mit 100. Was ich wirklich sagen wollte ist, daß wir mit dem Verkehrsminister seit meinem Amtsantritt in der Frage der Nahverkehrsmilliarde in ständigem Kontakt sind. Ich habe mich zum ersten Mal im September des Jahres 1980 bei ihm vorgestellt, und da wurde das Thema zum ersten Mal erörtert, und im heurigen Frühjahr, so wie ich schon ausgeführt habe, abermals, und dann letztlich noch einmal im September des heurigen Jahres, wo dann auch ein Bericht an die Landesregierung gegangen ist, die das an sich zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Weil ich nun schon am Wort bin, darf ich noch auf ein Thema hinweisen, das auch sehr kritisch ist, und wo die Steiermark, es tut mir leid, es so sagen zu müssen, obwohl ich es gar nicht so schlimm meine, benachteiligt ist, das ist beim grenzüberschreitenden Güterverkehr auf der Straße. Die sogenannten Deutschlandkarten, Jugoslawienkarten, Italienkarten, da bekommen wir einen Anteil von nicht einmal zehn Prozent der Karten, die Österreich erhält. Bei einem Bevölkerungsanteil von 16 Prozent ist es für jedermann leicht nachrechenbar, daß wir da schlechter behandelt werden als andere Bundesländer. Ich kann nicht sagen, woher es kommt. Der jetzige Verkehrsminister hat jährlich die Kontingente verbessert, wir sind aber immer noch rund 16 gegen 10, fast 60 Prozent unter dem, was wir eigentlich haben sollten. Entsprechend ist auch ein großer Verteilungskampf in der Steiermark. Es ist sehr schwer für die Frächter das Auslangen zu finden, noch dazu, wo eben die Auswirkung darin besteht, das oberösterreichische, Salzburger, Wiener und niederösterreichische Frächter steirische Exportgüter ins Ausland transportieren, was ganz bestimmt nicht unser Interesse ist, nicht nur wegen der Frächter, sondern auch wegen der dort beschäftigten Arbeitnehmer. Ich hoffe, daß ich da auch die ganze Unterstützung des Hauses habe und werde sicher nicht nachlassen, den Herrn Verkehrsminister zu bitten und zu

ersuchen, dem Nachdruck zu verleihen, daß sich die Situation von Jahr zu Jahr bessert. Im übrigen kann ich Ihnen mitteilen, was schon einmal in der Debatte gesagt wurde, daß der Herr Verkehrsminister im Jänner über meine Einladung und mein Ersuchen in die Steiermark kommt, und bei dieser Gelegenheit werden alle Fragen vom grenzüberschreitenden Güterverkehr bis zur Eisenbahnproblematik, Nahverkehr und auch die Frage der Steiermärkischen Landesbahn mit ihm besprochen werden. Ich danke sehr. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer das Schlußwort zur Gruppe 6.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind, soviel die Stoppuhren unserer Klubobmänner sagen, zweieinhalb Stunden im Rückstand, gemessen am Zeitverbrauch der vorigjährigen Debatte zu den Kapiteln, die wir jetzt hinter uns gebracht haben. Das ist einerseits viel, andererseits nicht so viel, wenn ich mich zurückerinnere an das Heldenzeitalter der Straßendebatten, wo wir viele, viele Stunden dafür aufgewendet haben und jetzt noch nicht einmal eine Dreiviertelstunde vergangen ist und schon ein Referent das Schlußwort gesprochen hat. Es bleibt mir also Gott sei Dank ein wenig Zeit, ohne diese Zeitbilanz über Gebühr zu strapazieren. Ich werde aber gerne auch versuchen, ein Beispiel zu setzen, angesichts der Wichtigkeit dieses Themas mich so kurz als möglich zu fassen. Und zu diesem Zweck habe ich mir das wieder ausarbeiten lassen, was seit Jahren sehr nützlich und anschaulich die Situation darzustellen vermag, nämlich eine Reihe von Schaubildern, die ich Ihnen zeigen möchte, aus denen mehr denn in einer verbalen Darstellung rasch erkennbar ist, wie die Situation sich eigentlich darstellt. Zunächst der allgemeine Hintergrund, das Wachstum der Wirtschaft überhaupt. Wir haben, wie Sie sehen, seit 1979 beim Wachstum einen Rückgang von 4,9 Prozent 1979 auf 3,1 1980 und auf ein Nullwachstum mit Ende dieses Jahres. Es ist immer wieder der Aufschwung auch für diesen Herbst prognostiziert worden, nicht eingetreten, und daher auch eine Revision der Prognose erfolgt. Für das nächste Jahr ist uns ein Wachstum von zwei Prozent prognostiziert, das allerdings unter den Voraussetzungen der nicht eingetretenen Aufschwungsphase und insbesondere auch nach der Darstellung des Leiters des Wirtschaftsforschungsinstitutes Dr. Kramer vor zehn Tagen angezweifelt werden muß. Die Entwicklung der Verbraucherpreise lag demgegenüber seit 1979 von 3,7 über 6,4 nur bei sieben Prozent. Für das Jahr 1981 sollte sich, hoffen wir, der Aufschwung des nächsten Jahres wenigstens in der Größenordnung von zwei Prozent ereignen, so rechnet man mit einer Inflationsrate von etwa sechs Prozent nach derselben Prognose. Das ist auch ein ganz klarer Hintergrund dafür, daß die Darstellung, die ich Ihnen erstmals heute zeigen kann, sehr klar die Abhängigkeit der Baukonjunktur vom allgemeinen Wachstum in einer bemerkenswert parallelen Weise, von ganz kleinen Extremen abgesehen, im Lauf der Jahre zum Ausdruck bringt. Wir haben im Grunde genommen hier die Kurve des Bruttonationalproduktes, also des Wachstums, und diese Kurve ist der

Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttonationalprodukt. Es zeigt sich sehr deutlich, daß 1981 dieses Nullwachstum in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in der österreichischen Bauwirtschaft ein Minus von vier Prozent bedeutet. Das ist auch der Zusammenhang, mit dem, was der Abgeordnete Loidl auch hinsichtlich der Arbeitslosenrate gerade in der Baubranche gesagt hat. Es ist gar kein Zweifel, meine Damen und Herren, daß die Steiermark, Gott sei Dank, in dieser Entwicklung weit besser dran ist als der Bund. Ich sage Gott sei Dank für dieses Land, nicht für die allgemeine Entwicklung. Es zeigt sich nämlich, daß die Bauaufwendungen pro Kopf nach politischen Bezirken dargestellt, und hier in der Summe von 1980 bis 1981 einen bemerkenswerten Fortschritt zeigen. Es ist interessanterweise von 1980 bis 1981 der Anteil der öffentlichen Bauaufwendungen zurückgegangen, von 47 auf 45, und demgemäß der private Anteil um denselben Prozentsatz gestiegen, nämlich von 53 Prozent auf 55 Prozent. Es ist also der Anteil der privaten Investitionen im Baubereich gewachsen, im Vergleich zum vorigen Jahr. Und insgesamt ist eine Steigerung von 9778 Schilling pro Kopf auf 11.297 Schilling erfolgt, und es zeigt sich, daß in einer plastischen Gegenüberstellung auch im richtigen Maßstab die Entwicklung im österreichischen und steirischen Bauproduktionswert diesen enormen Unterschied hervorkehrt. Wir haben 1979 eine Zuwachsrate von insgesamt 7,1 Prozent österreichisch gehabt, von 11,7 Prozent steirisch. Wir haben 1980 eine von 3,7 Prozent österreichisch gehabt und 14,7 Prozent steirisch, und wir haben gehabt diesen Zuwachs von 7,4 Prozent nominell bei 14,5 Prozent steirisch. Wenn Sie den Baupreisindex mitkalkulieren, dann liegen wir auch real beachtlich über der Entwicklung der österreichischen Entwicklung, die ein Minus von vier Prozent, wie ich es Ihnen gezeigt habe, gegenüber dem realen Wirtschaftswachstum insgesamt ausweist. Das ist – wie gesagt – für die steirische Bauwirtschaft ein Bild, das uns einige Hoffnung auch für die Zukunft machen kann, insofern, als wir im nächsten Jahr zu erwarten haben, österreichisch gesehen, einen nominellen Zuwachs von etwa plus zwei Prozent, was real weiterhin ein Minus bedeuten wird, aber in der Steiermark nominell einen Zuwachs von sieben Prozent erwarten läßt. Es ist darauf zurückzuführen, daß es uns für das nächste Jahr einerseits gelungen ist, in der sehr wichtigen Branche der Wohnbauentwicklung dieses Sonderprogramm von 900 Wohnungen zur Verfügung zu haben, und andererseits in der Gesamtsumme der Investitionen im Straßenbaubereich ebenso einen Zuwachs bedeutet, obwohl wir im Bundesschnellstraßen- und B-Straßenbereich, ebenso wie im Landesstraßenbereich, entsprechend unserer allgemeinen budgetären Entwicklung ein Minus zur Kenntnis zu nehmen haben, aber auf dem Wege über die Finanzierung der ASSAG, die heute schon angesprochen wurde von den Herrn Diskussions- und Debattenteilnehmern, ein beachtliches Plus, so daß wir in Summe einen erfreulicherweise auch realen, wenn auch geringeren Fortschritt haben werden als im Jahre 1981. Man könnte eines sagen: Um so wichtiger wird es sein, das zu unterstreichen, was der Bautensprecher der sozialistischen Fraktion im Hinblick auf die Beschäftigung im Baubereich gesagt hat, nämlich dafür besorgt zu sein, daß eine entsprechende Entwicklung auch im Jahr darauf möglich ist. Er hat

das, und das muß man, glaube ich, hier auch zum Stil der Debatte mit Freude feststellen – nur zum Stil der Debatte mit Freude feststellen, nicht zur Sache selber –, er hat es mit großer Skepsis ausgesprochen und dieser seiner richtigen Vorstellung auch ein Fragezeichen hintangestellt, das leider nicht wegdiskutiert werden kann. Ich glaube, daß gerade auch diese Situation – wir werden auch morgen Gelegenheit haben, über diese Fragen zu reden – es für ganz wichtig erscheinen läßt, in allen Fragen der Budgetgestaltung den für heuer erstmals eingeschlagenen Kurs fortzusetzen, nämlich einerseits den der Stabilisierung, andererseits aber auch einem Arbeitsplatzsicherungs- und Strukturprogramm entsprechenden Vorrang einzuräumen. Es gibt sehr wohl einen Streit auch unter sehr ernst zu nehmenden Wirtschaftswissenschaftlern über die Frage, wie im gegenwärtigen Zeitpunkt der Konjunktur vorzugehen sei. Wir haben uns jedenfalls hinsichtlich der budget- und strukturpolitischen Entwicklung auf Grund der Gott sei Dank stattgefundenen Wahlen zu einem gemeinsamen Programm finden können, das der Konsolidierung einerseits und der Arbeitsplatzsicherung andererseits entsprechenden Vorrang gibt, ohne daß sich die beiden Ziele tatsächlich gegenseitig ausmanövrieren. Das zum Allgemeinen.

Was zum Bundes- und Landesstraßenbau gesagt werden kann, ist von den Herren Abgeordneten, die immer mit großer Sachkenntnis – vor allem die Hauptsprecher – umfassend sich äußern ausgesprochen worden. Ich darf vielleicht drei Informationen geben, die für Sie interessant sind. Wir haben heuer im S-Straßenbereich eröffnen können die Umfahrung Kindberg, die notwendig gebrauchte am 19. November offiziell und am 19. November ebenso die Umfahrung Peggau. Zwei ganz wichtige Umfahrungen, ich brauche Ihnen, die Sie die Probleme vor allem auch in der Mürz-Mur-Furche und in Peggau gekannt haben, trotz der Erleichterung seit dem Bau des Gleinalmtunnels, der markanten Erleichterung, nicht zu sagen, was das bedeutet. Es war erschütternd genug. Der Herr Kollege Gruber war auch anwesend, als der evangelische Pfarrer von Peggau bei der Eröffnung davon berichtet hat, daß seine Tochter, vierjährig, knapp ein Jahr davor, auf der Straße von Peggau ums Leben gekommen ist und dieses Kind leider eines von vielen Kindern und auch Erwachsenen gewesen ist, die auf Grund dieser bedrängenden Straßensituation mit dem Leben gebüßt haben. Ein wirklich ganz entscheidender Fortschritt. Wir werden inoffiziell am Samstag, der Herr Minister Sekanina hat in Wien Verhandlungen zu leiten, das Stück Obergroßau–Gleisdorf-Süd eröffnen können auf der A 2. Das bedeutet die Umfahrung Gleisdorf auch in Richtung Fürstenfeld, wie Sie wissen. Und wir werden Mitte 1982 – also prospektiv – das Stück Mooskirchen–Pack–Schiefling ins Lavanttal, das sind 40,8 Kilometer, davon 30 Kilometer in der Steiermark der Südautobahn, das heißt also, den Packübergang eröffnen können. Ebenso steht zu erwarten, daß Ende 1982 das Stück Gralla–Vogau–Straß, das ist ein acht Kilometer langes Stück einer Richtungsfahrbahn mit der Umfahrung von Gralla von Leitring und von Lantscha in Verkehr genommen werden kann. Auch dort wissen die Abgeordneten aus diesem Bereich unseres Landes, wie bedrängend die B 67 in den letzten Jahrzehnten und insbesondere im letzten

Jahrzehnt für die Menschen gewesen ist, und schließlich Ende 1982 den Knoten Selzthal bis Rottenmann-West einschließlich der Ennstalschnellstraße bis zur Anschlußstelle Liezen, und ich habe in meiner Anfragebeantwortung an Tschernitz und Kanduth das letzte Mal berichtet, daß dies in Wahrheit die einzige Chance ist, das Problem des Stückes Liezen–Selzthaltunnel endgültig zu entschärfen.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang eine zweite Information. Ich habe gestern mit dem österreichischen Botschafter in Brüssel hinsichtlich der Verhandlungen, die im Rat bezüglich des Mandats an die Kommission für Verhandlungen mit Österreich stattgefunden haben, telefoniert. Es ist ein sehr vages großes Mandat quasi erteilt worden an die Kommission. Wir werden die Details schriftlich bekommen. Wir haben auch aus der EG-Zentrale selbst, Hofrat Theußl, eine Direktinformation bekommen. Sie liegt auf derselben Linie. Wir waren davon nicht überrascht, weil schon vor Wochen aus unseren Quellen in Brüssel ähnliches zu erwarten stand. Es ist zu einer Änderung gekommen im französischen Teil der Kommission, aber auch des Rates, wie bekannt, und es besteht für mich kein Zweifel, daß das, was wir begonnen haben in einer jahrelangen mühseligen, geduldigen, immer wieder aufgenommenen Verhandlungsrunde, nun in eine Phase gerät, die uns nicht um einen Riesenschritt, aber immerhin um einen Step sozusagen weiterbringen wird. Ich selber wage nicht vor auszusehen, was unter den gegenwärtigen Bedingungen aus einer solchen Mandatserteilung effektiv zu erwarten ist. Ich neige dazu, meine Vorstellungen, die sich teilen mit denen des Herrn Minister Sekanina und auch des Landeshauptmannes von Oberösterreich, wir waren ja miteinander in Brüssel zu Beginn dieses Jahres, nicht allzu hoch zu schrauben. Man wird sehen und wird natürlich auch entsprechende Konsequenzen zu ziehen haben. Eines ist ganz sicher, hätten wir, und zwar erfreulicherweise alle Mitglieder des Landtages, 1977 die 1,5 Milliarden Schilling nicht beschlossen, einerseits für die Ausweitung der Pyhnautobahn-Gesellschaft und andererseits für die Vorfinanzierung der Süd, eine Riesenlast, die sich vor allem im Landesstraßenbau ja auswirkt, natürlich, so wäre ein Fortschritt, wie wir ihn gerade auch im Jahre 1983 mit dem Ausbau bis nach Vogau/Straß haben werden, nicht zu erwarten gewesen. Es wäre auch ganz sicher, und das ist ja nur eine Bemerkung am Rande, nicht möglich gewesen, den Plabutschunnel zu beginnen. Nach diesen zehnjährigen Gutachten und Schlechtachten hätten wir diese Voraussetzungen nicht unsererseits in Kooperation mit dem Bund geschaffen, und es ist heute schon gesagt worden, daß der Minister Moser einerseits, aber auch sein Nachfolger Sekanina in all diesen Fragen sehr kooperativ auch mit mir und überhaupt mit den Stellen der steirischen Straßenverwaltung zusammengearbeitet haben.

Meine Damen und Herren, eine dritte Information bezüglich der Mürz-Mur-Furche. Die Gründung der ASSAG ist ja nur möglich gewesen, weil wir schon Ende 1980 mit dem Herrn Bautenminister vereinbart haben, bereit zu sein, eine Sparvariante über den Wechsel zu akzeptieren. Ich sage Ihnen sogar ganz offen in diesem Hohen Haus, daß ich den Übergang über den Wechsel ohnedies und überhaupt nicht für

das Wichtigste halte. Denn wir haben dort eine gut ausgebaute, zum Teil dreispurige Straße, jedenfalls mit entsprechenden Ausweichen, und mir war in diesen Verhandlungen wichtiger, daß das dort eingesparte Geld, ob nun Sparvariante oder nicht, in die Mürz-Mur-Furche geht. Die Möglichkeit, die nun mit der Schaffung der ASSAG dort besteht, vermag höchstwahrscheinlich doch bis zum Ende des Jahrzehnts, ich erinnere mich noch an die krampfhaften Diskussionen über die 85iger-, 86iger-, 82iger-, 83iger-Termine, nach allem, was man jetzt hört, redet man vom Ende des Jahrzehnts mit der Fertigstellung. Hoffentlich ist dieser Termin zu halten. Er ist jedenfalls nicht der, der uns ursprünglich gesagt wurde, auch vor dem 4. Oktober, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist aber nur eine kleine Nebenbemerkung. Wir sind in diesen Dingen sehr abgeklärt und endmythologisiert, und daher würde ich meinen, das sind 12,5 Milliarden Schilling, die notwendig sind, 12,5 Milliarden Schilling. Das grundsätzlich zu den Straßenbaufragen. Ich werde mich kurz noch mit den einzelnen Fragen beschäftigen, die an mich gestellt wurden.

In der Frage des Wasserbaues ist heute schon gesagt worden, daß wir mit der Flußbautagung in Graz, mit der österreichischen, eine sehr eindrucksvolle Dokumentation auch im Bereich des Wasserbaues einer österreichischen Öffentlichkeit vorführen konnten, die immerhin bedeutet, daß wir in den letzten fünf Jahren über eine Milliarde Schilling verbaut haben, und daß unser Zehnjahresprogramm, das wir nach der Katastrophe 1972 erstellt haben, Gott sei Dank, eingehalten werden konnte, obwohl es in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von auch extremen Hochwasserjahren wiederum gegeben hat. Wenn ich mich zurückerinnere an dieses Jahr 1972, dann kann ich wirklich mit Freude feststellen, weil man ja auch das Elend und die Not so vieler Menschen unmittelbar gesehen hat, daß sehr, sehr vielen Anliegen wirklich entschieden und auf Dauer geholfen werden konnte mit diesem großen Programm. Wir hoffen, daß sie sich einigermaßen im Rhythmus unseres Zehnjahresprogrammes fortsetzen lassen.

Und nun, meine Damen und Herren, noch ein kurzes Wort von mir zur Frage der Nahverkehrsmilliarde. Und nachdem das Klima inzwischen so ist, daß man über die Dinge sehr sachlich reden kann, möchte ich Ihnen auch da einige Informationen geben. Neben dem, was der Herr Landesrat Fuchs gesagt hat, und ich möchte bei der Gelegenheit es nicht versäumen, sein ungeheures Engagement in all diesen Fragen, Sie werden es auch gemerkt haben, seitdem er hier das Wort nimmt, auch in Eisenbahnfragen, wirklich lobend und mit großem Dank hervorzuheben, ist trotzdem festzustellen, und ich sage das ganz unpolemisch, daß der Mythos der Nahverkehrsmilliarde, näher besehen, folgendermaßen aussieht: 60 Prozent dieser Nahverkehrsmilliarde werden für Bundesbahnprojekte ausgegeben. Diese wiederum schwerpunktmäßig im Raum Wien. 25 Prozent dieser Milliarde erhält die Stadt Wien für den U-Bahn-Bau, 8,25 Prozent davon erhält die Stadt Wien für den Straßenbau und Autobuslinienbau, und nur 6,75 Prozent erhalten alle übrigen Gemeinden, die Autobus-, Obus- oder Straßenbahnlinien führen. (Abg. Loidl: „Ja, die haben sich gerührt!“) Ich stelle das nur fest. Kein Grund zur Aufregung. Eine nüch-

terne Feststellung, weil natürlich so undifferenziert dahingesagt, eine Nahverkehrsmilliarde, an der sich um Gottes Willen dieses Land noch nicht beteiligt hat, unglaublich aussieht. In der Wirklichkeit, und aus der Nähe besehen, ist die Möglichkeit, die sich uns eröffnet, gemessen an den Möglichkeiten, die man der Bundeshauptstadt eingeräumt hat, sehr klein, meine Damen und Herren. Nichtsdestotrotz sage ich Ihnen, wie schön wäre es, wenn wir wenigstens diesen kleinen Anteil zur Verfügung hätten. Und da möchte ich Ihnen folgendes sagen: Wie für die übrigen österreichischen Zentralräume Linz und Innsbruck liegt auch für den Zentralraum Graz eine umfassende Planungsstudie zur Einrichtung eines Nahverkehrsverbundes Großraum Graz vor. Es fehlt an der notwendigen Bereitschaft, bisher, der ÖBB, der Post, auch finanziell in diesem Nahverkehrsverbund mitzugehen. Und die Studie im obersteirischen Zentralraum ist knapp vor ihrer Fertigstellung, wie überhaupt die gesamte Frage des öffentlichen Verkehrs, Herr Kollege Prutsch, Eisenbahn- und Busverbindungen von steirischer Seite nicht ohne die wichtigen Entscheidungen hinsichtlich der ÖBB-Nebenbahnen gesehen werden kann. Da darf ich Sie auch hier um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Ich habe dem Herrn Verkehrsminister, der vorgeschlagen hat, die Nebenbahnverbindungen Spielfeld-Rackersburg einzustellen, Bierbaum-Neudau einzustellen, Mürz-zuschlag-Neuberg einzustellen, Vordernberg-Eisenerz einzustellen, bereits am 13. März 1981 sehr deutlich, um nicht zu sagen vehement, meine absolute und entschiedene Gegenposition dargestellt. Ich habe leider bis heute keine Antwort auf diesen Brief. Ich hoffe sehr, daß in den Verhandlungen mit Landesrat Fuchs diese Frage ein für allemal geklärt wird. Jedenfalls widerspricht das Vorhaben des Verkehrsministeriums nicht nur einem ausführlichen Gutachten der Österreichischen Raumordnungskonferenz, das für die Erhaltung dieser Nebenbahnen aus regional-wirtschaftlichen Gründen eintritt, sondern verursacht weitere energie- und verkehrspolitische Benachteiligungen besonders strukturschwacher Gebiete in der Steiermark, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und ich habe nur zu unterstreichen, was Landesrat Fuchs in seiner gestrigen Wortmeldung schon gesagt hat, nämlich, daß in der wichtigen Detailfrage dieses Ausbaues des Grazer Hauptbahnhofes sich das Land Steiermark erklärt hat, mit 6 Millionen Schilling mitzuwirken. Auch da ist zu hoffen, daß es zu einer entsprechenden Entscheidung kommt. Im übrigen ist das Land Steiermark abschließend zu diesem Punkt das einzige Bundesland, das eine eigene Landesbahn betreibt und von Bundesseite aus den Mitteln zur Förderung von Privatbahnen keine Unterstützung in dieser Frage bisher erhalten hat. Es ist also ein sehr komplexes Problem, das man wirklich gründlich studieren und kennen muß. Nachdem sich ganz eindeutig zeigt, daß die Aufrechnung bestimmter Positionen, wenn sie so erfolgen sollten, wie man sich das in Wien vorstellt, von uns auf gar keinen Fall akzeptiert werden kann. Weil ich bei dieser Gelegenheit auch gerne ein Wort zum Huckepackverkehr sagen möchte, ist folgendes auch an Information zu wiederholen, nämlich: Unsere Huckepackkommission, an der Professor Klugar und Köstenberger, die Herren Steindl und Hofrat Theußl sowie Vertreter der ÖBB, der Handelskammer und andere Fachleute mitgewirkt haben, hat ganz eindeu-

tig herausbekommen, daß ein Huckepack innerösterreichisch nicht möglich ist, sondern nur international, und daß diese Huckepackfrage auch im EG-Paket enthalten ist. Das sei gesagt, damit auch da Vorstellungen unbestimmter Art auf den Boden einer sehr gründlichen Studie zurückgeführt werden. Ich erinnere mich gut an unsere gemeinsame Fahrt mit dem Generaldirektor der ÖBB ich habe damals den heutigen Abgeordneten Prutsch an der Grenze in Spielfeld als Bahnhofsvorstand kennengelernt, und ich erinnere mich ebenfalls daran, wie damals auf der Fahrt nach St. Michael alle möglichen Vorstellungen entwickelt wurden, die – das kann man heute ruhig sagen – natürlich nicht im Einklang stehen mit dem, was diese Studie tatsächlich erbracht hat.

Abschließend in diesem Zusammenhang, weil es sich auch um eine Straße handelt: Ich habe gerade früher in meinem Büro einen Anruf aus Paris bekommen von Ekestone und Mosley. Es ist heute endgültig der Grand Prix für 1982 für den 15. August auf dem Österreichring beschlossen worden – endgültig, unverrückbar. Und, meine Damen und Herren, es ist hier eine ähnliche Anmerkung zu machen wie in der Frage der Nahverkehrsmilliarde. Nach der Studie, die ich in Auftrag gegeben habe für den Grand Prix 1981, die das Institut Professor Matzner an der Technischen Universität in Wien zusammen mit IFES durchgeführt hat, und die hier nun auch vorliegt in abgeschlossener Form, ist ein ganz bemerkenswerter Bruttoproduktionswert des Grand Prix 1981 mit 74,2 Millionen Schilling, und durch Multiplikatorwirkungen ein induzierter Bruttoproduktionswert von 83 Millionen Schilling allein von diesem viertägigen Grand Prix auf dem Österreichring ausgegangen. (Beifall bei der ÖVP.) Was für mich auch persönlich überraschend dabei gewesen ist: 89 Prozent, das ist weniger überraschend, aber so beginnt dieser Teil der Studie, der Zuschauer sind männlichen Geschlechts, und 50 Prozent sind Arbeiter und Angestellte, nach der Herkunft der Zuschauer sind 40 Prozent Inländer und 60 Prozent Ausländer, die Steirer machen 14 Prozent aus, und das vom Herrn Finanzminister Salcher anlässlich der damaligen Diskussion so befürchtete Chaos auf den Straßen trifft die Wiener mit maximal drei Prozent, nicht mehr nehmen an dieser großen österreichischen motorsportlichen Veranstaltung teil. 50 Millionen Schilling werden von den Besuchern allein für die Verköstigung, die Nächtigung und dergleichen ausgegeben. Die Ausgaben des gesamten Formel-I-Trosses, das sind 1500 Personen, und der Begleit- und Rahmenveranstaltungen machen 10 Millionen Schilling aus, die Treibstoffausgaben werden mit 9 Millionen Schilling angesetzt. Knapp 90 Prozent der Ausgaben werden in der Region und in der Steiermark getätigt, 40 Millionen Schilling von den rund 69 Millionen Schilling wurden von Ausländern getätigt und können als Deviseneinnahmen sogar als ein Beitrag zur österreichischen Außenhandelsbilanz eingesetzt werden. Und was das bemerkenswerteste wiederum ist, wenn man sich die Dinge gründlich anschaut und nicht nur einfach daherredet, wie das manches Mal leider geschieht: Bei den Steuern ist ein Nettoeffekt zu verzeichnen von plus 0,9 Millionen Schilling für die Gemeinden Spielberg und Flatschach. Plus 2,2 Millionen Schilling für andere steirische Gemeinden, plus 1,5 Millionen Schilling für

andere österreichische Gemeinden, plus 1,8 Millionen Schilling für andere österreichische Bundesländer, plus 10,1 Millionen Schilling für den Bund und minus 8,5 Millionen Schilling für das Land Steiermark. So sieht die Bilanz aus, die uns das Institut für Finanzwissenschaften an der Technischen Universität Wien in diesem Zusammenhang geliefert hat. Wir waren also – Gott sei Dank – auf der richtigen Spur, und wir haben Mumm und genug Drive gehabt und die Partner haben gehalten, dieses für die Steiermark so wichtige Ereignis auch im nächsten Jahr in der Steiermark haben zu können. (Allgemeiner Beifall.) Zum Abschluß darf ich auf die Fragen des Herrn Abgeordneten Lind bezüglich seiner Anschlußstelle der A 2 bei Hartberg kurz antworten. 1984, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird es möglich sein, das Stück bis Allhau fertiggestellt zu haben, es wurde damit schon begonnen. Das andere steht 1983 zur Verfügung, das ist ohnedies bekannt, nämlich das Teilstück Obergroßau bis Hartberg. Wenn die Burgenländer rechtzeitig zu bauen beginnen, wird das Stück Allhau-Friedberg 1985 fertiggestellt sein können. Wir werden uns sehr bemühen, unsere burgenländischen Freunde dazu zu bringen, daß rechtzeitig mit diesem Bau begonnen wird. Dann sage ich Ihnen, ist für mich auf der A 2 zwar nicht alles erledigt, aber das Wichtigste. Und dann kann der Wechselübergang – ich will das nicht provozieren, aber angesichts dessen, was uns unter Umständen in den nächsten Jahren auch wirtschaftlich ins Haus steht, ist das denkbar – durchaus später gebaut werden. Das sind die wichtigsten Stücke in diesem großen Autobahnkreuz der Pyhrn und der Süd und sozusagen des lothringischen Teil dieses Straßenkreuzes, nämlich der Mürz- und Murfurche.

Was den Herrn Abgeordneten Chibidziura anlangt, so haben wir ja ein Gespräch in dieser Frage geführt. Am Stainzbach und an der Laßnitz beziehungsweise an ihren Zubringerbächen sind insgesamt sechs Rückhaltebecken in Planung, zusätzlich wird auch die Möglichkeit eines Beckens bei der Böllmühle untersucht. Und was ich Ihnen zugesagt habe, werde ich gerne einhalten. Was davon schließlich realisierbar ist, das möchte ich auch sagen, wird das Ergebnis der Untersuchungen zeigen.

Die Frage, die im Zusammenhang gestellt wurde mit der Problematik Gratwein-Gratkorn ist folgendermaßen zu beantworten, Herr Präsident Ileschitz: Wir kennen das Problem beide seit vielen Jahren sehr genau. Vor zwei Wochen ist die Zustimmung des Verkehrsministeriums in Aussicht gestellt worden, daß das eisenbahnrechtliche Verfahren nach einjähriger Betreuung unsererseits und nach zahlreichen Urgehen des Landes und der Gemeinde durchgeführt werden soll. Ich drücke mich so aus, nach unseren Erfahrungen. Das ist gar nichts Bösesartiges, Herr Kollege Prutsch. Ich verstehe schon, daß ein „gestandener Eisenbahner“, der auch mit Problemen seiner Berufsehre konfrontiert ist, sich Sorgen macht, aber in allen Verhandlungen, die die Straßenbauverwaltung zu führen hat, sind jene mit der Bundesbahnverwaltung die schwierigsten und die langwierigsten. Das ist leider eine Tatsache, und ich hoffe, daß die Auskunft des Verkehrsministeriums stimmt. Und es ist dann noch die Frage, Herr Präsident Ileschitz, über die Kosten zwischen ÖBB und Land zu verhandeln. Die Ausschrei-

bung ist nach Abbau der Schulden der Landesstraßenverwaltung, die wir vereinbart haben in dem Baugipfel, den die Bauindustrie und die Baugewerbetreibenden mit mir hatten, und die wir zugesagt haben, frühestens voraussichtlich Ende 1982 unter der Voraussetzung denkbar, daß tatsächlich alle Verfahren bis dorthin zu einem positiven Ende gebracht worden sind. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Dr. Heidinger noch ganz speziell danken für seine Aussagen hinsichtlich des Plabutschunnels, und damit möchte ich auch meinen Beitrag zu dieser abendlichen Diskussion schließen. Nachdem uns in sehr vielen Gutachten vorausgesagt wurde, daß es da, dort und anderswo große geologische Schwierigkeiten geben würde und selbige bisher nicht eingetreten sind, Gott sei Dank, möchte ich nicht hoffen, daß dort welche auftreten, wo sie uns nicht vorhergesagt wurden. Das ist aber keineswegs eine zynische Bemerkung, sondern das ist bisher kein Problem. Das sagen mir jedenfalls die Herren und der Baumeister Stettin, der sich in diesem Fall wieder sehr bewährt als Tunnelbauer. Ich wollte das nur deshalb gesagt haben, weil sich bei diesem Beispiel auch zeigt, wie unendlich schwierig alle Fragen im Zusammenhang mit der Trassenführung, im Zusammenhang mit der Planung und insbesondere auch im Zusammenhang mit der Durchführung sind und wie sehr wir uns freuen können, daß letztlich auch immer im Konsens mit diesem Haus, lange genug hat es gedauert, bis wir ihn herstellen konnten, aber wir haben uns nicht entmutigen lassen, so viel für dieses Land und diese Menschen erreicht werden konnte. Ich danke Ihnen sehr. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 6 liegt nicht mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Dorfer: Hohes Haus!

Ich verzichte auf das Schlußwort und ersuche, wie schon eingangs, um Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe 6.

Präsident Feldgrill: Ich schreite nun zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die mit den Posten und Ansätzen der Gruppe 6 einverstanden sind, um ein Händezwischen. Die Gruppe 6 ist angenommen.

Gruppe 5. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Günther Horvatek, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Horvatek: Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 5 umfaßt in den Abschnitten 51 bis 58 den Gesundheitsdienst, den Umweltschutz, Rettungs- und Warndienste, die Ausbildung im Gesundheitsdienst, die Errichtung und den Betrieb der Krankenanstalten, die Zuschüsse, Beiträge und Spenden an Krankenanstalten, die Heilvorkommen und Kurorte sowie die Veterinärmedizin. Die Einnahmen für die Gruppe 5 sind im Voranschlag für das Jahr 1982 mit 2.447.251.000,- Schilling und die Ausgaben mit 3.743.506.000,- Schilling präliminiert und wurden im Finanzausschuß eingehend beraten.

Namens des Finanzausschusses ersuche ich Sie, der Gruppe 5 Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn auch noch manche sehr berechtigten Wünsche und Forderungen, insbesondere hinsichtlich der ärztlichen, und hier vor allem der zahnärztlichen Versorgung in einigen Gebieten unseres Landes, aber auch was die Krankenanstalten betrifft, offen sind, kann die medizinische Versorgung im allgemeinen durchaus als gut bezeichnet werden. Die Tätigkeit der für die Gesundheitspolitik Verantwortlichen muß sich, so wo dies in vielen anderen Bereichen der Fall ist, im wesentlichen darauf konzentrieren, das bisher Erreichte auch weiterhin zu finanzieren. Um darüber hinaus auch noch die teuren Errungenschaften der Medizin und Technik in Anwendung zu bringen, müßten – wo dies möglich ist – andererseits Einsparungen gemacht werden oder zusätzliche Mittel aufgebracht werden. Bei der sozialen Krankenversicherung, dem wichtigsten Träger der Gesundheitspolitik, ist derzeit sowohl das eine als auch das andere der Fall. Zwischen dem Land Steiermark und der sozialen Krankenversicherung besteht insofern beinahe eine Schicksalsgemeinschaft, als bei uns, zum Unterschied von anderen Bundesländern, das Land den weitaus größten Teil der Krankenhäuser, die es im Land gibt, führt. Die Krankenversicherung muß ihrerseits wieder rund 30 Prozent ihrer gesamten Einnahmen für die Krankenhauspflege aufwenden. Für die ärztliche und zahnärztliche Hilfe rund 33 Prozent, für Medikamente rund 18 Prozent. Meine Damen und Herren! Wie klein der Spielraum durch diese Größenordnungen ist, liegt damit auf der Hand. Beträchtlich erschwerend wirkt, daß die Steiermark, gemessen an der Zahl der Bevölkerung, überdurchschnittlich viele Spitalsbetten besitzt. Jeder weiß, meine Damen und Herren, daß viele Menschen in teuren Spitalsbetten liegen, obwohl dies aus gesundheitlichen Gründen gesehen gar nicht oder nicht mehr notwendig wäre. Der Bau dieses Hotels, welcher beabsichtigt ist, für Patienten, welche mehr oder weniger ambulatorisch behandelt werden, ist daher schon aus diesem Grund zu begrüßen, natürlich nur unter der Voraussetzung, wenn sich dadurch die Zahl der Spitalsbetten entsprechend vermindert, denn sonst ist das Hotel voll, das bezahlt werden muß, und die Krankenhausbetten bleiben auch besetzt. Meine Damen und Herren, die Spitalsbetten sind insbesondere an Samstagen und Sonntagen ohne jedwede Behandlung belegt. Ich habe das selbst erlebt. Ich wollte unbedingt am Freitag hinaus. Es war unmöglich, es ist nichts mehr geschehen am Samstag und am Sonntag, ich konnte erst am Montag weg. Warum? Weil dann, am Montag ist Aufnahme, für zwei Patienten verrechnet werden kann. Das ist ein vielleicht verständlicher Grund, der aber ungerechtfertigterweise eine Belastung darstellt. Ich frage mich daher, meine Damen und Herren, wäre es da nicht zweckmäßiger, den ohnehin schon seit vielen Jahren ungefähr gleichbleibenden Prozentsatz, nämlich von 30 Prozent der Einnahmen aus der Krankenversicherung, einfach als Pauschalbetrag den Krankenhausträgern zur Verfügung zu stellen. Man würde sich 1. die sehr aufwendige Einzelabrechnung ersparen, und es wäre dann 2. die Motivation, Betten unter

allen Umständen zu belegen, wenn das auch gar nicht mehr notwendig ist, zu beseitigen. Ich glaube, daß dies im allgemeinen und zusammen nicht unwesentliche Ersparungen herbeiführen würde.

Meine Damen und Herren, daß wir uns von manchen Leitern unserer Krankenanstalten oder Abteilungen in den verschiedensten Bereichen etwas mehr Kostenbewußtsein wünschen, wurde auch schon gesagt. Daß dieses Verlangen eine Berechtigung hat, beweisen eine ganze Reihe von vorliegenden und sehr detaillierten Berichten unserer Kontrollabteilung. Ich möchte sagen, manche sehr, sehr kritischen Berichte. Anlässlich der Verabschiedung der Krankenanstaltengesetz-Novelle im Oktober vergangenen Jahres haben wir uns zwangsläufig mit den verschiedensten Problemen unserer Krankenanstalten sehr ausführlich beschäftigt. Wir waren – um es kurz zu sagen – der Meinung, die Verhältnisse entsprechend dem Zeitgeist und der Entwicklung zu ändern. Die Bundesregierung hat gegen einige Punkte dieses Gesetzes Einspruch erhoben. Wir werden diesen Einspruch demnächst behandeln müssen. Ich möchte diesen Besprechungen auf keinen Fall vorgreifen. Aber ein Grundsatz, den wir bei der Novelle besonders im Auge hatten, sollte wirklich und unverrückbar bestehen bleiben. Der Grundsatz nämlich, daß der Patient in einem Krankenhaus als Mensch im Mittelpunkt zu stehen hat. Meine Damen und Herren, wenn – um diesen Grundsatz zu erreichen – irgendwelche formelle Bestimmungen des Grundsatzgesetzes dem entgegenstehen, so glaube ich, müßte eben die Grundsatzgesetzgebung geändert werden. Bei allem gebührenden Respekt vor der Forschung und Lehre, welche in unseren Universitätskliniken betrieben wird, kann und darf dies kein Hindernis sein, daß in unserem Landeskrankenhaus Graz endlich kleinere überschaubare Einheiten geschaffen werden, wo neben der an sich hervorragenden medizinischen Betreuung etwas mehr individuelle Betreuung und menschliche Wärme gewährleistet ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wir wissen doch alle, daß es neben dem berechtigten Lob für die medizinischen Leistungen geradezu Legionen von Beschwerden in dieser Hinsicht gibt. Es muß doch einen Grund haben, daß sich diese Beschwerden auf unser Landeskrankenhaus in Graz konzentrieren. Es sind nicht die Menschen, die dort arbeiten, es sind keine anderen Ärzte im Durchschnitt wie woanders, es sind keine anderen Schwestern, es ist kein anderes Hilfspersonal, davon sind wir fest überzeugt. Es sind einfach diese unüberschaubaren Strukturen. Es ist überall so, wo die Masse zu groß wird, beginnt die Anonymität, wird der einzelne zur Nummer, und das ist es, was am wenigsten vom kranken Menschen ertragen wird. Dies, und gar nichts anderes, meine Damen und Herren, hat uns zur Begrenzung der Bettenzahl und zur Errichtung von Departements veranlaßt. Ebenso aber wünschen wir, daß die leidige Frage der Sondergebühren in einer von der Öffentlichkeit vertretbaren Weise gelöst wird. Es ist darüber schon soviel geschrieben und gesprochen worden in letzter Zeit, ich möchte darauf nicht näher eingehen. Aber ganz persönlich bin ich nach wie vor dafür – ich habe das schon gesagt, ich habe es in den Verhandlungen gesagt –, daß auch durch die Novellierung das an sich ungerechte, ja, ich möchte sogar

sagen, für einen so angesehenen Berufsstand eher auch unwürdige Entlohnungssystem nur gemildert und nicht beseitigt wird. Ich frage, wäre es nicht besser, auch moralischer, den Ärzten, ihrer großen Verantwortung und Leistung wegen, entsprechende Gehälter einfach zu bezahlen? Dies könnten durchaus Spitzengehälter sein. Niemand hätte etwas dagegen. Die betroffenen Ärzte – es sind ja nicht sehr viele –, es sind durchwegs Kapazitäten auf ihrem Gebiet, würden sich dann den Patienten gleichermaßen zuwenden, das heißt, ohne Unterschied, ob damit Sonderhonorare verbunden sind oder nicht. Es gibt eine Reihe von Beispielen, die beweisen, daß dies möglich ist. Ich denke an die Unfallkrankenhäuser, wo auch angesehene Mediziner ihre Arbeit verrichten. Meine Damen und Herren, es ist nicht einzusehen, zumindest für mich ist es nicht einzusehen, daß es in einem Krankenhaus, welches aus Steuermitteln errichtet wurde und wo die Behandlung der Patienten durch Steuergelder und Krankenversicherungsbeiträge sichergestellt wird, sehr wesentliche Unterschiede zwischen jenen gibt, welche sich eine Zusatzversicherung leisten können oder wollen, und jenen, die diese nicht haben. Meine Damen und Herren, daß es diese wesentlichen Unterschiede trotz allen gegenteiligen Beteuerungen wirklich gibt, das wissen wir alle. Jeder, der hier sitzt, weiß das. Nichts gegen Zusatzversicherungen, meine Damen und Herren. Wer sie sich leisten kann, soll von mir aus, um es überspitzt zu sagen, sich durch seine Versicherung eine vergoldete Wuschschüssel hinstellen lassen. Das ist seine Sache. Aber in der Krankenbehandlung, in der effektiven Krankenbehandlung selbst, sollte oder dürfte es keine Differenzierung, in Wirklichkeit eine Benachteiligung, geben. Meine Damen und Herren, das ist der tiefere Sinn der sozialen Krankenversicherung, und dieser tiefere Sinn sollte nicht weniger selbstverständlicher Grundsatz des Landes sein, welches für und auf Kosten, das muß man immer wieder sagen, aller Bürger, ohne Unterschied, ob sie Zusatzversichert sind oder nicht, das Krankenhaus führt. Diese herrschenden Gegebenheiten und Zustände beeinträchtigen zwar die gewünschte optimale medizinische Versorgung aller, und ich betone das Wort „aller Menschen in unserem Land“, aber insgesamt können sich die erbrachten Leistungen, wie ich eingangs gesagt habe, sehen lassen. Der hohe Betrag, welcher aus dem Landesbudget für diese Zwecke zur Verfügung gestellt wird, beweist hinlänglich den Stellenwert, den der Landtag unserer Gesundheitspolitik einräumt und zumißt. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Stepantschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Man kann das Budget drehen und wenden wie man will, von vorn nach hinten, von hinten nach vorn, die Gesundheit ist immer in der Mitte, in der Gruppe 5. Ich glaube, das ist richtig so. Ich darf auch zur späten Stunde noch einiges dazu sagen. Zur prophylaktischen Medizin. Ich freue mich, daß festgestellt wurde, daß jetzt doch Aussicht besteht, daß auch die schulärztliche Untersuchung in Zukunft so durchgeführt wird, wie wir das wollen. Zweitens, es ist festgestellt, daß vor allem

bei der Prophylaxe der Kinder sehr viel versäumt wird, auch was die Zahnbehandlung betrifft. Ich glaube, wir werden auch zur Kenntnis nehmen müssen, daß sich jetzt bewährt hat eine moderne Zahnprophylaxe auf der ganzen Welt. Es liegt mir eine Arbeit vor aus der Schweiz, wo festgestellt wurde, daß bei bestimmter Methode man nicht nur die Zähne bessert, sondern auch ganz konkret wirtschaftlich arbeitet, das heißt, man hat dann später Ausgaben für die Zahnbehandlung. Was uns hier besonders interessiert, was der Herr Landesrat Klausner bei der Einleitungsrede zum Budget so ausführlich behandelt hat, das sind die neuen Statistiken, die wir vom Gesundheitsministerium bekommen haben, wo das erste Mal Zahlen über den Kostenträger aufscheinen, über die Kostenstelle. Zahlen sind immer problematisch zu vergleichen. Im konkreten Fall ist es besonders schwierig, weil erst 70 Prozent der Krankenhäuser eingebracht wurden in anderen Bundesländern, bei uns sind es, glaube ich, schon alle, und weil halt die Struktur der Krankenhäuser sehr verschieden ist. Wenn ich mich bloß daran erinnere, daß öffentlich unwidersprochen festgestellt wurde, daß etwa in unserem Sonderkrankenhaus Feldhof 600 Patienten nur dort wären, weil sie nicht abgeholt werden. Das muß natürlich statistisch verfälschen, wenn nicht unbrauchbar machen, wenn etwa zehn Prozent der Patienten gar keine Patienten sind, die weder Personal im ausreichenden Maß noch Medikamente brauchen. Zum anderen sind bei einer neuen Methode auch Fehler drinnen, die zu widersprüchlichen Resultaten führen. Denn, wenn der Herr Landesrat Klausner festgestellt hat, auf Grund von Daten, die vorliegen und die ich auch hier habe, daß wir zwar relativ billig sind, an etwa dritter Stelle, vielleicht sogar noch billiger, wenn man weiß, daß wir eine Klinik sind, daß wir aber den größten Personalanteil haben, nämlich 72 Prozent, zum Unterschied von anderen Krankenhäusern, ist das sicher ein Widerspruch, denn die Personalkosten sind ja die größten, also 70 Prozent. Da ist also sicher irgend etwas nicht ganz richtig. Nicht nur, weil es früher auch angeschnitten wurde, ich glaube, es ist wesentlich, daß man uns vergleicht mit den anderen Bundesländern. Man kann sehr wohl vergleichen, wieviel Betten haben die einzelnen Bundesländer. Kollege Loidl hat behauptet, wir sind weit schlechter dran. Wir haben genauso wie Salzburg, Steiermark und Tirol pro 1000 Patienten neun Betten, Wien hat zehn, die anderen Bundesländer sind besser. Ich behaupte nicht, daß wir nicht noch weniger haben sollten, aber gar so schlecht sind wir bitte auch nicht. Wir sind mit drei Bundesländern gleich lang vor Wien. Wien ist überhaupt immer an letzter Stelle bei diesen ganzen Statistiken. Wir haben nun pro Bett in der Steiermark, das kann man sich sehr leicht ausrechnen, genau pro Bett einen Angestellten. Wir liegen hiebei an fünfter Stelle. Besser sind die anderen Bundesländer, etwas schlechter sind noch Tirol, Vorarlberg, Wien und Kärnten. Wir liegen etwa im Schnitt. Ich glaube, es hat gar keinen Sinn, sich jetzt zu sehr auf Zahlen festzulegen, einen echten Vergleich werden wir erst dann haben können, wenn wir die von mir fälschlich früher genannte Kostenträgerrechnung haben, wenn wir also feststellen können, ein Blinddarm kostet in jedem Bundesland soundsoviel. Ich glaube sicher, daß wir beim Personal auch noch einsparen könnten, daß es auch sehr darauf ankommt, wie man das Personal

berechnet. Da gibt es allein für das Personal vier Arten der Statistik, nach einer da sind wir an neunter Stelle, und da gibt es auch eine, da sind wir an dritter Stelle. Ich glaube, es hat überhaupt keinen Sinn, mit den Zahlen etwas anzufangen, sofern wir nicht einmal festgestellt haben, welche Krankenhäuser haben wir, welche Krankenhäuser brauchen wir. Ich bin sehr dafür, daß man Betten einschränkt, wir haben das zum Teil auch schon getan. Wir haben uns auch bemüht, hier etwas zu tun, konkret in einigen Krankenhäusern. Es wird dann erst weitergehen, wenn wir den beschrittenen Weg echt fortschreiten. Ich darf zum Beispiel feststellen, daß wir unterbelegte Krankenhäuser haben, und daß es halt doch notwendig sein wird, hier Konsequenzen zu ziehen und dort, wo Betten leer stehen, längere Zeit, sie auch mindest vorübergehend zu schließen. Ich weiß genau, wie schwer das ist, Herr Landesrat, weil es sich ja wieder um Kliniken handelt. Ich glaube, hier wird man halt doch einmal energisch vorgehen müssen. Zum Personalanteil: Ich habe schon gesagt, wir sind relativ personalintensiv, trotzdem relativ wieder personalbillig, auch wieder unverständlich, daß bei uns das Personal im ganzen wieder weniger kostet als woanders. Das hat auch sehr viele Gründe, zumindest auch wieder den, daß wir halt sehr viele Patienten dabei haben, die relativ sehr wenig Personal benötigen. Die Bettenauslastung ist wieder deshalb, weil wir Feldhof dabei haben, bei uns in Österreich die schlechteste. Das hat auch der Herr Landesrat angezogen, und diese Zahl ist völlig richtig. Das wäre es, was ich ungefähr zur Statistik zu sagen hätte. Ich habe sehr viele Zahlen da, ich habe mich sehr lange damit beschäftigt, es ist alles sehr interessant, aber ich glaube, letztlich ist das Leben immer noch stärker als die Zahl, denn man kann mit Kopfverstand und einiger Sachkenntnis sicher in dem geforderten Sinn noch einiges tun, was die Belagskosten pro Tag betreffen. In Graz kostet dem Land ein Patient 1362 Schilling, in Wien mehr als das Doppelte, 3348 Schilling. Nun kann man aber heute schon berechnen, was würde der Patient in Wien kosten, wenn das AKH schon fertig wäre mit den Energiekosten, mit dem Aufwand hinten und vorne, etwa 10.000 Schilling. Ich darf das hier gleich einflechten. Wenn wir das auch noch in den Bundesländern mitzahlen müssen, dann können wir überhaupt ziemlich zusperrern. Noch eine sehr interessante Zahl, was kostet ein Patient, das müßte den Herrn Loidl auch interessieren. Ein Patient, wenn ich einen durchschnittlichen Aufenthalt einkalkuliere und eine durchschnittliche Behandlung, dann kostet ein Patient in Graz im Durchschnitt 17.608 Schilling, in Wien 33.853 Schilling. Und wissen Sie, wo ein Patient dem Spitalsträger am meisten kostet in ganz Österreich? In Hörgas kostet ein Patient 36.853 Schilling, weil halt dort die Aufenthaltsdauer viel zu lange ist. Diese Zahl müßte jedoch zu denken geben, irgend etwas kann da nicht ganz stimmen. Ich darf in dem Zusammenhang hinweisen, weil der Herr Landesrat Gruber da sitzt und so interessiert zuhört, da geht auch irgend etwas nicht auf, wenn wirklich am Feldhof Patienten sind, und dort nur mehr Senioren sind, einen Seniorenklub haben, und nur nicht abgeholt werden, und wenn wir jetzt schon Altersheime haben, die nicht voll sind, da ist irgend etwas nicht ganz richtig. Sie nicken, Herr Landesrat. Ich glaube, da werden zwei Referate einen gemeinsamen Weg finden müssen, wie man beste-

hende Einrichtungen ausnützt, die viel billiger arbeiten als ein Krankenhaus.

So, was nun den Erfolg betrifft, man ist nie zufrieden. Ich habe die Zahlen gestern schon genannt, es ist immerhin wieder die Aufenthaltsdauer, die durchschnittlich im Krankenhaus Graz um einen halben Tag zurückgegangen ist, von 14 auf 13,5. Wir haben zwar mehr Patienten aufgenommen, aber durch den schnellen Umsatz, durch eine Herabsetzung des durchschnittlichen Belages um etwa 50 Betten. Natürlich muß man einmal eine Konsequenz ziehen und diese Betten in der Folge auch wirklich einsparen. Da sind wir uns völlig einig. Es sind immer wieder Anforderungen an das Land zu stellen, daß mehr zu bauen ist. Es ist im Raum der Wunsch nach einem Ausbau in Feldbach, in Hartberg, in Bruck; wir haben das Krankenhaus Deutschlandsberg im Bau. Herr Landesrat, als Sie das Ressort übernommen haben, haben Sie sehr optimistisch gemeint, Sie brauchen eine Milliarde. Statt der Milliarde haben Sie jetzt weniger, als vorher war. Da sind nicht Sie schuld, bitte sehr, sondern das ist die Budgetsituation. Wir müssen also mit dem arbeiten, was wir haben. Wir werden uns sehr bemühen, alle diese von mir aufgezählten Wünsche und auch noch andere, sobald es das Budget erlaubt – und falls Sie einmal die Milliarde bekommen –, unterzubringen. Wir hoffen, daß dies einmal passiert. Wir wissen genau, daß es sehr viele Wünsche gibt, daß wir in manchen Gebieten noch hinten sind. Wir haben aber dennoch – glaube ich – eine ganz stolze Bilanz zu ziehen, da sind wir uns wieder einig, über das, was schon geschehen ist. Ich darf auch sagen, daß in Graz schon einiges passiert ist, daß wir jetzt doch endlich das zweite Blocklabor in Aussicht haben, auf Grund eines Gespräches, für das ich Ihnen sehr danke, was uns unsere Arbeit erleichtert und auch wieder verbilligen wird, daß nächstes Jahr die Kinderchirurgie wahrscheinlich in Planung kommen wird und daß die Intensivstation fertig sein wird nächstes Jahr und eine zentrale Aufnahme wenigstens für Intensivpatienten uns ermöglichen wird. Wir haben auch einen gewissen Erfolg erzielt in den Verhandlungen mit Wien. Es ist schon mehrfach darüber gesprochen worden, daß der klinische Mehraufwand bei uns weit unter dem liegt, was Wien oder auch Innsbruck bekommen. Es wurde uns einmal zugesichert, daß ab 1. Jänner dieses Jahres ein Betrag von etwa 30 bis 40 Millionen Schilling einmal überwiesen wird, sozusagen als Anzahlung für jenen Betrag, der noch wesentlich größer sein wird müssen.

Und darf ich nun eingehen ganz kurz auf das, was Kollege Loidl gesagt hat, was mich eigentlich sehr, sehr gewundert hat. Wir haben doch sehr lang und sehr ausführlich geredet über Gebühren und über Spitalsgesetz. Sie haben es, glaube ich, mitbeschlossen, wenn ich mich nicht ganz täusche. Jetzt werden wir einmal froh sein, wenn wir dies weiter bekommen. Und schauen Sie doch bitte in Wien, daß Ihre Minister uns helfen. Es liegt doch nur mehr an Wien. Das wäre der erste Schritt, und ich bin sehr gerne bereit, über einen zweiten Schritt zu reden, wenn es uns irgendwer finanziert. Sie wissen es ganz genau, ich habe immer das vertreten, daß ein System ohne Gebühr das bessere wäre. Es geht nur darum, wie Sie das Ihren Referenten hier und dem Herrn Finanzreferenten erklärlich machen, wie er dann finanzieren soll. Wir sind sehr,

sehr dafür. Und zu der anderen Frage, daß Sie sagen, man wird auf der zweiten Klasse besser behandelt als auf der dritten. Ich möchte das entschieden als unwahr zurückweisen. Es hat Herr Landesrat Heidinger vorgestern öffentlich erklärt, auf Grund gewisser Zeitungsmeldungen, daß er der Meinung ist, daß bei uns alle gleich behandelt werden. Es ist weder bei ihm eine Anzeige eingelaufen noch bei der Abteilung 12 noch bei der Abteilung für Gesundheitswesen noch bei mir. Und bitte, sind Sie so freundlich, wenn Sie so etwas wissen, sagen Sie es nicht hier öffentlich, verunsichern Sie bitte nicht die Leute, sondern gehen Sie doch zu den zuständigen Stellen. Es ist auch in der Gebietskrankenkasse nicht alles in Ordnung. Ich habe auch noch immer den Weg gefunden, wo man das regeln kann. Ich halte das wirklich nicht für richtig, hier in dieser Art zu reden, über Dinge, die überhaupt unbewiesen sind. Und genauso, wenn Sie sagen, daß Sie am Sonntag nicht behandelt werden, wenn Sie aufgenommen werden, wir haben einen Aufnahmedienst, es wird am Sonntag niemand abgewiesen, der akut behandelt wird. Daß die Leute alle am Montag kommen, das ist eine andere Sache. Und, daß die Leute natürlich verständlicherweise alle versuchen, zu Weihnachten zu Hause zu sein, ist ja wohl auch erklärlich. Es ist, wie gesagt – das sagen wieder die Zahlen unserer Statistik, ganz gleich wie wo anders –, die Auslastung der Betten so, und das ist nun einmal menschlich. Ich darf Sie wirklich bitten, was bringt uns das, wenn man hier wieder Verunsicherung schafft, die wirklich nicht zutrifft. Es ist kein Mensch noch am Sonntag abgewiesen worden aus rein gewerkschaftlichen Gründen; aus rein gewerkschaftlichen Gründen wird am Sonntag im Krankenhaus nicht voll gearbeitet, und deshalb werden am Sonntag nur dringende Sachen gemacht. Sie können das sofort abschaffen, wenn Sie umbudgetieren, sofort – aber sofort! Geben Sie uns die ganze Dienstmansschaft, dann haben wir es. Das Röntgen ist eben nicht besetzt am Sonntag. Sie brauchen nur das Budget ändern. Es hat kein Mensch etwas dagegen. Die Frage ist nur, wie der Landesrat Heidinger hier budgetiert. Schauen Sie, arbeitet bitte die Gebietskrankenkasse am Samstag und Sonntag? Was machen Sie denn da für Märchen! Das ist doch wirklich nicht realistisch, so wie Sie hier heute geredet haben, was mich wirklich sehr wundert, denn ich habe immer noch gedacht, daß Sie mit daran interessiert sind, auch die Krankenhäuser weiterzugeben. Ich glaube, das ist längst überholt (Abg. Loidl: „Ich habe ja nichts dagegen, ich habe ja nur festgestellt!“), und machen Sie die Gebietskrankenkasse auf, wie lange wartet der Patient in der Gebietskrankenkasse am Freitag, bis er drankommt. Warum haben Sie am Samstag keinen Arzt dort, und warum, bitte Herr Loidl – und jetzt habe ich Sie –, jetzt hören Sie einmal zu –, warum haben Sie es immer noch nicht zusammengebracht, daß am Samstag, Sonntag und zu Weihnachten ein Zahnarzt tätig ist. Da sind nur wir dran, Sie haben es noch nicht erreicht, auch nur einen zu beschäftigen. (Beifall bei der ÖVP.) Das machen Sie mir einmal vor! Und gegen das Gesetz muß unsere Zahnklinik Samstag und Sonntag arbeiten. (Abg. Loidl: „Ich wollte ja entlassen werden. Ich wollte ja heimgehen!“) Ja, aber ohne zu arbeiten könne wir nicht behandeln, glauben Sie das vielleicht nicht! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zinkanell: „Ganz umsonst die Aufregung!“) Es wird ja schon

langsam faszingsreif. (Abg. Zdarsky: „Er wollte ja am Freitag nach Hause gehen!“) Also was? Was denn? (Abg. Loidl: „Ich habe gesagt, ich war nicht in einem Grazer Krankenhaus, sondern in einem Wiener Krankenhaus. Ich wurde nicht behandelt, sondern habe nur Pulver bekommen!“) Bitte, dann hätten Sie gleich gesagt, daß das in Wien war, dann hätte ich applaudiert. Das weiß ich ja, wie es dort aussieht. Das machen Sie mit dem AKH aus. Dann hätten Sie es gleich gesagt, wie es wirklich ist. Ich nehme zur Kenntnis, das ist ein Mißverständnis, also alles. Sie sind mit unseren Krankenhäusern zufrieden, und ich danke sehr dafür. So kann man es auch auffassen. (Beifall bei der ÖVP.) Nur, nächstes Mal sagen Sie gleich, wo Sie sich unwohl fühlen. Schauen Sie, ich komme schon zum Ende, es ist sehr spät. Meine Damen und Herren, ich freue mich, wenn wir uns wieder einig sind. Wir werden und dürfen also so weitermachen, Herr Landesrat. Herr Landesrat Heidinger ist ja schon der vierte Sozialist, mit dem ich punkto Spital zu tun habe. Ich darf sagen, wir haben immer gut gearbeitet mit allen. Und es zeigt sich gerade eben beim Krankenhaus, daß wir dann als Politiker letztlich, wenn wir auch Mißverständnisse ausräumen, doch wissen bei verschiedenen Gegensätzen hier oder dort, daß es auch in diesem Haus um den Menschen geht. Deshalb hat es nie einen politischen Streit in punkto Krankenhaus bei uns gegeben, und den wird es auch nicht geben. Das Krankenhaus ist in der Mitte des Budgets. In der Mitte ist auch der Mensch. Wir werden uns weiter um diesen Menschen bemühen. Wir wissen allerdings, man kann heute bei dem Fortschritt der Medizin nicht mehr alles geben. Es wäre aber ganz falsch, wenn man wenigen alles gibt. Wir müssen dahingehend arbeiten, daß alle genug bekommen. Danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ!)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Meyer. Ich erteile das Wort!

Abg. Meyer: Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Abgeordnete des Bezirkes Bruck an der Mur ist es für mich wohl selbstverständlich, daß ich auf den Neubau des Landeskrankenhauses Bruck zu sprechen komme. Es bestehen ja seit Jahren einstimmige Regierungsbeschlüsse, die sich für den Neubau dieses Schwerpunktkrankenhauses aussprechen. Es wurde ja seinerzeit sogar extra für Bruck ein Gesetz im Steiermärkischen Landtag verabschiedet, welches möglich machte, den seinerzeitigen Grundbesitzer zu enteignen, um den Grundankauf für das neue Schwerpunktkrankenhaus in Bruck an der Mur tätigen zu können. Die Bevölkerung von Bruck wartet seit Jahren geduldig auf die Vewirklichung dieses Projektes, und wir als Mandatäre haben immer wieder versucht, Verständnis in der Bevölkerung dafür zu finden, daß mit dem Neubau erst begonnen werden kann, wenn die Planung endgültig abgeschlossen und das Krankenhaus Leoben ausfinanziert ist. Und beides ist laut Auskunft des Herrn Landesrates Heidinger im Jahre 1982 der Fall, so daß dem Baubeginn im Frühjahr 1983 eigentlich nichts mehr im Wege stünde. Deshalb wurde auch von der sozialistischen Fraktion im Steiermärkischen Landtag vor einer Woche ein Resolutionsantrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, Mittel für

das Budget 1983, für den Baubeginn dieses Krankenhauses bereitzustellen. Die ÖVP hat, obwohl alle Vorarbeiten abgeschlossen bzw. die finanziellen Mittel im Jahre 1983 vorhanden sind, da – wie ich erwähnte – Leoben ja ausfinanziert ist, diesen Resolutionsantrag der Sozialisten mit ihrer Mehrheit abgelehnt. Außerdem, und das befremdet mich sehr, hat Herr Abgeordneter Professor Schilcher als Generalredner der ÖVP gestern erklärt, es sei ihm unverständlich, daß man von seiten der SPÖ solche Anträge einbringt, die verlangen, daß neue Schwerpunktkrankenhäuser, wie zum Beispiel in Bruck, gebaut werden sollen. Für mich hat sich durch die Ablehnung des Resolutionsantrages und die Äußerung des Abgeordneten Professor Schilcher die Schlußfolgerung ergeben, daß die Österreichische Volkspartei überhaupt nicht daran denkt, Mittel bereitzustellen, damit Bruck in nächster Zeit ein Schwerpunktkrankenhaus bekommt bzw. daß mit dem Bau wenigstens begonnen werden kann. Jahrelang, ich möchte sagen jahrzehntelang, wurde die Bevölkerung des Bezirkes Bruck an der Mur hingehalten und der „Schwarze Peter“ in dieser Hinsicht immer wieder der SPÖ zugeschoben. Meiner Meinung nach hat die ÖVP mit der Ablehnung des Antrages auf Bereitstellung von Mitteln für den Baubeginn 1983 nun ihre Haltung in der Frage des Neubaus des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur kundgetan. Ich frage den Herrn Landeshauptmann, er ist leider nicht anwesend, wann er und seine Partei endlich offen der Bevölkerung des Bezirkes Bruck an der Mur erklären, ob sie wirklich an dem Bau eines Schwerpunktkrankenhauses in dieser Region interessiert sind, und wann das sein wird? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Der Herr Landesrat wird Sie aufklären, ich kann es nicht!“ – Abg. Ing. Turek: „Der Herr Landesrat ist zuständig!“) Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat vor der Wahl immer erklärt und versprochen, ein Landeshauptmann für alle Steirer zu sein. Er könnte die Ernsthaftigkeit dieses Versprechens auch damit unter Beweis stellen, daß er und seine Fraktion nun für den Neubau dieses Krankenhauses auch in jener Region, in der Sozialisten die Mehrheit haben, die Zustimmung geben, damit auch der Bevölkerung des Bezirkes Bruck zum Recht auf eine bessere ärztliche Versorgung verholfen wird. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Der Herr Landesrat Gruber hat mitgeklatscht! Das ist die größte Heuchelei von ihm! – Landesrat Gruber: „Ich verwahre mich gegen eine solche Beleidigung! Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich kein Heuchler bin, Herr Kollege!“ – Abg. Dr. Maitz: „Zuerst stimmt er mit!“ – Abg. Zdarsky: „Das ist eine Frechheit!“) Denn hier geht es nicht um SPÖler oder ÖVPLer, sondern es geht um kranke Steirerinnen und Steirer, die der Hilfe des Landes bedürfen. Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann, eine Erklärung abzugeben, in der eindeutig die Haltung der ÖVP zum Neubau des Schwerpunktkrankenhauses Bruck an der Mur hervorgeht. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mich aus diesem Streit heraushalten und möchte mich einem anderen Problem, und zwar dem

Müllproblem, zuwenden, das ja, wie Sie alle wissen, bereits ein heißes Eisen geworden ist. Jedermann weiß, daß der Müll eines der größten Problemkinder des Umweltschutzes ist, und mit der Entwicklung zu Konsum- und Industriegesellschaft stieg auch die Abfallbeseitigung zum Problem Nummer eins auf. Viele Gesetze wurden erlassen, aber jahrelang nicht befolgt, da die Durchführung auf verschiedenen Kompetenzbereiche zersplittert und das Umweltbewußtsein in unserer Wegwerfgesellschaft noch nicht entwickelt war. Dieses Bewußtsein hat sich in den letzten Jahren besonders bei jungen Menschen stark verbessert. Das Verständnis und die Bereitschaft, zur Sicherung der Umwelt, in der wir leben, etwas beizutragen, wächst ständig. Besonders ist es aber die Natur- und die Bergwacht, die bereit ist, Boden, Wasser, Luft, Tier- und Pflanzenwelt vor unerwünschten Eingriffen und Beeinflussungen zu bewahren und zu beschützen. Immer mehr dringt die Erkenntnis in das Bewußtsein, daß eine steigende Lebensqualität in einer zerstörten Umwelt unerreichbar ist. Für eine bessere Lebensqualität bedarf es aber auch einer Identifikation mit dem Problem der Bereitschaft, eine Besserung aktiv anzustreben. Heute wird mehr gekauft als früher verbraucht wurde, und auch viel mehr weggeworfen. Der Selbstbedienungsläden, die moderne Küche, die Waschmaschine erleichtern zwar die Hauswirtschaft, schaffen aber Müllprobleme, die man einst nicht gekannt hatte. Der wachsende Wohlstand erzeugt eine Flut von Abfällen und damit riesige Müllberge. Wo immer eine Müllabfuhr fehlt, zeigen sich gewaltige Mißstände. Mit wild abgelagerten Abfällen werden Gewässer, Uferböschungen und Waldränder verschmutzt. Müllgruben im Ortsgebiet belästigen die Anrainer, Staub- und Ungezieferplage, Gerüche, Infektionsgefahren werden leichtfertig heraufbeschworen. Die Verschandelung der Landschaft schockiert jeden erholungssuchenden Urlauber.

In diesem Haus wurde im Jahre 1974 ein Abfallbeseitigungsgesetz erlassen und den Gemeinden in ihrer Autonomie die Einsammlung und Beseitigung von Müll übertragen. Eine Verordnung der Regionaldeponien wurde nicht erlassen, da der Streit der Wissenschaftler, ob Verbrennung, Deponie oder Kompostierung, noch immer nicht abgeschlossen ist. Primär geht es aber darum, daß weder Luft noch Wasser bzw. Grundwasser durch Müll und verunreinigtes Sickerwasser verunreinigt werden darf. Graz hat jahrelang in Schottergruben den Müll abgelagert, und kilometerweite Verunreinigungsfahnen finden wir im Grundwasser flußabwärts. Prinzipiell muß man nach dem Müllanfall unterscheiden, ob es sich um eine Stadt handelt, die einen immensen Müllanfall hat, oder ob es sich um ein ländliches Gebiet handelt. Im ländlichen Gebiet gibt es Gott sei Dank noch immer Bauern, die selbst einen Ofen besitzen, in dem sie noch etwas zu verheizen haben, oder auch einen Misthaufen oder Komposthaufen, wo noch etwas verrotten kann. Dadurch ist natürlich der Müllanfall geringer als in der Stadt. 25 Jahre Erfahrungen mit den Mülldeponien, mit Müllverbrennungen und anderen Möglichkeiten haben gezeigt, daß noch immer keine eindeutige Lösung der Probleme gefunden wurde, und die Fachleute, die sogenannten, meistens Lobbyisten, verschiedenster Technologien um die Vorteile ihrer Technologie strei-

ten. Da im Bezirk Deutschlandsberg eine gemeinsame, eine regionale Mülldeponie immer wieder torpediert wurde und für die nahe Zukunft nicht zu erwarten ist, entschloß sich die Marktgemeinde Preding zu einem Alleingang in der Müllentsorgung. Noch vor der Gemeinderatswahl 1980 wurde der alte wilde Sturzplatz der Marktgemeinde gesperrt und als Lösung der Müllabfuhr eine Transportfirma mit der Abfuhr nach Halbenrain auf guten Rat des Bezirkshauptmannes unter dem Motto: „Zahlen tuats eh der Bürger“ bestellt. Das Anbot der Transportfirma lautete: zwei Monate Gratisabfuhr – so als Zuckerl, dann ein Sieben-Jahres-Vertrag für die Abfuhr und ein Zehn-Jahres-Vertrag für die Deponie. Also überschlägig muß man dreimal eine Transportfirma engagieren, dreimal sieben wäre einundzwanzig, und zweimal die Deponiefirma, dann käme man ungefähr auf gleich, so daß man zu diesem Zeitpunkt, ohne große Nachteile aus dem Vertrag aussteigen könnte. Nach der Gemeinderatswahl mußten wir die Containerabfuhr gegen Entgelt bis November aufrechterhalten, und bei der Durchrechnung der Abfuhr- und Deponiekosten ergab dies einen Aufwand von zirka 370.000 bis 400.000 Schilling pro Jahr, die einfach aus der Gemeinde – ohne sogenannte Umwegrentabilität – hinausgingen und für die Bevölkerung wie für die Gemeinde verloren waren. Die Überlegung in der Gemeinde war: Sollte eine eigene Mülldeponie mit Abfuhr auch 400.000 Schilling kosten, so bliebe das Geld doch in der Gemeinde. In dieser Zeit der Überlegungen reifte das Projekt einer eigenen Mülldeponie heran, und unter Mitwirkung des Planers Dipl.-Ing. Kölli aus Graz wurde das Projekt erarbeitet und am 17. Dezember des Jahres 1980 wasserrechtlich genehmigt. Genehmigt durch die Rechtsabteilung 3 des Landes Steiermark. Interessant ist ja nur so nebenbei, daß Hofrat Grancy, solange das Projekt in Ausarbeitung und er damals noch Oberbaurat war, das Projekt befürwortet hat, und seit er Hofrat ist, opponiert er dagegen. Nun, meine Damen und Herren, wir haben eine Abfuhr- und Selbsttransportmöglichkeit geschaffen und dem einzelnen die freie Entscheidung gegeben, ob er mittels eines Müllsackes und durch eine konzessionierte Firma aus Preding abführen lassen will oder er selbst entweder in Säcken oder lose seinen Müll antransportiert. Der Müllplatz ist zu bestimmten Zeiten geöffnet, an jedem Samstag von 14 bis 16 Uhr wird der Müll antransportiert. Die Kosten des Müllplatzes beliefen sich auf 141.000 Schilling, und das System ist so gelagert, daß wir den Müll einbringen, jedes Mal nach dem Einbringen abdecken, das Sickerwasser, das durch den eingebrachten Müll strömt und verunreinigt wird, an der wasserundurchlässigen Schichte des Lehms oder Lehmboodens zu einer Drainage abfließt, diese Drainage erst durch einen Ölabscheider durchfließt, und dann in einen Oxydationsteich, in diesem Oxydationsteich zirka eine Woche – acht Tage – verbleibt, und dann eben weiter in einen Schönungsteich fließt und weiter in eine Vorflut. Der Reinigungswert des Oxydationsteiches ist dadurch gegeben, daß die Verunreinigungen durch Bakterien aufgefressen werden und der dazu notwendige Sauerstoffgehalt aus dem dortigen Wasser entnommen wird, zumal durch Licht- und Sonneneinfall pro Tag und Quadratmeter des Teiches zirka 8 Milligramm Sauerstoff in diesen Oxydationsteich eingebracht werden. Nun, die Werte der überprüften Was-

ser, die ja durch unsere Gewässergüteaufsicht durchgeführt werden, haben gezeigt, daß das Wasser einwandfrei ist. Zu den Müllplatzzeiten beaufsichtigt ein Mitglied der Berg- und Naturwacht den Antransport und führt gleichzeitig ein Recycling durch. Er nimmt alle Metalle heraus. Die Bergwacht hat schon im heurigen Jahr dreimal Altmetall verkauft und ein schönes Geld dafür erhalten, mit dem die Ortsgruppe der Bergwacht natürlich weitere Anschaffungen tätigen kann. In der Deponie selbst, die mehr oder minder nach dem Verrottungsprinzip aufgebaut ist, findet eine biologische Verbrennung in langsamer Form statt. Die in Aktion tretenden Bakterien bewirken eine Erhitzung auf ungefähr 70 Grad, wobei krankheitserregende Mikroorganismen, aber auch andere Kleinlebewesen, zugrunde gehen. Es freut mich, daß mein ehemaliger Professor, Prof. Stundl, in einer Publikation sehr wohl darüber geschrieben hat, und sehr wohl das bestätigt, was eigentlich in Preding stattfindet und durchgeführt wird. Die Reinigungswirkung ist einer biologischen Kläranlage gleichzusetzen und wird ohne Fremdenergie bewerkstelligt. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie es zu erwarten war, wurde nach der Kündigung der Mülltransportfirma die Marktgemeinde Preding vom Chef dieser Transportfirma angerufen, und er sagte zu mir: „Sie, ich lasse mich nicht so ohne weiteres aus einem Geschäft drängen, ich werde Ihnen Schwierigkeiten machen, wo ich nur kann.“ Ich muß sagen, wir haben auch diese Schwierigkeiten überwunden. Und nun, meine Damen und Herren, die Mülldeponie wurde mit 141.000 Schilling hergestellt, zugegeben, mit viel Arbeitsaufwand und großem Einsatz. Ich kann aber dazu nur sagen, die Deponie wurde auf Grund verschiedenster Interventionen in Abständen von zwei Tagen sogar überprüft, und bis auf ein einziges Mal war der Müll auf Grund eines Gebrechens des Baggers nicht abgedeckt, was man natürlich sofort zum Anlaß nahm, uns zu schreiben, daß die Genehmigung zurückgezogen werden könnte. Leider Gottes muß ich feststellen, daß der Bezirkshauptmann und der Bezirkstierarzt des Bezirkes Deutschlandsberg sich sehr in eine Kampagne eingeschaltet haben, die gegen die Mülldeponie von Preding gegangen ist. Ich muß ehrlich sagen, es hat mir sehr leid getan, und ich glaube aber, daß es nicht richtig ist. Wenn man eine Möglichkeit findet, wo man dem Bürger etwas billiger zur Verfügung stellen kann, und wenn es dann auch irgendwo einmal dagegen läuft, daß ein Monopolbetrieb à la TKV nicht installiert werden kann. Schließlich und endlich darf man sich nicht auf den Standpunkt stellen: „Wurscht, was es kostet, es bezahlt eh der Bürger!“ Denn schließlich und endlich hat der Bürger von heute bereits so viele Zahlungen zu leisten, die valorisiert sind, so daß ihm zum Schluß kein Geld mehr bleibt, um sein Leben zu fristen. Schließlich und endlich sind Miete, Strom, Wasser, Kanal, Müll, Telefon, Versicherungen, Auto, Treibstoff, Heizung, Kleidung, abgesehen von Steuern und Sozialversicherung. Interessant war noch, daß die Bergwacht und die Naturschützer in die Bezirkshauptmannschaft zitiert wurden und ihnen Vorhaltungen gemacht wurden, daß sie sich erlaubt haben, die Mülldeponie Preding zu besichtigen und zu sagen, daß sie vorbildlich und nachahmenswert ist. Nun, meine Damen und Herren, der Preisvergleich ist auch interessant, wenn man bedenkt, daß die Verwaltung der Mülldeponie durch

die Gemeinde möglichst ist und sie als Verwaltungsbehörde Vorschreibungen mit bescheidmäßigem Charakter erlassen kann, weiters der kurze Weg zur Deponie dem einzelnen Bürger die Möglichkeit der Selbstentsorgung gibt, um damit die Müllentsorgung krisensicher zu gestalten, daß drittens die geringen Müllbeseitigungskosten den wilden Deponien entgegenwirken, daß die Baukosten der geordneten Deponie in Preding geringer sind als die jährlichen Transportkosten zur Mülldeponie Halbenrain und daß bei der eigenen Mülldeponie das Geld in der Marktgemeinde Preding bleibt. Der Pachtschilling für das Deponieareal, die Transportkosten und die Abfuhr, die Deponiegebühren und schließlich bei Eigentransport des Bürgers gibt die Möglichkeit, daß auch in der Tasche des einzelnen Bürgers etwas verbleibt und so die Kaufkraft der Marktgemeinde erhalten bleibt. Das Containersystem aber kostet immer gleich viel, ob der Container voll ist oder leer. Die Gemeinde Preding hat ein Sacksystem eingeführt, das auch den einzelnen dazu erzieht, daß er sich überlegt, ob er alles wegwirft, und schließlich und endlich eine Aufteilung des Mülls stattfindet, wo er natürlich die Möglichkeit hat, auch einen Glascontainer zu benützen, seinen Hausmüll abzugeben und den Müll zu trennen in heizbaren Müll. Der Mülltransport – der Sack wird im übrigen abgeführt, wenn er voll ist – in der Gemeinde wird durch einen Bauern mit einem Traktor durchgeführt, und das gibt auch die Gewähr, daß die mit geringen Konstruktionsstärken ausgeführten Gemeindewege nur gering belastet werden. Dies steht im Gegensatz zu den Schäden, die die 20 Tonnen schweren Mülltransporter verursachen. (Unverständlicher Zwischenruf.) Ja, ist richtig, aber die Folgekosten, die in einer Gemeinde erwachsen durch Schäden vor allem in der Frostperiode; wenn du willst, ich kann dich noch ein bißchen aufklären, lieber Ritzinger.

Wir haben einen mutigen Schritt mit der gemeindeeigenen Mülldeponie gemacht und glauben, daß dieser Schritt richtig war. Die Betriebskosten für ein Jahr, das Jahr 1981, haben gezeigt, daß sie mit 80.000 Schilling anzusetzen sind und daß denen 371.000 Schilling für eine Abfuhr nach Halbenrain gegenüberstehen. Wir sehen ein, daß Müll ordnungsgemäß entsorgt werden muß, ich bin auch nicht gegen eine Mülldeponie Halbenrain, denn schließlich und endlich sollen Gemeinden, die nicht in der Lage sind, eine eigene Mülldeponie zu errichten, ihren Müll dorthin entsorgen können. Aber es müßte auch eine ordnungsgemäße und einwandfreie Klärung der Sickerwässer stattfinden. Außerdem vertrete ich die Meinung, daß Mülldeponien nicht von privaten Firmen betrieben werden sollen, denn im Zweifelsfall entscheidet sich der Privatbetrieb zur Grundwasserverschmutzung, wenn es für ihn billiger ist.

In Wundschuh zum Beispiel gibt es große Bedenken, sogar die Gemeinde Weitendorf, die eben grundwasserabwärts liegt, hat ihre Bedenken bereits angemeldet.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend kann gesagt werden, daß wir ein Bekenntnis zur Müllentsorgung abgeben, daß die Müllbeseitigung aber billigst sein muß und keine Verunreinigung von Luft und Wasser geschehen darf, daß Deponien zur Sicherheit in der Verantwortlichkeit der Gebietskörperschaften gele-

gen sein sollen, damit mehr oder minder ein öffentlicher Anwalt dafür da ist. Ich darf feststellen, daß die Mülldeponie Preding einen rechtskräftigen Bescheid besitzt und daß der Bevölkerung von Preding zirka 300.000 Schilling durch diese neue Art der Mülldeponie erspart wurden.

Meine Damen und Herren, wir haben für 20 Jahre Platz. Ich glaube, das ist etwas, was uns sicherlich freut. Überlegungen sollten aber auch angestellt werden, und zwar auf höchster Ebene, wie man dem Müllberg begegnen könnte und wie man Vorschläge zur Müllverminderung, die ja bereits vorliegen, der Verpackungsindustrie auch klarmachen kann. Die Wiederverwertung aus volkswirtschaftlicher Sicht ist unbedingt notwendig.

Meine Damen und Herren, sollten Sie sich für die Mülldeponie Preding interessieren, lade ich Sie herzlich ein. Und wenn Sie noch etwas wissen wollen, was den Umweltschutz betrifft, Blau ist das verlässlichste Grün. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl. Ich erteile es ihm.

Abg. Pörtl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach dieser regionalen Mülldeponiediskussion des Kollegen Chibidziura möchte ich mich im Grund einer umfassenderen Materie zuwenden und mich vor allem als Landwirt, als Bauer, mit Fragen des Naturschutzes befassen, weil im Grund wirklich kein anderer Beruf eine so intensive Beziehung mit der Natur hat. Wir müssen oft zur Kenntnis nehmen, daß durch extreme Entwicklungen, ganz gleich wo sie stattfinden, oft gegenwärtig richtige Ansichten, wenn man sie langfristig betrachtet, in Frage gestellt werden, und es scheint wirklich, daß derzeit Wirtschaftswachstum, die Steigerung des Lebensstandards als die fast einzig gültigen Maßstäbe in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik darstellen. Wenn wir an die Nutzung der Rohstoffe denken, an das Verhältnis zur Natur und zur Umwelt, haben wir manches Mal den Eindruck, und vor allem die, die mit Gefühl auf diesem Globus leben, als seien wir die letzten Menschen, die letzte Generation auf diesem Planeten. Wenn wir ein Beispiel hernehmen, daß wir zirka 90.000 Milliarden Tonnen an Öl zur Verfügung haben und jährlich 3000 Tonnen verbrauchen, so wissen wir, daß wir in zirka 30 Jahren diese Energie nicht mehr haben. Wir wissen auch genau, daß vor allem die Bevölkerungsexplosion uns vor größte Ernährungsfragen stellt. Und aus dieser Situation wird, vor allem - (Klingelzeichen - Präsident: „Meine Damen und Herren, die Geräuschkulisse wird etwas zu intensiv, bitte den Redner fortfahren zu lassen!“) Ich danke herzlich, Herr Präsident! Es wird also auf Grund dieser globalen Umstände die Landwirtschaft eine intensivere Bewirtschaftung ihrer Flächen zwangsmäßig vornehmen müssen, weil vor allem die Energiefragen und die Ernährungsfragen nur durch die Landwirtschaft langfristig gelöst werden können. Ein Weiteres: Es sagt eine handfeste Studie aus, daß nur acht Prozent der Flächen dieser Erde kultivierungsfähig sind, daß aber gleichzeitig enorme Flächen jährlich einfach dem Wohnbau, der Industrie und dem Straßenbau geopfert werden müssen, in den letzten zehn Jahren in der

Bundesrepublik eine Million Hektar. Das sind gewaltige Flächen, die entzogen werden und noch mit einigen Zahlen untermauert, in der Bundesrepublik werden zirka 27 Prozent der eigenen Versorgung aus der eigenen Landwirtschaft produziert. Wir in Österreich haben 83 Prozent einer Selbstversorgung, was auf Grund der globalen Entwicklung tatsächlich einen beachtlichen Sicherheitsfaktor darstellt. Wir sind also voll überzeugt, gerade in den europäischen Räumen, daß unsere bäuerliche Struktur die Umwelt und vor allem die langfristige Bewirtschaftung sicherlich mit dieser Struktur am besten bewerkstelligt. Vor allem auch deshalb, weil wir langfristig in der Ausbildung in den landwirtschaftlichen Schulen im Beratungsdienst schwerpunktmäßig in bezug auf Bodenerosion, in bezug auf Humusschwund und vor allem in bezug auf die einseitigen Fruchtfolgen eine sehr intensive Beratung anbieten und diese sich auch tatsächlich faktisch umsetzt. Es gibt aber sicherlich äußere Erscheinungsbilder, die so manchmal einen Konflikt Landwirtschaft und Naturschutz in Erscheinung bringen. Denken wir nur, wie gerne hätten wir blühende Wiesen, und wir alle wissen sehr genau, auch bei einer normalen Düngung mit drei Schnitten können wir diesen Genuß nicht aufnehmen, nicht erleben. Das ist einfach ein Opfer der intensiven Bewirtschaftung. Es gibt aber auch echte Berührungspunkte mit dem Naturschutz, wenn wir an die Meliorationen, an die Entwässerungen und Planierungen denken, da erleben wir einfach, daß durch diese Entwicklung frühere Feuchtfelder, die für die Futtergrundlage der Pferde notwendig waren, einfach jetzt nicht mehr mit dem Traktor bewirtschaftbar sind, und wir glauben, daß gerade in diesen Bereichen die Bemühungen unserer Naturschutzbehörde und des gesamten Naturschutzbeirates vor allem dahin gehen, solche Inseln und solche Flächen mit großen Anstrengungen unter allen Umständen zu erhalten. Ich möchte aber auch noch ausführen, daß wir mit unserem Düngereinsatz, mit unseren Düngerplänen eine sehr harmonische Ergänzung unserer Nährstoffzugfakten ersetzen wollen, daß wir aber vor allem versuchen und auch erkennen, daß im Grünland ein Kreislauf durch die Wirtschaftsdünger gegeben ist, wo wir ohne weiteres Fleisch und Milch entnehmen können, ohne weitere zusätzliche Düngezugaben. Wir haben uns auch mit diesem biologischen Landbau befaßt und einen eigenen Berater in unserer Kammer eingestellt, weil wir auch jenen Bereich abdecken wollen, in dieser Form, daß wir also mit speziellen Produktionsmöglichkeiten und mit speziellen Produktionsbedingungen jene Konsumenten versorgen können, die solche Wünsche haben, aber bitte, das muß auch bezahlt werden, weil sonst sind wir die Roboter in diesem Bereich.

Ich möchte, meine Damen und Herren, behaupten, daß wir mit unserer bäuerlich geprägten Landwirtschaft als Alternative zur industriellen Landwirtschaft mit extremer Massenproduktion und vor allem mit den gewaltigen Monokulturen, wie wir es in einigen Ländern vor allem des Ostens sehen, sicherlich eine echte Alternative auch in bezug auf eine ordentliche naturgerechte Bewirtschaftung haben. Meine Damen und Herren, die Natur ist also eine Lebensgrundlage des Bauern, und wir sind sicherlich die letzten, die unsere eigene Lebensgrundlage in Frage stellen oder vernichten wollen. Denken wir nur an den Wald, welche

Leistungen dieser Wald in unserem Land tatsächlich bringt. Diese Harmonie! Und vor allem vergessen wir nicht, wie wir uns jetzt im Bereich der Forstwirtschaft anstrengen, keine großflächigen Kahlschläge zu machen. Anstrengen aber vor allem, daß wir alle Flächen, die nur irgendwie nutzbar sind, aufforsten und eine ordentliche Kulturpflege mit biologischer Schädlingsbekämpfung und mit naturgetreuer Verjüngung vornehmen.

Meine Damen und Herren, ich war vor kurzem bei einem Waldlehrpfad und habe dort erst richtig erlebt, welche Lebensgemeinschaft dieser Wald bietet und wie notwendig es ist, auch die breite Bevölkerung von diesen Leistungen in bezug auf Naturschutz zu informieren und vor allem das Bewußtsein zu schaffen, daß der Wasserhaushalt, der Sauerstoffhaushalt im Grund gerade in diesem Bereich eine Leistung der Land- und Forstwirtschaft ist. Ich glaube, daß im Wegebau, im Forstwegebau, überhaupt im Straßenbau im Grund Landwirtschaft und Naturschutz ein gemeinsames Interesse haben, einfach solide Eingriffe und nur die notwendigsten Eingriffe in unserer Landwirtschaft zuzulassen. Es ist aber Gott sei Dank bei uns in der Steiermark so, daß eine enge Zusammenarbeit mit Naturschutz und den Straßenplanern und Straßenbauern gegeben ist und nach ökologischen Gutachten solche Projekte letztlich auch realisiert werden. Ich möchte sagen, daß wir uns nach der Natur richten müssen, und wir können das am besten am eigenen Körper. Wenn wir uns nicht naturgerecht verhalten, spüren wir das unmittelbar. In der Natur ist es ganz dasselbe. Meine Damen und Herren, ich glaube, gerade in einer Zeit, wo die Möglichkeit besteht, starke Eingriffe in die Natur zu machen, müssen wir uns so behutsamer sein. Für uns als Bauern ist das in der Landwirtschaft einfach eine Selbstverständlichkeit, daß wir nicht nur einen Produktionsauftrag sehen in der Landwirtschaft, sondern letzten Endes eine Lebensform, die unsere Landschaft, überhaupt unser Landschaftsbild bis jetzt geprägt und geformt hat, und das wir auch erhalten wollen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm!

Abg. Hammer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mein Vorredner, der Herr Kollege Pörtl, hat gerade so eindrucksvoll geschildert, wie wichtig die Erhaltung der Naturlandschaft ist, und daß auch der Bauernstand seine eigentliche Grundlage nicht vernichten will. Ich glaube das und verstehe das, weil das ja sein Brot ist, und ich glaube, es ist aber auch zum Ausdruck gekommen, daß der Umweltschutz längst nicht mehr die Sache einzelner oder nur einer kleinen Gruppe ist. Ich glaube auch nicht, daß die Erhaltung dieser Naturlandschaft, der Umwelt und unseres gesunden Lebensraumes eine Angelegenheit von lästigen Wissenschaftern, Experten oder von Umweltschützern oder gar die politische Lebensformel von irgend welchen Grünen ist oder einfach gedrucktes Statut der alpinen Vereine des Naturschutzbundes, und ich glaube schon gar nicht, eine Fleißaufgabe der Berg- und Naturwacht sein kann. Hier handelt es sich meiner Meinung nach um eine entscheidende Frage der menschlichen Zukunft,

von der wir täglich berührt, oder besser gesagt, mit der wir konfrontiert werden. Leider nehmen wir diese tägliche Störung und die negativen Belastungen durch Lärm, Luftverschmutzung oder durch allzu leichtfertige Zerstörung unseres Landschaftsbildes einfach als gegebene Tatsache hin. Es scheint uns ganz einfach die Entschlossenheit zu fehlen, uns diesen lebens- und naturraumbedrohenden Ereignissen entschlossen entgegenzustellen. Dies mag wohl darin begründet sein, daß wir die Schäden, die daraus entstehen, in deren Auswirkungen nicht immer gleich spüren, sondern daß dies Langzeitwirkungen sind, die erst später auftreten, oder weil wir einfach glauben, daß wir in der Natur noch genügend gesunde Reserven haben, welche wieder einen entsprechenden Ausgleich für diese Schädigungen setzen. Wir wissen zwar ganz genau, daß unsere Gewässer, die Luft- und die Naturlandschaft es nicht unbegrenzt erfüllen können, diesen Ausgleich herzustellen. Deshalb müssen wir entsprechende Schutzmaßnahmen bzw. Voraussetzungen schaffen, damit diese Form der natürlichen Landschaftsreserven entsprechend erhalten werden kann.

Meine Damen und Herren!

Wir in der Steiermark haben ein Naturschutzgesetz, in dem auch die Gestaltung oder die Form eines Nationalparkes ausgesagt werden. Gerade im Bereich der Niederen Tauern, und hier speziell im Raum der Schladminger Tauern, bietet sich hier eine Naturform, eine Landschaftsform an, die wert ist, geschützt zu werden, die wert ist, erhalten zu werden für unsere Nachwelt, die hier einen wesentlichen Ausgleich und eine wesentliche Zelle schaffen könnte, um uns einen genügenden entsprechend gesunden Lebensraum für die Zukunft zu erhalten. Etwa 300 natürliche Seen, 150 Wasserfälle, zahlreiche Moorlandschaften mit einer Vielfalt von Pflanzen und Tieren, und von unterschiedlichem Baumbewuchs bestandene Hänge gibt es in dieser wunderschönen Gegend. Die ersten Voraussetzungen sind ja durch die entsprechenden Natur- und Landschaftsschutzgesetze und Gebiete bereits geschaffen, so daß der Schritt hin zur Verwirklichung eines Nationalparkes, unter Berücksichtigung der Eigentumsinteressen und der Wahrung der unterschiedlichen derzeitigen Nutzungsformen, wirklich endlich gemacht werden sollte. Ich weiß, daß man hier sehr behutsam vorgehen muß, weil es hier verschiedene Interessen gibt, daß man hier viel aufklären muß, daß man hier Vorarbeiten leisten muß, aber diese wurden ja bereits in wirklich sehr ansehnlicher Form getätigt. Ich möchte hier darauf verweisen, daß ja bereits eine Reihe von Arbeiten aufliegen, die sicherlich als wesentliche Entscheidungshilfen herangezogen werden könnten. Die alpinen Vereine, der Österreichische Alpenverein, die Naturfreunde, der Österreichische Touristenklub und der Naturschutzbund haben hier meinem Dafürhalten nach ein sehr sorgfältiges Konzept, welches von Johann Gepp und Universitätsprofessor Dr. Franz Wolkingner ausgearbeitet wurde, erstellt. Dies ist sicherlich nicht nur geschehen im Interesse der 500.000 Mitglieder dieser alpinen Vereine, sondern dies ist sicherlich auch geschehen, um hier ein Naturreservat, das noch wesentlich unzerstört erhalten ist, auch weiterhin zu erhalten. Wir haben in der Steiermärkischen Landesregierung einen Landtagsbeschluß am 7. Dezember 1977 gefaßt. Und,

wenn hier die Möglichkeiten voll ausgenützt werden, um diesen Nationalpark endlich zu installieren, dann glaube ich, wäre das auch eine gute Sache für die Region Schladming. Gerade jetzt in dieser Zeit, wo durch die Alpine Schi-WM diese Region fast in der ganzen Welt bekannt gemacht wird, könnte die Installation und Einrichtung dieses Nationalparkes Schladminger Tauern für eine Langzeitwirkung im Fremdenverkehr sorgen, und ich glaube, daß wir uns auch im Interesse dieser Region endlich dazu entschließen sollten, diesen steirischen Teil des Nationalparkes endlich durchzusetzen. Ich würde hier an alle verantwortlichen Herren in der Steirischen Landesregierung das dringende Ersuchen richten, hier endlich die entsprechenden Schritte zu tun, damit dieser steirische Nationalpark verwirklicht werden kann, damit hier ein Stück noch unberührter Naturlandschaft für die Zukunft, für das Wohl unserer Gesundheit, für das Wohl unserer Zukunft gesichert werden kann. Ich hoffe, daß ich hier im Interesse aller gesprochen habe und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ritzinger, dem ich es erteile.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich zu so später Stunde noch die Ehre habe, jetzt eine Rede zu halten, dann kann ich doch nicht umhin, auch auf meine Vorredner ganz kurz einzugehen. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Baurat Dipl.-Ing. Chibidziura recht herzlich dazu gratulieren, daß er die ganze Frage der Müllbeseitigung wirklich so eingehend studiert hat. Er muß mit dieser Frage insofern eine Freude haben, weil er in seiner Gemeinde nämlich gleich zwei Sturzplätze hat, wie ich gehört habe, nicht nur einen, oder einen Müllplatz und einen Sturzplatz, ist mir berichtet worden. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist ja die Verleumdung!“) Ich weiß es nicht. Ich gratuliere herzlich. Ich möchte natürlich deine Kenntnisse nicht in Zweifel ziehen, aber ich habe Verständnis, so geht es auch nicht, daß jede Gemeinde ihren eigenen Müllplatz bekommt. (Abg. Ing. Turek: „Du hast Verständnis, aber verstehen tust du es nicht!“) Aber zumindest nicht so viel wie der Herr Oberbaurat. Aber es war jedenfalls wirklich interessant, so umfassend die ganzen Müllprobleme von Preding hier zu hören.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muß schon noch dazu sagen, ich habe wirklich Verständnis für die Frau Abgeordnete Meyer, die hier mit viel Temperament und Energie und Charme ihr Interesse für den Neubau des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur vorgetragen hat. Es ist ihre Pflicht. (Abg. Sponer: „Aber?“) Nichts aber! Sie kann ja nichts dafür, jedoch wundert es mich, daß in der sozialistischen Fraktion zwischen der Abgeordnetenbank und der Regierungsbank so wenig Kommunikation besteht. (Abg. Ing. Turek: „Das ist die Freiheit des Abgeordneten!“) Bei uns ist die Freiheit in jeder Beziehung gegeben, nur besteht bei uns auch die Kommunikation, nämlich wenn das so wäre, meine Damen und Herren, dann müßte die Frau Abgeordnete Meyer nämlich gewußt haben, daß der Herr Landesrat Gruber, ihr großer Häuptling im Bezirk und darüber

hinaus auch im ganzen Bereich der VEW, ja in der Regierung mitgestimmt hat, daß ein Jahr lang kein neuer Bau begonnen wird, das heißt auch kein – (Abg. Loidl: „Das hat sie auch!“ – Abg. Zinkanell: „Sie hat von 1983 gesprochen!“) Bitte, dann habe ich das überhört. Jedenfalls sei klargestellt, auch dasselbe hat letzten Endes der Herr Abgeordnete Schilcher hier gesagt, daß eben vorläufig mit keinem Neubau begonnen wird. Wenn die ausreichenden Geldmittel da sind, wird selbstverständlich, da bin ich überzeugt, auch dann, wenn es möglich ist, das Landeskrankenhaus Bruck drankommen. Daher bitte ich, jedenfalls sozusagen engeren Kontakt mit der Regierung zu halten. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zinkanell: „Aber sicher muß es 1983 sein!“ – Abg. Sponer: „Wir wollten nur wissen, ob deine Fraktion bereit ist, für 1983 mitzustimmen!“) Das hat nichts mit 1983 zu tun. Die Voraussetzungen dafür sind die vorhandenen Geldmittel und die Budgetmöglichkeiten. Und niemand ist gegen das Landeskrankenhaus Bruck an der Mur. Um Gottes Willen! (Abg. Sponer: „1983 Baubeginn?“) Bitte, ich weiß es nicht, ich habe es jedenfalls nicht gehört.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Sponer und Frau Kollegin Meyer! Wenn man schon so redet, muß man jetzt schon noch etwas dazu sagen: Zur selben Zeit, wo der Herr Landesrat Gruber mitgestimmt hat in der Regierung, habt Ihr zu Hause und gemeinsam mit dem Herrn Landesrat eine sogenannte Bürgerinitiative ins Leben gerufen für das Landeskrankenhaus, in Kenntnis, daß jetzt die finanziellen Mittel einfach nicht da sind. (Abg. Zinkanell: „Auch für 1983!“) Ich möchte das nur deponieren, damit hier nicht ein falsches oder einseitiges Bild entsteht.

Meine Damen und Herren, es ist nicht meine Aufgabe, zum Krankenhaus und zur Mülldeponie zu sprechen, sondern meine Absicht ist, über den Naturschutz und Umweltschutz einiges zu sagen. Meine Damen und Herren, wenn wir eine Budgetdebatte im Landtag abwickeln, dann ist es selbstverständlich, daß man auch ein bißchen Bilanz zieht. Daher soll man auch in den Umweltschutzfragen, die uns ja alle bewegen und berühren, Bilanz ziehen. Wenn wir uns die Frage daher vorlegen: „Ist im Jahre 1980 ein Schritt vorwärts gemacht worden?“, dann müssen wir ja sagen, ein eindeutiges Ja. Dazu gleich vorweg ein Beispiel und verbunden damit ein Dank. Wir sind in der Steiermark in einem Punkt wieder führend geworden, und zwar in der Frage der Luftmessung im Hinblick auf die Luftgütebestimmung, die Bestimmung des Schwefeldioxyd-gehaltes. Hier war der Herr Landeshygieniker Dr. Möse führend. Und wie Sie wissen, werden jetzt diese Meßwerte im Regionalprogramm unseres Rundfunks verlautbart, und stellt dies in jeder Beziehung, vor allem für die Kranken in unserem Land eine sehr wesentliche Mitteilung dar. Ich möchte daher nicht versäumen, dem Herrn Landeshygieniker und seinen Mitarbeitern den aufrichtigen Dank auszusprechen.

Ein zweites, meine Damen und Herren! Es wird durch das Land mit einer großen Genauigkeit, das kann man ganz klar und deutlich feststellen, die Gewässeraufsicht und der Gewässerschutz durchgeführt. Wenn wir den Bericht der Dienststellen des Landes lesen, der uns am Beginn dieser Landtags-sitzung aufgelegt wurde, dann sehen wir ganz genau, wenn man ein bißchen hineinschaut, wie viele Wasser-

proben in Tausenderzahl entnommen werden. Man sieht auch, daß in letzter Zeit Proben aus Klär- und Abwasserbeseitigungsanlagen entnommen werden. Aber was mich eigentlich wundert, und was im Bericht nicht steht, und was wir an und für sich wissen sollten, ist nämlich die Frage, es geht nicht darum, wie viele Wasserproben entnommen wurden, sondern es geht um die Frage, wie sehen unsere Gewässer aus, und wie funktioniert die Abwasserbeseitigung überhaupt? In der Frage der fließenden Gewässer bekommen wir von Zeit zu Zeit einen Bericht vorgelegt. Aber wie es bei den neu erbauten und bisher erbauten Abwasseranlagen aussieht, ein solcher Bericht ist uns bis zur Stunde noch nicht vorgelegt worden. Meine Damen und Herren, ich will niemanden beschuldigen. Aber ich habe Informationen und den leisen Verdacht, daß eine Reihe von solchen Anlagen, die mit viel Geld, mit öffentlichen Steuermitteln errichtet wurden, nicht voll und ganz funktionieren. Ich möchte daher den Herrn Landeshauptmann und die zuständigen Fachabteilungen ersuchen, uns auch einen solchen Bericht vorzulegen, wie die Kläranlagen und die Abwasserbeseitigungsanlagen funktionieren, wie die Güte gegeben ist, ob die Grade, die errechnet werden, überhaupt stimmen. Das wäre sehr interessant und sollten diese Proben auch weiterhin entnommen werden.

Meine Damen und Herren, zur Frage Nationalpark Niedere Tauern gibt es eigentlich nicht mehr viel zu sagen. Der Generalredner der Sozialistischen Partei, der Herr Abgeordnete Prensberger, und jetzt der Herr Abgeordnete Hammer, haben ein Bekenntnis zu diesem Nationalpark Niedere Tauern abgelegt, dem wir uns nur anschließen können. Ich möchte klar und deutlich für die Österreichische Volkspartei erklären, daß wir selbstverständlich hier mit Ihnen allen einer Meinung sind. (Beifall bei der SPÖ.) Das Erzherzog-Johann-Jahr wäre ein schöner Anlaß dafür, daß wir auch hier einen Schritt in der Frage des Nationalparks Niedere Tauern weiterkommen. Aber meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen hier in diesem Hohen Hause, wenn man nur Bekenntnisse abgibt und sagt: „Wir sind alle dafür“, damit ist es nicht abgetan. Die Frage ist viel schwieriger. Sie ist deshalb viel schwieriger, weil man eine Gesamtlösung dieses großen Vorhabens nur dann erreichen kann, wenn man auf breiter Basis mit den Grundeigentümern, mit den Vereinen, mit den Gemeinden, mit der Raumplanung, mit allen möglichen Stellen, die irgendwo davon betroffen sind, ein breites Gespräch führt und aufklärend wirkt. Das zweite: Ich möchte daher nicht hergehen und nur ein Lippenbekenntnis abgeben, sondern schon in der Frage Nationalpark – Sie sollen daraus ersehen, daß dies ein echtes Anliegen ist – etwas tiefer hineinstoßen in diese Fragen. Das zweite Problem, Hohes Haus, ist ein Problem, von dem niemand sprechen will, aber das da ist. Schauen Sie, es behauptet zwar das Naturschutzgesetz, es kann ein unter Schutz gestelltes Gebiet genau wie im bisherigen Umfang von den Bauern benutzt und sozusagen geerntet werden. In Wahrheit – und darüber kommen wir nicht hinweg, und das müssen wir offen aussprechen – auf lange Sicht stellt jede Unter-Schutz-Stellung letzten Endes für den dortigen Landwirt und Bauern eine Einschränkung dar, das muß man einmal feststellen. Meine Damen und Herren, wenn sie eine Einschrän-

kung darstellt, dann muß eben, wenn man so etwas haben will, auch eine Entschädigung bezahlt werden. Das ist die eine Seite. Die zweite Seite kommt noch dazu, daß der Bauer meines Erachtens auch ein Recht hat, noch aus einem anderen Gesichtswinkel gesehen, eine Entschädigung zu erhalten. Wenn nicht die Bauern dieser betroffenen Gebiete es gewesen wären mit ihrer Naturgesinnung, dann hätten wir gar kein Gebiet mehr, das wir unter Schutz stellen könnten. Daher ist das auch ein zweiter Grund, daß man in erster Linie mit den Bauern dieser Gebiete diese Frage abklären muß. Hier, meine Damen und Herren, ist die Salzburger Landesregierung schon ein Stück weiter. Mir sind Informationen zugegangen, daß man etwa für ein Hektar dort 1500 Schilling bezahlt. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Jährlich?“) Jährlich! Einmalig! Es sind allerdings schon Bemühungen im Gange, das zu erhöhen, während wir in der Steiermark hier zurück sind. Meine lieben Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, denn ein solcher Nationalpark, das muß man auch einmal feststellen, ist ja nicht nur für die Steirer allein. Ein solcher Nationalpark hat ja eine weit überregionale Bedeutung. Und daraus kann man ablesen, daß nicht nur die Steirische Landesregierung allein dafür zu bezahlen hätte, es müßte natürlich auch der Bund, das erlaube ich mir anzumerken, ja auch seinen Obolus für Restösterreich und darüber hinaus für so einen Naturpark entrichten und für solche eine Entschädigung zahlen. Es gibt hier einen Schlüssel. Man könnte denselben Schlüssel anwenden: Wenn der Bund das Land zur Zahlung heranzieht, könnte man ihn ja retrograd auch umgekehrt machen. Ich deponiere das, ich weiß, so einfach wird diese Frage der Finanzierung und der Bezahlung nicht zu lösen sein. Aber ich glaube, es ist berechtigt, wenn man sagt, daß auch der Bund zur Flächenprämie mitbezahlen sollte.

Meine Damen und Herren, ein weiteres. Wir müssen ehrlich zu uns selbst sein und dieses Budget ansehen, dann steht hier für den Ankauf von Schutzflächen ein Betrag für das Jahr 1982 von sage und schreibe 34.000 Schilling. Voriges Jahr waren es 200.000 Schilling. Wenn wir zu uns ganz offen sind, können wir weder mit den 34.000 Schilling noch mit den 200.000 Schilling etwas Wesentliches machen. Daher müssen wir uns doch überlegen und ehrlich zu uns selbst sein, was wir tun können, damit hier bessere Ansätze erfolgen und damit wir nicht nur nach außen hin ein Alibibekenntnis für den Naturschutz abgeben. Meine Damen und Herren, es wird notwendig – ich sage es noch einmal – neue Einnahmen zu erschließen. In der heutigen Zeit ein sehr schwieriges Unterfangen. Vor ein paar Tagen haben wir hier eine Spielautomatenenquete gehabt. Wir wollen hier die Steuern hinaufsetzen oder die Abgabe. Der Kollege Harmtodt und ich haben einen Antrag eingebracht, und ich deponiere ihn heute hier in der Öffentlichkeit, ob man nicht aus dieser Spielautomatenabgabe, die selbstverständlich den Gemeinden, dem Land immer wieder zusteht, letzten Endes eine Zweckgebundenheit daraus macht, aus dem Mehrgeld, um dieses Geld für den Naturschutz und Umweltschutz zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, wenn es in dieser Form gelingt, Mittel aufzubringen, wenn man sich zur Flächenprämie bekennt, wenn man eine Diskussion auf breiter Basis macht, wenn man

sozusagen eine Nationalparkkommission einsetzt, dann wird man sicher einen Schritt weiterkommen. Es sei zu hoffen, daß im nächsten Jahr, im Erzherzog-Johann-Jahr hier ein gewaltiger Schritt uns gemeinsam nach vorwärts gelingt.

Meine Damen und Herren, ein bißchen weiter sind wir ja Gott sei Dank schon am Sektor der Naturparke. Die Naturparke haben ja zum Unterschied der Nationalparke oder des Nationalparks eine ganz andere Funktion. Im Mittelpunkt dieser Naturparke steht ja der Mensch, dort sind alle Möglichkeiten offen, und in erster Linie sollen diese Naturparke den erholungssuchenden Menschen dienen, der Bildung, kurz und gut der Natur und den Erlebnissen in diesem Raum. Meine Damen und Herren, wir haben bisher drei solcher Parke, und zwar sind dies der Naturpark Zirbitz-Krebenze, dann das Pöllauer Tal und die Sölkäler. Die haben vor kurzem eine Ausstellung, ich glaube, es ist ein Monat her, gehabt, und man konnte dort sehen, wie weit man bereits am Sektor der Naturparke fortgeschritten ist. Auch hier eine Erfolgsmeldung. Es gibt nunmehr ein gemeinsames Interessensgremium. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß auch diese drei Naturparke ein Schritt vorwärts sind im Geschehen unseres Naturschutzes im Land. Aber in diesem Zusammenhang fällt mir eines auf, das zwar nicht unmittelbar mit dem Naturschutz im Einklang steht, aber das ich doch erwähnen möchte. In letzter Zeit treten vor allem im obersteirischen Raum Aufkäufer auf, die alte Bauernhäuser aufkaufen, sie langsam abreißen, numerieren und dann als Feriendörfer in Kärnten wieder aufbauen. Was geschieht? Meistens wird dann auf diesem Platz auf Grund der Wohnbauförderung ein Einfamilienwohnhaus oder Zweifamilienwohnhaus hingestellt. Jeder weiß, die Nutzfläche kann nicht größer sein als 130 Quadratmeter oder 150 Quadratmeter, und wenn man dann durch die Landschaft fährt, sieht man dann einen behäbigen Bauernhof und daneben ein zwergenhaftes Einfamilienhaus und letzten Endes verschwindet wertvolle bäuerliche historische Substanz aus unserer Landschaft. Ich glaube, es ist noch Zeit, aber wir müssen uns hier etwas einfallen lassen. Heute, meine Damen und Herren, hat der Herr Abgeordnete Halper davon gesprochen, man sollte eine Art Umweltschutzfonds gründen. Ich möchte diesen Gedanken unterstützen, aber möchte hinzufügen, vielleicht sollten wir noch einen Schritt weitergehen. Wir bräuchten ein sogenanntes Umweltschutzkontaktbüro, wir brauchen deshalb nicht mehr Beamte. Aber aus der bestehenden Abteilung eine Anlaufstelle, wo das ganze Umweltschutzgeschehen sich abspielen kann, wo jeder seine Wünsche herantragen kann, ob Einzelpersonen oder Vereine und wo alle Umweltschutzfragen unseres Landes in Permanenz diskutiert werden.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß möchte ich Ihnen noch eine Umweltschutzaussage vorlesen, ich bitte Sie um ein bißchen Aufmerksamkeit. „Was wir heute besitzen, ist verglichen mit dem, was einmal war, wie das Skelett eines kranken Mannes. Die Städte und weiche Erde sind verschwunden, nur das Gerippe des Landes ist übriggeblieben. Es wird Raubbau in den Wäldern betrieben, und das Regenwasser wird von der entblößten Erde nicht mehr aufgenommen.“ Meine Damen und Herren, diese Worte stammen nicht von

einem Umweltschützer unserer Zeit, sondern sind entnommen einem Dialog mit Kritias von Plato. Jeder weiß, daß Plato vor 347 Jahren vor Christi gestorben ist. (Landesrat Heidinger: „Das weiß nicht jeder, das weißt nur du!“ – Abg. Preamberger: „Die haben damals wegen des Schiffsbaues alles abgeholt!“) Ich setze das voraus. Meine Damen und Herren, jedenfalls sind etwa 2300 Jahre vergangen, wo das niedergeschrieben wurde. Es ist dies das älteste Umweltschutzdokument. Warum sage ich das? Ich sage es deshalb, weil dieses Dokument, im Prinzip, wenn wir nachdenken, ein Beweis dafür ist, daß Umweltschutz und Naturschutz nicht ein Problem der letzten zwanzig Jahre war, sondern eigentlich ein permanentes Problem ist, und aus diesem Grund glaube ich, tun wir alle gut daran, wenn wir uns immer wieder dem Naturschutz und dem Umweltschutz verpflichtet fühlen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich weiß, daß vielleicht einige von Ihnen mich womöglich schon verwünschen, daß ich zu so später Stunde noch das Wort ergreife, aber das Thema Gesundheit erscheint mir so wichtig, daß ich auch kurz vor zehn noch dazu Stellung nehmen möchte. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Zehn vor zehn!“) Genauer gesagt zwanzig vor zehn. Ich möchte vorerst auf die Wortmeldung des Kollegen Stepantschitz eingehen, der sich etwas darüber erregt hat, wie der Abgeordnete Loidl gesagt hat, daß die Behandlung in den Klassen ungleich sei. Ich glaube, man sollte nicht die Augen davor verschließen, daß hier sicherlich Ungleichheiten vorhanden sind. Ich kann Ihnen nur eines sagen, wir sind eine breite Partei, wir können auch verschiedene Meinungen haben; ich selbst habe das durchgemacht, ich war zuerst einmal in der 3. Klasse und dann ein Jahr später in der 2. Klasse, ich bin auch ein braver Spitalsbesucher, und habe am eigenen Leib, möglicherweise nicht überall, aber doch gelegentlich, vorhandene Unterschiede kennengelernt. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Da müssen Sie Heidinger fragen, der behauptet das!“ – Abg. Ing. Turek: „Bist du einem schwarzen Arzt in die Finger gefallen?“) Ob das ein schwarzer Arzt war – er war kein schlechter Arzt –, aber ob der schwarz war, weiß ich nicht, das Gewand war jedenfalls weiß. Rote Ärzte, ich weiß nicht, ob es welche gibt in Fürstenfeld, es erscheint mir auch nicht so wichtig, ob der Arzt schwarz oder rot ist. Hauptsache er ist gut. (Abg. Dr. Eichinger: „Er hat ja die Haarfarbe gemeint!“)

Zur Gesundheitsproblematik: Ich glaube auch jetzt sagen zu können, daß die Vorsorge, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit Vorrang im Denken der Menschen haben. Ich weiß nicht, ob der Herr Primarius Stepantschitz dieses Sprichwort schon gebraucht hat „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts“, und das beweist, wie wichtig uns diese Frage ist. Ich bin kein Studierter, ich weiß nicht von wem es ist, aber ich habe es mir jedenfalls aufgeschrieben. (Abg. Dr. Schilcher: „Schopenhauer!“) Gesund sein, und gesund werden haben

in unserem Sozialstaat den Charakter von Grundrechten. Gesundheit und ein optimales Gesundheitswesen sind sicherlich Ausdruck und Voraussetzung für Lebensqualität. Diese Grundrechte beinhalten aber sicherlich auch, und das haben wir auch hier schon öfters nachdrücklich gehört, die Pflicht jedes einzelnen zur Erhaltung seiner Gesundheit. Wir haben gerade in diesem Jahrhundert großartige Erfolge auf dem Gebiet der Medizin erlebt, die Infektionskrankheiten wurden zurückgedrängt, Organverpflanzungen haben stattgefunden, die sich vor vielen Jahren niemand vorstellen konnte. Die negative Entwicklung – ich bin selbst zwar kein Arzt, aber wir wissen alle darum – geschieht auf dem Gebiet der Herz- und Kreislauferkrankungen, der Erkrankungen des Bewegungsapparates sowie durch die Zunahme und die Sorge mit der Geisel der Menschheit, dem Krebs. Gleichzeitig sind aber auch die Kosten für unser Gesundheitswesen enorm angestiegen. Der derzeitige Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttonationalprodukt beträgt zirka acht Prozent. Und es gibt Berechnungen, daß bei Anhalten dieser Steigerungsraten nach 2000 das gesamte Bruttonationalprodukt für das Gesundheitswesen aufgewendet werden müßte. In diesem Jahrhundert hat sicherlich auch der Siegeszug der Pharmaka mit all den negativen und gesundheits-schädlichen Folgen eingesetzt. Wir sind – um das überspitzt zu formulieren – sicherlich ein Volk geworden, das Pillen nicht nur zu sich nimmt, sondern manchmal auch – ich will nicht sagen – frißt, aber ein Volk zumindest von Pillenessern geworden.

Auch wenn es schon spät ist, möchte ich Ihnen ein Beispiel erzählen, das vielleicht das ganze etwas auflockert. Ich spiele öfters Tennis. Ich habe meinen rechten Arm nicht gut bewegen können und bin zum Arzt gegangen. Ob es ein roter oder ein schwarzer war, weiß ich nicht, aber jedenfalls ein guter Arzt war es. Er hat mir nun drei Arten von Medikamenten gegeben. Eines zum In-den-Mund-Schieben, eines zum Einreiben und eines zum Hinten-hinein-Schieben. Daraufhin habe ich zu ihm gesagt: „Das ist sehr kompliziert, mir das zu merken, was ich hinten hinein tun soll, was ich vorne hineinstecke und womit ich mich einreibe.“ Daraufhin habe ich alle drei weggeworfen und der Arm ist so gut geworden. Das beweist also, daß wir doch auf diesem Gebiet einigen Unfug selbst mitmachen und vielleicht auch sonst gesund werden, ohne diese ganze Flut von Medikamenten in uns aufzunehmen. Ich bin kein Naturbursch, das weiß ich, auch der Schrammel weiß das. (Abg. Schrammel: „Man wird wenigstens nicht leberkrank!“) Die Sorge habe ich nicht.

Die medizinische Wissenschaft im Verein mit der Technik hat auch für die Krankenversorgung beachtliche Möglichkeiten in bezug auf Untersuchung und Behandlung eröffnet. Es sind dafür ungeheure personelle und apparative Mittel notwendig. Aber alles ist nicht billiger, sondern teurer geworden. Und das Problem bleibt dabei, das wir ja oft feststellen, das du – lieber Freund Loidl – auch schon angeschnitten hast, daß wir im Krankenhaus oft nicht mehr Mensch sind sondern nur ein Behandlungsobjekt. Ein Problem (Abg. DDr. Stepantschitz: „Wo haben Sie das erfahren?“), ich habe gesagt „oft“, ich habe das auch persönlich erfahren. Ich sage ja nicht, daß nicht die menschliche Behandlung in Ordnung ist, aber wir laufen oft Gefahr, dort wie in einem Fließbandsystem behandelt, betreut

zu werden. Ich habe also hier gesagt, wir laufen Gefahr, oft wie ein Behandlungsobjekt angesehen zu werden und nicht wie ein Mensch. Daß in den meisten Bereichen dies so klappt, das ist uns klar. Aber es gibt solche Beispiele. Meiner Auffassung nach hat auch die heilende Medizin noch immer Vorrang vor der Vorsorgemedizin, obwohl die Vorsorgemedizin in der Zukunft sicherlich die vorrangige Bedeutung haben wird. Ich weiß, daß diese Themen hier sehr schwierig und sehr heikel sind, denn wenn man mit solchen Sachen kommt, heißt es immer: „Wo war das?“

Meine Damen und Herren, nun zu den steirischen Krankenanstalten. Sie zählen sicherlich zu den besten, auch zu den kostengünstigsten. Wir liegen bei der Bettenkapazität an dritter Stelle. Die Personalkosten sind enorm gestiegen, während die Steigerungsraten bei den Medikamenten und bei den Verbrauchsgütern im normalen Durchschnitt liegen. Diese Teuerung geht aber zu Lasten der Versicherungsnehmer und der Steuerzahler. Und nun zu einem Thema, das Kollege Loidl angeschnitten hat, und das auch Sie, Herr Primar, hier erwähnt haben, zum Einkommen der Primärärzte, das wir vor kurzem aus den Zeitungen entnommen haben. Ich selbst muß Ihnen eines sagen, daß ich der Meinung bin, daß wir diese Einkommenshöhen nicht verantworten können. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Wie hoch soll das Gehalt sein?“) Ich rede ja weiter, ich bin dabei, das zu erklären. Ich weiß, daß also durch diese Novelle diese Sondergebühren reduziert werden. Aber wenn man dann gerade in unserem Bezirk sieht – wir haben davon gesprochen, und wir werden auf diese Einkommen angesprochen –, so fällt es wirklich schwer, diese hier zu erklären. Aber nach der Novelle sind sie meiner Meinung nach zu hoch. Ich persönlich bin auch wie der Kollege Loidl ein Anhänger davon, daß Primärärzte genau so wie alle anderen, fixe, angemessene, auch Spitzeneinkommen bekommen mögen und daß hier diese Sondergebühren ihnen nicht mehr ausgezahlt werden. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Wie hoch soll es sein?“) Das Gehalt für Sie? Sie stellen sich vor, soviel wie möglich, ich weiß nicht! (Abg. Ing. Turek: „Ich würde sagen, das Gehalt soll so hoch wie bei einem Spitzenfußballer sein!“) Ich werde also diese Zahl hier nicht sagen, ein angemessenes Spitzeneinkommen, um also hier seiner Verantwortung und seiner Leistung zu entsprechen. Wieviel das ist, um auch der Förderung nach Einkommensgerechtigkeit zu entsprechen? Das Einkommen soll jedenfalls nicht von der Anzahl der behandelnden Patienten abhängen, damit also der Arzt sich auf seine Arbeit konzentrieren kann.

Und nun zu einem weiteren Problem in den Krankenanstalten, das mir persönlich ein Herzensanliegen ist, das ich hier aufzeigen möchte. Wobei ich vorausschicken möchte, daß ich hier nicht verallgemeinere, daß ich hier nicht behaupte, daß es überall passiert, aber das sind Dinge, die vorkommen, und die sollte man hier aufzeigen und ehrlich darüber sprechen. Das ist die Frage (Abg. Schrammel: „Das ist auch ein Klassenkampf!“) – die Erscheinungsformen, kein Klassenkampf, den kenne ich nicht –, das sind also hier Erscheinungsformen, daß in den Krankenanstalten bedauerlicherweise gegen den Erlaß der Landesregierung Trinkgelder angenommen werden. Trinkgelder in Geld oder in Geldeswert. Zu dieser Behauptung stehe ich, und ich glaube, es heißt die Augen verschließen,

wenn man hier sagt, das gibt es nicht. Es gibt den Erlaß, es ist verboten, und wir alle kennen Fälle, wo das vorkommt. Ich bin der Auffassung, daß die Bediensteten, die Ärzte alle zusammen ausreichend verdienen, um auf solche Geschenke in Geld oder Geldeswert verzichten zu können. Vor allem glaube ich auch, daß dies dem Ansehen aller jener schadet, die nichts nehmen, von denen es ja auch sehr viele gibt. Gerade im Gesundheitswesen sollten solche Praktiken nicht Platz greifen, weil das dem Ansehen – wie ich schon gesagt habe – und auch der Moral hier einen bitteren Beigeschmack verleiht. Die Zahl, wie viele etwas nehmen und wie viele nichts nehmen, kann ich nicht beurteilen, aber Herr Primar, ich bin gerne bereit, mit Ihnen anschließend darüber zu reden. Daß es vorkommt, werden auch Sie nicht bestreiten. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Es wird auch einem Richter etwas gegeben!“) Aber ich glaube, ich bin nicht mehr im Dienst als Richter, aber Sie werden ja nicht behaupten, daß es bei den Richtern öfters vorkommt oder üblich ist, daß die Richter Geschenke in Geld oder Geldeswert entgegennehmen! Ob es üblich ist oder nicht, das überlasse ich Ihnen, jedenfalls kommt es vor. Es bleibt ein schlechter Beigeschmack, und ich glaube, solche Diskussionen sollen auch dazu Anlaß sein, solche Entwicklungen aufzuzeigen. (Abg. Ing. Turek: „Er gönnt den Krankenschwestern kein Geld für die Kaffeekasse!“) Ich gönne sehr wohl den Krankenschwestern ein Geld für die Kaffeekasse! Ich gönne ihnen auch Blumen, weil Blumen etwas Wunderbares sind. Aber ich glaube nicht, daß es sinnvoll ist, daß hier Geldbeträge im höheren Ausmaß in Krankenhäusern deponiert werden. Das glaube ich, schadet dem Ansehen der Beschäftigten und schadet auch der Kasse, dem Einkommen und dem Vermögensstand jener, die dort hingehen. Es wird bei Antritt des Krankenhausaufenthaltes etwas gegeben, es wird während des Krankenhausaufenthaltes etwas gegeben, es wird auch nachher etwas gegeben. Aber man sollte auch darüber reden können. (Abg. Ing. Turek: „Herr Kollege, reden wir ruhig weiter, durchs Reden kommen die Leute zusammen!“ – Landesrat Heidinger: „Laß dich nicht einfädeln!“) Ich lasse mich nicht einfädeln! Für die Zukunft einige Forderungen, um wirklich zum Ende zu kommen (Abg. Brandl: „Wir hören nichts!“) – aber ich werden leider Gottes aufgehalten –, den Vorrang für die Zukunft hat sicherlich die Bekämpfung der Krankheitsursachen. Ich glaube, Herr Dr. Stepantschitz, da werden Sie mir recht geben. Wir kennen alle diese Ursachen, das sind also Gifte, physische Belastung, zum Beispiel heute am Abend, daß wir so lange da sein müssen, daß Sie mir zuhören müssen, das ist eine physische Belastung, auch vielleicht eine psychische für manchen, ich weiß es nicht. Zweitens: Risikoträchtige Körperzustände, Übergewicht, wie bei mir zum Beispiel, Bluthochdruck, wie auch bei mir. Drittens: individueller Lebensstil, Rauchen und Trinken, wegen der Leber, lieber Freund Schrammel. Das sei dir ins Stammbuch geschrieben.

Viertens: soziale Faktoren. (Abg. Brandl: „Wir hören schon wieder nichts!“) Der Schrammel hört mich nicht, und deswegen muß ich dort hinüberreden. (Allgemeine Heiterkeit.)

Als weitere Ursachen sind Belastungen der Arbeitswelt sowie falsche Ernährung als krankmachende Faktoren anzusehen.

Die Bekämpfung der Krankheitsursachen sollte auf drei Ebenen der Gesundheitsversorgung stattfinden. Erstens: durch die optimale medizinische Beratung und Basisversorgung durch den praktischen Arzt. Ich glaube, daß hier viel mehr getan werden müßte bei der Beratung, beim Gespräch. Es müßte auch der Gesundheitsunterricht ausgebaut werden, Einführung eines Gesundheitspasses, das sind alles Vorschläge, die hier im Raum stehen, Ausbau der Vorsorgeuntersuchung, Mutter-Kind-Paß. Zweitens: die Ebene der fachmedizinischen Zentren. Ärztehäuser, Ambulatorien, Gruppenpraxen. Dadurch eine Relation der Verweildauer. Die Forderung, die schon aufgestellt worden ist, psychiatrische Versorgung auch in diesen fachmedizinischen Zentren. Liberalisierung und Regionalisierung der Psychiatrie und drittens die Ebene der Krankenanstalten, wo höchstens 120 Betten in einer Abteilung sein sollten, sechs Betten höchstens im Zimmer, und vielleicht mehr Mitgestaltung und Mitbestimmung des Patienten. Ich selbst bin immer sehr unglücklich, wenn der Arzt mit mir in Latein geredet hat, weil ich der Meinung bin, daß Latein nur die wenigsten verstehen; damit der Patient selbst Anteil an seiner Gesundung nehmen kann, ist es besser, wenn man ihm die Krankheit in Deutsch erklärt. Das ist zum Beispiel eine Maßnahme – die dazu beitragen könnte, daß die Gesundung voranschreitet. (Abg. Dr. Heidinger: „Da sind aber die Meinungen sehr geteilt!“) Vielleicht kannst nicht Latein!

Zum Schluß, es sollte ein Verbot der Benützung öffentlicher Einrichtungen für Private stattfinden und eine Eindämmung der Medikamente. Ich komme nun zum Schluß; die Einkommen habe ich schon erwähnt. Da die Gesundheit ein Gut ist, das bei jedem einzelnen einen besonderen Stellenwert hat, wie man doch feststellen kann, sollten wir alle Anstrengungen unternehmen, um eine optimale Gesundheitsversorgung für jeden einzelnen in gleicher Weise zu erreichen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh um 8.30 Uhr.

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich und nehme die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf. (Wiederaufnahme der Sitzung: 18. Dezember 1981, 8.30 Uhr.)

In der Sitzung am 16. Dezember 1981 habe ich dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 74/1, Beilage Nr. 8, Gesetz, mit dem die Gemeindeordnung 1967 geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1981) zugewiesen.

Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß hat vor Beginn der heutigen Sitzung über dieses Gesetz beraten und ist nunmehr in der Lage, im Hohen Haus hierüber antragstellend zu berichten.

Ich schlage daher vor, die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 74/1, Beilage Nr. 8, als Tagesordnungspunkt 11 auf die heutige Tagesordnung zu setzen und umgehend hierüber zu verhandeln.

Gemäß § 27 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist hiefür die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag ist angenommen.

Wir gehen nun zur Behandlung der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 74/1, Beilage Nr. 8, Gesetz, mit dem die Gemeindeordnung 1967 geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1981) über.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Beilage Nr. 8 zu den stenographischen Berichten, womit die Gemeindeordnung 1967 geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1981) liegt Ihnen vor. Sie beinhaltet eine stärkere Staffelung der Entschädigungsmöglichkeiten für Bürgermeister, Gemeindegassiere und Vizebürgermeister. Dem Text und den ausführlichen Erläuterungen wollen Sie die weiteren Fakten entnehmen. Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß hat sich mit der Unterlage eingehend befaßt, und namens des Ausschusses beantrage ich die Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört, wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich Sie noch einmal um ein Händenzeichen. Ich danke, der Antrag ist angenommen.

Wir nehmen nun wieder die Verhandlungen, die gestern unterbrochen worden sind, auf. Gruppe 5, Gesundheit. Es gibt noch zwei Wortmeldungen der beiden zuständigen Referenten. Der Herr Abgeordnete Ofner hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Ofner: Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Natur- und Umweltschutz beschäftigen die Menschen gerade in unserer heutigen Zeit sehr stark und im besonderen Maß. Und das ist, glaube ich, berechtigt, denn man kann in unserer Landschaft sehr oft große Auswüchse der Wohlstandsgesellschaft feststellen. Wenn man ein bißchen durch das Land fährt, kann man sehen, wie brutal die Eingriffe manchmal in unserer Natur durchgeführt wurden. Durch Aufschließungen von großen Feriensiedlungen, Lift- und Seilbahnprojekte und andere Großprojekte sind natürlich diese starken Eingriffe geschehen. Es ist nicht immer die Frage gestellt worden, wie wirtschaftlich diese Projekte sind, und man kann auch sehr oft diese Fehlinvestition im nachhinein feststellen. Diese Verstümmelungen der Landschaft sind letzten Endes dann stumme Zeugen, und diese Landschaft wird natürlich auch von unseren Gästen im besonderen Maß abgelehnt. Auch bei Rodungen und Planierungen von Wald- und Almlandschaften sind natürlich auch nicht immer große Überlegungen angestellt worden, und man hat eigentlich, ohne darüber viel nachzudenken, diese Dinge durchgeführt. Natur- und Umweltschutz sollten vor allem zur Erhaltung der Erholungsfunktion der Menschen dienen. Man kann nicht durch gedankenloses Verbauen und Zersiedeln diese Landschaft zerstören. Die größten Schäden aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind, glaube ich, durch

den Bau von Zweitwohnhäusern, durch diese Zersiedelung entstanden. Gott sei Dank hat sich in den letzten Jahren hier ein gewisses Umdenken herausgestellt und ist dieses erfolgt. Man hat im verstärkten Maß Landschaftsschutzgebiete erstellt und Naturparke. Es freut mich, daß auch in unserem Bezirk, und Kollege Ritzinger hat es gestern schon gesagt, hier auch im Bereich der Kleinregion Neumarkt so ein Naturpark entstanden ist. Ich möchte noch einmal ganz kurz auf diesen Naturpark zu sprechen kommen, insofern, weil auch dieser Naturpark mit 700.000 Schilling vom Bundeskanzleramt in der Sonderaktion gefördert worden ist.

Vielleicht ein Wort zum Abgeordneten Fuchs, der gestern erklärt hat, daß die Arbeitsgemeinschaft der steirischen Kürbisbauern nur 200.000 Schilling von den zugesagten 400.000 Schilling bekommen hat. Hier darf ich eines sagen. Im Vertrag ist es ganz klar, daß bei Beginn 200.000 Schilling ausbezahlt werden und bei Abrechnung, bei Erstellung der Endabrechnung oder bei Vorlage der Endabrechnung die nächsten 200.000 Schilling. Trotz Urgenz vom Bundeskanzleramt ist diese Endabrechnung nicht vorgelegt worden, und es können auch auf Grund dessen diese 200.000 Schilling nicht ausbezahlt werden. Das möchte ich nur klargestellt wissen. (Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „14. Juli!“ – Abg. Dr. Maitz: „Schlamperei!“) Ich habe gestern mit dem Bundeskanzleramt telefoniert, mit dem Herrn Dr. Schicker, und der hat mir dies mitgeteilt. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß er mir eine unklare Antwort gegeben hat.

Meine Damen und Herren, Umweltschutz und Raumplanung sind natürlich sehr eng miteinander verbunden. Ich glaube, mit einer gezielten und geordneten Raumplanung kann man sehr viel für unsere Landschaft, für unsere Natur machen. Und darum bin ich sehr glücklich, daß das Land Steiermark einen besonderen Druck bei den Gemeinden ausgeübt hat, wo eben die Flächenwidmungspläne doch schneller erstellt werden sollten. Und es ist hier ein Termin gegeben worden bis zum Jahre 1983. Ich kann mir diese Verzögerung nur insofern vorstellen, daß eben doch diese Materie sehr kompliziert und sehr umfangreich ist. Auch glaube ich, dürfte sie durch Überlastung der planenden Architekten zustande gekommen sein. Mit einer strengen Handhabung durch die Gemeinden, glaube ich, werden sicherlich in Zukunft solche starken Eingriffe und solche Verschandelungen und Zersiedelungen unserer Landschaft nicht mehr erfolgen.

Ein paar Worte möchte ich aber auch zum Forst- und Almwegebau sagen. Auch hier kann man immer wieder feststellen, daß doch manchmal Trassenführungen gewählt werden in einem Gelände, wo eben die Narben nie mehr gutzumachen sind, und wo wirklich ein schwieriges Gelände angeschnitten wird. Auch im Almwegebau wird hier das manchmal durchgeführt. Wir alle wissen, die Landwirtschaft braucht diese Forst- und Almwege, hier gibt es gar keine Frage. Es müßte nur von den Planern vielleicht auch ein bißchen mehr Rücksicht in diese Richtung getätigt werden. Meine Damen und Herren, Landschaftsschutz kostet Geld, hier gibt es gar keine Frage. Und vor allem, Kollege Ritzinger hat es gestern ja gesagt, wenn ein Gebiet zu einem Naturschutzgebiet erklärt wird und diese Landschaft sehr wertvoll ist für die Landwirtschaft, so glaube

ich, ist es irgendwie erforderlich, daß man den Bauern hier eine Entschädigung gibt, oder, wenn das nicht ist, daß man vielleicht überhaupt vom Land diese Gebiete aufkauft. Darum bin ich eigentlich nicht glücklich, daß man diese Budgetpost „Ankauf von Grundstücken“ von 240.000 Schilling auf 34.000 Schilling gekürzt hat. Ich glaube, man hätte dies woanders machen müssen, nicht in dieser Budgetpost. Besonders schöne und wertvolle Landschaftsstücke sollten unter Schutz gestellt werden. Das, glaube ich, ist eine Notwendigkeit.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich nur noch eines sagen. Den größten Anteil für eine saubere Umwelt hat sicherlich die Berg- und Naturwacht. Man kann immer wieder in den Jahresberichten nachlesen, wie viele tausend Stunden im Jahr von diesen Menschen aufgewendet werden. Ich glaube, es ist irgendwo eine Pflicht, daß man diesen Leuten einmal ein Dankeschön sagt für diese Arbeit, für die sie sicherlich keine Belohnung bekommen und die manchmal sehr undankbar ist. Ich glaube, das muß gesagt werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte heute meine Ausführungen mit einem sehr positiven Aspekt beginnen, und zwar damit möchte ich eigentlich feststellen, daß sich seit der letzten Landtagswahl am 4. Oktober dieses Jahres eigentlich, was das Gesundheitswesen in der Steiermark betrifft, schon sehr wesentliche und gute, positive Aspekte abzeichnen, und ich möchte dazu noch sagen, daß sich also auch in dieser Materie gegenüber der Zeit vorher doch einiges auch geändert hat. Ich möchte darauf hinweisen – und das ist das Positive und Erfreuliche, und ich glaube, das ist auch das, was uns sehr optimistisch zu diesem Problem für die Zukunft werden läßt –, daß die zwei Obmänner der Ausschüsse „Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten“ Dr. Horvatek, und des Ausschusses „Gesundheits-, und Umweltschutz“ unter Vorsitz von deren Abgeordneten Primar Stepantschitz, zu einem Hearing eingeladen wurden, wo also eine sehr beachtliche Zahl von Fachleuten, aber auch Damen und Herren dieses Hauses sich über Probleme unterhalten haben, wo diskutiert wurde, wo gemeinsame Vorschläge erbracht wurden, und daraus ist zu ersehen, daß sich hier doch ein gemeinsamer Weg in verschiedenen Problemkreisen abzeichnet. Das Ergebnis dieses Hearings ist eigentlich, daß wir auch hier einen Antrag anlässlich der Budgetdebatte einbringen, wo es darum geht, daß die Erhaltung des Krisenzentrums am Griesplatz beschlossen werden soll und daß das fixiert werden soll. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es das Ziel, unser Ziel überhaupt im Gesundheitswesen sein muß in der Steiermark in der Zukunft, daß eine möglichst bevölkerungsnahe Versorgung mit allen notwendigen Gesundheits- und Sozialdiensten angestrebt werden muß. Ich bin auch der Meinung, daß vor allen Dingen die ärztliche Versorgung unserer steirischen Bevölkerung auch in Zukunft in erster Linie Aufgabe der frei praktizierenden praktischen und Fachärzte sein soll. Wo dies nicht

mehr möglich ist, und wo die Möglichkeiten nicht mehr ausreichen, hat die Versorgung wie bisher das Krankenhaus zu übernehmen. Wir haben gestern auch einige Zahlen gehört bezüglich der Bettenanzahl in unserem Land. Ich möchte das bewußt heute noch einmal wiederholen, um darzustellen, wie die Situation in der Steiermark ist. Den 1,192.000 Einwohnern dieses Landes stehen derzeit 59 Krankenanstalten mit mehr als 14.000 Krankenbetten zur Verfügung. Diese ansehnliche Zahl von Anstalten gliedert sich in Landeskrankenhäuser, in Sonderanstalten, in Sonderanstalten der Sozialversicherungsträger, in Spitälern der Gemeinden, in konfessionelle Spitälern und andere Einrichtungen. Meine Damen und Herren, wenn man bedenkt – das gehört zwar nicht in die Gruppe 5 –, daß es aber daneben auch noch Pflegebetten in der Steiermark gibt, in einer Anzahl von fast 3000 Betten, so ist das – glaube ich – eine Anzahl, die beweist, daß wir in der Steiermark wirklich gut mit Krankenbetten, aber auch mit Pflegebetten versorgt sind. Das ist einerseits erfreulich, andererseits bringt es doch enorme Probleme mit sich. Die Probleme sind natürlich „wie wird das finanziert?“, und vor allen Dingen „wie werden wir das in der Zukunft meistern können?“. Die Anzahl der Betten in der Steiermark, bezogen auf die Bevölkerungszahl, ist nun so, ich glaube, es wurde gestern auch schon gesagt, daß die Steiermark nach Wien und Salzburg an dritter Stelle steht, und daß wir uns, international gesehen, in der oberen Hälfte bewegen. Auf Grund der enormen Entwicklung in der medizinischen Wissenschaft und Technik ist ein ungeheuer hoher Einsatz personeller und apparativer Mittel notwendig. Das bedeutet aber wieder und zieht mit sich, daß auch die finanziellen Aufwendungen für unsere Anstalten enorm hoch sind.

Meine Damen und Herren, seit vielen Jahren anlässlich der Budgetdebatte in der Gruppe 5 wurde immer wieder darauf hingewiesen, es wurden auch Alternativvorschläge eingebracht, daß wir in der Steiermark zu viele Spitalsbetten haben, und daß also irgend etwas gemacht werden müßte, eine Änderung kommen sollte. Wenn ich sagen darf, daß es uns bis heute – glaube ich – nicht gelungen ist, dieses Problem in den Griff zu bekommen, und daß es uns nicht gelungen ist, eine Kostenstabilisierung zu erreichen, so wäre oder ist es unsere Aufgabe, uns auch Gedanken darüber zu machen, wie soll das in Zukunft weitergehen. Ich möchte heute einen Vorschlag machen, vielleicht wäre das eine Möglichkeit, in der Zukunft dem Problem etwas näherzukommen, und zwar als Alternative dazu möchte ich vorschlagen, daß wir uns in diesem Hohen Haus und alle verantwortlichen Damen und Herren in der Regierung, aber auch in den zuständigen Ausschüssen, vielleicht doch Gedanken machen sollten, neue Wege zu beschreiten. Ein neuer Weg wäre unter Umständen die Einführung der Hauskrankenpflege in unserem Bundesland. Es ist unbestritten, und wir wissen, daß es bei den Patienten kaum jemanden gibt, der freiwillig länger stationär in einem Krankenhaus bleiben möchte als es unbedingt notwendig ist. (Abg. Schrammel: „Sponer, es gibt ja Hauskrankenpflege in der Steiermark!“) Ich komme schon noch dazu. Ich weiß, daß es eine Hauskrankenpflege gibt, aber ich bin der Meinung und bin überzeugt davon, daß die Art und Weise und die Form, wie das derzeit durchgeführt wird,

nicht ausreichend ist, aber vor allen Dingen soll eine Entlastung des Problems, das uns alle befaßt, herbeigeführt werden. Ich möchte auch noch die Vorteile und Möglichkeiten der Hauskrankenpflege anführen. Eine der Möglichkeiten wäre zum Beispiel, Nachbehandlungen nach einem stationären Aufenthalt in einem Krankenhaus in Form der Hauskrankenpflege durchzuführen.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch ein Beispiel, das uns bei dem stattgefundenen Hearing mitgeteilt wurde. Zum Beispiel im Landessonderkrankenhaus Graz für Psychiatrie und Neurologie, das ungefähr 1800 Betten hat, dort wäre es möglich, und das hat uns der Vorstand Hofrat Geyer bei diesem Hearing mitgeteilt, daß ein Drittel der dort in stationärer Behandlung befindlichen Patienten sofort entlassen werden könnten, aber nur dann, wenn es Möglichkeiten und Einrichtungen gibt, sie in der privaten Atmosphäre weiterzubehandeln. Leider ist diese Möglichkeit derzeit nicht gegeben, das heißt, es fehlen alle Voraussetzungen. Und wenn man von 1800 ein Drittel rechnet, so wären das zwischen 500 und 600 Patienten, die nicht stationär in dieser Anstalt sein müßten. Wenn man das multipliziert mit den Kosten der Tagessätze, dann gibt das sicherlich enorme Summen. Ich darf noch einmal sagen, derzeit fehlen uns praktisch alle organisatorischen und auch finanziellen Voraussetzungen und auch Richtlinien, um diese Hauskrankenpflege durchführen zu können. Und wenn gesagt wurde, es besteht eine derartige Einrichtung, so ist mir das bekannt. Ich möchte aber dazu sagen, erstens gibt es das nicht in der ganzen Steiermark, sondern, soweit ich informiert bin, nur in einem bestimmten Teil unseres Landes, in den Bezirken besteht derzeit überhaupt keine Möglichkeit, weil eben alle Voraussetzungen fehlen. Meine Damen und Herren, weil immer die Kostenfrage (Abg. Schrammel: „Das stimmt ja gar nicht! Die Gebietskrankenkasse macht nicht mit!“) – zur Gebietskrankenkasse komme ich gleich – nicht geklärt ist, aber auch zum Teil die Organisation nicht. Es würde uns nichts helfen und würde uns nichts bringen, es wäre, glaube ich, auch nicht der richtige Weg, wenn wir das derzeitige System beibehalten würden, nämlich der Sinn und Zweck der Hauskrankenpflege wäre der, daß die Krankenhausbetten vermindert würden. Nur dann hätte es einen Sinn. Es hat also keinen Sinn, wenn wir einerseits die derzeit bestehende Bettenanzahl beibehalten, unter Umständen auch die derzeit bestehende Bettenzahl voll auslasten und daneben eine Hauskrankenpflege einführen würden. Das wäre genau das, was wir alle miteinander nicht wollen, nämlich aus der Kostenschere herauskommen. Ich weiß, die Bereitschaft der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse ist vorhanden, aber nur unter der Voraussetzung, meine Damen und Herren, wenn es gelingt, und das ist die Aufgabe, die wir uns stellen müssen, einen Weg zu finden, daß einerseits die Bettenzahl und damit die enormen Kosten reduziert werden, dann besteht sicherlich die Möglichkeit, und das kann ich hier sagen, daß auch die Steiermärkische Gebietskrankenkasse bereit ist, auch ihren Beitrag zu leisten. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Das ist schon gelungen! Wir haben uns schon geeinigt!“ – Abg. Schrammel: „Das ist ein Irrtum! Da mußt du den Kollegen Loidl fragen, der ist im Vorstand!“) Das ist kein Irrtum,

Kollege Schrammel! Ich glaube, ich kenne mich schon aus. Vielleicht sogar ein bisschen besser als du. Entschuldige, wenn ich das behaupte. Aber ich darf noch einmal wiederholen, daß hier kein Irrtum entsteht. Ich sage noch einmal, unter dem derzeitigen System, daß sich in der Belegung der Bettenanzahl nichts ändert, unter dieser Voraussetzung ist die Gebietskrankenkasse nicht bereit, und zwar aus dem ganz einfachen Grund, weil ja dadurch die Kosten enorm höher werden würden, als sie derzeit sowieso schon sind. Das wäre auch nicht der Sinn und Zweck. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Das hat sich geändert!“) Nicht wesentlich. (Abg. Dr. Eichinger: „Der Herr Primar sagt, die Bettenanzahl hat sich schon verringert!“) Ich habe nichts zuzugeben und nichts abzustreiten. Ich darf noch einmal wiederholen: Wenn in 59 Anstalten in der Steiermark mehr als 14.000 Betten zur Verfügung stehen, und wenn fast andauernd, oder das ganze Jahr hindurch, diese Betten belegt sind, und wir wissen ja auch, wie diese Betten belegt sind, daß sie nicht immer zu Recht belegt sind, wir wissen auch, daß sich in den Krankenhäusern Patienten befinden, für die Kosten übernommen werden, zum Beispiel von der Gebietskrankenkasse, wo sie nach dem Gesetz gar nicht mehr übernommen werden dürften, weil es zum Teil bereits Pflegefälle sind. Andererseits wissen wir aber, das dürfte auch eine Zeiterscheinung sein, daß zuwenig Betten in unseren anderen – (Abg. Schrammel: „Spöner, die Gebietskrankenkasse braucht noch eine Million Schilling!“) Schau, Kollege Schrammel, eine Million Schilling für die Hauskrankenpflege, ich weiß nicht, wie du dir das vorstellst, wäre meines Erachtens sicherlich nicht das richtige. Meines Erachtens auch nicht ausreichend, damit eine entsprechende Hauskrankenpflege in unserem Land Steiermark, dazu gehören auch alle Bezirke, durchgeführt werden kann. (Abg. Schrammel: „Das wäre schon der Anfang!“)

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist nur ein Vorschlag, eine Alternative zum derzeitigen Problem, das ich heute hier vorschlage, es gibt keine Details, das wäre verfrüht, und das wird auch die Aufgabe der Damen und Herren des Hohen Hauses sein, hier vielleicht gemeinsame Wege zu finden. Ich darf aber noch einmal sagen, damit ja kein Irrtum besteht, Kollege Schrammel, daß die derzeitige Einrichtung, die es gibt auf dem Gebiet der Hauskrankenpflege, im Bezirk Judenburg oder in der Obersteiermark überhaupt nicht bekannt ist. (Abg. Schrammel: „Mürzzuschlag, Leoben, Murau, Fürstenfeld, Hartberg – dort ist begonnen worden!“) Ich spreche von den Bezirken Judenburg und Knittelfeld, meine Damen und Herren! Wenn wir eine Lösung suchen und finden wollen, dann nicht für einen bestimmten Bezirk oder ein bestimmtes Gebiet, sondern wenn, dann soll das eine Lösung sein, die für alle Menschen in der Steiermark und für alle Bezirke zutreffend sein kann. Wenn man auch Mittel aufwendet, dann hat es meines Erachtens auch keinen Sinn, das nach dem Gießkannensystem auszugeben, sondern konzentriert und nach einem genauen Plan, nach einer genauen Vorstellung. Ich darf aber noch einmal sagen, so etwas existiert derzeit nicht. Es muß unsere Aufgabe sein, hier gemeinsam, das darf ich hier deponieren, Wege zu finden, damit alle die in der Steiermark Wohnenden von dieser Möglichkeit Gebrauch machen können. Ich darf noch einmal beto-

nen, daß es nicht an der Bereitschaft zum Beispiel der Gebietskrankenkasse fehlt, hier mitzutun, sondern daß es derzeit am System fehlt, hier die Mittel richtig einzusetzen.

Und vielleicht noch einige Argumente, wie diese Alternative – nämlich die Hauskrankenpflege – unterstützt werden könnte. Die Krankenhausaufenthalte, meine Damen und Herren, könnten teilweise überhaupt entfallen oder entsprechend verkürzt werden. Andererseits gäbe die Hauskrankenpflege dem Patienten die Möglichkeit, bei Erkrankungen in seiner gewohnten Umgebung zu verbleiben. Auch das ist ein Problem, das vor allen Dingen ältere Menschen betrifft, die sehr schwer aus ihrer gewohnten Umgebung weggehen. Wir wissen auch, daß gerade ältere Menschen in unserem Land, wenn sie über eine längere Zeit sich stationär in einem Krankenhaus befinden, unter Umständen noch viel, viel mehr leiden, als wenn es die Möglichkeit gäbe, sie zu Hause zu behandeln. Andererseits, meine Damen und Herren, wäre es auch eine Entlastung unserer Ärzte. Ich darf noch einmal sagen, wenn das realisiert werden könnte, wäre es auch eine Entlastung bezüglich der Kosten der Sozialversicherungsträger. Und auch ist das ein wesentlicher Punkt, und so sind wir wieder dort, wo ich das vorher angeschnitten habe. (Abg. Schrammel: „Kollege Sponer, vielleicht könnte der Landesrat Gruber ein oder zwei Millionen Schilling dazugeben, die Gebietskrankenkasse auch eine Million Schilling, und dann ist es finanziert!“) Kollege Schrammel, ich darf noch einmal wiederholen. Es hätte – glaube ich – jetzt keinen Sinn, wenn man sagt, der soll eine Million Schilling geben und der soll zwei Millionen Schilling geben, ich weiß schon. Ich sage noch einmal und bitte um Verständnis, es hätte sicherlich heute keinen Sinn, hier solche Vorschläge aufzunehmen, weil uns ja überhaupt die Basis derzeit fehlt, wie gehen wir die Geschichte überhaupt an. Und daher habe ich ersucht, ich werde das auch abschließend tun, daß, meine Damen und Herren, gemeinsam in den zuständigen Gremien, die uns hier im Hohen Haus zur Verfügung stehen, entsprechende Vorschläge ausgearbeitet werden und daß wir gemeinsam einen Weg finden mögen. Ich darf noch einmal sagen, es geht heute nicht darum, um festzustellen, wer wird dort eine Million Schilling geben, und wer wird hier zwei Millionen Schilling geben, sondern ich möchte das als Alternative heute hier anregen, damit sich die Damen und Herren des Hohen Hauses, aber auch die Herren der Regierung mit dieser Alternative in Zukunft beschäftigen mögen. Mir ist also völlig klar, daß es auch im nächsten Jahr um diese Zeit wahrscheinlich nicht möglich sein wird, die entsprechenden Instrumente, um diese Hauskrankenpflege durchführen zu können, daß wir diese Instrumente haben werden. Ich möchte noch eines hier feststellen, meine Damen und Herren, und damit gebe ich dem Kollegen Schrammel recht. Dieser Vorschlag ist sicherlich nichts Neues. Er wurde auch nicht heute geboren. Es hat verschiedene Versuche und Anläufe in dieser Richtung gegeben. Aber nur wissen wir, daß – wie es derzeit praktiziert wird – das nicht die ideale Lösung sein kann. Nicht nur was die Steiermark betrifft, sondern auch in anderen Bundesländern hat man versucht, auf die Hauskrankenpflege auszuweichen. Und nicht überall hat man die Erfolge erzielt, die

man sich vorgestellt hat. Ich darf aber trotzdem sagen, daß es Länder, und Bundesländer in Österreich gibt, wo das heute doch schon mit sehr großem Erfolg durchgeführt wird. Einerseits, wenn ich unser Nachbarland, die Schweiz, oder Bayern hernehme, hier gibt es Modelle und Beispiele, wo sehr wohl gut koordiniert diese Hauskrankenpflege durchgeführt wird. Andererseits haben wir aber auch Beispiele in Tirol und im Burgenland, wo seit Jahren Modellfälle praktiziert werden, und wo man also sehr gute Erfahrungswerte gewonnen hat.

Ich möchte abschließend, meine Damen und Herren, eigentlich die Bitte und das Ersuchen aussprechen, daß wir dort, wo wir begonnen haben, nach dieser Landtagswahl, daß wir dort fortsetzen mögen, und daß es – glaube ich – die Aufgabe unserer zuständigen Herren in der Landesregierung, aber auch daß es Aufgabe der zuständigen Damen und Herren in den Ausschüssen, die sich mit diesem Problem zu beschäftigen haben, sein wird, daß wir diesen Vorschlag, diese Alternative genauer besprechen, daß wir das aufgreifen, und daß wir vielleicht doch ehestmöglich an die Arbeit gehen, um entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, um entsprechende gangbare und finanzierbare Wege zu finden, daß die Form und die Organisation der Hauskrankenpflege auch in unserem gesamten steirischen Bundesland in ehester Zeit – das ist natürlich relativ –, aber trotzdem oder doch in ehester Zeit zum Tragen kommen möge, damit würden wir einerseits einen sehr großen und bedeutenden Beitrag leisten in der Entlastung, in der finanziellen Entlastung nicht nur des Landes, sondern auch der Sozialversicherungsträger, andererseits würden wir damit eine Möglichkeit schaffen, auch dem Menschen in diesem Land viel zu ersparen, insofern, daß er in einer gewohnten Atmosphäre auch seine Gesundheit wieder finden kann, und andererseits ist es – glaube ich – notwendig, nicht nur die Hauskrankenpflege alleine zu sehen, sondern damit wird es wahrscheinlich notwendig sein, auf andere Maßnahmen, begleitende Maßnahmen oder flankierende Maßnahmen zu setzen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Halper das Wort.

Abg. Halper: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Über den Stellenwert des Umweltschutzes in unserer Zeit wurde an dieser Stelle schon gesprochen. Wir alle haben uns bemüht, in diesem Land Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer allgemeinen Verbesserung der Lebensqualität führen. Ich glaube, daß unumstritten eine gesunde Luft, ein reines Wasser, eine saubere Umwelt uns allen etwas wert sein muß. Und so ist nur berechtigt der Ausspruch „Umweltschutz ist Selbstschutz“ von uns allen in unserer Täglichkeit aufgenommen worden. Grundsätzlich müßte es doch möglich sein, alle Umweltschutzmaßnahmen zu koordinieren. Es ist hier in diesem Haus davon gesprochen worden, man sollte an einem Strick ziehen, jedoch bisher wurde bei diesen Maßnahmen an verschiedenen Enden gezogen, und es wäre höchst an der Zeit, an einem Ende zu ziehen. Ich vertrete die Ansicht, wie es auch vom Abgeordneten Ritzinger bestätigt worden ist, daß eine

wichtige Funktion in der Frage des Umweltschutzes sowohl in finanzieller als auch in organisatorischer Hinsicht ein zu schaffender Umweltschutzfonds oder Beirat übernehmen könnte. Im besonderen möchte ich – und das in gebotener Kürze, obwohl am gestrigen Tag schon sehr lang über die kommunale und regionale Müllentsorgung von unserem Kollegen Chibidziura gesprochen worden ist – zur Müllentsorgung in der Steiermark auch noch einige Gedanken hinzufügen. Insbesondere auch aktualisiert durch den zu Ende gehenden Streik der amerikanischen Müllarbeiter, die durch 17 Tage gestreikt haben, in diesem Zusammenhang sind wieder ernsthafte Probleme für die Gesundheitsbehörden aufgetreten, diese auftretenden Probleme in den Griff zu bekommen. Wenn man, verehrte Damen und Herren, den bisherigen Stand der Müllentsorgung und Müllbeseitigung in unserem Bundesland analysiert, muß man sehr kritisch feststellen, daß es noch viele weiße Flecken in der regionalen Abfallbeseitigung gibt. Dies gilt insbesondere in nicht befriedigendem Ausmaß für Graz, für den Bezirk Graz-Umgebung sowie für Teile der Bezirke Weiz und Deutschlandsberg. Es fehlt in unserem Bundesland schon lange die Verordnung für eine Koordinierung der regionalen Entsorgungen, und so wird hier festzustellen sein, daß sehr viele regionale Systeme echt dem Zufall überlassen werden, weil hier koordinierende Maßnahmen seitens des Landes fehlen. Unbefriedigt ist aber auch in vielen Gemeinden unseres Landes die örtliche Müllabfuhr, die entweder am Widerstand der örtlichen Bevölkerung, vor allem hier in finanzieller Hinsicht, scheitert, und sind auch die finanziellen Möglichkeiten unserer steirischen Gemeinden bei der Anschaffung von geeigneten Abfuhrfahrzeugen und den damit verbundenen und entstehenden Personalkosten bei weitem übersteigen. Somit, geschätzte Damen und Herren, kommt es nach wie vor zu den allgemeinen Mißständen in unserem Land, die, wie erwähnt, schon zu einer teilweisen Verödung unserer Wälder und zur Verwendung als wilde Deponien führen, die darüber hinaus unsere Bäche in einen schlechten Zustand bringen, daß teilweise die Uferländer als wilde Deponien Verwendung finden, und daß vor allem für Abwasserverbände größte Probleme entstehen, den anfallenden Klärschlamm in vorhandenen Deponien zu lagern. Ein weiterer Punkt ist die Frage des Sondermülls und Abfalls, wie Altöl, Altreifen, Gifte und Säuren. Hier gibt es kaum Möglichkeiten für geordnete Deponien. Ich glaube, in den Ansätzen sind als gut zu bezeichnen: die Entsorgung von Altglas und die damit verbundene Wiederverwendung von Glas und ebenso die Initiativen caritativer und privater Gruppen bei der Sammlung von Altpapier und Alttextilien. Im besonderen muß aber auch die Tätigkeit der Berg- und Naturwacht im Rahmen der Aktion „Saubere Steiermark“ erwähnt werden. Hier wurden vor allem Tausende Autowracks von dieser Organisation in unzugänglichen Gebieten aufgespürt und an Sammelplätze transportiert.

Hohes Haus, bei der Auseinandersetzung mit der Frage der Müllbeseitigung fällt jedoch auf, daß die Wiedergewinnung von Rohstoffen aus dem Abfall einschlägiger Verarbeitungsprodukte, die als Recycling bekannte Umwelttechnologie, bisher in unserem Bundesland kaum verfolgt wird. Dies scheint unverständ-

lich, hat man doch im Ausland in dieser Frage gute Erfahrungen mit diesem System gemacht, und es drängt sich die berechnete Frage auf, wieso man bei uns in der Steiermark diese Erfahrungswerte nicht aufnimmt. (Abg. Dr. Eichinger: „Herr Kollege, warum ins Ausland schauen, wenn wir das in Wien ganz modern haben?“) Ich komme schon noch darauf hin. Eines nach dem anderen. Es ist auch in unserem Bundesland höchst an der Zeit, daß wir uns in einer Zeit knapper werdender Rohstoffe mit den Technologien des Recycling und Prcycling beschäftigen. Hierzu ist festzustellen, daß nach Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland der bundesdeutsche Hausmüll den Heizwert rheinischer Braunkohle aufweist. Dies mag annähernd auch für den österreichischen Hausmüll zutreffen, der 1975 in einer Menge von 1,8 Millionen Tonnen anfiel. Für 1985 wird eine Steigerung des jährlichen Hausmüllanfalls von derzeit etwa 280 Kilogramm pro Einwohner, ohne Sperr- und Sondermüll, auf 340 Kilogramm pro Einwohner prognostiziert. Trifft diese Voraussage zu, stehen 1985 2,3 Millionen Tonnen Müll und Müllbrennstoff zur Verfügung, dessen Heizwert unter der Voraussetzung zunehmenden Kunststoffanteiles weiter steigen wird. Ich glaube, um hier zum Abschluß zu kommen, daß aus dem Blickwinkel steigender Müllberge und der damit weiteren finanziellen Belastung unserer steirischen Gemeinden es dringend geboten scheint, die Problematik der Abfallbeseitigung in unserem Bundesland durch Einbeziehung neuer Technologien besser in den Griff zu bekommen. Ich vertrete die Ansicht, daß es die Zielsetzung für uns alle sein muß, eine ständige Aktion „Saubere Steiermark“ nur dann zu dauerndem Erfolg zu führen, wenn es uns gelingt, die Frage der geordneten Abfallbeseitigung zu einem Anliegen aller Steirer zu machen. Ich danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Stepantschitz: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe gestern mich bemüht, sehr kurz zu sein. Ein Thema ist heute schon herausgestrichen worden, und da möchte ich auch noch einsteigen, das ist die Hauskrankenpflege. Ich bin selbst Gründungsmitglied dieses Vereins, und ich darf alles unterstützen, was der Abgeordnete Sponer gesagt hat. Nur, bitte eines, schöne Worte helfen nichts. Es ist unterbudgetiert, und wir werden verlangen müssen, daß man umschichtet, auch im Krankenhausressort wahrscheinlich, wir sind dafür, daß an erster Stelle die Behandlung zu Hause kommt und zweitens, die Krankenkasse wird man wirklich zur Kasse bitten müssen. Schauen Sie, wir haben uns bemüht, die Bettenzahl zu reduzieren, wir haben einen kleinen Erfolg. Sie sagen, eine Million Schilling ist nichts. Eine Million Schilling sind vier Hauskrankenwestern. Geben Sie uns das, bitte sehr. Wir sind gerne bereit, im Rahmen des Vereines das auch so zu verwenden, daß die Leistung wirklich effektiv wird. Das gleiche betrifft, ich komme eine Gruppe weiter zurück, die Fürsorge, wir haben das gleiche Problem beim Altenhilfsdienst, der auch unterbudgetiert ist. Auch hier: Wir wollen die Leute zu Hause haben, wir wollen die Leute ja nicht im Alters-

heim haben, wir wollen schauen, daß sie zu Hause so betreut werden, daß sie zu Hause bleiben können. Darf ich das zusammenfassen. Wir haben nächstes Jahr das Erzherzog-Johann-Jahr. Vielleicht wäre das wirklich eine Leistung des Landes Steiermark, daß man im Rahmen des Erzherzog-Johann-Jahres jetzt von allen Seiten nicht nur gute Worte fallen läßt, sondern bereit ist, zu helfen, und diese zwei Vereinigungen, die Hauskrankenpflege und auch den Altenhilfsdienst, so aufzustocken, daß wirklich mehr Menschen in der Familie behandelt werden können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Das Wort hat der Herr Landesrat Heidinger.

Landesrat Heidinger: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zwei Dinge sind es, mit denen sich die Gesundheitspolitiker oder mit der Gesundheitspolitik befaßten Menschen auseinanderzusetzen haben. Es sind auf der einen Seite die rasant gestiegenen medizinisch-technischen Möglichkeiten, die immer teurer werden, das sind die Wünsche unserer Bürger auf gute, beste Behandlung und Unterbringung in den Krankenanstalten, und ist andererseits die Möglichkeit der noch etwa, ich sage etwa, höheren Belastbarkeit unserer Mitbürger, die der Meinung sind, und dieser Meinung dürfen wir uns anschließen, daß die Sozialabgaben ein Ausmaß erreicht haben, das bereits an die Grenzen der Belastbarkeit heranreicht. Daher ergibt sich die Frage, was sind die Alternativen dazu, wenn wir wissen, daß die Kosten der Krankenhausversorgung als höhere Versorgungsstufe, als teurere Versorgungsstufe in den letzten Jahren ständig angestiegen sind und einen höheren Anteil an unseren Gesundheitskosten ausmachen. Wir wissen, daß es diese Entwicklung nicht nur bei uns gibt, daß diese Entwicklung europaweit ist, auch in Österreich und darüber hinaus; machen wir es umgekehrt, Steiermark, Österreich, Europa, weltweit, damit hier eine Ordnung drinnen ist, Platz gegriffen hat, und daß diese Kosten für das Gesundheitswesen schneller wachsen als das Volkseinkommen wächst. Diese Entwicklung hat sich in dem Schlagwort der Kostenexplosion in einer breiten Öffentlichkeit bewußt gemacht, und es ist nun darüber nachzudenken, wie man diese Kosten eindämmen kann, wie man die Aufgaben im Gesundheitswesen neu verteilt und wie man das Zusammenspiel aller Kräfte des Gesundheitswesens optimieren kann. Es ist eine Tatsache, daß die Basisversorgung unseres Gesundheitswesens von den niedergelassenen Ärzten und von den Fachärzten getragen werden muß, und es ist eine Tatsache, daß zwischen der Arbeit derer und unseren Krankenhauskosten ein Zusammenhang besteht. Wenn es hier etwa den Streit gibt, ob es bereits eine Hauskrankenversorgung in diesem Land gibt, dann ist dieser Streit müßig. Natürlich gibt es diese Hauskrankenversorgung in unserem Land. Denn, wenn es sie allumfassend und vervollkommend geben würde, dann müßte das letztendlich einen Niederschlag in unseren Krankenanstalten in einer verringerten Anspruchnahme finden. Dem ist nicht so, und es soll keineswegs jenen Menschen, die sich mit der Hauskrankenversorgung und -vorsorge befassen, ein Dorn angetan werden – im

Gegenteil, wir sollten uns darüber freuen, daß es Menschen gibt, die sich dieser großartigen Aufgabe widmen. Aber durchgegriffen, durchgeschlagen hat diese Hauskrankenpflege bis zum heutigen Tage nicht, nicht in jenem Ausmaß, wie wir es wünschen. Ich darf also meinen oder auf etwas hinweisen, was auch die Kosten und den Aufenthalt in unseren Krankenanstalten senken würde. Ich habe da vor wenigen Tagen von einem Modellversuch in Deutschland gelesen, der sehr umfassend und daher – meiner Meinung nach – aussagekräftig darstellt, wie man dort durch vorstationäre Diagnostik und nachstationäre Behandlung, zum Beispiel im operativen Bereich, die Verweildauer in den Krankenanstalten erheblich gekürzt hat. Wir leiden ja darunter, daß – allerdings hat das auch eine Gegenseite – zum Beispiel die Verweildauer in unseren Krankenhäusern, obwohl sie in den letzten Jahren vielfach gesenkt wurde, daß die Vorbereitung, die Voruntersuchung – darüber klagen auch die Patienten – viel zu lange Zeit in Anspruch nimmt. Allerdings, der mit den Finanzen in den Anstalten Befasste – das sind wir auch alle –, der muß vernehmen und muß sagen, natürlich ist eine Verkürzung der Verweildauer auch mit einer Verkürzung der Einnahmen verbunden, und der Abgang in diesen Anstalten würde noch größer werden. Es müßte also in diesem allumfassenden Zusammenspiel zwischen Hauskrankenversorgung, vorstationärer, nachstationärer Behandlung, ambulanter Behandlung und Verweilen in den Krankenanstalten ein gemeinsamer Finanzierungstopf gefunden werden, wobei aus diesem gemeinsamen Finanzierungstopf – es wurden ja durch Zwischenrufe Möglichkeiten aufgezeigt – eine Umverteilung, ich glaube, damit würde man nicht nur durch diese Umverteilung eine Kostensenkung in unserem Gesundheitswesen herbeiführen, das heißt, wir müßten uns zu einer gemeinsamen Aktion der Umverteilung, zu einer gemeinsamen Kooperation im Gesundheitswesen finden. Wir haben, um dieser Entwicklung etwa auf dem ambulanten Sektor Rechnung zu tragen, in den letzten Jahren den Ausbau der Ambulanzen forciert. Ein verstärkter Ausbau, wie er wünschenswert wäre und wie auch Wünsche an den Anstaltsreferenten herangetragen wurden, scheidet an den nicht vorhandenen finanziellen Mitteln. Allerdings müßte auch noch – um ein Beispiel zu sagen –, um den Ausbau der Ambulanzen zu rechtfertigen, eines geschehen. Beim stationären Aufenthalt bekommen wir derzeit 50 Prozent der Verpflegskosten herein. Bei ambulanter Behandlung erreichen wir nicht einmal eine 30prozentige Kostendeckung. Auch hier müßte, damit kostensenkend eine Umverteilung, eine Neuverteilung, eine Neuberechnung, ein neuer Vertrag, der die Ambulanzgebühren betrifft, zugunsten des Anstaltsträgers erreicht werden. Ich bin auch der Meinung, daß das auf Dauer –. (Abg. Loidl: „Da bist du dagegen, das kann ich mir vorstellen!“) Nein, nein! Herr Abgeordneter Loidl, ich fühle mich mit den Krankenkassen mindestens so verbunden wie du, und ich meine – man muß ja das Ganze sehen –, Verkürzung der Aufenthaltsdauer, hin zur ambulanten Behandlung, in diesen beiden einen Kostenausgleich würde auf lange Sicht gesehen und insgesamt gesehen, keine Mehrbelastung für die Krankenkassen bedeuten. Ich plädiere auch gar nicht für eine Mehrbelastung der Gebietskrankenkasse, weil ich weiß, daß auch die an die Grenze der Belastbarkeit herangekom-

men ist. Ich meine, wenn wir den ganzen Komplex sehen, und die Mittel, die jetzt vorhanden sind umverteilen im Hinblick auf mehr Basisversorgung, im Hinblick auf mehr vorstationäre, im Hinblick auf mehr ambulante Behandlung, müßte zumindest eine Eindämmung und nicht eine weitere Ausweitung der Kosten auf dem Sektor des Gesundheitswesens erreicht werden, und ich meine es mit der Gebietskrankenkasse bestimmt nicht schlecht. Das kann mir der Herr Abgeordnete Loidl glauben. (Abg. Loidl: „Das ist wahr, das ist keine halbe Wahrheit!“) Und wenn ich vom Ausbau der Ambulanzen gesprochen habe, ich meine, es wäre klug, wenn wir diesen Ausbau der Ambulanzen aus den angeführten Gründen einerseits, aber auch aus anderen Gründen forcieren würden. Der Ausbau der Ambulanzen bedeutet mehr Hochbauten, mehr Möglichkeit, auch die Wirtschaft anzukurbeln. Wir wissen doch – das ist in der Gruppe 7 zum Ausdruck gebracht worden – daß gerade der Sektor der Bauindustrie äußerst inlandswirksam ist und wir hier dringend einer Injektion, eines Impulses bedürften. Ich würde also meinen, daß, um eine zeitgemäße Versorgung, um einen zeitgemäßen Ausbau unserer Anstalten herbeizuführen, es richtig wäre, mehr Mittel diesem Referat zur Verfügung zu stellen. Ich komme im einzelnen noch auf einige Fragen der Finanzierung zurück bzw. des Verhältnisses der Krankenanstaltenfinanzierung zur Entwicklung des Gesamtbudgets.

Meine Damen und Herren, ernsthafte Schwierigkeiten bereitet uns derzeit die Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfondsregelung. Dieser Fonds besteht seit nunmehr vier Jahren, und es erhebt sich ein Widerstand von einigen Bundesländern gegen diesen Fonds. Ich meine, es haben sich beide Gesundheitsminister, sowohl Minister Salcher als auch der derzeitige Gesundheitsminister Dr. Steyrer, sehr um diese Neuregelung des Fonds bemüht und sind weiterhin bemüht. Wir Steirer, bei aller Kritik, die laut wurde und die man hörte, sollten eines nicht übersehen, daß wir durch die derzeitige Fondsregelung zu jenen Bundesländern gehören, die daraus einen Vorteil ziehen. Wir zahlen in den Fonds 108 Millionen Schilling hinein, und wir bekommen etwa 430 Millionen Schilling aus diesem Fonds heraus. Ich weiß, daß hier der Neidkomplex der anderen zum Tragen kommt. Nicht umgekehrt. 108 Millionen Schilling zahlen wir hinein, und 430 Millionen Schilling bekommen wir heraus. Ich würde sagen, wir Steirer befinden uns hier auf einer Gratwanderung, und wir sollten den Grad der Kritik nicht so weit treiben, bei aller Kritikwürdigkeit und Kritiknotwendigkeit sollten wir die Kritik nicht soweit treiben, daß es etwa zu einer Abschaffung dieses Fonds käme. Ich würde jene, die oft sehr kritisch auftreten, bitten, zu bedenken, daß man mit allzu großer Kritik an der Abschaffung dieses Fonds mitwirken würde.

Meine Damen und Herren, in unseren zwanzig Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten sind insgesamt 9351 Betten vorhanden. Das ist eine Verminderung um etwa 30 Betten in den letzten Jahren. Nun wird mit der Herr Hofrat DDr. Stepantschitz sagen, aber in Graz sind ja mehr Betten abgebaut worden. Das ist richtig, dafür sind dort auf dem Lande, wo etwa geburtshilfliche Abteilungen entstanden sind, mehr Betten zum Tragen gekommen. Es haben also beide Herren, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben,

recht gehabt. Es ist auch richtig, daß diese zwanzig Landeskrankenanstalten mit den 9351 Betten einen großen Brocken, wie es der Herr Finanzreferent in seiner Einbegleitungsrede dargestellt hat im Hinblick auf die Ausgaben, aber auch im Hinblick auf die Einnahmen, ausmachen. In den Krankenanstalten werden im Jahre 1982 gegenüber dem Jahre 1981 75 zusätzliche Dienstposten sein. Der Dienstpostenplan weist 8142 Dienstposten aus, ich möchte aber sagen, daß die Zahl der tatsächlichen Dienstposten etwa um 20 Prozent höher ist, weil dazu noch die Bundesbediensteten in unseren Kliniken kommen, weil da die Urlaubs- und Krankenvertretungen noch nicht mitgezählt sind. Ungerechnet auf die vorgehaltenen Planbetten ergibt dies einen Soll-Stand von 0,87, tatsächlich einen Stand von 1 : 1. Die Kostenstellenrechnung, der wir uns voll angeschlossen haben, gibt uns Einblick in die erbrachten Leistungen, aber auch einen Vergleich mit anderen Krankenanstalten. Das ergibt sich daraus, und ich will mich nicht selber loben, weil ich erst kurz in diesem Referat tätig bin, aber es lobt jene, die mit in diesem Referat sozusagen vorangeschritten sind. Die Kostenstellenrechnung sagt, daß die steirischen Krankenanstalten kostengünstig geführt werden. Lediglich in bezug auf den Anteil der Personalkosten nehmen wir in Österreich die letzte Stelle ein. Das soll gar nicht als Kritik aufgefaßt werden, sondern eben als eine Tatsache. Wir sollten nicht übersehen, daß sich eben im letzten Jahrzehnt auf dem sozialpolitischen Sektor für unsere Bediensteten im Hinblick auf Verkürzung der Arbeitszeit, im Hinblick auf Verlängerung der Urlaubszeit einiges Hervorragendes getan hat, das sich aber andererseits eben im Dienstpostenplan oder in den Kosten niederschlägt. Der Voranschlag für die Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten sieht insgesamt 3,5 Milliarden Schilling, genau 3.494.585.000 Schilling, vor. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Voranschlag 1981 von elf Prozent. Rund 68 Prozent, eingerechnet die Bundesbediensteten wären es 72 Prozent, gehen auf den Personalaufwand. Nach Adam Riese bleiben dann 32 Prozent für den Sachaufwand übrig. Hier eine Vergleichsziffer: Im Vergleich zum Voranschlag 1981 stiegen der Personalaufwand um 15 Prozent und der Sachaufwand um 3,4 Prozent. Das heißt, daß wir im Bereich der Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten mit der Steigerungsrate hinter der Inflationsrate zurückgeblieben sind, das bedeutet aber auch andererseits, wenn man weiß, daß sich das einmal 50 : 50 Personal- zum Sachaufwand gehalten hat, daß für den Sachaufwand weit geringere Mittel als in diesem Jahr zur Verfügung stehen, und ich sage Ihnen ganz einfach, das ist auf die Dauer nicht auszuhalten. Das führt auf die Dauer dazu, daß sich die Arbeitsmöglichkeiten in unseren Anstalten keineswegs verbessern, das heißt, daß die medizinisch-technische Ausrüstung in unseren Anstalten keineswegs dem neuesten Standard angepaßt werden kann, im Gegenteil, daß wir heute fast soviel an Reparaturkosten ausgeben müssen, als wir für Geräteanschaffung insgesamt zur Verfügung hätten. Das ist eine Entwicklung, die auf die Dauer, meine sehr verehrten Damen und Herren; wenn wir eine moderne medizinische Versorgung in diesem Land garantieren, nicht ermöglicht, mit diesen Mitteln das durchzuführen. Bei allem Verständnis dafür, daß man meint, das sei ein großer Brocken, werden wir den Personalaufwand nicht eindämmen können oder man

findet Mittel und Wege, effizienter in den Anstalten zu arbeiten. Man wird also Mittel und Wege finden müssen. Derzeit ist es auch auf Grund gesetzlicher Situationen nicht möglich, den Personalaufwand einzudämmen. Daher muß eine Anhebung des Sachaufwandes notwendig sein.

Und nun bitte, meine Damen und Herren, zwei Ziffern noch. Im Jahre 1970 waren in unseren Anstalten 5959 Dienstposten vorgesehen, im Jahre 1982 sind es 8142, das ist eine Steigerung von 37 Prozent.

Und nun zum Abgang der Krankenanstalten, wo immer wieder zum Ausdruck kommt, er sei auf die Dauer nicht verkraftbar, er sei explosionsartig angestiegen. Zum Abgang, soweit ihn zur Zeit das Land zu tragen hat. Der Anteil des ordentlichen Haushaltes für die Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten zum Gesamthaushalt gesehen hat sich in den letzten zehn Jahren immer im Rahmen zwischen 19 Prozent und 19,5 Prozent bewegt und bewegt sich auch heuer in diesem Rahmen. Der Abgang der Krankenanstalten betrug im Jahre 1970 223 Millionen Schilling oder 5,47 Prozent des gesamten Landesbudgets. 1978 betrug dieser Abgang 775 Millionen Schilling oder 5,56 Prozent, 5,47 Prozent, 5,56 Prozent des Landesbudgets. Berücksichtigt man nun jene Mittel, die uns seit 1978 aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zur Verfügung gestellt werden, ergibt sich für 1982 ein präliminierter Abgang von 3,6 Prozent. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das bedeutet, daß der Abgang im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen des Landes sich gegenüber dem Jahre 1970, weil wir aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds diese 430 Millionen Schilling bekommen, auf 3,21 Prozent verringert hat. Es ist also nicht diese explosionsartige Entwicklung, die das Land in diesem großen Ausmaß belastet, eingetreten. Es hat sich der Abgang ausgeweitet, aber die Belastung des Landes ist nicht größer geworden. Eine auch nicht gute Entwicklung hat sich auf dem außerordentlichen Haushalt ergeben im Hinblick auf die ungute Entwicklung für den Referenten, der diesen Anstalten vorsteht. Ein Beispiel: Im Voranschlag für dieses Jahr sind im außerordentlichen Voranschlag nur mehr Mittel von rund 45 Millionen Schilling vorgesehen, das sind 7,9 Prozent des gesamten außerordentlichen Haushaltes des Voranschlages 1982. Im Vorjahr waren dies noch 12,2 Prozent, vor fünf Jahren waren dies noch 20 Prozent, und vor 20 Jahren waren es noch 60 Prozent des ordentlichen Haushaltes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Präliminar von 45 Millionen Schilling im Jahre 1982 hat einen imposanten Tiefstand erreicht. Ich meine, daß auch dieser Entwicklung Einhalt geboten werden sollte. Meine Damen und Herren, ich sehe schon ein, daß man nicht gleichzeitig verschiedenste Schwerpunkte setzen kann. Wir hatten in den letzten Jahren den Schwerpunkt der Berufsschulen. Ich glaube, das ist abgeschlossen. Wir sollten wieder einen Schwerpunkt auf dem Hochbausektor in den Krankenanstalten legen, und das würde mit der Wirtschaftspolitik, wie sie mehrfach in der Gruppe 7 auch von Herrn Landesrat Fuchs dargestellt wurde, konform gehen, denn ich sage noch einmal, und ich wiederhole es (Beifall bei der SPÖ.), ich wiederhole es, Hochbauten sind höchst wirksam für die Wirtschaft in diesem Land, weil der Hochbau – ich bin ja kein Fachmann, aber man erzählt

es mir, und man liest es – überall hineingreift, und daß eben viele, viele Sparten über den Hochbau befruchtet werden. Meine Damen und Herren, daher bekenne ich mich auch zu Feldbach und Bruck. Ich mache es gleichzeitig, damit da kein Irrtum entsteht. Mein Oststeirerherz schlägt für Bruck mindestens so wie es für Feldbach schlägt. Aber nicht, weil ich versessen darauf bin, jetzt unbedingt als der große Baumeister in diesem Land zu gelten. Meine Damen und Herren, ich lade Sie wirklich ein. Ich lade den Gesundheitsausschuß, ich lade den Krankenanstaltenausschuß ein, einmal alle steirischen Anstalten zu besichtigen, aber auch an Feldbach und Bruck nicht vorbeizufahren. Sie werden mit mir einer Meinung sein, wenn Sie alles gesehen haben, wenn Sie auch das Landeskrankenhaus gesehen haben, wo die Fassaden abbröckeln, wo es bereits die Bausubstanz angreift, daß hier etwas geschehen muß. Meine Damen und Herren, es wird immer von den Folgekosten gesprochen. Der Neubau Feldbach, der Neubau des Standardkrankenhauses Bruck mit der Möglichkeit der Erweiterung und Ergänzung zum Schwerpunktkrankenhaus Bruck-Leoben, so muß man die Dinge tatsächlich sehen, bringt nicht jene Folgekosten wie ein neu zu errichtendes Krankenhaus. Denn dort gibt es ein Krankenhaus in Bruck, in Feldbach gibt es ein Krankenhaus. Ich bitte Sie, sich dieser Meinung anzuschließen, und das gestrige Mißverständnis ist auch darauf zurückzuführen, daß wir in der Regierung beschlossen oder zugestimmt haben, daß 1982 keine Neubauten begonnen werden. Die Frau Abgeordnete Meyer hat ja den Antrag gestellt, daß 1983 in Bruck (Abg. Dr. Schilcher: „Wir haben aber das Budget 1982!“) – Herr Kollege Schilcher, gerade Sie mit Ihrem visionären Blick für die Zukunft, Sie werden sich doch nicht nur im Jahr 1982 festnageln lassen. Sie werden doch über dieses Jahr hinaus in das Jahr 1983 hineinblicken können und auch wollen! (Abg. Brandl: „Der Zeit voraus!“) Ich glaube, das war wirklich ein Mißverständnis. Ich sage es noch einmal, ich glaube, ich gehe hier mit dem Wirtschaftslandesrat Fuchs konform. Da kurbeln wir an, wenn wir Möglichkeiten finden. (Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Wir stehen auch zu unseren eigenen Beschlüssen!“) Wir stehen ja auch dazu. Aber, Herr Kollege Fuchs, ich weiß nicht, warum jetzt das Mißverständnis weitergetrieben wird. Wir haben beschlossen, 1982 keine Neubauten zu beginnen. Aber wir werden doch sagen wollen und sagen dürfen, 1983 soll ein neuer Schwerpunkt geschaffen werden, man soll es doch verlangen dürfen. (Abg. Dr. Maitz: „Die Abänderung des Antrages lautet: ‚nach Maßgabe der Mittel!‘“) Schauen Sie, wir haben ja auch Mittel für die Wirtschaftsförderung. Und ich meine (Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Die sind ja gekürzt, um zehn Prozent gekürzt, ohne daß ich das beknittle!“) – ich meine, daß Hochbauten im Sektor der Krankenanstalten wirtschaftsfördernd sind. Ich bitte Sie, da werde Sie mir doch alle miteinander recht geben. Das ist doch unbestritten. Daher glaube ich, daß wir einen weiteren Effekt damit erreichen, wir fördern nicht nur die Wirtschaft, sondern wir erreichen damit auch, daß künftig unsere Kranken in Feldbach und in Bruck, Knittelfeld und im Landeskrankenhaus Graz, wenn wir das forcieren, besser untergebracht sind, als sie es derzeit sein können. Ich glaube, wir sollten Verständnis dafür haben, auch wenn es hier zu einer erregten Situation gekommen ist. Es ist tatsächlich so, daß seit vielen

Jahren das Thema Bruck, Feldbach im Raum steht, und es letztlich bis heute noch nicht verwirklicht wurde. Außerdem sage ich Ihnen noch einmal, es geht ja gar nicht nur darum, ob wir wollen, eigentlich sind wir durch unser Gesetz, durch unsere 5. Novelle, die wir demnächst beschließen wollen, zum Krankenanstaltengesetz verpflichtet, weil wir dort zum Ausdruck bringen, weil das Schwerpunktkrankenhaus Bruck-Leoben gefallen ist, daß wir uns verpflichten, in einem Versorgungsraum von etwa 300.000 Menschen Schwerpunktkrankenhäuser zu setzen. Wenn wir dann Graz und Bruck haben, wenn wir dem Gesetzesauftrag folgen, ich will das nicht auweiten, sind wir dem noch nicht gerecht geworden.

Ein Wort zur 4. bzw. nunmehr 5. Krankenanstaltengesetz-Novelle. Bedingt durch die Auflösung des Landtages mußte also diese Novelle auf Grund eines Einspruches der Bundesregierung neuerdings eingebracht werden, ist im Haus, steht zur Behandlung. Ich glaube, ich darf hier im Namen aller damit Befassten sagen, daß wir beabsichtigen und willens sind, diese Novelle, die Neuerungen in unserem Krankenanstaltenwesen nach sich ziehen wird, noch in dieser Herbstsession zu beschließen, daß wir wohl dem Einspruch der Bundesregierung Rechnung tragen wollen, daß wir aber auch am Geist des Gesetzes nichts ändern sollen. Ich meine, die Überschaubarkeit der Abteilungen ist eine menschliche Forderung, die Bildung von Departements ist eine Folgeerscheinung davon, und über die Gebührenfrage möchte ich nur eines sagen: Als Vertreter des Landes habe ich in erster Linie auch für dieses Land, daß es mehr Einnahmen hat, Sorge zu tragen. Es wird weiters die Einführung der kollegialen Führung sein, und wir werden zwei Gebührenklassen haben. Wir heben die Sonderklasse von 20 auf 25 Prozent des Planbettenstandes einer Anstalt an. Meine Damen und Herren, ich möchte hier sehr eindeutig feststellen, und das ist auch im Gesetz sehr eindeutig formuliert, daß keine unterschiedliche Behandlung zwischen der allgemeinen und der besonderen Gebührenklasse vorgenommen werden darf. Ich darf Ihnen sagen, daß ich auf die Einhaltung dieser Bestimmung ein besonderes Augenmerk legen werde. Jene, die mich kennen, wissen, daß ich auch dann, wenn notwendig, kritische Bemerkungen anbringe. Es tut mir nur sehr oft leid, daß hinterher bei Weihnachtsreden das Ganze wieder zerredet wird. Ich glaube, man sollte Kritik dort, wo sie notwendig ist, anbringen, aber man sollte nicht alles in Grund und Boden hinein kritisieren. Der Unterschied kann sich nur in der Hotelleistung ergeben. Und da darf ich nun zu einem kommen, was der Herr Abgeordnete Loidl und auch der Herr Abgeordnete Wabl, der eine im Hinblick auf die unterschiedliche Behandlung und der andere im Hinblick auf die Trinkgelder gesagt haben. Meine Damen und Herren, von der Anstaltsleitung her, vom Anstaltsreferat her sind die Dinge geklärt. Nur eines läßt sich nicht dekretieren. Moral und menschliche Unzulänglichkeit läßt sich auch nicht amtlich verbessern. Daß aber diese, wie sie bezeichnet wurden, Mißstände zum Teil vorhanden sind, will niemand bestreiten. Ich sage noch einmal, menschliche Unzulänglichkeit, kein Grund, diese Unzulänglichkeit zu tolerieren, sondern eben den Versuch zu unternehmen, die Menschen dorthin zu führen, daß es zu solchen Mißständen, wenn ich so sagen darf, nicht kommt. Und

noch ein Problem dazu. Es wurde auch bemerkt, ich würde gar nicht sagen, daß es boshaft vermerkt wurde, sondern eben als Tatsache vermerkt, und der Herr Abgeordnete Loidl hat es gesagt, daß Samstag/Sonntag ein verminderter Dienst in den Anstalten stattfindet. Das ist richtig, ein verminderter Dienst findet dort statt, denn wer, meine Damen und Herren, in diesem Land, und hat da kürzlich Minister Dällinger einen Vorstoß versucht, indem er gemeint hat, man müßte ein anderes Arbeitssystem finden, Samstag/Sonntag, wer läßt sich schon seine Fünftagewoche nehmen. Es sind ja jene arm genug daran, die am Samstag/Sonntag trotzdem noch arbeiten müssen. Das ist eine sozialpolitische, gesellschaftspolitische Entwicklung, an der wir Sozialdemokraten nicht unmaßgeblich beteiligt sind, daß es so ist, deswegen dürfen wir es hinterher nicht, weil es manchmal unangenehm ist, kritisieren. Wir haben es, Gott sei Dank, so weit vorangetrieben. (Abg. Loidl: „Du hast das genauso mißverstanden wie der Herr Primar!“) Nein, nein, lieber Freund! Ich habe es nicht mißverstanden, sondern ich habe es nur so dargestellt, wie es hier gestern verstanden wurde, und habe es heute ins richtige Lot gerückt, sozusagen. Also von Mißverständnishäufung soll keineswegs die Rede sein.

Ein Wort noch, meine Damen und Herren, zur Frage der Psychiatrie, zur Psychiatriereform, zur Behandlung psychisch Erkrankter. Die Frage ist in den letzten Wochen besonders in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Ich möchte sagen, daß in der Bevölkerung und bei allen Maßgeblichen ein Bewußtseinsbildungsprozeß dahingehend eingeleitet werden muß, daß psychisch Erkrankte auch Kranke und nicht Aussätzige sind. Ich glaube, das hat sich noch nicht allorts durchgesprochen, daß diese Menschen eine menschliche Behandlung und eine menschliche Unterbringung verdienen. Ich will jetzt nicht zum Ausdruck bringen, daß sie etwa in unseren Anstalten unmenschlich behandelt, unmenschlich untergebracht sind, aber man kann einem das schönste Spitalsbett geben, was er lieber hat, ist ein etwas Mehr an Freiheit. Es ist richtig, was der Herr Abgeordnete Sponer gesagt hat, 30 Prozent der in unserem Landessonderkrankenhaus untergebrachten Patienten könnten sofort auf freien Fuß gesetzt werden, wenn sich jemand um sie kümmern würde, wenn sich die Familie kümmern würde, Vereine sich um sie kümmern würden. Es wäre nicht nur eine Kostenersparnis, sondern es wäre eine Vermenschlichung für diese Menschen. Ich glaube, gerade dorthin müssen wir unser Augenmerk richten. Es ist gut, daß alle Parteien übereingekommen sind, dem psychisch Erkrankten mehr Augenmerk zu schenken. Ein Drei-Parteien-Antrag liegt hier im Haus vor, der besagt, daß das Krisenzentrum am Griesplatz erhalten und gesichert werden muß und der Verwaltung des Landessonderkrankenhauses angeschlossen wird.

Meine Damen und Herren, abschließend, nein, noch nicht abschließend, einige Bemerkungen zu den Abgängen in den Landwirtschaftsbetrieben. Die Landwirtschaftsbetriebe, die den Landeskrankenanstalten angeschlossen sind, hatten in der Vergangenheit eine ganz besondere wirtschaftliche Aufgabe im Hinblick auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln, mit guten, gesunden Nahrungsmitteln. Wenn man weiter zurückdenkt als nur auf gestern, dann hatten sie diese

Aufgabe. Ich sage, diese Aufgabenstellung hat sich verändert, und ich bin bereit, dieser veränderten Aufgabenstellung Rechnung zu tragen. Das geschieht auch. Ich will es nur an zwei Beispielen aufzeigen. Stolzalpe: Auflassung der Schweinehaltung Juli 1981. Reduzierung der Rinderhaltung unter Anpassung der Milchproduktion an die Bedürfnisse der Anstalt. Das geschieht, es wird eine Verminderung eintreten. Aber nur geschieht da folgendes, und da ist eine falsche Rechnung dabei. Meine Damen und Herren, die Schneeräumung auf der Stolzalpe wird dem Landwirtschaftsbetrieb zugerechnet. Ich bitte Sie, wie wollen Sie das gewinnbringend gestalten? Ich bin davon überzeugt, daß die Schneeräumung ungefähr dem Abgang dieser Anstalt gleichkommt. Ich werde eine Ergänzung zum Kontrollbericht verlangen, weil das kommt ja dort gar nicht zum Ausdruck, daß die die Schneeräumung machen. Und wer die Stolzalpe kennt, wer das Murtal kennt, der weiß, daß es dort sehr oft schneit. Ich glaube, da werden wir uns nicht streiten darüber. Um ein weiteres Beispiel zu sagen, Hörgas: Auflassung der Schweinezucht 1981, Reduzierung der Stiermast, Einstellung des Ankaufes von Masttieren sind für das Jahr 1982 geplant. Umstellung der Produktion in dieser Anstalt auf viehlose Bewirtschaftung. Erst dann, wenn die Personalfragen, das muß man wohl menschlich mitberücksichtigen, gelöst sind. Verpachtung dieser Grundstücke: ja, Verkauf: Meine Person würde dazu nein sagen. Auch hier zu Hörgas, aber nicht nur zu Hörgas-Enzenbach, sondern zu allen Anstalten. Dem Landwirtschaftsbetrieb zugeordnet ist auch die gärtnerische Betreuung des Umlandes der Anstalten. Meine Damen und Herren, auch da wird sich nichts Gewinnbringendes herauschinden lassen. Aber eine Reduzierung des Abganges ist sicherlich notwendig.

Und nun wirklich zum Schluß kommend, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte allen Bediensteten in unseren Anstalten für die Leistungen im vergangenen Jahr meinen Dank aussprechen, und dem mit Ende des Jahres in den Ruhestand tretenden Primararzt des Landessonderkrankenhauses Stolzalpe, Herrn Dr. Theodor Bockinporoda, für seine langjährigen aufopfernden Dienste, er ist seit 1946 im Landesdienst, einen herzlichen Dank sagen.

Vollkommen überraschend hat uns vor kurzem die traurige Nachricht erreicht, daß Herr Primarius Dr. Häusler, der Leiter der Kinderabteilung des Landessonderkrankenhauses Stolzalpe, und der Leiter des Landeskrankenhauses Mariazell, Herr Primarius Dr. Eigner, für immer von uns gegangen sind. Beide Herren haben in ihren Häusern dem Wohle der Bevölkerung gedient, und wir wollen ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren. Mein besonderer Dank gilt auch allen Bediensteten in der Rechtsabteilung 12 und in der Fachabteilung IV a, die mit großem Eifer die vielfältigen Aufgaben im abgelaufenen Jahr gemeistert haben. Stellvertretend für alle Mitarbeiter möchte ich den Vorständen dieser Abteilungen, den Herren Wirkl. Hofräten Dr. Josef Schaffer und Dipl.-Ing. Robert Reiter für die geleistete Arbeit danken. Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich für Ihr großes Interesse, Ihr großes Wohlwollen, das Sie den steirischen Krankenanstalten entgegenbringen, ebenso herzlichen Dank sagen, und Sie gleichzeitig

bitten, nicht zu vergessen, diese Krankenanstalten im nächsten Jahr besser zu dotieren. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Ich erteile nun Herrn Landesrat Professor Jungwirth das Wort.

Landesrat Prof. Jungwirth: Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte zu einigen Punkten in dieser Gruppe Stellung beziehen und sage zuerst ein paar Worte über die Frage des Suchtgiftes, der Drogenproblematik. Wir haben in der Steiermark auf diesem Gebiet leider steigende Zahlen. Wir haben in der Fachabteilung für das Gesundheitswesen im Jahre 1972 bereits ohne viel Getöse eine Beratungsstelle eingerichtet. Dort können Menschen, in erster Linie sind es junge Menschen, kommen, ohne ihren Namen zu nennen, um sich Hilfe geben zu lassen. Wir verfolgen die Entwicklung an dieser Stelle natürlich sehr genau, und wir müssen sagen, daß die Beratungsziffern steigen, so daß wir auch den Dienst an dieser Beratungsstelle ausweiten mußten. Die Ursachen dafür sind im großen bekannt. Einerseits sind die Drogen leichter erreichbar geworden. Wir liegen ja in der Steiermark an dem großen Trampelpfad, der Mitteleuropa mit dem Nahen Osten verbindet. Die Drogen laufen bei uns durch. Auf der anderen Seite gibt es eine steigende Zahl von Menschen, besonders von jungen Menschen, die zur Droge greifen und zur Droge gelangen. Und es gibt manchmal Leute, die sagen: „Da sind sie selber schuld!“ Es ist ja ganz eigenartig, daß diese Abhängigkeit, daß diese Krankheit in der Öffentlichkeit mit dem Verdacht behaftet ist, daß der Betroffene oder die Betroffene an ihrem Leiden ja selber schuld ist. Wenn jemand Alkoholiker ist, und der Alkoholismus ist ja eine Krankheit, die ähnlich gelagert ist wie die Suchtgiftabhängigkeit, dann ist das ein besseres Kavaliersdelikt, wenn er sich selber oder jemand anderen zu Tode rädert. Er bekommt dafür höchstens drei oder vier Zeilen in der Presse. Passiert das gleiche mit jemandem, der unter Drogeneinfluß steht, dann ist das eine große Sensation. Die Sensation sollte man auf diesem Gebiet eigentlich nicht suchen, und wir haben sie auch bewußt nie gesucht. Es gibt beispielsweise in regelmäßigen Zeitabständen alle vier bis sechs Wochen einen Suchtgiftgipfel, dort treffen sich Vertreter der Krankenhäuser, der Gesundheitsverwaltung, Fachabteilung für das Gesundheitswesen, Sozialämter, Ärzte, aber auch die Fürsorge und auch die Exekutive und die Justiz sind dabei vertreten. Es werden die notwendigen Informationen ausgetauscht. Und alle Fachleute, die damit etwas zu tun haben, haben dringend geraten, hier nicht ununterbrochen die Öffentlichkeit zu suchen. Aus einem einfachen Grund: Die Sensation lockt den labilen jungen Menschen an, und um solche Typen geht es ja dabei. Um junge Menschen, die eine gewisse Disposition haben, und bei denen irgendwo in der Umwelt, im Milieu etwas nicht stimmt. Und das können durchaus sehr gut situierte und äußerlich in Ordnung befindliche Familien sein. Ich persönlich glaube, daß niemand den Hochmut haben darf, zu glauben, daß er, wenn er Kinder hat, vor einer solchen Katastrophe gefeit ist. Ich glaube, grundsätzlich kann es leider jedem passieren, natürlich hängt es ab vom Milieu, in

das er gerät, und sicherlich wird mancher Grund eben in frühen Phasen der Kindheit und der Jugend zu Hause schon gelegt. Aber irgendwo schwebt über jedem die Möglichkeit zu einer solchen dramatischen Entwicklung. Wir müssen also auch für diese Menschen und auch für ihre Eltern und Angehörigen hier sein. Und es wird auf der einen Seite natürlich an den Krankenhäusern, am Entzug, am körperlichen Entzug dieser Menschen, wenn sie einmal abhängig geworden sind, gearbeitet. Aber es geht dann auch um das Problem der Wiedereingliederung, der Resozialisierung, und hier stehen wir eigentlich noch am Anfang in der Steiermark. Es gibt in Niederösterreich, und es gibt in Tirol zwei dementsprechende Anstalten, und es ist auch in der letzten Zeit in der Steiermark geredet worden, daß offenbar leider der Bedarf dafür vorhanden ist, und wir werden uns mit diesem Problem auch auseinandersetzen müssen. Es gibt darüber Vorarbeiten und Berechnungen, weil es ja wiederum um das liebe Geld geht. Es scheint auch so zu sein, daß nach Äußerungen des Wissenschaftsministeriums eine Zustimmung zu erhalten wäre vom Bund, unter der Voraussetzung, daß eine Bettenvermehrung nicht eintritt, so daß eine dislozierte Anstalt der Nervenlinik am ehesten dafür in Frage käme. Es gibt auch verbindliche Äußerungen der Sozialversicherung, daß sie bereit ist, den üblichen Tarif auch für diese Behandlung zu bezahlen. Es wird also in allernächster Zeit notwendig sein, alle verantwortlichen Stellen zu einer Enquete einzuladen, um zu sehen, welche Entscheidung für die Zukunft zu treffen ist. Jedenfalls ist diese Problematik das Phänomen der Drogenabhängigkeit in Graz, aber leider auch im steigenden Ausmaß in steirischen Bezirken ernstlich zu beobachten, und wir haben die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, uns auch um diese Menschen, die in eine grauenhafte Abhängigkeit kommen können oder gekommen sind, zu kümmern.

Nun, meine Damen und Herren, ein paar Worte zu der Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Sponer und zur Replik des Herrn Abgeordneten Stepantschitz über die Hauskrankenpflege. Es ist tatsächlich so, daß sie in Ansätzen in der Steiermark mit Erfolg vorhanden ist. In einzelnen Bezirken und Gemeinden. Ich zähle jetzt keine Liste auf. Es kümmern sich darum einzelne Gemeinden, es kümmert sich auch das Rote Kreuz darum, und es kümmert sich darum der Verein für den sozialmedizinischen Pflegedienst. Und es gibt sehr wohl auch ein Konzept, ein Konzept für das ganze Land, demzufolge etwa auf 20.000 Einwohner eine solche mobile Krankenschwester eingesetzt werden müßte. Das bedeutet etwa 60 Schwestern, die das ganze Landesgebiet abdecken würden, und das bedeutet unter den jetzigen Voraussetzungen etwa eine finanzielle Belastung von 15 Millionen Schilling im Jahr. An und für sich ein Spritzer, wenn man es vergleicht mit dem ganzen Landesbudget, auch wenn man es vergleicht mit dem Budget der Krankenhäuser. Und es ist tatsächlich hier wiederum die Problematik, wie gelingt es, das ganze System des Gesundheitswesens nicht nur umzudenken, sondern auch umzustellen, so daß Dinosaurier angeknabbert werden. Und zwar um ganz wenig, um ein, zwei Prozent angeknabbert werden, und dafür eine wesentlich wirksamere und sparsamere dezentrale Versorgung möglich wird.

Wir stehen vor dieser Problematik. Es wird natürlich, wenn es um das Geld geht, auch darauf ankommen, daß die steirische Gebietskrankenkasse dem guten Beispiel der Bauernkrankenkasse folgt und hier einen ersten Schritt tut, so wie sie es beispielsweise schon seit Jahren im Bundesland Salzburg mit Erfolg getan hat. (Beifall bei der ÖVP.) Es geht um das grundsätzliche Prinzip der Dezentralisierung, der Versorgung, um die Menschennähe und um die Bürgernähe und auch um die größere Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Geldern. In ganz ähnlicher Weise, meine Damen und Herren, ist auch das Krisenzentrum am Grazer Griesplatz seit einigen Jahren tätig gewesen, und es hat auch gestern darüber eine Wortmeldung gegeben. Ich möchte auch dazu ein paar Worte sagen. Wir haben nämlich vor ein paar Tagen hier im Rittersaal ein Hearing zu diesem Thema gehabt, das, so glaube ich, sehr gut verlaufen ist. Dieses Zentrum hat als ein Modellversuch begonnen, gemeindenaher Psychiatrie zu betreiben. Die Behandlung der Geisteskranken ist ja, ich möchte sagen, vorbelastet. Es hat eine Zeit gegeben, da hat man den Narren, wie man landläufig gesagt hat, den Menschen, der sich abnorm verhalten hat, eingesperrt. Narrentürme wurden für diese Menschen errichtet, und man hat sie von der Gesellschaft isoliert. Im Lauf der Zeit hat man begonnen, die Probleme etwas differenzierter zu sehen. Es gibt auf der einen Seite noch immer Krankheiten, ich nenne stellvertretend für alle anderen die Schizophrenie, die in ihren Ursachen letztlich unergründet sind, die etwas Unheimliches für den Menschen haben, und die man versucht, auf verschiedene Wege zu behandeln. Seit dem Einsatz der Psychopharmaka hat man hier neue Wege beschritten, die aber nur Anfänge sein können. Aber es gibt in unseren Krankenhäusern, die sich mit geisteskranken Menschen beschäftigen, durchaus auch Patienten und Patientinnen, die auf andere Weise zu behandeln sind, weil sie im weitesten Sinn des Wortes eher verhaltensgestörte, milieugestörte Menschen sind. Ich kann mich nicht auf die riesige internationale Diskussion über die Psychiatrie an sich jetzt einlassen, es ist ein Religionskrieg. Da gibt es ganz spannende Entwicklungen, beispielsweise im Nachbarland Italien, Sie werden das vielleicht ein bißchen verfolgt haben. Es ist sicher so, daß neue Wege eingeschlagen werden müssen, und daß es gut ist, solche neuen Wege zu gehen. Man kann sie nicht auf Kommando einschlagen, und man kann nicht von heute auf morgen wieder alles umstellen, das ist ganz klar. Der Modellversuch Griesplatz geht eigentlich darauf zurück, daß vor Jahren der leider früh verstorbene Professor Pakesch zu mir gekommen ist und diesen Vorschlag gemacht hat. Es wurde dort von einer Mannschaft unter Leitung des Dr. Danzinger sehr kooperativ zwischen Land, Stadt, Caritas, Arbeitsamt und den verschiedensten Stellen sehr idealistisch und sehr intensiv gearbeitet. Ich muß sagen, ich war selbst am Anfang sehr skeptisch. Ich bin aber doch zur Auffassung gelangt, daß hier bewiesen wurde, daß die gemeindenahere Psychiatrie auch ihre Berechtigung hat. Natürlich wird es wiederum darauf ankommen, zu beweisen, daß Spitäler, daß beispielsweise das Landessonderkrankenhaus oder die Nervenlinik dadurch wirklich entlastet werden. Denn wir werden es uns finanziell einfach nicht leisten können, die Spitäler so groß zu belassen wie sie sind und noch Gemeindepsy-

chiatrien im ganzen Land aufzubauen und zu finanzieren. Das wird einfach finanziell nicht gehen. Aber es scheint doch so zu sein, daß die Verweildauer von Patienten im Landessonderkrankenhaus zu sinken begonnen hat – und man wird sich das natürlich genau beweisen lassen müssen –, weil die Nachversorgung am Griesplatz möglich gewesen ist. In diesem Sinn haben wir uns über die Fachabteilung für das Gesundheitswesen jahrelang bemüht, mit Subventionen zu helfen. Ein abschließender Bericht über diesen Modellversuch wird sogar von der Akademie der Wissenschaften finanziert, und wird in einigen Wochen der Öffentlichkeit hier in Graz vorgestellt werden. Ich nehme an, daß es gelingen wird – das Hearing, von dem ich schon früher gesprochen habe, ist in diesem Sinn gelaufen –, eine Sicherung dieser Stelle dadurch zu finden, daß man sie an das Landessonderkrankenhaus anhängt und damit auch die organisatorischen und die finanziellen Gegebenheiten verbessert. In diesem Sinn sind die Besprechungen gelaufen, und der Kontakt zwischen dem Krankenhausreferat und dem Referat für Gesundheitswesen ist glücklicherweise sehr gut, so daß auch für diese Kranken, ich glaube, in Zukunft bei uns in Graz und in der Steiermark eine neue Hoffnung besteht.

Meine Damen und Herren, ein Wort zur ärztlichen Versorgung, weil auch dieses Problem angeschnitten wurde. Es ist richtig zu sagen, daß das Recht der Menschen auf die Nähe der medizinischen, der ärztlichen Versorgung ein Grundrecht für uns sein muß, und daß wir daher auf die steirischen Bezirke und den ländlichen Raum in ganz besonderer Weise achten müssen. Nun ist die Fachabteilung für das Gesundheitswesen zusammen mit der Sozialversicherung und der Ärztekammer dafür zuständig. Unser Problem dabei ist, daß die niedergelassenen Ärzte, praktischen Ärzte und Fachärzte, im Durchschnitt in der Steiermark ein sehr hohes Durchschnittsalter haben. Die Überalterung der niedergelassenen Ärzte macht uns große Sorgen. Die Abwanderung ist daher groß, und wir haben alle Hände voll zu tun, diese Abwanderung zumindest auszugleichen. Das tun wir unter anderem durch die Gewährung von Zinszuschüssen für die Niederlassung von praktischen Ärzten und von Fachärzten im ländlichen Raum. Im abgelaufenen Jahr haben sich diese Zahlen pari gehalten. 52 Ärzte sind in Pension gegangen, 51 haben sich neu niedergelassen. Es besteht für das Jahr 1982 durchaus neue Hoffnung. Es wurden nämlich in Absprache mit der Sozialversicherung rund 50 neue Planstellen für die Steiermark geschaffen. Wir wissen auf der anderen Seite, daß die Zahl der Turnusärzte in den Spitälern sehr stark angestiegen ist. Es wird also durch natürlichen Abgang und natürliche Nachfolge ein stärkerer Druck entstehen, so daß anzunehmen ist, daß sich schon ab dem Jahr 1982 die Versorgungslage in der Steiermark auch auf diesem Gebiet weiter, in einem höheren Ausmaß als bisher, bessert. Es ist besonders erfreulich, daß es dadurch auch gelingt, mehr Fachärzte als bisher in die Bezirke hinauszubringen. Erstmals haben sich beispielsweise in den Bezirken Murau und Radkersburg im Jahre 1981 Fachärzte für Frauenkrankheiten angesiedelt, und erstmals ist es gelungen, in den Bezirk Leibnitz einen Urologen zu bringen. Das ist für die dortige Bevölkerung ein ungeheurer Fortschritt, wenn

man weiß, was es bedeutet, Stunden und Stunden fahren und warten zu müssen in einem Wartezimmer in Graz, wenn man aus dem Bezirk Murau, Radkersburg oder einem anderen abgelegenen steirischen Bezirk nach Graz fahren muß, weil man näher keinen Facharzt hat oder keine Klinik, wo man sich behandeln lassen kann.

Noch ein paar Worte zum Naturschutz, weil hier auch sehr wichtige Entwicklungen passieren, und gestern auch einige Abgeordnete sich diesbezüglich zu Wort gemeldet haben. Ich war dem Herrn Abgeordneten Pörtl sehr dankbar, daß er von sich aus als wirtschaftender Mensch zu dieser Problematik Stellung genommen hat, und die Brücke des Verständnisses gebaut hat, die auch von seiten des Naturschutzes gebaut werden muß. Denn in Wahrheit klaffen die Dinge auseinander. Wir sind auf der einen Seite in unserer Industriegesellschaft Menschen, die sagen: „Diese Entwicklung hat uns unheimlich viel gebracht“, und wir brauchen Arbeitsplätze, und wir brauchen den Fortschritt. Und auf der anderen Seite sagen wir oft im gleichen Atemzug, wir, die arbeitenden Menschen, wir haben ein Recht auf die Erholungslandschaft, auf die schöne, auf die gesunde Landschaft, und wir müssen diese Landschaft erhalten, und sie muß für uns geschützt werden. Und hier schlagen sich die Dinge im Raum, denn es ist natürlich klar, daß die Dezimierung des Naturraumes durch den Fortschritt der industriellen Gesellschaft weitestgehend entstanden ist. Die Zerstörung von Boden und Lebensräumen für Pflanzen und für Tiere und letzten Endes auch für den Menschen ist durch Siedlungen, durch Industrie, durch Straßenbau entstanden, durch die Monokulturen. Der Fichtenwald beispielsweise ist ein viel ärmerer Lebensraum in der Natur als der Mischwald. Die Fichtenmonokulturen, die im starken Vormarsch sind, haben die Lebensräume für manche Pflanzen und Tiere entscheidend eingeschränkt und praktisch zum Verschwinden gebracht. Und dasselbe gilt beispielsweise für die Begradigung der Gewässer. Gerinne, die nur mehr gerade durchs Land laufen und an deren Ufer keine Bäume, keine Hecken mehr stehen, sterben aus. Eine Aulandschaft ist ein ideales Biotop, ein idealer Lebensraum für Pflanze und für Tier. Natürlich sind auch die Methoden der Intensivbewirtschaftung in der Landwirtschaft mit maschinellem Einsatz und mit dem Einsatz der Chemiekalien nicht immer naturfreundlich. Es geht nicht darum, und es kann nicht darum gehen, diese beiden Interessen ununterbrochen gegenseitig auszuspielen, sondern es ist uns eigentlich jederzeit und allen Menschen ununterbrochen die Frage gestellt, wie vereinen wir Ökonomie und Ökologie. Und zwar auf engem Raum. In Nordamerika tut man sich leicht, einen Nationalpark zu schaffen. Das ist ein Riesenland, das ist ein Kontinent. Da kann man natürlich Hunderte Hektar leicht einmal unter Schutz stellen, wo ohnehin keine Menschen wohnen. Hektar, die nicht gebraucht werden für Ansiedlungen, für Fabriken, für Straßen und so weiter und so fort. Aber bei uns, in unserem kleinen Raum, in unseren engen Tälern, ist es jederzeit ein Problem, ein Gebiet unter Schutz zu stellen, weil damit sehr schnell Interessen berührt werden. Aber es geht um die Zukunft, und es geht jetzt darum, die Menschen selber anzusprechen, auch selber bereitzumachen, etwas zu tun. Der Abgeordnete

Ritzinger hat gestern schon über die Vorhaben der Naturparke in der Steiermark berichtet. Es gibt inzwischen drei, im Pöllauer Tal, in der Sölk und auf der Grebenzen. Gerade dort ist es gelungen, mit den Gemeinden und mit der Bevölkerung eine sehr positive Entwicklung einzuleiten, weil man dort in typischen Fremdenverkehrsgebieten gesehen hat, daß man ein gemeinsames Interesse hat, Natur zu schützen und Natur ohne Schaden zu bewahren. Ich glaube, wir werden im Jahre 1982 soweit sein, daß wir in Pöllau endgültig diesem Pöllauer Tal das Gütesiegel „Naturpark“ auch offiziell überreichen können, und das wird sicherlich auch eine Signalwirkung für andere Gebiete im ganzen Land haben. Ich muß offen sagen, auf der anderen Seite ist die Frage eines Nationalparks eine sehr heikle Problematik. Wir sind in den Niederen Tauern an der Arbeit, und wir haben einzelne Fortschritte erzielt. Wir haben eine Kernzone bereits unter Schutz gestellt bei den Klafferkessele, und eine weitere Verordnung wird sicherlich im Jänner oder Februar des nächsten Jahres erlassen werden. Es gibt auch Vorverhandlungen und gut laufende Vorinformationen auf der Murauer Seite und in der Sölk drüben, aber es gibt andere Regionen in der Nähe der Salzburger Grenze, wo sich die Dinge noch sehr, sehr speißen. Und hier brauchen wir ganz einfach Geduld. Wir brauchen Vertrauen, wir brauchen das Vertrauen der Bevölkerung, die dort lebt und wohnt und wirtschaftet. Denn, meine Damen und Herren, über die Köpfe der betroffenen Bevölkerung hinweg können wir nie erfolgreich Naturschutz betreiben. Dieses Prinzip werden wir auch in den Niederen Tauern halten. Es hat letzten Endes in unseren benachbarten Bundesländern, in Kärnten, in Tirol und Salzburg nicht weniger als zehn Jahre gedauert, zehn Jahre, bis das erste Teilgebiet eines Nationalparks Hohe Tauern – das war vor ein paar Wochen – offiziell proklamiert werden konnte. Hier sind Jahre, fünf Jahre, zehn Jahre, eine relativ kurze Zeit. Aber wir haben begonnen, und ich bin sicher, daß wir auf unserem Weg auch gut weiterkommen werden. Wir kommen gut weiter, wo uns die Menschen helfen. Ich möchte an dieser Stelle die Arbeit nicht unerwähnt lassen, die viele Naturschützer im ganzen Land leisten, und stellvertretend für alle nenne ich die Berg- und Naturwacht. Was sie leistet in freiwilligen Arbeitsstunden, um unsere Landschaft schön und von Verunstaltung freizuhalten, muß man immer wieder mit großem Dank anerkennen. Wir haben eine Statistik über die Aktion „Saubere Steiermark“. Berg- und Naturwächter räumen das ganze Jahr über im ganzen Land Autowracks weg, die andere irgendwo in der Landschaft liegen und stehen lassen. In den letzten fünf Jahren, meine Damen und Herren, waren es immerhin 28.000 Autowracks, die in freiwilligen Arbeitsstunden von steirischen Berg- und Naturwächtern aus der Landschaft abgeschleppt wurden. Ich glaube, das verdient einen großen Dank und eine große Anerkennung. (Allgemeiner Beifall.) Es geht immer wieder um unsere Einstellung zum Leben und zur Natur. Überhören wir dabei nicht die Stimme der Jugend. Die jungen Menschen haben dafür ein Gefühl, weil sie wissen, daß sie in ihrer Zukunft von diesen Entwicklungen sehr betroffen sind. Und ich bringe ein Zitat, das von einem sehr jungen Menschen stammen könnte, in Wahrheit von einem alten Weisen ist, einem österreichischen Nobelpreisträger, Konrad Lorenz, der vor kurzem gesagt hat:

„Die einzig legitime Einnahme an Energie“ – er hat über die Energieproblematik gesprochen – „ist die Sonnenstrahlung. Die, die das nicht verstehen, die, die immer noch glauben, daß man goldene Nockerln fressen kann, sind jedoch nicht so dumm, die Zusammenhänge nicht zu verstehen. Sie sind auch nicht so böse, daß sie ihren eigenen Enkel einem schrecklichen Tod überantworten wollen. Sie glauben nur nicht an die Wirklichkeit. Wirklich ist für den Menschen das, womit er täglich umgeht, was auf ihn wirkt, wofür er sich sorgt. Und das ist eben für 99,9 Prozent aller Menschen das Geld, denn Geld ist zählbar, Geld ist wirklich. Auch wenn der Moment rapide herankommt, in dem man auch für fünf Kilo Gold keinen Liter Sauerstoff bekommt und keinen Liter unverdorbenes Wasser, geschweige denn etwas zu essen.“ Ende des Zitates von Konrad Lorenz, der sich um seine Zukunft, leider, weil er schon sehr alt ist, keine Sorgen mehr zu machen braucht, den ich aber stellvertretend zitieren wollte für viele junge Menschen, die ähnlich denken und reden, und das sollen wir nicht übersehen.

Meine Damen und Herren, abschließend einen großen Dank für alle Männer und Frauen, die in der Steiermark für Natur und Gesundheit auch im abgelaufenen Jahr etwas geleistet haben. Auch in meiner Fachabteilung für das Gesundheitswesen und bei den Amtsärzten draußen in den Bezirken möchte ich mich sehr bedanken, und ich nenne stellvertretend für viele eine Dame, die heute unter uns ist, ich habe sie gebeten herzukommen, damit ich diesen Dank auch hier im Hohen Landtag persönlich abstellen kann. Sie geht, man glaubt es kaum, wenn man sie so jugendlich sieht, mit Ende des Jahres in Pension. Es handelt sich um Frau Helga Lutter, unsere Landesoberfürsorgerin. (Allgemeiner Beifall.) Frau Lutter hat 1941 ihr Diplom erworben, nach der Matura, und ist dann gleich in die Fürsorgearbeit in der ersten Instanz, also in den Bezirkshauptmannschaften der Steiermark, eingetreten. Sie kam 1962 zu uns nach Graz in die Fachabteilung für das Gesundheitswesen als Stellvertreterin für die damalige Landesoberfürsorgerin Lechner, und hat ihre jetzige Funktion seit 1971 zehn Jahre lang bestens ausgefüllt. Sie hat in der Praxis in ihrer fürsorglichen Tätigkeit viel Menschlichkeit und Kompetenz bewiesen, sie hat immer wieder die Zusammenarbeit gesucht zwischen Fürsorge, Amtsärzten und allen anderen Stellen, die in ihrer Arbeit wichtig gewesen sind, sie hat sich ganz besonders um die Fort- und Weiterbildung ihrer Kolleginnen und Kollegen gekümmert, das ist ja in der heutigen Zeit auch von besonderer Bedeutung, und ein besonderes Anliegen für sie war auch der Ausbau und die Entwicklung unserer Mütterberatungsstellen im ganzen Land. Wenn wir hier in den letzten Jahren einen großen Fortschritt auf dem Gebiet der Mütterberatungsstellen in der Steiermark erzielen konnten, so geht das ganz wesentlich auf den Einsatz von Frau Helga Lutter zurück. Und ich möchte hier in diesem Hohen Haus im Namen der Steiermärkischen Landesregierung sehr herzlich danken und ihr einen guten, einen menschlichen Ruhestand wünschen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zur Gruppe 5 liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Horvatek: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag.

Präsident Feldgrill: Meine Damen und Herren, sollen Sie den Ansätzen der Gruppe 5 Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Händezeichen. Die Gruppe ist angenommen.

Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alois Erhart. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erhart: Herr Präsident, Hoher Landtag!

Die Gruppe 4 „Soziale Verwaltung, soziale Wohlfahrt, Wohnbauförderung“ umfaßt folgende Ansätze: Allgemeine öffentliche Wohlfahrt, unterteilt in Einrichtungen und Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, Einrichtungen und Maßnahmen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfe für Kriegsopfer und Geschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz, die freie Wohlfahrt, unterteilt in Entwicklungshilfe im Ausland, Flüchtlingshilfe, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Jugendwohlfahrt, unterteilt in Erziehungsheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Behebung von Notständen, unterteilt in Einrichtungen und sozialpolitische Maßnahmen, Altersvorsorge, familienpolitische Maßnahmen und Familienlastenausgleich.

Der Ansatz 48 umfaßt die Wohnbauförderung des Landes mit den Unterabschnitten „Allgemeine Wohnbauförderung“, „Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz“, „Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz“ und sonstige Maßnahmen. Insgesamt stehen in der Gruppe 4 den Einnahmen von 2.922.038.000 Schilling Ausgaben von 3.969.452.000 Schilling gegenüber. Im Namen des Finanzausschusses, der sich mit der Gruppe 4 eingehend befaßt hat, beantrage ich die Annahme dieser Gruppe.

Präsident Feldgrill: Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, um die Möglichkeit zu sichern, daß die zuständigen politischen Referenten in jenen Gruppen ihr Schlußwort halten können, in denen mehrere politische Referenten budgetiert haben, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Haus vertretenen Parteien vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4, soziale Wohlfahrt. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zinkanell. Ich erteile es ihm.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, Herr Präsident!

Die Ausgabensumme der Gruppe 4 ist von 3462 Millionen Schilling des Erfolges im Jahre 1980 über 3710 Millionen Schilling im Voranschlag des Jahres 1981, also heuer, auf 3969 Millionen Schilling im Voranschlag für 1982, also in zwei Jahren, um rund 400 Millionen Schilling angestiegen. Die Summe der Einnahmen mit 2922 Millionen Schilling für 1982 weist gegenüber dem Voranschlag 1981 eine Erhöhung um 203 Millionen Schilling, gegenüber dem Erfolg 1980 eine solche Erhöhung um 462 Millionen Schilling auf.

Diese Globalzahlen sollen allerdings als Maßwerte der Entwicklung dieses Budgetteiles gesehen werden, denn es würde zu weit führen, auf die inneren Zusammenhänge der einzelnen Posten einzugehen. Den Hauptteil der Erhöhung sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite bringt die Wohnbauförderung mit Beträgen von weit über 2 Milliarden Schilling, wobei allein im Ansatz 482 ein Zweckzuschuß des Bundes in der Höhe von 1900 Millionen Schilling für 1982 angeführt ist. Darüber werden aber andere Abgeordnetenkollegen sachkundig sprechen. Die Gruppe 4 wird zwar finanziell von der Wohnbauförderung stark dominiert, doch die anderen Untergruppen und Ansätze mit ihren vielfältigen sozialen, sehr menschlichen Zielsetzungen und Einflußnahmen stehen im Vordergrund des Denkens und Handelns vieler Tausender Menschen, gebender als auch, und vor allem, empfangender. Wenn man auch die Untergruppe 44 „Behebung von Notständen“ mit ihren von Jahr zu Jahr außerordentlich variablen finanziellen Erfordernissen aus der Darstellung der Aufwendungen der Gruppe 4 herausnimmt, obwohl dieser Ansatz selbstverständlich notwendig und wichtig ist, dann kommt man auf den Kern des eigentlichen Sozialbereiches, und zwar auf die Untergruppe 41, „Allgemeine öffentliche Wohlfahrt“, wie sie vom Herrn Berichterstatter schon erwähnt wurde, Untergruppen 42, „Freie Wohlfahrt“, und 43, „Jugendwohlfahrt“, ebenfalls mit ihren vielfältigen, für die Betroffenen so wichtigen Aktivitäten. In diesen drei Untergruppen stellt die „Allgemeine öffentliche Wohlfahrt“ den weitaus gewichtigsten Teil dar. Die positive Entwicklung des unmittelbaren Sozialbereiches beweist, daß trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten und trotz sogenanntem Sparbudget, wobei ich das „sogenannte“ eigentlich gar nicht betonen sollte, die Landesregierung den Willen hat, wirksam zu helfen, und es beweist, daß es dem zuständigen Referenten Landesrat Josef Gruber gelungen ist, seine Regierungskollegen von der Notwendigkeit einer entsprechenden Finanzierung aller dieser sozialen Aufgaben zu überzeugen. Damit nicht der Eindruck von Lobhudelei entsteht, darf ich einen eher kritischen Kollegen Ihrer Fraktion, meine Damen und Herren von der ÖVP, nämlich Herrn Primarius DDr. Stepantschitz zitieren, der bei der vorjährigen Debatte im Zusammenhang mit der Arbeit des Altenhilfswerkes für Landesrat Gruber sehr herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung gefunden hat. Ich schließe mich, wenn auch ein Jahr später, diesem Dank sehr gerne an, weil die Aufgaben und Leistungen des Ressorts ja nicht kleiner geworden sind, sondern, gerade auch, was die Betreuung der älteren Generation betrifft, vervollständigt und ausgebaut wurden. Ich möchte insbesondere wiederum zu Fragen der älteren Generation sprechen. Andere Kollegen werden zu anderen Themen dieser Gruppe reden. Vor allem möchte ich erwähnen: Das Altenhilfswerk, dessen Arbeit schon voriges Jahr durch mehrere Redner große Beachtung gefunden hat, konnte seine Tätigkeit auf sieben Bezirke, und zwar Graz, Leoben, Bruck, Mürzzuschlag, Feldbach, Leibnitz, Knittelfeld, ausdehnen, wobei zu erwähnen ist, daß Graz 17, Leoben fünf, Bruck drei und Mürzzuschlag zwei Altenhelferinnen haben. Die anderen Bezirke haben je eine Altenhelferin. Dazu kommt noch, das soll erwähnt werden, daß die Städte Feldbach, Mürzzuschlag und Gleisdorf ebenfalls je eine Altenhel-

ferin beschäftigen. Die Ausbildung der Altenhelferinnen erfolgt bekanntlich durch die Fachschule für Altdieriste. Nachdem der praktische Einsatz doch eine beachtliche Vielseitigkeit und auch großes psychologisches Einfühlungsvermögen erfordert, ist vorgesehen, mit Herbst 1982 die Ausbildungsdauer von einem Jahr auf zwei Jahre zu erweitern. Es ist, glaube ich, notwendig, auch bei der diesjährigen Budgetdebatte zu unterstreichen, daß durch die Tätigkeit des Altenhilfswerkes - und der Landesrat Gruber konnte für 1981 2 Millionen Schilling dafür zur Verfügung stellen - vielen älteren Menschen die Möglichkeit gegeben wird, trotz der verschiedenen Beschwerlichkeiten, die das Alter leider häufig mit sich bringt, in den eigenen vier Wänden, in ihrem eigenen Zuhause verbleiben zu können. Nachdem dieser wünschenswerte Umstand außerdem noch wesentlich billiger kommt als ein Heimplatz mit allen damit verbundenen Kosten, sollten in Zukunft noch mehr als bisher die Bestrebungen des Präsidiums des Altenhilfswerkes, des Landesrates Gruber und des Kanonikus Monsignore Thiel, nach weiterem Ausbau dieser bewährten Institution von allen Verantwortlichen des Landes unterstützt werden. Diese Bitte geht besonders an die Mandatäre, Bürgermeister und Gemeindefunktionäre in den Bezirken, die dankenswerterweise in den Sozialhilfeverbänden mitwirken. Bei der Feststellung der Dringlichkeit der Aufwendungen soll dem Altenhilfswerk eine vorrangige Position zuerkannt werden. Natürlich ist es dann auch unvermeidlich, daß die Kosten, die durch den Einsatz von Altenhelferinnen entstehen, dem entsprechenden Anteil gemäß bezahlt werden. Den besorgten Stimmen, die man dort und da hören kann, und die meinen, daß die Sozialaufwendungen nicht mehr verkräftet werden könnten, denen kann man beruhigt sagen, daß der Anteil des eigentlichen Sozialbereiches am Gesamtbudget des Landes 4,6 Prozent ausmacht. Und davon wird rund ein Drittel für die alten Menschen ausgegeben. Wenn vom Einsatz der Altenhelferinnen gesprochen wird, dann müßte man eigentlich auch die Städte Deutschlandsberg und Kapfenberg erwähnen, die schon seit Jahren in Zusammenarbeit mit der Volkshilfe solche Hilfsdienste eingerichtet haben und sie sehr erfolgreich praktizieren, und die Leute sind sehr froh darüber, es betreiben allerdings auch andere Institute diese Hilfsdienste.

Meine Damen und Herren, ich möchte in meinem Debattenbeitrag auch diesmal wiederum auf die außerordentlich wertvolle Tätigkeit der Pensionistenverbände aufmerksam machen. Bescheidenweise habe ich schon voriges Jahr nicht ganz ohne Beachtung der Hinweise von ganz rechts es unterlassen, die vielen Veranstaltungen, die Fahrten, die Kurse anzuführen, die unser Pensionistenverband, über den ich natürlich besonders gut informiert bin, organisiert. Ich bin aber überzeugt, daß die Seniorenverbände und -vereine der anderen Parteien und der Gewerkschaften in ähnlicher Weise aktiv sind. Allein die Animation, bei Ausflugsfahrten zu günstigen Bedingungen mitzumachen, bringt einerseits den Teilnehmern sehr viel Freude, und ist andererseits auch für Autobusunternehmer und für das Gastgewerbe eine sehr begrüßte, spürbare Geschäftsbelebung. Von den nach wie vor offenen Wünschen der Senioren möchte ich vor allem die Schaffung eines Altenzentrums in der Landeshaupt-

stadt und die Errichtung einer Lehrkanzel für Geriatrie mit angeschlossenem Forschungsinstitut für Gerontologie wiederum in Erinnerung rufen. Eine solche Lehrkanzel für Altersheilkunde mit Forschungsmöglichkeiten für die Ursachen des Alterns würde in Zusammenarbeit mit dem Geriatriischen Krankenhaus von Graz und mit Instituten der Altersforschung, die in zunehmendem Maße bekannterweise intensiviert wird, viele wertvolle Erfahrungen sammeln, die das Leben der alten Menschen wesentlich erleichtern könnten. Um die Verbesserung und Erleichterung des Lebens der Senioren geht es auch der EURAG, einer europaweiten Organisation für die älteren Menschen, deren Präsident Vizebürgermeister Karl Stoiser und deren Generalsekretär Bundesrat Eduard Pumpernig ist. Beide Herren sind auch dem Hohen Haus von ihren Funktionen in der Stadt gut bekannt. In der EURAG sind Selbsthilfeorganisationen betagter Menschen einerseits und Organisationen, die sich mit der Betreuung alter Menschen befassen, sowie mit diesen Problemen beschäftigte Einzelmitglieder aus 20 europäischen Ländern zusammengeschlossen. Diese Organisation führt Anfang Juni 1982 ihren nächsten zentralen Kongreß unter der Patronanz des Herrn Bundespräsidenten hier in Graz durch; gewissermaßen als Vorkonferenz für einen UNO-Weltkongreß über das Altern, der vom 26. Juli bis 6. August 1982 in Wien stattfindet. Zwei Ereignisse bei uns in Österreich, die sicher - vor allem bei den älteren Menschen - in der ganzen Welt Beachtung finden werden. Nicht, weil sie bei uns über die Bühne gehen, sondern, weil festgestellt werden kann, daß diesen Fragen ein ständig steigendes Interesse entgegengebracht wird. Wir begrüßen und anerkennen die Leistungen der Pensionistenverbände und anderer Seniorenorganisationen in bezug auf die Förderung der Aktivität und der Integration der alten Menschen. Und hier möchte ich folgendes sagen: Um nichts zu übersehen, was wir selber als Abgeordnete dieses Hohen Hauses für die Integration der Pensionisten tun können, hätte ich einen Vorschlag an unseren allseits verehrten Herrn Präsidenten beziehungsweise an das Präsidium des Landtages, und zwar daß man die ehemaligen Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages ab und zu zu besonderen Anlässen, zum Beispiel auch zum Auftakt der Budgetdebatte oder zu feierlichen Anlässen, ich denke an die Festsitzung am 20. Jänner zum Auftakt des Erzherzog-Johann-Jahres, einladet. Ich glaube, diese ehemaligen Kollegen, von denen manche durch viele Jahre mit großem Engagement hier im Landtag mitgearbeitet und mitverantwortet haben, würden sich sicher sehr freuen, wenn man an sie denkt und sich bei solchen Gelegenheiten noch mit ihnen zusammensetzt. (Allgemeiner Beifall. - Abg. Ing. Turek: „Im Rahmen der Stadt Graz gibt es das!“) Sehr gut, nachahmenswert! Mit solchen Einladungen könnten aber auch andere Institutionen - wie der Kollege Turek gerade sagt, geschieht das in Graz - den gleichen Effekt der Freude und der Vermittlung des Gefühles, nicht vergessen worden zu sein, bei ihren ehemaligen alt gewordenen Funktionären erreichen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie abschließend bitten, sowohl die Bestrebungen und Zielsetzungen der älteren Generation als auch die Bemühungen um die Betreuung hilfebedürftiger alter Mitbürger, insbeson-

dere durch das Altenhilfswerk, verständnisvoll zu unterstützen. Zugleich ist es mir ein echtes Anliegen, allen, die sich ehrenamtlich und hauptberuflich im Sozialbereich der Gruppe 4 um die Alten, um die Jugend, um die Behinderten bemühen, ich denke hier auch an die Caritas, an den Aktiven Lebensabend, an die Lebenshilfe, aufrichtig und herzlich zu danken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich der Frau Abgeordneten Klasnic.

Abg. Klasnic: Herr Präsident! Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich bin sehr dankbar, diesem Steiermärkischen Landtag angehören zu dürfen und gleichzeitig auch die schöne Aufgabe zu haben, Sozialsprecher meiner Fraktion sein zu können. Und ich hoffe, daß es mir in der kommenden Zeit gelingt, manches aus der Sicht der Hoftür, und nicht immer vom glänzenden Portal, auch hier an diesem Pult an Sie heranbringen zu können. Herr Kollege Zinkanell, Sie sind ein Profi. Sie haben vor zwei Tagen hier etwas gesagt, und ich wollte nicht spontan etwas dazu sagen, sondern habe mir gedacht, entweder kommt es heute wieder, oder ich kann es heute ein bißchen richtigstellen. Sie haben gesprochen von der Betriebshilfe und von der Hilfe für die Bäuerinnen, die neu eingeführt werden soll. Aber einiges ist dabei noch nicht ganz geklärt, und das möchte ich hier aufzeigen. Ich weiß, daß es seit dem Jahre 1974 im Parlament 17 Anträge von der Österreichischen Volkspartei gab bezüglich eines Wochengeldes oder eines Mutterschutzgeldes für die Bäuerin und die selbständig erwerbstätigen Frauen. 17 Anträge, die 17mal abgelehnt wurden, von Ihrer Fraktion. Der Herr Minister Dallinger hat für 1. Jänner 1982 eine Regelung versprochen. Den Antrag hat er aber erst am 1. Dezember 1981 eingebracht. Daher ist eine Regelung mit 1. Jänner nicht zu erwarten. Unsere Forderungen und unsere Anforderungen für eine Regelung des Wochengeldes für Bäuerinnen und selbständige Frauen liegen bereits seit März 1980 abermals im Sozialausschuß des Parlamentes. Wir dachten aber der Gerechtigkeit halber auch an eine finanzielle Unterstützung acht Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt eines Kindes. Der Antrag Ihrer Fraktion sieht aber nur in bestimmten Fällen eine Betriebshilfe vor und will nur diese finanzieren. Auch ich betrachte eine Sachleistung als eine Bevormundung der Bäuerinnen, denn sie könnten, am besten selbst entscheiden – (Abg. Zinkanell: „Es geht ja vordergründig um die echte arbeitsmäßige Entlastung und erst in zweiter Linie um die Dienstleistungshilfe!“) – wie sie diese Arbeitsleistung einführen, und wen sie damit bezahlen, wird sicher auch durch die Bäuerinnen in der Situation selbst entschieden werden können, und wie sie ihre Mittel zum Wohl der Gesundheit einsetzen. (Beifall bei der ÖVP.) Warum ich so skeptisch bin, Herr Abgeordneter, das sage ich Ihnen aus einer persönlichen Erfahrung aus meiner Zeit im Bundesrat. Der Herr Staatssekretär Schober, und Sie kennen ihn gut, hat dort einen Satz gesagt, der bei uns hängengeblieben ist. Er hat gemeint, der Bäuerin kann man kein Geld in die Hand geben, weil sie könnte sich ja unter Umständen mit diesem Geld eine Zuchtsau kaufen. Das ist

auch eine Einstellung. (Abg. Zinkanell: „Das ist mißverstanden worden!“ – Abg. Schrammel: „Der Schober ist ohnehin schwach!“) Unsere Auffassung ist aber auch, daß diese Neuregelung auf keinen Fall zu einer Beitragserhöhung bei der Krankenversicherung führen darf, so wie es der sozialistische Antrag, der jetzt vorliegt, vorsieht. Es wird von der ÖVP und ihren Mandataren immer wieder die soziale Besserstellung vor allem der Bauern gefordert, und ist von Ihrer Seite leider sehr oft verzögert worden. Ich möchte nur daran erinnern, wie es gewesen ist vor ganz kurzer Zeit, als man die Bauernrentner auf Grund der Einheitswert-erhebung eigentlich sehr in den Schatten gestellt hat.

Zum Thema: Sie haben heute hier von der EURAG gesprochen, und damit spare ich mir diesen Teil, weil ich hoffe, daß der Herr Landesrat, wenn er seinen Sozialsprecher hier am Rednerpult damit beauftragt (Abg. Zinkanell: „Bei uns gibt es keine Aufträge, wir reden es uns aus!“), dann wird er diese Organisation sicher dementsprechend dotieren.

Weil ich den Herrn Präsident Ileschitz da sitzen sehe, an Sie habe ich auch eine Bitte, und die muß ich auch noch vorher anbringen. Das Steirische Mutterhilfswerk braucht dringend Geld. Die Familienhelferinnen sind sehr, sehr oft im Einsatz bei Familien, wo der Familienerhalter unselbständig erwerbstätig ist. Ich weiß, daß es einige Ansuchen an die Arbeiterkammer gibt, ich bitte Sie, diese Ansuchen wirklich wohlwollend zu behandeln. (Beifall bei der ÖVP.)

Zu meinem grundsätzlichen heutigen Thema: Meine Damen und Herren, wer das Geschehen in aller Welt verfolgt, so wie es uns täglich ins Hohe Haus geliefert wird, hat genügend Grund, sorgenvoll in die Zukunft zu blicken. Auf dieses Geschehen haben gerade wir in einem Kleinstaat nur wenig Einfluß. Wir sind hier zusammengekommen, um die finanzielle Ordnung für das nächste Jahr festzusetzen, die Grundlage unserer Arbeit. Das Gesetz hat uns zu gemeinsamer Arbeit zusammengefaßt. Hier haben wir Einfluß, und hier haben wir eine Aufgabe, die wir in vertrauensvoller Zusammenarbeit bewältigen wollen, um in unserem Heimatland Steiermark Leid und Not lindern zu helfen. Unsere Demokratie muß Sorge für die Minderheiten tragen, bei der Schaffung von Gesetzen, bei der Aufstellung von Plänen, Budgets und sonstigen Programmen, vor allem aber die Kleinen, die Schwachen und die Unterstützungsbedürftigsten im Blickfeld haben. Der moderne Wohlfahrtsstaat hat weiten Teilen der Bevölkerung in großem Maße soziale Sicherheit geben können, Einrichtungen geschaffen, die sich bewährt haben und die auch weiterhin gefördert werden sollen. Die Fragen der Sozialpolitik werden aber immer stärker zu einer finanziellen Zeitbombe, da die Sozialpolitik in eine Richtung strebte, die fast ausschließlich um die Steigerung von finanziellen Zuwendungen bemüht war und als eine Verteilung des steigenden Wirtschaftswachstums verstanden wurde. In Zukunft muß jedoch eine erfolgreiche Bewältigung der sozialen Probleme unter den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der achtziger Jahre gesehen werden. Alle unsere Anstrengungen müssen sich darauf richten, das soziale Basisnetz zu erhalten. Oft wird übersehen, daß Menschen am Rand unserer Gesellschaft schweigend leiden und daß es eine neue Armut im Wohlfahrtsstaat gibt. Es gibt in der Steiermark viele

Ansätze für eine neue Sozialpolitik, die zum Teil in einer Modell-Steiermark-Tagung vorgestellt wurden. Diese Initiativen sollen gefördert werden und bedürfen vor allem einer Starthilfe. Daher sind entsprechende Budgetmittel zur Förderung dieser Gruppen anzusprechen. Auch hier weiß ich, daß es nicht leicht ist, aber ich denke konkret an den Antrag unserer Fraktion auf Weiterbezahlung der Familienhilfe, auch für jene Kinder, die im Rahmen der Jugendwohlfahrt untergebracht sind. Im Modell Steiermark werden vorgeschlagen: Der Ausbau und die Motivation zur freiwilligen Nachbarschaftshilfe, der Erfahrungsaustausch aller in der Sozialarbeit Tätigen muß durch bessere Information verstärkt werden. Heime und Anstalten für Behinderte, Senioren und Jugendliche sind auch für die Mitarbeit freiwilliger Helfer zu öffnen. Vorhandene Beratungs-, Betreuungs- und Pflegedienste müssen in Zukunft näher zum Menschen. Denn jeder Mensch geht uns etwas an. Vor allem aber der, der uns im Leben, in der Arbeit, im Beruf am nächsten steht, besonders wenn er Hilfe braucht. Niemand kann mit ruhigem Gewissen sagen, mir geht es gut, ich brauche niemand, der andere geht mich nichts an. Gute Politik, und da vor allem die Sozialpolitik, nimmt überall Rücksicht auf den Menschen. Sie soll vor allem dem einzelnen helfen, in der Gemeinschaft glücklich zu leben und zur vollen Entfaltung zu kommen. Wir wollen als ersten Schritt versuchen, die Schranken der Angst und des Mißtrauens abzubauen mit dem Ziel, Menschen, die Hilfe brauchen, und Menschen, die Hilfe wollen, zusammenzuführen. Vor der Verantwortung des Staates kommt die Verantwortung jedes einzelnen für sich und seine Angehörigen. Neben jeder materiellen Hilfestellung ist aber gerade im sozialen Bereich eine Akzentverschiebung auf die menschlichen Komponenten der Betreuung zu setzen. Daher ist die Anregung und Förderung vielfältiger Privatinitiativen, wie zum Beispiel Altenbetreuung, Krankenpflege im Haus usw. verstärkt notwendig. Unserer besonderen Zuneigung bedürfen aber jene gesellschaftlichen Gruppen, die durch das bestehende Netz der sozialen Sicherung fallen. Ich nenne nur Stichworte zu den einzelnen Gruppen. Die Nichtorganisierten, die Bergbauern, Nebenerwerbsbauern, Kleingewerbetreibenden, kinderreichen Familien, Bezieher von Kleineinkommen, Behinderte, Alleinerzieher, Gastarbeiter, Alleinstehende, Gewerbspensionisten und vieles andere mehr. Unser Anliegen, die neue soziale Frage, spielt sich in diesen sogenannten Minderheitsgruppen ab. Das sind eben alle jene, die keine starken Interessensvertreter beziehungsweise Fürsprecher haben. Oft sind es aber auch Menschen mit sozialen Schwächen, wie Bildungs- und Kontaktnachteile. Dazusagen muß man, daß viele Randgruppen besser sind als ihr Ruf, wenn man ihnen die Möglichkeit und Anregungen zur Eigenaktivität gibt. Denken wir an Menschen, die unfähig sind, ihre Bedürfnisse und Wünsche in einer in der Gesellschaft gängigen Form äußern zu können, die uninformiert sind und daher durch dieses Netz jeglicher sozialer Sicherung fallen. Menschen, die Probleme haben und sie verschämt verstecken. Die Österreichische Volkspartei will auch in Zukunft ein verlässliches Netz der sozialen Sicherheit. Diese neue soziale Frage ist für uns kein Schlagwort. Wir wollen das bestehende Netz der sozialen Sicherheit nur viel dichter knüpfen, damit neben der notwendigen materiellen Hilfestel-

lung nicht nur die in Geld erfaßbaren sozialen Nöte der Menschen, sondern gleichzeitig auch der Mangel an Begegnung und Kommunikation, das Abgeschlossen- und Ausgeschlossensein am Rande der Gesellschaft gelindert werden könnten. Es ist unsere Aufgabe, einen neuen sozialen Weg zu beschreiten, einen Weg des Miteinander und Füreinander, zusammen mit Hilfe von Suchenden und Helfern. Wir brauchen Ermunterung durch staatliche, vor allem steuerliche Maßnahmen, für jene freiwilligen Sozialeinrichtungen, die die Selbsthilfe der Menschen organisieren. Im Sozialbereich muß man wollen. Man muß verstehen wollen und helfen wollen. Im Sozialbereich muß man aber auch denken, daß individuelle Hilfe notwendig ist, daß oft etwas vordergründig ist, daß es zu hohe finanzielle Mittel beansprucht, bei richtigem Durchdenken aber zu erkennen ist, daß es doch eine billigere Alternative sein kann. Nicht an nur große und zentrale Stellen konzentrieren, sondern an kleine Gemeinschaften, Altenheime, Gelbe Tanten, Wohngemeinschaften für behinderte Kinder, für behinderte Erwachsene, Pfarrkreise, Alleinerzieher, Tagesmütter, Familienhelferinnen, Jugendorganisationen, Sozialer Hilfsring, Katholische Krankenvereinigung, Familienhilfsring usw. wären nur einige Institutionen, die wir stützen sollten, und mit begleitender Hilfe wirklich auch mehr erreichen könnten. Und wenn ich jetzt von Heimen gesprochen habe, muß ich wohl noch einen Satz dazu sagen. Die Gebührenunterschiede in den verschiedenen Heimen des Landes, ob Alten- oder Jugendheime, sind diesem Hohen Haus ja bekannt, und sicher könnte man das eine oder andere überdenken, ob es nicht billiger lösbar wäre. Ich glaube, ich finde mich auch in guter Gesellschaft, wenn ich darüber spreche, und zwar hat Dr. Gemacher, der Ihnen ja bekannt ist, gesagt: „In Zukunft wird man sparen müssen und sich weniger auf den Staat verlassen.“ Ich glaube, wenn er das gesagt hat, war er sicher sehr weitblickend, hoffentlich weitblickender als in seiner schnellen Wahlanalyse vom 4. Oktober. Dennoch ist ein großer Teil unserer Betreuung mit Geld verbunden. Und das muß ja erst von uns allen erarbeitet werden. Wir wissen, nicht der Staat und die Sozialversicherung helfen, sondern das Volk zahlt zuerst die Steuern und Beiträge ein, die zur Hilfe nötig sind. Es ist erschütternd, daß neben der akuten Not aus finanziellen Gründen vor allem die seelische Not, die große Einsamkeit, das Isoliertsein vieler Menschen die soziale Herausforderung unserer Zeit speziell ist. Wir wollen miteinander leben und nicht nebeneinander existieren. Es gibt heute viel mehr Menschen, die sich verlassen fühlen, als es Menschen gibt, die glauben, daß sie sich auf einen anderen verlassen können. Wenn wir unseren Mitmenschen das Gefühl geben, man kann sich auf uns verlassen, dann ist dies ein erster Schritt zum Wohlbefinden.

Ein weiteres Problem, das alle, insbesondere auch die Frauen, berührt, ist die Wohnraumversorgung für kinderreiche Familien. Ein Dach über dem Kopf, es geht um die Geborgenheit in Wohnung und Umwelt, um das wahre Daheimsein, um ein Daheimhaben und um ein Sich-wohl-Fühlen in unserem Land. Das Land Steiermark sorgt in einem großen Ausmaß für diese Betroffenen, größere Wohnungen beziehungsweise Eigenheime zu finden und zu fördern. Der Sinn des Lebens, eine Aufgabe finden, der verlorene Arbeits-

platz, letzter Ausweg Selbstmord, die Droge, der Alkohol, die Einsamkeit, die seelische Not ist die Herausforderung unserer Zeit. Diese aufgezählten Bereiche treffen bei Kindern genau so zu wie bei Erwachsenen und älteren Menschen. Unsere Kranken, Alten, Behinderten brauchen Zuwendung und Pflege, haben Rechte, Ansprüche, und wollen kein Gnadenbrot. Und gerade im kommenden Jahr der älteren Generation wird dieses Anliegen noch sehr oft zur Sprache kommen. Die Sorge um die Sicherung der Pensionen nimmt aber gleichzeitig mit den immer größer werdenden wirtschaftlichen Problemen Österreichs zu. Ich denke an den Antrag der Österreichischen Volkspartei auf einen einmaligen Heizkostenzuschuß für die Mindestpensionisten, der abgelehnt wurde. Wenn Sie mir jetzt sagen, dafür 6,8 Prozent, dann machen diese 0,4 Prozent 15,- Schilling mehr im Monat aus. (Abg. Brandl: „Die Rechnung ist nicht richtig!“) Das muß man auch dazu sagen. Das Vorurteil der Gesellschaft, die Arbeitslosigkeit sei für Frauen weniger schlimm als für Männer, auch das muß abgebaut werden. Denn es zeigt sich, daß vor allem Frauen und schlecht ausgebildete männliche Arbeitskräfte länger arbeitslos sind. Auch das gehört zur Sozialpolitik. Wir als Österreichische Volkspartei wollen neue Wege und Möglichkeiten finden, unbürokratische und rasche Hilfe in sozialen Problemsituationen gewährleisten zu können. Im Sozialbereich muß aber auch mit Verständnis nicht effiziente, eingefahrene Geleise umlegen oder gar verlassen. Das heißt, nicht schweigen und Gewährtes lassen, wenn die Realität in einzelnen Bereichen beweist, nicht menschengerecht zu sein. Man muß auch umdenken, umstrukturieren, zum Beispiel auch Großheim, auch Wohngemeinschaft, aber auch Pflegeeltern. Und ich würde Sie, Herr Landesrat, bitten, es ist ein neues Jugendwohlfahrtsgesetz auf Bundesebene in Ausarbeitung. Wir haben als Österreichische Volkspartei sehr viele Anliegen, auch in diesem Jugendwohlfahrtsgesetz etwas verstärkt mitreden zu können. Ich möchte Ihnen nur drei Dinge nennen. Wir glauben, daß in diesem Vorschlag des Gesetzes bei der Aufzählung der Maßnahmen zur Betreuung von Säuglingen und Kleinkindern das Wort Tagesmutter überhaupt fehlt, obwohl sie eine der kinderfreundlichsten Betreuungsmöglichkeiten ist, und daß die Betreuung von Kindern unter drei Jahren grundsätzlich, wenn möglich, in Pflegefamilien stattfinden soll und nicht in Säuglingsheimen und Krabbelstuben. Wir denken aber auch an eine gesetzliche Verankerung von Erziehungshelfern analog zu den Bewährungshelfern. Denn es gibt in unseren Heimen viele Kinder, die nicht von ihren Eltern betreut werden können, aber viele Eltern wären auch bereit, ihre Kinder nach Hause zu nehmen und wollen sie haben, wenn ihnen bei ihrer Betreuung geschulte Erziehungshelfer beistehen würden. Das Dritte ist die Anerkennung des Berufes „Pflegermutter“ im Jugendwohlfahrtsgesetz als Voraussetzung auch für eine entsprechende Anstellung und die Möglichkeit der Sozialversicherung.

Damit zum Thema „Familie“. Eine besondere Notwendigkeit sind alle Dienste für die unvollständige Familie. Ich habe in der vergangenen Woche gelesen, daß in der „Frankfurter Allgemeinen“ ein Satz stand: „Familie, das ist die Erzeugungsstätte künftiger Steuerzahler.“ Ich glaube, das können wir nicht so annehmen

und müssen es leben und sagen. Die Familie ist die unersetzliche Schule reich entfalteter Menschlichkeit. Unser Ziel ist, die Gesellschaft auf die Bedürfnisse der Familien abzustimmen, und nicht die Familie den wechselnden Bedürfnissen der Gesellschaft anzupassen. Die Wege, die in Gráz gefunden wurden, in einer schwierigen Situation, sind auch sehr gut. Ich denke jetzt an das Grazer Frauenhaus, wo man der Frau Grete Schurz für ihre Initiative mit ihren Mitarbeitern sehr, sehr dankbar sein muß. Auch im Sozialbereich werden unsere Wege in Zukunft miteinander und füreinander gestaltet werden. Eben aus der Erfahrung vieler Menschen, vieler Hilfesuchender, aber auch vieler hauptamtlicher und ehrenamtlicher Helfer, denen unser Dank gilt.

Ich möchte, weil ich es im allgemeinen einige Male angeschnitten habe, doch all jenen, die hauptamtlich im Sozialbereich tätig sind, den einzelnen Beamten, die dort wirklich Bewundernswertes, oft über das Maß hinaus viele große seelische Werke vollbringen, herzlichen Dank sagen. Ich kenne viele, die ihren Hauptberuf in der Sozialarbeit gefunden haben, aber noch viele ehrenamtliche Aufgaben von Beratung bis tätige Nachbarschaftshilfe ausüben. Ihnen allen gilt besonderer Dank. Und weil der Herr Abgeordnete Zinkanell gemeint hat, der Herr Primar Stepantschitz hat sich beim Herrn Landesrat Gruber bedankt für gute Zusammenarbeit, das wäre für mich ein bisserl zu früh, ich hoffe und ersuche um gute Zusammenarbeit. Das möchte ich dazusagen. Unser Ziel ist, was erfolgreich war, soll ausgebaut, unterstützt und gefördert werden. Wo es Anliegen gibt, wollen wir diese selbstverständlich beachten. Unsere Aufgabe ist, einen wesentlichen Beitrag zu leisten, daß alle in unserem Land möglichst sorgenfrei leben können. Schließen möchte ich mit einem Satz unseres Landeshauptmannes, der uns Mut gibt. „Diese Zeiten können nur überwunden werden, wenn wir dies in Zuversicht tun.“ Und ich glaube, das wollen wir alle. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Dr. Horvatek. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Horvatek: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Steiermärkische Landtag hat bisher mit großem Ernst und Engagement die Probleme unserer engeren Heimat beraten. Die Budgetpost Entwicklungshilfe gibt mir aber Gelegenheit, den Blick doch auch wenige Minuten auf die großen Probleme dieser Erde zu werfen. Hunderttausende von jungen Menschen demonstrierten in den letzten Wochen mit großer Disziplin für den Frieden und gegen den wahnwütigen Rüstungswettlauf. Für Abrüstung und gegen die Apokalypse des Schreckens und der Vernichtung, gegen die allzu Satten und für die Hungernden in der dritten und vierten Welt. Sie demonstrierten in der Bundesrepublik, in der Schweiz, in Holland, in skandinavischen Staaten, sie demonstrierten aber auch in Bukarest, und sie würden zweifellos auch in anderen Staaten Osteuropas demonstrieren, wenn es dafür auch nur einen Funken an Freiheit gäbe. Das haben uns die letzten Ereignisse in Polen in dramatischer Weise traurig bewiesen. Es ist eine Bewegung, vor allem der Jungen, die lawinenartig anschwillt, heterogen, zerris-

sen, verzweifelt, gequält von Zukunftsängsten und einem oft bedrückenden Pessimismus, ehrliche ernst zu nehmende kritische Gegner einer Welt und einer Gesellschaft, die sie nicht verstehen können und wollen. Auch in unserer engeren Heimat in der Steiermark werden jene, die sich zu dieser Bewegung bekennen, immer zahlreicher. Und es kann doch nichts Schlechtes sein, wenn sich junge Menschen für den Frieden und damit für eine gesicherte Zukunft engagieren, für Entwicklungshilfe und damit für Menschlichkeit und Menschenwürde. Diese jungen Menschen bewegt die auf Europas Boden seit dem Schock der beiden Weltkriege wohl breiteste Antikriegsstimmung. Sie scheint, so meinen viele, derzeit sogar gewichtiger zu sein als die pazifistischen Strömungen um die Jahrhundertwende, dringender und drängender als die Suche nach einer Friedensordnung in den zwanziger Jahren, und politisch wirksamer als der Protest gegen die atomare Aufrüstung in den fünfziger Jahren. Mich haben die Demonstrationen vorgestern und gestern am Freiheitsplatz wirklich bewegt. Sie sind ein Beispiel dafür. Sicher sind jene, und das muß dazu gesagt werden, die es da ehrlich meinen, manchmal auch gefährdet durch die Kräfte der mörderischen Provokation, die alle Werte demokratischer Gesellschaften nicht nur verachten, sondern zu Tode bomben und terrorisieren wollen. Gegen sie muß mit aller Entschiedenheit aufgetreten werden. Hier darf die Demokratie und dürfen Demokraten keinen Schritt zurückweichen. Es sind nämlich jene, die den Polizeistaat herbeisehnen, weil sie glauben, dann den großen Traum ihrer Revolution verwirklichen zu können. Der Schulterstoß, Hohes Haus, von Links- und Rechtsradikalen ist längst vollzogen. Aber, es sind nicht die Außenseiter, mit denen ich mich heute hier befassen will.

Meine Damen und Herren, wer ist denn bereit, selbstlos als Entwicklungshelfer oder Mitglied von Amnesty International zu arbeiten? Es sind vor allem junge Menschen. Wer trägt denn die ernst zu nehmende, die gibt es doch wirklich auch, ökologische Bewegung? Vor allem junge Menschen. Von wem werden die meisten Dritten-Welt-Läden betrieben, auch bei uns, vor allem von jungen Menschen. Wer stellt aber auch die meisten Skeptiker, Aussteiger, die Wahlenthalter, die Ungültigwähler, die Zweifler an den Parteien, das nimmt ja zu? Es sind auch junge Menschen. Das, was man unter einem unzulässigen Sammelbegriff als Jugendbewegung der siebziger Jahre und beginnenden achtziger Jahre bezeichnet hat, hat ja gar nichts mit dem zu tun, das ist meine Meinung, was in den sechziger Jahren passiert ist. Auch dann nicht, wenn sich so mancher Engagierte von damals als alternder Guru der heute engagierten Jugend aufbläst. Wir haben es beim engagierten Teil der jungen Menschen von heute immer noch mit jener Minderheit zu tun, die sich nicht dem schnurgeraden Jobdenken anpaßt oder den cleveren Managern der Freizeitindustrie ergeben hat. Aber es ist eine wachsende Minderheit, in der es brodelt, die sich ihre Zukunft nicht zu Tode bomben, nicht ökologisch vernichten, nicht zuasphaltieren, nicht unzumutbar verbelasten lassen will, die nicht zufrieden ist mit den Ungerechtigkeiten dieser Welt. Hohes Haus, Generationskonflikte hat es immer gegeben. Gerade in unserer Zeit aber ist der Dialog zwischen den Generationen von entschei-

dender Bedeutung. Die Probleme liegen ja tiefer, und ich kann sie hier nur andeuten. Womit ist der junge Mensch von heute, der die Geschichte der letzten Jahrzehnte nicht miterlebt hat, wirklich konfrontiert. Erstes Beispiel: Noch immer ist diese Welt einem wahnwitzigen Wettüben verfallen. In Zeiten eines vielfachen, und es wurde ja schon gesagt, Overkills, hören und lesen Sie täglich von Killersatelliten, Wahnsinnswolken, chemisch-bakteriologischen Waffen, SS 20, auf der einen Nachrüstung, auf der anderen Seite die wieder eine Nach-Nach-Rüstung zur Folge haben, wird Pershing-Neutronen-Bombe, Europa als automare Geisel. Ein wahnwitziger Rüstungswettlauf, ein Rüstungsprogramm etwa des Ostblocks, indem ja nicht nur in Polen die notwendigsten Konsumgüter fehlen, ein längerfristig konzipiertes 1,6-Billionen-Dollar-Rüstungsprogramm in den USA. Die Vier-Fünftel-Mehrheit der geriatrischen Abteilung des Politbüros auf der einen Seite, und die Cowboymentalität der Reagan-Administration auf der anderen Seite geben nicht viel Zukunftshoffnung für junge Leute. Nach dem soeben erschienenen Rüstungsjahrbuch wurden in der Welt 1980 etwa 455 Milliarden Dollar für die Rüstung ausgegeben. Die öffentliche Entwicklungshilfe betrug im selben Jahr 35,5 Milliarden Dollar. Das ist in Wirklichkeit ein beispielloser Skandal. Und auch die Rüstungsausgaben der dritten und vierten Welt vermehren sich. Sie haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

Zweites Beispiel: Die Kluft zwischen den Reichen und den Habenichtsen wird nicht kleiner, sie wird ständig größer. So beträgt das Bruttosozialprodukt pro Einwohner und Jahr in Dollar gerechnet, ich nenne nur zwei Beispiele, Liechtenstein 15.600 Dollar, aber in Laos nur 83 Dollar, in Österreich 7030 Dollar, aber in Bangladesch nur 91 Dollar. Täglich, auch heute, auch jetzt, auch in dieser Stunde, in dieser Minute, täglich verhungern etwa 50.000 Menschen, täglich steigt die Zahl der Ärmsten auf dieser Welt um 200.000 an, und täglich wächst die Schuldenlast der Länder der dritten und vierten Welt um 1,5 Milliarden Schilling. Das sind Dinge, die uns zu denken geben müssen.

Drittes Beispiel: Das ist der Raubbau, den wir mit unserer Natur treiben. Der hemmungslose – es ist ja schon besprochen worden, ich kann mich kurz fassen – Abbau unserer Reserven, die Vernichtung der Landschaft, die zunehmende Umweltverschmutzung, und Lebensmittel, die eher den Chemiker als den Magen erfreuen. Ich selbst, Hohes Haus, konnte als Kind noch an einem Bach spielen, der heute eine stinkende Kloake ist, in einem Wald, der heute einem Müllplatz gleicht, und auf Wiesen, die zubetoniert sind. Vorgriffe auf das Leben künftiger Generationen müssen, ohne einem Romantizismus das Wort reden zu wollen, nicht nur legistisch überlegt und geordnet werden. Wen kann angesichts dieser drei Beispiele die kritische Haltung junger Menschen wirklich wundern? Und haben die Familien, haben die Schulen, die Universitäten, die Kirchen, die gesellschaftlichen Institutionen in unserer Zeit der Anonymität und Entfremdung echte Auswege aus der Bedrängnis gewiesen, und können sie es überhaupt noch? Die Jungen wehren sich aus Existenz- und Zukunftsängsten, und deshalb sollte man sie nicht – so wie es Franz Josef Strauß vor kurzem gemacht hat – pauschal als Krawallmacher diffamie-

ren. Denn diese Form der Ausbürgerung nach innen bedeutet zumindest längerfristig auch eine Gefahr für die Stabilität der Demokratie. Aus einer jüngsten Untersuchung des Deutschen Familienministeriums wird darauf hingewiesen, daß 70 Prozent der jungen Bundesbürger zwar die bestehende Grundordnung bejahen, aber ein großer Teil dieser Ordnung entfremdet ist. Nach einer Untersuchung des heute schon zitierten Ernst Gemacher in seinem Buch „Jugend in Österreich“ geht hervor, daß 70 Prozent – das sollte uns hier allen, ich sage es ganz unpolemisch, zu denken geben – der 20- bis 29jährigen in diesem Land davon überzeugt sind, daß die Parteien regelmäßig oder in Ausnahmefällen unkorrekt Geld bekommen. Auf einer Ende November dieses Jahres in Bonn abgehaltenen Enquete über die Jugendproteste berichtete der Berliner Professor Hallstein von einer Umfrage, die aussagt, das kann man auf Österreich durchaus projizieren, daß von 5,4 Millionen der 17- bis 23jährigen Bundesbürger sich 700.000 als Aussteiger fühlen, und zwei Millionen sind mit der gesellschaftlichen Ordnung unzufrieden. Die Jugend glaubt, daß mit unserer materialistischen Packeisgesellschaft ganz einfach nicht mehr zu reden ist, und sie hat das Gefühl einer vorkonsumierten Zukunft. Das alles zwingt uns zum Überlegen. Vielleicht wäre es auch in der Steiermark wichtig – und damit komme ich zum Schluß – neben den bestehenden Einrichtungen ein ständiges und allen zugängliches Gesprächsforum zu schaffen, das sich mit diesen Fragen beschäftigt, das nicht nur Feuerwehr spielt, sondern auf die Vorschläge der jungen Menschen eingeht, sie fördert, umsetzt und auch kritisch begleitet. Denn schließen möchte ich schon optimistisch, vielleicht, meine Damen und Herren, stimmt das mit dem Aussteigerproblem gar nicht so. Vielleicht tun wir alle gemeinsam zu wenig, damit die jungen Menschen einsteigen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Maitz: Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte dort fortsetzen, wo mein Vorredner geendet hat. Ich glaube, es geschieht doch sehr vieles, um die Jugend zum Einsteigen zu bewegen, gerade in einem Bereich, der mir besonders am Herzen liegt, im Bereich der Behinderten. Wir haben im Jahr 1981 das Jahr der Behinderten gehabt. Wir haben davor das Jahr des Kindes gehabt, davor das Jahr der Frau. Ich glaube also, daß unsere heutige Gesellschaft so in die Jahre gekommen ist, ich halte das auch für gut, denn wenn man in die Jahre kommt, dann wird man bekanntlich weiser und toleranter. Gegenüber unseren behinderten Mitbürgern bin ich überzeugt, daß wir im vergangenen Jahr eine gute Entwicklung eingeleitet oder fortgesetzt haben, und es werden sicherlich an diesem Pult heute noch Bilanzen über die Arbeit der öffentlichen Stellen gezogen. Wesentlich scheint mir auch in der Steiermark, daß öffentliche Stellen, öffentliche Initiativen und Aktionen gleichgesetzt werden mit den privaten Initiativen. Sie sind gleichwertig. Was die einen mehr im finanziellen Aufwand für sich haben, haben die anderen im Fanatismus, im persönlichen

Einsatz anzubieten. Ich glaube auch, daß Aktionen kommen und gehen, was bestehen bleiben muß, ist die Verbesserung der Gesinnung gegenüber unseren behinderten Mitbürgern. Es ist in den Programmen der in der Steiermark agierenden Parteien wahrscheinlich ähnliches in allen dreien zu finden. Ich möchte in Kürze, weil es das Abschlußgespräch zum Jahr der Behinderten sein soll, hier in diesem Hohen Landtag die sieben Punkte nochmals erwähnen, die sich sicher ähnlich im Modell Steiermark, in den Alternativen und auch in anderen Programmen finden. Die Behinderten sollen ihren Platz inmitten der Gesellschaft ausfüllen können. Dazu sieben Punkte, Modell Steiermark:

1. Eine befriedigende Arbeit.

2. Für schwerbehinderte Jugendliche und Erwachsene, die in einem Betrieb der privaten oder öffentlichen Wirtschaft nicht Platz finden können, geschützte Werkstätten.

3. Um einen Arbeitsplatz ausfüllen zu können, braucht der Behinderte eine ihm angemessene Ausbildung und Schulung, das heißt, frühestmögliche Erfassung von Behinderungen bei Kleinkindern, Kindergärten in entsprechend adäquater Form. Pflichtschule, hier ist ja vieles geschehen in unserem Land in den letzten Jahren, und weitere Ausbildung, ob Lehre, ob Berufsschule oder andere Möglichkeiten.

4. Die Integration beginnt, wie angedeutet, bereits beim Kind. Hier eine Linie, wenn es irgendwie geht, behinderte Kinder in die Normalschulen zu bringen. Erst dann, wenn es dort nicht möglich ist, wegen der Schwere der Behinderung, in Sonderschulen zu bringen.

5. Behinderte sollen unter gesunden Menschen leben, das heißt, wir müssen den Wohnbau, die Wohnbau Richtlinien, die Landesbauordnung, die jetzt zur Beratung stehen wird, in den kommenden Monaten auch stark unter den Gesichtspunkt des Bauens für Behinderte stellen.

Vor allem im Transportwesen, in den öffentlichen Einrichtungen, in den öffentlichen Gebäuden müßte man diesem Anliegen noch mehr Rechnung tragen. Das war der sechste Punkt.

7. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung auch für Behinderte zu gewährleisten, ist eine hochwichtige Aufgabe. Da gibt es besonders im Bereich des Behindertensports gute Ansätze, die aber weit mehr gefördert werden sollen.

Es wird, wie gesagt, von öffentlichen Stellen viel berichtet werden. Ich möchte nur einige Beispiele von bewundernswerten Engagements und Erfolgen der letzten Jahre von privaten Initiativen nennen. Die Privaten erreichen ja oft, weil sie selbst betroffene Eltern sind, weil sie selbst betroffene Familienmitglieder sind und eine Initiative starten, aus dieser eigenen Erfahrung, aus dieser eigenen Not heraus, mit ihrem Fanatismus machimal, aber auch mit ihrer Wirkung in der Öffentlichkeit, mehr Beteiligung der Bevölkerung als öffentliche Stellen, die ja dazu verpflichtet sind, da nimmt man es ohnedies selbstverständlich an. Als Beispiele: die Lebenshilfe mit der Frau Präsident Bachelitner, die auch aus dieser familiären Situation heraus arbeitet, im Jahr 1981 ein noch besser funktionierendes Heim in Graz, neue Sektionen in den Bezirken, die dazugekommen sind, und als ihr Hauptanliegen das

Heim für ältere Behinderte in Söding, das ein Vorhaben ist, das unsere Unterstützung verdient. Ich weiß, wir haben gemeinsam in diesem Hohen Landtag und zuvor in der Landesregierung gesagt: im Jahre 1982 keine neuen Bauvorhaben, weil es nicht zu leisten ist. Aber aus dem Auge verlieren soll man es trotzdem nicht.

Zweites Beispiel: Kindergarten Sonnenschein. Die Frau Magister Wallner, ebenso selbst betroffen durch ein hörbehindertes Kind, hat diese Initiative gegen viele, viele Widerstände durchgestanden. Der Kindergarten läuft, eine hervorragende Sache, und bietet auch diesen gehörgeschädigten Kindern im Kleinkindalter bereits eine Möglichkeit, adäquat betreut zu werden. Dazu gibt es natürlich die Landesanstalt für Gehörbehinderte, die auch schon in dieser Richtung Großes geleistet hat, aber auch ein zusätzliches beachtliches Werk dieser einen Frau. Wir haben die Ehre gehabt – der Herr Landesrat Gruber, eine Reihe von hohen prominenten Damen und Herren, an der Spitze der Herr Landeshauptmann Krainer – in diesem Jahr das Gehörlosenzentrum in Graz-Andritz zu eröffnen. Auch das wieder eine private Initiative des Herrn Hans Maier, der selbst zwei gehörgeschädigte Kinder hat. Ich glaube einfach, daß aus dieser persönlichen Erfahrung sehr viel Gutes entsteht, das vielen zugute kommt, die dann auch in einer ähnlichen Situation sich befinden. Das ist das erste Zentrum dieser Art für Gehörlose in ganz Österreich, und wir Steirer können stolz sein auf diese Initiative.

Das vierte Beispiel, das ich noch nennen möchte, der Verein für eine Wohngemeinschaft Behinderter, Frau Diplomkrankenschwester Freemann. Auch hier ist sie einen guten Schritt weitergekommen im vergangenen Jahr. Die Stadtgemeinde hat das Grundstück zur Verfügung gestellt, alle öffentlichen Stellen und viele Private beteiligen sich durch Arbeitsleistungen auch durch finanzielle Leistungen. Auch das kann ein gutes Beispiel werden, wie man behindertengerecht wohnt und trotzdem nicht in ein Getto kommen muß. Wir haben, wie gesagt, die Bauordnung zu beraten. Es ist ein entsprechender Auftrag des Landeshauptmannes Krainer an die Abteilung ergangen, und wir haben auch im Rahmen des Modell Steiermark Vorarbeiten geleistet, vor allem von der Frau Abgeordneten Klanic, die so menschlich eindrucksvoll ihren Einstand hier gezeigt hat, und von Gemeinderat Strobl, die hier in dieser Phase besonders stark für das behindertengerechte Bauen eintreten und auch Anfang Jänner wieder eine entsprechende Tagung in Graz mit sehr beachtlichen Leuten veranstalten.

Schließlich möchte ich noch eine Initiative nennen, die ich gerne und oft in diesem Haus schon vertreten habe und versucht habe, meinen Teil dazu zu leisten, daß sie gut weiterkommen können, das ist die Vereinigung zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher, auch hier Dr. Gobiet, der selbst über seine eigene Tochter zu dieser Initiative gestoßen ist und eine großartige Entwicklung in dieser Vereinigung auch 1981 führen konnte. Einige Beispiele davon: der Ausbau des Dachgeschosses im Hirtenkloster, Schaffung von Wohnraum für zwanzig behinderte Kinder, Gesamtaufwand 5 Millionen Schilling, Landesdarlehen 60 Prozent, 30 Prozent Hypothekendarlehen, zehn Prozent Eigenmittel. Das heißt, wieder ein Schritt weiter in

Richtung des Zentrums Heim, Therapie, Landesschule im Hirtenkloster. Ebenso im Jahre 1981 konnte der Herr Bundespräsident die ärztlich aber auch psychologisch so wichtige Reithalle – die Freude an der Bewegung mit den Pferden ist ja für die behinderten Kinder so wahnsinnig wichtig, die Rückschlüsse zuläßt auf medizinischem Bereich, die Freude vermittelt, eine größere Möglichkeit zur Verbesserung des Gesundheitszustandes dieser Kinder –, diese Reithalle, auch mit einem beachtlichen Kostenaufwand fast ausschließlich durch Initiativen und Aktionen der Vereinigung getragen, wurde auch in diesem Jahr eröffnet. Eine weitere wichtige Initiative: Ein Ambulatorium wurde gegründet. Die sanitätsbehördliche Genehmigung ist erteilt worden im Juni. Ein Ambulatorium, in welchem Physiotherapie im weitesten Sinn des Wortes für behinderte Kinder durchgeführt werden kann. Dort würde eine Einheit entstehen, die dem Land als öffentlichem Rechtsträger wiederum einiges an Geld ersparen kann, wenn wir uns dort darauf verstehen, eine Physiotherapie im Sinn für alle behinderten Kinder in der Steiermark zu konzentrieren, dann könnte die Abteilung des Landeskrankenhauses dort Wesentliches einsparen. Eine Bitte habe ich an alle Damen und Herren dieses Hohen Hauses, die der Steirischen Gebietskrankenkasse in irgendeiner Weise als Funktionäre angehören, besonders auch an den Herrn Landesrat Gruber als zuständigem Referenten der Landesregierung. Die Gebietskrankenkasse ist diesem Vertrag, der als Ambulanzvertrag mit allen Krankenkassen schon abgeschlossen oder im Abschluß ist, noch nicht beigetreten. Das ist natürlich der allergrößte Teil unserer Versicherten. Das wäre eine ganz wichtige Sache, daß das gelingt.

Wir haben vom Therapietrakt gesprochen. Hier hat Landesrat Jungwirth im außerordentlichen Haushalt für das Jahr 1982 8,5 Millionen Schilling einsetzen können. Das ist sehr, sehr dankenswert. Dieses Vorhaben hat schon im Vorjahr begonnen und wird die Möglichkeit geben, daß die Vereinigung in diesem Neubau ein Ambulatorium für behinderte Kinder betreiben kann mit Physiotherapie, Beschäftigungstherapie, Musiktherapie, Logopädie, fachärztlicher Betreuung und psychologischer Betreuung. Es sind alle personellen und räumlichen Voraussetzungen damit geschaffen. Es liegt an uns, die Sache in einem geeigneten Ausmaß zu konzentrieren. Die Anzahl der betreuten Kinder: im Hirtenkloster 103, im Morree-Schlöbl im Kindergarten 15. Das läßt mich gleich das nächste Vorhaben anschließen. Der Neubau des Westtraktes im Hirtenkloster ist deshalb vorrangig zu betreiben, weil der Sonderkindergarten von Tobelbad nach Graz, also vom Morree-Schlöbl in das Hirtenkloster übersiedeln muß und wir dort einen viergruppigen Sonderkindergarten mit Therapieräumen einrichten möchten. Es wird auch hier nicht das Land überfordert, sondern es ist ein Konzept erstellt, Bauaufwand rund 40 Millionen Schilling, ähnliche Aufteilung wie bei allen Bauvorhaben, aber es wird schon heute die Bitte an den Landesrat Gruber gerichtet, und er hat auch eine Verwendungszusage dafür gegeben, wenn das Land jene Beiträge, die seit vielen Jahren an die Waldschule Wiener Neustadt geleistet wurden, das waren seinerzeit 1,5 Millionen Schilling, jetzt sind es nur mehr 800.000 Schilling, ich glaube es ist die letzte

Rate, wenn ich richtig informiert bin, dann haben wir seinerzeit übereinstimmend gemeint, sollte man wenigstens diesen Betrag künftig jährlich für die Baurückzahlungen im Rahmen des Hirtenklosters einsetzen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß es zeitliche Probleme gibt. Ich werde daher einiges auslassen, von dem, was ich mir vorgenommen habe, zu sagen: Trotzdem, ein Problem brennt uns noch unter den Nägeln. Während die Tageswerkstätte der Vereinigung in Deutschlandsberg hervorragend funktioniert – ich gebe das Zeigen auf die Uhr zurück, Herr Kollege, ich hätte heute schon öfter Gelegenheit gehabt, das euch auch zu sagen! –, in Deutschlandsberg wurde die Tageswerkstätte hervorragend geführt, eingeleitet, Zusammenarbeit aller Stellen und der Bevölkerung und der Betroffenen, ausgezeichnet. Die Tageswerkstätte Maria Lankowitz wird hingegen nicht angenommen. Bitte an den Herrn Landesrat, den Referenten für diese soziale Sache in der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg doch zu motivieren, daß nicht von 14 Fällen nur vier genehmigt werden, in eine solche Tageswerkstätte für behinderte Kinder zu kommen. Das kann ich mir nicht ganz gut vorstellen, daß das so ganz richtig ist. Und diese vier kamen – was ganz gleichwertig ist, selbstverständlich – nach Söding ins Lebenshilfeheim, wunderbar. Die haben aber, glaube ich, nicht – ich weiß es –, die haben nicht mehr ausreichend Platz für die Zukunft, sondern dann muß man bitte auch Maria Lankowitz, das unmittelbar an Voitsberg und Köflach räumlich in der Nähe angeschlossen ist, benutzen, und da bitte ich um eine Gesinnungsänderung im Sozialreferat der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg. Ein tragisches Beispiel für mich ist der Mehrheitsbeschluß der Nationalratsfraktion der Sozialisten in Wien anläßlich der 37. ASVG-Novelle, denn dort wurde auch für Behinderte der Selbstbehalt von zehn Prozent für alle Heilbehelfe beschlossen, mindestens jedoch 142 Schilling, und das trifft gerade die ohnedies schon so schwer betroffenen Leute sehr, sehr hart. Es wurden im Verhandlungsweg zwar Zurücknahmen, Kompromisse beschlossen, also es sind Kinder ausgenommen bis zum 15. Lebensjahr. Solche, die weiterhin die Familienbeihilfe beziehen und soziale Härtefälle sind ermöglicht worden. Trotzdem trifft ein großer Teil dieser Selbstbehalte behinderte Menschen in Österreich, und gerade im Jahr der Behinderten halte ich das für eine – gelinde gesagt – schandbare Sache. Es ist ein Gegenvorschlag erstellt worden, wenigstens nur die dreifache Rezeptgebühr für solche Behelfe einzusetzen, es hat jedoch die Mehrheit im Parlament, die sozialistische Mehrheit, im Jahr der Behinderten diese Belastung für die Behinderten beschlossen. Das erinnert, oder sagen wir so, es ist dann auch nicht mehr so großartig, wenn die Bundesregierung einen Fonds einführt für Behinderte, ihn mit Steuergeldern verdoppelt, dafür in den Medien Werbung betreibt, wenn auf der anderen Seite neue Belastungen für die Behinderten beschlossen werden. Es erinnert ein bißchen an die Formel: „Sozialismus ist gleich neue Belastungen erfinden, Abhängigkeit schaffen, Umverteilung durch eine überbordende Bürokratie, und auf der Strecke bleibt der einzelne Mensch.“ (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Karrer: „Mit dem Blödsinn kannst schon aufhören!“) Auch von Ihnen, verehrter

Herr Kollege Karrer, lasse ich mir meine Rede nicht beschneiden, und das, was notwendig ist, ist zu sagen, auch wenn es euch gar nicht gefällt. Bitte, redet darüber mit euren Freunden in Wien, die solche Dinge beschließen, die alle, alle Behinderten schwerst treffen.

Am Ende des Jahres der Behinderten möchte ich ein Wort der Nobelpreisträgerin, Mutter Theresa, stellen, das mir so deutlich erscheint, auf das Wesentliche einzugehen. Mutter Theresa hat in einem Ausspruch folgendes gesagt: „Die schlimmste Krankheit ist nicht die geistige oder körperliche Behinderung, ist nicht die Lepra oder die Tuberkulose, die schlimmste Krankheit ist das Gefühl, von niemandem angesehen zu werden, ungeliebt zu sein und verlassen von jedermann.“ Hier können wir alle etwas beitragen, auch weit, weit nach dem Jahr der Behinderten für alle Zukunft. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Meyer, ich erteile es ihr.

Abg. Meyer: Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn wir beide, Frau Kollegin Klasnic und ich, auch verschiedenen Fraktionen angehören, so werden wir sicher nach unseren Debattenbeiträgen heute draufkommen, daß wir im sozialen Bereich so manch gleiche Wünsche und Bestrebungen haben, und das, glaube ich, ist gut so. Denn im Sozialen geht es ja nicht um SPÖ und ÖVP, es geht um Menschen, die unserer Hilfe bedürfen. (Allgemeiner Beifall.) Wenn es heute in Österreich doch eine soziale Sicherheit gibt, die durch Maßnahmen aus der Sozialversicherung, aus der Arbeitslosenversicherung und dem Beihilfensystem gegeben erscheint, so gibt es trotzdem soziale und persönliche Notstände sowie Fälle von Hilfsbedürftigkeit, die durch die vorangeführten Vorsorgen nicht gedeckt werden können. Und gerade für diese Arten von Hilfsbedürftigkeit ist gesetzmäßig wohl die Regelung der Sozialhilfe zuständig. Wenn die Sozialhilfe, die Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes, die Hilfe in besonderen Lebenslagen, die besondere Hilfe für betagte Menschen und die sozialen Dienste umfaßt, so möchte ich gerade auf die letzteren besonders eingehen. Die sozialen Dienste gehen über die Maßnahmen zur Sicherung des Lebensbedarfes hinaus und dienen zur Befriedigung persönlicher, familiärer und sozialer Bedürfnisse. Diese Bedürfnisse können mancherlei Art sein, wir wissen. Es kann das Bedürfnis nach Pflege und Betreuung, nach Beratung, nach Unterbringung in einem Heim, aber auch nach sozialen Kontakten sein. Die sozialen Dienste umfassen ja eine ganze Reihe von Leistungen, die die Sozialhilfeträger erbringen können und auch erbringen. Besonders erwähnenswert ist hier wohl die Familienhilfe, die ja zur Überbrückung von Notständen in einer Familie oder bei alleinstehenden Personen dient. Und diese Hilfe für die Familien wird ganz besonders vorbildlich ja vom Steirischen Altenhilfswerk, aber auch von der Caritas und von der Volkshilfe durchgeführt und ist deshalb eine der wichtigsten Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Dienste, weil sie dazu beiträgt, daß einerseits bei Familien die Weiterführung des Haushaltes gewährleistet ist, falls die Mutter und Hausfrau plötzlich ausfällt, oder es den älteren Menschen möglich gemacht wird, daß sie trotz Krankheit und Gebrechlichkeit in ihrer Wohnung

verbleiben können. Das gleiche Ziel verfolgen die Maßnahmen des Essenzustellendienstes. Auch durch das Zustellen eines warmen Mittagessens wird es möglich gemacht, daß viele ältere Menschen nicht in ein Alters- oder Pflegeheim gehen müssen, sondern in der gewohnten Umgebung bleiben können. Das ist ja der Wunsch so vieler älterer Menschen. Alle diese Dienste ergeben sich aus der geänderten Gesellschaftsstruktur und aus dem Bedürfnis nach einer Hilfe, die der Wohlfahrt bis vor kurzem noch fremd war. Wenn man früher unter Sozialhilfe, unter dem Begriff Fürsorge eigentlich nur Hilfe durch Geldleistungen verstand, so wurde doch der Mensch durch den Auf- und Ausbau der Sozialgesetzgebung von der drückenden Sorge um das tägliche Brot befreit und der Lebensabend gesichert. Aber es gibt soziale Probleme, die gerade die ältere Generation besonders betreffen. Und wenn man bedenkt, daß der Anteil an der Gesamtbevölkerung gerade an älteren Menschen allgemein beträchtlich gestiegen ist, so muß doch jedem klar sein, daß man sich gerade deshalb mit dem Problem des Alters als soziales Problem ganz besonders befassen muß.

Die Vielfältigkeit der Problemstellung der Altersfragen ergibt sich aus der menschlich sehr unterschiedlichen Lebenssituation des älteren und alten Menschen. Neben den großen Anforderungen finanzieller Art an die Gemeinschaft für die Versorgung von älteren und hilfsbedürftigen sowie behinderten Menschen treten gesellschaftliche Hilfen immer mehr in den Vordergrund. Eine humane Gesellschaft muß davon ausgehen, daß es nicht nur mehr die bisherigen Kernprobleme Krankheit und Armut gibt, sondern daß den Menschen neben der sozialen und fürsorgerischen Hilfe auch jene Hilfe gewährt werden muß, die sie vor der Isolierung, vor der Einsamkeit im besonderen bewahrt. Wenn sie selbst nicht in der Lage sind, muß die Gemeinschaft dafür sorgen, daß sie durch aktive Betätigungen entsprechend ihren geistigen, körperlichen und seelischen Kräften an den gesellschaftlichen Aufgaben teilnehmen können. Eine besonders wichtige Aufgabe der sozialen Hilfe bildet auch die Maßnahme der Altenurlabsaktion, die durch den Sozialreferenten, Herrn Landesrat Gruber, bereits im Jahre 1965 ins Leben gerufen wurde. Nicht nur, daß die alten Menschen vorbildlich betreut werden, sondern es wird ihnen möglich gemacht, Kontakte zu pflegen, aus ihrem grauen Alltagsleben herauszukommen, und es wird somit der geistigen und seelischen Vereinsamung entgegengetreten. Es wird ihnen damit auch der Anschluß an die Umwelt gesichert. Wir wissen, daß alle diese Maßnahmen sehr große finanzielle Mittel erforderlich machen, und wir wissen auch, daß leider diese Mittel nicht in jenem notwendigen Ausmaß vorhanden sind. Denn gerade auf dem Sektor der Altenhilfe könnte noch sehr viel getan werden, wenn eben das Geld vorhanden wäre. Nicht alle Menschen, die einen sozialen Dienst brauchen, sind krank, gebrechlich oder hilfsbedürftig. Viele sind ganz einfach einsam und allein, und hier gäbe es noch viele Möglichkeiten der seelischen Hilfe, wie etwa Besuchsdienste in Wohnungen, aber auch in Kranken- und Pflegeanstalten, da es dem Personal selbstverständlich nicht möglich ist, neben all der Vielfalt an Arbeit und Pflege, auch die Menschen noch seelisch zu betreuen. Wichtig erscheint mir, daß die ganze Bevölkerung auf die

Bedürftigkeit ihrer Mitmenschen aufmerksam gemacht wird und die Notwendigkeit, zu helfen, in das Bewußtsein aller eindringt.

In diesem Zusammenhang darf ich auf das Modell der Nachbarschaftshilfe im Burgenland hinweisen, denn diese Hilfe wird sicher in Zukunft eine große Rolle spielen. Eine Zeitlang meinte man ja, daß die sogenannte moderne Zeit auf die ursprüngliche Weise der gegenseitigen Hilfeleistung verzichten könnte. Man meinte, daß alle diese Aufgaben die öffentliche Hand zu erfüllen hätte. Doch nun ist wieder das gute Alte, was sich immer bewährt hat, modern geworden. Es ist wichtig, daß die Menschen über die Nachbarschaftshilfe aufgeklärt werden, damit ihnen wieder bewußt wird, daß die Vielzahl der sozialen Probleme nur mit ihrer Mitwirkung gelöst werden kann. Es muß also den Menschen ihre soziale Verpflichtung den hilfsbedürftigen Mitmenschen gegenüber bewußt gemacht werden, denn viele menschliche Probleme können meistens nur wieder von den Menschen selbst gelöst werden und nicht von einem staatlichen Apparat. Selbstverständlich wird immer eine enge Zusammenarbeit zwischen den freiwilligen Helfern und den Sozialbehörden notwendig sein. Aus diesen Überlegungen heraus ist im Burgenland die Nachbarschaftshilfe vor fünf Jahren eingerichtet worden, und man kann jetzt schon sagen, daß diese Hilfe sich als ein taugliches Instrument in der Sozial- und Behindertenarbeit erwiesen hat. Sicher handelt es sich hier nicht um eine sensationelle Erfindung, sondern es wurden von der Burgenländischen Landesregierung die in den Gemeinden bestehenden zwischenmenschlichen Beziehungen aufgegriffen und in der Form der Nachbarschaftshilfe ausgebaut. Man ging dabei auch davon aus, daß es gerade in den ländlichen Gegenden eine Selbstverständlichkeit immer war, daß sich die Gemeinschaft jener Mitmenschen annimmt, die in Not geraten und auf fremde Hilfe angewiesen sind. Zu dieser Personengruppe zählen ja besonders die alten Menschen, die Behinderten, aber auch solche, die durch einen Unglücksfall plötzlich in Not geraten sind. Das Neue an dieser Nachbarschaftshilfe im Burgenland ist die Tatsache, daß der Staat diese in aller Stille getätigte Sozialarbeit anerkennt und sogar bereit ist, diesen helfenden Menschen kleine Anerkennungsbeiträge zu geben, die sich je nach Intensität der Betreuung zwischen 300 und 1400 Schilling monatlich bewegen. Die zentrale Aufgabe für diese Art sozialer Dienste kommt den Sozialarbeitern zu. Ihrem Geschick ist es überlassen, Personen in der Nachbarschaft ausfindig zu machen, die großes Vertrauen zwischen den Helfern und den Bedürftigen aufweisen können. Und der Sozialarbeiter vereinbart dann das Ausmaß des Entgeltes, und die bedürftige Person erklärt sich schriftlich bereit, daß dieses Geld, das nach dem Sozialhilfegesetz ihr zustünde, direkt an den Betreuer ausbezahlt wird. Der Sozialarbeiter füllt völlig unbürokratisch ein einfaches Formblatt aus, wobei er stichwortartig den Sachverhalt darstellt und die Art der Betreuung vorschlägt. Soweit das burgenländische Modell der Nachbarschaftshilfe. Auf Grund dieser Information haben die sozialistischen Abgeordneten im Jahre 1980 einen Antrag eingebracht, worin die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, zu prüfen, welche Maßnahmen es gibt, die geeignet